

I.L.A. Kollektiv



AUF KOSTEN ANDERER?

Wie die imperiale Lebensweise ein
gutes Leben für alle verhindert

Mit einem
Vorwort von
Ulrich Brand,
Barbara Muraca
und **Markus**
Wissen

Auf Kosten anderer?

Wie die imperiale Lebensweise ein
gutes Leben für alle verhindert

© 2017 oekom, München
oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH,
Waltherstraße 29, 80337 München
ISBN: 978-3-96006-025-3
E-ISBN 978-3-96006-240-0

Autor*innen:

Kopp, Thomas; Becker, Maximilian; Decker, Samuel; Eicker, Jannis; Engelmann, Hannah; Eradze, Ia; Forster, Franziskus; Haller, Stella; Heuwieser, Magdalena; Hoffmann, Maja; Noever Castelos, Carla; Podstawa, Christoph; Shah, Anil; Siemons, Anne; Wenzel, Therese; Wolfinger, Lukas.

Projektinitiative und -leitung: Thomas Kopp
Projektträger: Common Future e.V. (gemeinnützig)
Prozessbegleitung: Karin Walther
Redaktion und Lektorat: Katharina van Treeck
Stilistisches Lektorat: Severin Caspari
Layout, Illustration, Umschlaggestaltung: Sarah Heuzeroth
Druck: Bosch-Druck GmbH, Ergolding

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk wurde veröffentlicht unter der Lizenz CC BY-NC-ND 3.0 DE. Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>

Dieses Buch wurde auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem FSC®-Siegel und dem Blauen Engel (RAL-UZ 14), gedruckt.

ClimatePartner 

Selbstverpflichtung zum nachhaltigen Publizieren

Nicht nur publizistisch, sondern auch als Unternehmen setzt sich der oekom verlag konsequent für Nachhaltigkeit ein. Bei Ausstattung und Produktion der Publikationen orientieren wir uns an höchsten ökologischen Kriterien. Dieses Buch wurde auf 100% Recyclingpapier, zertifiziert mit dem FSC®-Siegel und dem Blauen Engel (RAL-UZ 14), gedruckt. Auch für den Karton des Umschlags wurde ein Papier aus 100 % Recyclingmaterial, das FSC®-ausgezeichnet ist, gewählt. Alle durch diese Publikation verursachten CO₂-Emissionen werden durch Investitionen in ein Gold-Standard-Projekt kompensiert.

Die Mehrkosten hierfür trägt der Verlag. Mehr Informationen finden Sie unter: www.oekom.de/allgemeine-verlagsinformationen/nachhaltiger-verlag.html sowie in der Infobox »Emissionshandel und Offsets« (S. 84).

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Common Future e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

INHALT

Vorwort	7	Bildung und Wissen	50
von Ulrich Brand, Markus Wissen und Barbara Muraca		... denn sie wissen nicht, was sie tun?	
Einleitung	8	Ernährung und Landwirtschaft	62
Die ganz alltägliche Katastrophe		Essen wie die Könige	
Historischer Abriss	13	Mobilität	79
Eine kurze Geschichte der imperialen Lebensweise		Schnell, schneller, imperial	
Digitalisierung	20	Zusammenfassung und Ausblick	91
Das Labor der Träume und Alpträume		Wie kommen wir zum guten Leben für alle?	
Sorge	30	Glossar	97
Nobody cares?		Literaturverzeichnis	100
Geld und Finanzen	40	Informationen zum Projekt und zu den Autor*innen	120
Der Preis des Geldes: Wie Finanzen den Alltag ordnen		Danksagung und Förderhinweise	121

INFOBOXEN

Zum Nachschlagen – Das Konzept der imperialen Lebensweise im Überblick	10
Der Traum von der Green Economy	11
Transnationale Sorgeketten	35
Fossile Ernährung – Wir essen Erdöl	63
Mensch und Tier – »Der Mensch ist das Tier, das vergisst, dass es ein Tier ist«	70
Agrartreibstoffe – Nahrungsmittel für Teller oder Tank	74
Emissionshandel und Offsets – Die Problematik des marktbasierten Umweltschutzes	84
Bewegungsfreiheit	86

VORWORT

Der Blick von demokratisch und sozial-ökologisch orientierten Menschen richtet sich derzeit vor allem besorgt nach rechts. In vielen Ländern gewinnen nationalistische Bestrebungen, rassistische Ressentiments und autoritäre Regierungsformen an Gewicht. In diesen Zeiten scheint der neoliberale Kapitalismus nicht mehr alternativlos zu sein. Doch diese Alternativlosigkeit wird auch durch die vielen emanzipatorischen Initiativen und konkreten Ansätze durchbrochen: Der Arabische Frühling, die Platzbesetzungen in vielen Ländern, linke Wahlalternativen wie Podemos in Spanien, Proteste gegen TTIP und CETA, gegen den Abbau und die Nutzung von Kohle oder gegen Großprojekte wie Stuttgart 21, lokale Bewegungen wie Transition Towns, urbanes Gärtnern und Repair-Cafés sowie Vorschläge für bessere soziale Infrastrukturen, eine dezentrale und demokratische Energiewende oder öffentlichen Verkehr – und vieles mehr.

In dieser Situation hat sich im Jahr 2016 eine Gruppe von wissenschaftlich und politisch Aktiven unter dem Titel »Die imperiale Lebensweise: Ausbeutungsstrukturen im 21. Jahrhundert (I.L.A.)« zu einer Schreibwerkstatt zusammengefunden. Sowohl die Bezeichnung »Schreibwerkstatt« als auch die Sperrigkeit ihres Namens macht es Außenstehenden vermutlich nicht ganz leicht, das Engagement und die Dynamik zu errahnen, die dieses Projekt entfaltet hat, und die Expertise einzuschätzen, die darin versammelt war. Wer jedoch dieses Dossier zur Hand nimmt, mit dem die I.L.A.-Werkstatt ihre Ergebnisse für eine breitere Öffentlichkeit aufbereitet hat, bekommt schnell einen Eindruck davon.

Eines der zentralen Verdienste des Projekts besteht darin zu zeigen, dass es keinen notwendigen Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen Krise und dem Aufstieg der Rechten mit ihren falschen Antworten gibt – falsch deshalb, weil sie unsolidarisch sind und nicht an die Ursachen der Probleme und Krisen heranreichen. Und: Der rechte Aufstieg ist aufhaltbar. Es gibt die Möglichkeit, ihm – ebenso wie einem Kapitalismus mit immer bedenklicheren sozialen und ökologischen Folgen – mit progressiven Alternativen zu begegnen. Dazu braucht es, neben Mut und Engagement, auch Ideen und fundierte Analysen. Letztere liefert dieses Dossier. Es wirft einen genauen Blick auf die imperiale Lebensweise, also jene Produktions- und Konsummuster, die auf der grenzenlosen Aneignung von Natur und Arbeitskraft im globalen Maßstab beruhen und

dabei auf der einen Seite großen Wohlstand und auf der anderen Seite unendlich viel Leid und Zerstörung verursachen.

Die Mechanismen, die dabei am Werk sind, werden in diesem Dossier klar herausgearbeitet und anschaulich präsentiert. Es wird deutlich, dass zwar viele Menschen an der imperialen Lebensweise – vor allem im Globalen Norden – teilhaben und von ihr profitieren. Doch sie ist gleichzeitig auch ein Zwang, dem man sich mit individuellen Strategien wie etwa einem sozial-ökologischen Konsum – so wichtig dieser ist – nicht ohne weiteres entziehen kann. Die imperiale Lebensweise ist Versprechen und Zwang, sie erweitert Handlungsmöglichkeiten und schränkt sie gleichzeitig ein. Dabei ist auch im Globalen Norden die soziale Position eines Menschen keineswegs unerheblich. Je nach Klassenzugehörigkeit, Geschlecht und Herkunft gestaltet sich dieses Verhältnis von Versprechen und Zwang unterschiedlich. Das zeigt sich in puncto Automobilbesitz ebenso wie bei der Häufigkeit von Flugreisen und Fleischkonsum. Beispielsweise verbrauchen in aller Regel diejenigen, die über ein hohes Einkommen (und mitunter ein ebensolches Umweltbewusstsein) verfügen, auch am meisten Ressourcen und Energie.

Das vorliegende Dossier zeigt diese und weitere Zusammenhänge in unterschiedlichen Lebensbereichen auf. Es bleibt allerdings nicht bei der Analyse stehen. Vielmehr fragt es nach den Potenzialen für alternative Ideen und Konzepte, die in vielen Teilen der Welt an Bedeutung gewinnen und die dem berechtigten Unmut über soziale Ungleichheit, ökologische Zerstörung und »postpolitische« Alternativlosigkeit zu einem emanzipatorischen Ausdruck verhelfen. Damit richtet sich das Buch an alle, die vor unterschiedlichen Hintergründen für Energiedemokratie, Ernährungssouveränität, eine Mobilitätswende oder lebenswerte Städte kämpfen. Sie finden hier neben klugen Analysen auch wichtige Anregungen, die ihr Engagement bereichern werden. In diesem Sinne wünschen wir diesem spannenden Dossier eine weite Verbreitung und danken an dieser Stelle den Teilnehmenden und insbesondere Thomas Kopp für das enorme Engagement.

Berlin, Oregon und Wien im März 2017

Ulrich Brand, Barbara Muraca, Markus Wissen

Die ganz alltägliche Katastrophe

Wer morgens die Zeitung aufschlägt, kann sich des dumpfen Gefühls nicht erwehren, dass wir in schwierigen Zeiten leben. Eine schlechte Nachricht folgt der anderen: Finanzmarktkrise, Hungerkrise, tausende Tote im Mittelmeer, Klimawandel und Naturkatastrophen, unsichere Jobs und Sozialabbau, der Aufstieg reaktionärer und rechter Kräfte in Europa und den USA. Gleichzeitig beobachten wir eine wachsende soziale Ungleichheit und Spaltung der Gesellschaft. Obwohl die globale Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten rasant gewachsen ist, leben noch immer 766 Millionen Menschen in extremer Armut.¹ Und während im Jahr 2010 noch 388 Personen so viel Reichtum wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung besaßen, sind es 2017 nur noch acht Männer.²

Die schlechten Nachrichten scheinen zusammenhangslos auf uns einzuprasseln – und doch haben sie viel miteinander zu tun. Mit diesem Dossier möchten wir die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Missständen und beunruhigenden Tendenzen aufzeigen und untersuchen. Außerdem fragen wir uns: Wie können wir diesen besorgniserregenden Entwicklungen begegnen? Wo müssen wir ansetzen, um ein gutes Leben für alle zu erreichen, anstatt ein besseres Leben für wenige? Und was macht es so schwierig, einen sozial-ökologischen Wandel hin zu einer gerechten und nachhaltigen Zukunft voranzutreiben?

» Während im Jahr 2010 noch 388 Personen so viel Reichtum wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung besaßen, sind es 2017 nur noch acht Männer.«

Das Leben der einen auf Kosten der anderen

Der Aufstieg rechter Bewegungen und Parteien zeigt, dass viele Bürgerinnen und Bürger quer durch alle gesellschaftlichen Schichten ihren Glauben an die parlamentarische Demokratie verloren haben. Rechtspopulist*innenⁱ weltweit nutzen die Angst vor einem sozialen Abstieg und schüren das Gefühl von Unsicherheit. Einfache Antworten auf komplexe Probleme gewinnen die Oberhand. Die Rückbesinnung aufs Nationale, schärfere Grenzkontrollen und schnellere Abschiebungen sollen Sicherheit und Wohlstand schaffen.

Diese einfachen Antworten werden den komplexen Problemen jedoch nicht gerecht. Aber auch manche linke Erklärungsmuster sind zu einfach, wenn sie die Schuld allein bei Konzernen, Banken und dem oberen ›1 Prozent‹ suchen. Stattdessen müssen wir sorgfältig prüfen, ob die verschiedenen Probleme gemeinsame Ursachen haben, und welche Strukturen den Ungerechtigkeiten zugrunde liegen. Eine wesentliche strukturelle Ursache der vielfältigen und miteinander verknüpften Krisen ist – so unsere These – die *imperiale Lebensweise*. *Imperial*, weil sie sich stetig ausbreitet, andere Lebensweisen verdrängt,

übermäßig auf die Natur und menschliche Arbeit zugreift und dabei Lebenschancen und natürliche Ressourcen ungerecht verteilt. *Lebensweise*, weil sie unseren Alltag vollständig durchdringt. Sie zieht sich durch Produktionsprozesse, Gesetze, Infrastrukturen, Verhaltensweisen und sogar durch unsere Denkmuster. So erwarten wir von Frühling bis Winter exotisches Obst im Supermarkt und können innerhalb kürzester Zeit per Mausklick über Amazon, Zalando, foodora und Co fast jedes erdenkliche Produkt nach Hause geliefert bekommen. Darüber, wo es herkommt und wie es produziert wurde, müssen wir uns keine Gedanken machen. Wir erwarten eine stabile Währung und einen funktionierenden Zahlungsverkehr. Viele Länder und Weltregionen können diese Bedingungen jedoch nur aufrechterhalten, wenn sie der harten Sparpolitik von Weltbank und Internationalem Währungsfond (IWF) zustimmen. Wir können uns ein Leben ohne

Smartphone nicht mehr vorstellen. Dabei werden sie meist unter ausbeuterischen Bedingungen und staatlicher Repression produziert. Auch gehen wir selbstverständlich davon aus, dass sich irgendjemand um ältere Menschen kümmert. Diese Sorgearbeit aber erledigen nicht selten migrantische Fachkräfte zu miserablen Arbeitsbedingungen. Und wer die Chance hat, qualifiziert sich im lebenslangen Lernen immer weiter, um aktiv an einer karriereorientierten Gesellschaft teilzunehmen, stellt aber grundsätzliche Fragen zu unserem gesellschaftlichen Zusammenleben höchstens am Rande. Diese Elemente unseres

Alltags sind Teil eines globalen Wirtschaftssystems, das gravierende Ungerechtigkeiten und ökologische Schäden hervorbringt. Es beruht auf konstanter Ausbeutung: einerseits zwischen Menschen, andererseits zwischen Menschen und ihrer Umwelt.

Die imperiale Lebensweise ...

... beruht auf ungerechter Ressourcenverteilung

Die Menschen im Globalen Norden, also die in wirtschaftsstarken Industrieländern lebenden Menschen, verbrauchen überproportional viele Ressourcen. Dem Rest der Weltbevölkerung bleibt nur noch ein kleiner Zugriff auf Land, Wasser, Nahrung oder fossile Brennstoffe. Auch innerhalb von Gesellschaften, sowohl im Globalen Norden wie auch im Globalen Süden (siehe GLOSSAR), vergrößern wohlhabende Menschen durch ihren hohen Konsum und den damit einhergehenden Ressourcenverbrauch den ökologischen Fußabdruck (siehe GLOSSAR) ihres Landes, während die einkommensschwachen Einwohner*innen nur einen geringen Teil dazu beitragen. Deshalb sprechen wir von einer *transnationalen Verbraucher*innenschicht* (siehe GLOSSAR), also einer globalen Ober- und Mittel-

ⁱ Im gängigen Sprachgebrauch wird nur die männliche Form verwendet. Zur geschlechtergerechten Schreibweise verwenden wir hier auch die weibliche Form. Das Sternchen steht außerdem dafür, dass es vielfältige Formen gibt, Geschlechtsidentitäten zu leben und zu empfinden.

schicht mit einem übermäßigen Rohstoffverbrauch, der zunehmend auch Menschen im Globalen Süden angeht.

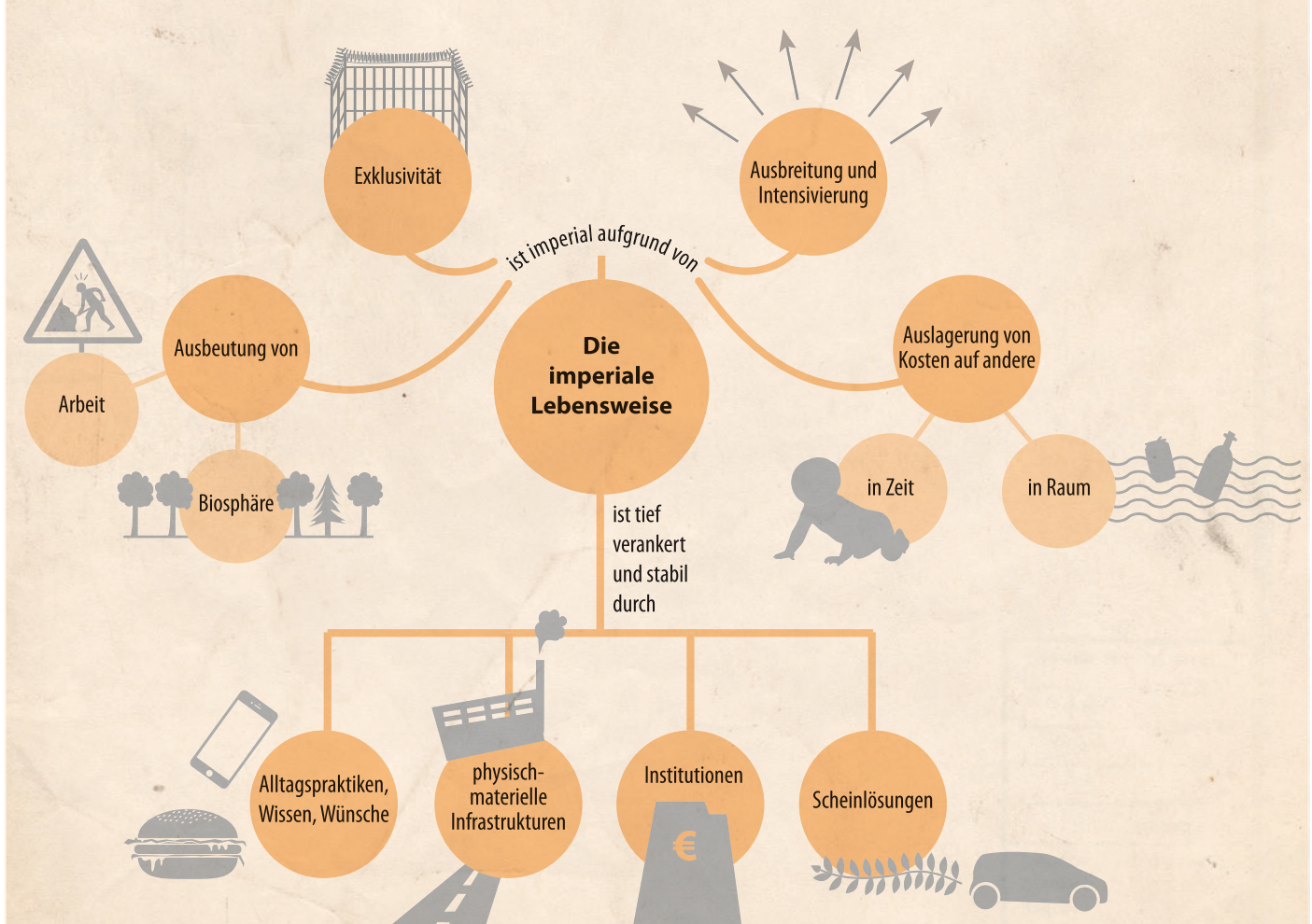
...wird ermöglicht durch menschenunwürdige Arbeit

Die imperiale Lebensweise dieser Verbraucher*innen-schicht hängt direkt zusammen mit einer imperialen Produktionsweise und ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen. Billigste Produkte sind nicht nur Auswirkung von steigender technologischer Effizienz, sondern hauptsächlich das Resultat von globalen Ungleichheiten und harter, schlecht bezahlter und unsicherer Arbeit – die auch in Deutschland vom Schlachthof bis zum Restaurant stattfindet. In der Türkei oder in Bangladesch stürzen ganze Minen und Fabrikgebäude über den Arbeiter*innen zusammen. Niedrige Sozial- und Umweltstandards an vielen Orten machen die Konsumprodukte für eine weltweit wachsende Mittel- und Oberschicht leicht erschwinglich. Die gleichen Jobs werden im Globalen Süden deutlich schlechter bezahlt als im Norden. Dadurch haben die Konsument*innen des Nordens Zugriff auf deutlich mehr Arbeitszeit – in Form produzierter Güter – der Menschen im Globalen Süden als umgekehrt: Wenn ich eine Stunde zu den Löhnen im Norden arbeite, kann ich mir das Produkt eines Vielfachen der Arbeitsstunden im Süden kaufen. Vielen Bürger*innen von EU und Nordamerika steht fast die gesamte Welt offen, auch visarechtlich. Den Menschen im Globalen Süden verwehren dagegen oft Grenzzäune den Weg (siehe Info-box »Bewegungsfreiheit«).

...beutet die Natur aus

Der überproportionale Zugriff auf natürliche Ressourcen ist ein weiteres Unrecht, das wir nicht nur an anderen Menschen, sondern auch an der nicht-menschlichen Natur selbst verüben. Die »Natur« stellt einen Wert an sich dar und ist nicht ausschließlich Rohstoff oder Deponie für menschliche Bedürfnisse und Abfälle. Es wird immer deutlicher, dass unsere auf unbegrenztes Wirtschaftswachstum ausgerichtete Lebens- und Produktionsweise auf einem begrenzten Planeten nicht möglich ist. Die aktuelle Rate des Artensterbens ist etwa tausendmal höher als in der Zeit vor menschlichem Einfluss, Tendenz steigend.³ Seit 2000 wird alle fünf Jahre ein Regenwaldgebiet in der Größe der Bundesrepublik abgeholzt.⁴ Und verschiedene Schätzungen gehen davon aus, dass Klimawandel und Naturkatastrophen bis zum Jahr 2050 bis zu eine Milliarde Menschen aus ihrer Heimat vertreiben könnten.⁵ Der menschengemachte Klimawandel ist historisch betrachtet ein Produkt der imperialen Lebens- und Produktionsweise der Länder des Globalen Nordens, wie wir im folgenden historischen Abriss noch ausführen werden. Dass unsere Mobilität so stark auf das Auto fokussiert ist, jeder Haushalt verschiedenste energieintensive Geräte sein Eigen nennt und ressourcenintensive Industrien wie die Stahlproduktion und der Flugverkehr massiv subventioniert werden – all dies trägt massiv zur Erderwärmung bei. Viele der damit verbundenen Emissionen gehen heute nicht mehr direkt aufs Konto der reichen Nationen im Norden. Nicht nur, weil sich die imperiale Lebensweise ausbreitet, sondern auch deshalb, weil die Produktion vieler Güter

Abb. 1.1: Das Konzept der imperialen Lebensweise



Zum Nachschlagen – Das Konzept der imperialen Lebensweise im Überblick

Imperiale Lebensweise – eine Erklärung

Eine wesentliche Ursache der gegenwärtigen Probleme ist – so unsere These – die weltweite Ausdehnung einer auf Profit und Wachstum basierenden Wirtschaftsweise. Das globale Wirtschaftssystem ist jedoch kein eigenständiges, abgekoppeltes System ›da draußen‹, sondern stark mit der Lebensweise der Menschen verwachsen.

Die imperiale Lebensweise beruht auf dem Ideal des komfortablen und modernen Lebens mit seiner dauerhaften Verfügbarkeit von Konsumgütern. Um einen solchen Alltag zu ermöglichen, müssen Menschen in aller Welt hart arbeiten, Bodenschätze abbauen und Tiere schlachten. Dies in einem Ausmaß, das an die ökologischen und sozialen Grenzen der Erde stößt. Die Folgen werden ausgelagert: Auf den Globalen Süden, auf kommende Generationen und auf benachteiligte Gruppen überall.

Trotz der genannten Probleme breiten sich Traum und Praxis dieser Lebensweise ausgehend vom Norden in immer weitere Teile der Welt aus – mitsamt ihren ökologischen Problemen und sozialen Ungerechtigkeiten. Denn die imperiale Lebensweise gilt als die Norm: Tief sitzende *Vorstellungen und Orientierungen* von dem, was erstrebenswert ist (zum Beispiel ›Wachstum‹ als persönliches und wirtschaftspolitisches Ziel), *physisch-materielle Infrastrukturen* (Autobahnen oder Kohlekraftwerke) und *politische Institutionen* (Europäische Zentralbank, Weltwährungsfonds oder Freihandelsabkommen) stützen sie.⁸ Weil verschiedene Ebenen hier zusammenwirken, sprechen wir von einer Lebensweise (im Unterschied zum individuellen Konsumstil oder den allgemeinen Produktionsverhältnissen).

Ihre Vielschichtigkeit und die mehr oder minder aktive Zustimmung vieler Menschen stabilisieren die imperiale Lebensweise. Ein Resultat sind Scheinlösungen (zum Beispiel technologische Effizienz, siehe Infobox »Green Economy«) für echte Probleme wie den Klimawandel. Doch ebenso vielfältig sind die Ansatzpunkte für eine sozial-ökologische Transformation. Menschen an verschiedensten Orten politisieren das Alltägliche, indem sie sich dem Konsum verweigern oder sich in Initiativen, Gewerkschaften und Bündnissen zusammenschließen und für die Demokratisierung von Institutionen und Produktionsweisen kämpfen.

Imperiale Lebensweise in Stichworten

Das Konzept der imperialen Lebensweise verbindet Individuum, Wirtschaft und globale Probleme.

Die imperiale Lebensweise ist imperial, weil sie bestimmten Gruppen einen übermäßigen Zugriff auf Arbeitskraft und Biosphäre weltweit ermöglicht und negative Folgen auslagert.

Die imperiale Lebensweise breitet sich global aus.

Staat, Wirtschaft und der gesellschaftliche Konsens festigen die imperiale Lebensweise.

Lebensweise meint ein komplexes Zusammenwirken von individuellen Handlungen, Wirtschaft und politischen Institutionen.

Eine sozial-ökologische Transformation muss auf allen Ebenen der imperialen Lebensweise ansetzen.

in den Süden ausgelagert wurde (*virtuelle Emissionen von Gütern*, siehe GLOSSAR). Das ändert aber nichts daran, für wessen Konsum und Profite ein Großteil der weltweiten Treibhausgase anfällt.

...und spaltet die Gesellschaft

Die genannten Ungerechtigkeiten treffen bestimmte Menschen unverhältnismäßig stark: So leiden jene, die über wenig Geld verfügen oder aufgrund ihres Geschlechts oder rassistisch benachteiligt werden, stärker unter den Folgen von ungerechten Arbeitsbedingungen, Umweltschäden und Klimawandel.⁶ Die Spaltung vollzieht sich dabei nicht nur zwischen einem wohlhabenden Globalen Norden und einem ausgebeuteten Globalen Süden, sondern auch innerhalb von Gesellschaften. So gibt es sowohl im Globalen Süden Profiteur*innen der Globalisierung, wie es in den Ländern des Nordens Verlierer*innen gibt. Armut oder auch Unzufriedenheit mit Leistungsdruck, Hypermobilität oder Feinstaubbelastung sind keineswegs eine Seltenheit.

Die imperiale Lebensweise in uns

Die imperiale Lebensweise macht auch vor der eigenen Person nicht Halt und gipfelt in dem Bedürfnis vieler Menschen nach permanenter Selbstoptimierung. Damit ist nicht nur das Karrieredenken im Sinne höherer Einkommen und Positionen gemeint, sondern auch die steigende Effizienz in Beruf und Freizeit als Selbstzweck. Auch die gesellschaftliche Auffassung, dass die Verantwortung zunehmend ausschließlich beim Individuum liegt – und nicht beim Unternehmen oder beim Staat – treibt diese Entwicklung voran: Ungerechte Wirtschaftsweisen hängen dann allein damit zusammen, dass die Individuen nicht ethisch korrekt einkaufen. Und wer zum Beispiel krank ist, leidet nicht an den Folgen seiner Erwerbsarbeit (oder hat einfach Pech gehabt), sondern ist selbst schuld, weil er*sie zu ungesund isst, nicht genügend meditiert oder zu wenig Sport treibt (um sich von den Folgen der Arbeit zu erholen).

Die imperiale Lebensweise als Erklärungsversuch

Das Konzept der *imperialen Lebensweise* bietet eine Erklärung dafür, warum sich angesichts der zunehmenden Ungerechtigkeiten bisher keine zukunftsweisenden Alternativen durchsetzen. Er untersucht Gründe dafür, warum eine *sozial-ökologische Transformation* (siehe GLOSSAR) blockiert wird. Damit meinen wir einen grundlegenden Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft, um ein gutes Leben für alle, auch für zukünftige Generationen, zu ermöglichen. Die Sozialwissenschaftler Markus Wissen und Ulrich Brand haben den Begriff vor wenigen Jahren in die wissenschaftliche Debatte eingeführt.⁷ Hier versuchen wir ihn anhand verschiedener Bereiche unseres alltäglichen Lebens zu veranschaulichen: anhand unserer Ernährung und Mobilität, unseres Bildungssystems, der Privatfinanzen, des Sorgebereichs und der digitalen Welt. Dabei fragen wir, wie sich die imperiale Lebensweise in diesen Bereichen äußert und welche Faktoren sie stabilisieren.

Wandel in Sicht?

Die profitorientierte Globalisierung (siehe GLOSSAR) zeigt und vervielfältigt sich in unserem alltäglichen Leben, in unserer Arbeit, unserem Konsum und unseren »normalen« Verhaltens- und Denkweisen. Nur wenn wir uns über die Probleme und ihre Ursachen bewusst werden, können wir eine wirkliche Veränderung herbeiführen. Tatsächlich können wir eine zunehmende Sensibilisierung für die genannten Probleme bei vielen Menschen im Norden wie im Süden beobachten.⁹ Jedoch tragen gerade einkommensstarke Schichten mit dem höchsten Bildungsniveau am meisten zur Zerstörung der Biosphäre und der Ausbeutung von Menschen bei (siehe MOBILITÄT, S. 82 und BILDUNG UND WISSEN).¹⁰ Dies liegt daran, dass viele dieser Menschen zwar eher umweltfreundliche Kaufentscheidungen treffen, aufgrund ihres hohen Einkommens aber auch überdurchschnittlich viel konsumieren.

Wir beobachten eine deutliche Zunahme konsumbasierter »Lösungen«. Ein Beispiel sind fair gehandelte Produkte, deren Marktanteil beständig steigt.¹¹ Ein anderes ist, dass Reisende inzwischen ihren Flug, ihre Auto- oder Busfahrten durch eine vermeintliche CO₂-Zahlung ausgleichen können. So verspricht das Unternehmen Atmosfair beispielsweise für ein paar Euro einen »CO₂-neutralen« Flug.¹² Entwickler*innen des Fairphones streben an, so »fair wie möglich«¹³ zu produzieren, also möglichst keine Rohstoffe aus Krisenregionen zu verwenden und die Angestellten nicht auszubeuten.ⁱⁱ

Bei vielen dieser Lösungsstrategien handelt es sich jedoch um Ansätze mit einseitigem Fokus auf den individuellen Konsum und mit geringer Reichweite. Menschen können sich weiterhin persönlich entscheiden, Kaffee mit oder ohne Ausbeutung einzukaufen – Ausbeutung bleibt dabei die Norm. In vielen Fällen handelt es sich gar um Scheinlösungen und Greenwashing, wie im Falle der CO₂-Ausgleichszahlungen (siehe Infobox »Emissionshandel und Offsets«). Ein Beispiel für solche Scheinlösungen ist auch die Entwicklungszusammenarbeit westlicher Staaten, wenn sie versucht durch Maßnahmen wie Hungerhilfe die negativen Auswirkungen ihrer eigenen Landwirtschaftspolitik zu kitten. Auch die politische Strategie eines grünen Wachstums (siehe Infobox »Green Economy«) soll die negativen Auswirkungen unserer Wirtschaftsweise ver-

INFOBOX

Der Traum von der Green Economy



Die Green Economy (grünes Wachstum) verspricht, dass wir unsere Wirtschaft nur »grüner« machen müssen, um die ökologischen Probleme zu lösen. Eine Einschränkung unseres derzeitigen Konsums ist nicht notwendig. Mehr noch: Das Wirtschaftswachstum können wir damit sogar ankurbeln. Um das Wirtschaftswachstum vom Naturverbrauch zu entkoppeln, soll die auf fossilen Brennstoffen basierende Industrie schrittweise durch bio-basierte Produktion ersetzt werden: Benzin durch Agrartreibstoffe (siehe Infobox »Agrartreibstoffe«), Kohle durch Wasserkraft, und so weiter. Marktinstrumente wie der Emissionshandel spielen hier eine wichtige Rolle (siehe Infobox »Emissionshandel und Offsets«). Gleichzeitig sollen umstrittene technische Maßnahmen wie Geo-Engineering und CO₂-Abscheidung und -Speicherung zur »Neutralisierung« unvermeidbarer Emissionen dienen. Vorangetrieben wird die Green Economy von einer prominenten Allianz aus OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen), Weltbank, so manchen großen Umweltschutzorganisationen, grünen Parteien und einigen Konzernen und Banken. Diese erhoffen sich durch eine »grüne« Vorreiterrolle ihre Wettbewerbschancen zu erhöhen.

Dass sich eine solche Green Economy realisieren lässt, ist unwahrscheinlich: So übersteigt die notwendige Effizienzsteigerung alles bisher Beobachtete und realistisch zu Erwartende.¹⁵ Auch die vorausgesetzte Dematerialisierung, also der Fokus auf den vermeintlich emissionsfreien Dienstleistungssektor, ignoriert dessen Abhängigkeit von physischer Infrastruktur und Energiebedarf.¹⁶ Außerdem würden diese Effizienzsteigerungen – nach vorherrschender (neoklassischer) Wirtschaftstheorie – nicht nur die Emissionen senken, sondern aufgrund der damit verbundenen Preisreduktion wiederum den Konsum ankurbeln (siehe auch *Reboundeffekt* im GLOSSAR).¹⁷

ringern, ohne jedoch an dieser etwas zu verändern. Die grundsätzlichen Strukturen, welche die Ungerechtigkeiten ermöglichen und befördern, bleiben unangetastet. Es handelt sich somit meist um eine Symptombekämpfung.¹⁴ Trotzdem führen diese Strategien dazu, dass der Schein gewahrt wird und wir uns in Sicherheit wiegen können. Es tut sich ja immerhin etwas.

Die Widersprüche zwischen zunehmendem Problembewusstsein einerseits und wachsenden Problemen andererseits sind offensichtlich: Es besteht zwar ein diffuses Gefühl, dass der Klimawandel gefährlich werden könnte und die unfairen Produktionsbedingungen in der Agrar-, Textil- oder Elektroindustrie untragbar sind – kurzum: dass mit der vorherrschenden Produktionsweise etwas nicht in Ordnung ist. Gleichzeitig kommt es jedoch zu keinem zukunftsweisenden Politikwechsel und zur Bereitschaft, den eigenen Lebensstandard einzuschränken und grundlegend umzugestalten.

Noch problematischer ist der Erfolg einfacher aber falscher Erklärungsmodelle und Projekte von Rechts und damit der Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte. Dieser lässt sich damit erklären, dass sich viele Menschen bestehender Probleme bewusst sind und ein Unsicherheitsgefühl haben. In ihrer nationalistischen Rhetorik nutzen Rechtspopulist*innen die Krise als Argument, um Ab-

ii Es darf dabei aber nicht übersehen werden, dass seit der Markteinführung zwar schon mehr als 111.000 Fairphones verkauft worden sind, dies jedoch 219 Millionen iPhones gegenübersteht, die Apple allein in 2016 verkaufte (siehe DIGITALISIERUNG).

schottung zu propagieren und die imperiale Lebensweise für die eigene Nation zu sichern. Auch die Parteien der Mitte reagieren mit einer zunehmenden Abschottungspolitik auf dieses gesellschaftliche Klima. Zwar reden etablierte Parteien, Gewerkschaften und Industrieverbände von Wandel und Nachhaltigkeit, tragen mit einer Politik des ›weiter so‹ jedoch zur Festigung und Zuspitzung aktueller sozial-ökologischer Probleme bei.¹⁸ Das schlägt sich zum Beispiel in der Sparpolitik nieder, wie sie die EU Griechenland aufzwingt (siehe GELD UND FINANZEN).

Tiefgehende und inklusive Transformationsprojekte, die einen sozial gerechten und ökologischen Wandel zum Ziel haben, schaffen es dagegen bisher nicht in gleichem Maße Menschen für sich zu gewinnen. Das liegt zum einen daran, dass sie sich oftmals einer komplizierten und ausschließenden Sprache bedienen. Zum anderen aber auch daran, dass sie häufig sehr vage bleiben und gleichzeitig viel komplexer sind als die von Rechts vorgeschlagenen einfachen Lösungen. So sind die Menschen verunsichert, wie ein sozial-ökologischer Wandel ihr alltägliches Leben verändern könnte. Gleichzeitig scheint völlig unklar, wie eine Transformation von Produktionsstrukturen und Lebensweisen auf lokaler, regionaler und globaler Ebene praktisch funktionieren kann.

In diesem Dossier wollen wir genauer analysieren, warum sich kaum etwas ändert und welche Akteure und Strukturen in konkreten alltäglichen Lebensbereichen Veränderungen hin zu einer solidarischen Gesellschaft verhindern. Diese Frage zu klären ist ein notwendiger und erster Schritt, um Ungerechtigkeiten zu überwinden. Daran anschließend wollen wir Möglichkeiten aufzeigen, die eine sozial-ökologische Transformation vorantreiben können.

Unser Vorgehen: Ausblick auf das Dossier

Im folgenden Kapitel geben wir zunächst einen **historischen Überblick** darüber, wie es zur heutigen Situation gekommen ist. Wir zeigen, wie die imperiale Lebensweise im Verlauf wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen zwischen dem 16. Jahrhundert und heute entstanden ist und wie sie sich ausbreiten und stabilisieren konnte. Anschließend untersuchen wir anhand von sechs Themenfeldern, wie die imperiale Lebensweise verschiedene Bereiche unseres Alltags durchdringt und welche ausbeuterischen Verhältnisse menschlicher Arbeitskraft und unserer Umwelt in diesen Lebensbereichen bestehen. Wir zeigen außerdem auf, welche Akteure und Bedingungen sie festigen.

Fast jede*r von uns hat ein Smartphone und bewegt sich in der digitalen Welt. Im dritten Kapitel zu **Digitalisierung** stellen wir dar, wie konfliktreich gewonnene Rohstoffe und neo-koloniale Wirtschaftsbeziehungen unsere Smartphone-Nutzung erst ermöglichen, wie sich unser Alltagsleben zunehmend digitalisiert und welche Folgen dies für unser gesellschaftliches Zusammenleben und Wirtschaften hat. Ermöglicht und reproduziert wird unser Leben durch **Sorgearbeit** von Menschen, die sich um das Wohlergehen anderer Menschen kümmern. Auf wessen Kosten die aktuelle Organisation von Sorge in unseren Gesellschaften geht und welche Akteure dieses System stützen, erläutern wir im vierten Kapitel. Täglich brauchen wir Geld, um unseren Alltag zu bestreiten. Wie uns diese und andere scheinbare Normalitäten der **Geld- und Finanzwirtschaft** mit globaler Ungleichheit, Verschuldung und Ausbeutung verbinden, zeigen wir im fünften Kapitel. Wir alle haben **Bildung** genossen und uns Wissen an-

geeignet. Das sechste Kapitel untersucht, wie uns unsere Bildung zur imperialen Lebensweise anleitet, wie sie andere Formen des Wissens verdrängt, und wie ›westliche‹ Wissensproduktion mitunter zur Ausbeutung von Natur und von anderen Wissensformen beiträgt. Auch unsere Ernährungsweise hat gravierende Folgen für Menschen und Ökosysteme andernorts. Die Zusammenhänge unserer **Ernährung** mit weltweitem Hunger, klimaschädlicher Landwirtschaft und der Marktmacht von Lebensmittelkonzernen beleuchten wir im siebten Kapitel. Eine weitere wichtige Voraussetzung für eine imperiale Produktions- und Lebensweise ist unsere **Mobilität** – sei es für Urlaubsreisen oder die T-Shirts in unserem Kleiderschrank. Die Auswirkungen und Widersprüche des beschleunigten, auf Erdöl basierenden Transportsystems untersuchen wir im achten Kapitel.

Diese Lebensbereiche sind ausgewählte Beispiele, die für die Lebensrealitäten eines großen Teils der globalen Ober- und Mittelschicht wichtig sind. Sie ermöglichen es uns, die imperiale Lebensweise anhand von Alltagshandlungen anschaulich zu erklären. Außerdem zeigt die Analyse dieser Bereiche, warum sich nichts ändert und wir fragen, welche konkreten Vorstellungen, Politiken und Infrastrukturen die bestehenden Zustände verstärken und festigen. In Kapitel neun zeigen wir in einem Überblick über die Ergebnisse dieses Dossiers, wo Hebelpunkte und Strategien sichtbar sind, um die imperiale Lebensweise zu überwinden. Denn Alternativen zur imperialen Lebensweise brauchen zwar große Veränderungen von Produktionsweisen und unseres Alltagslebens, müssen jedoch keine verminderte Lebensqualität zur Folge haben. Im Gegenteil: Solidarische und kooperative Formen des Wohnens, des Arbeitens, der Fürsorge, des Wirtschaftens und Zusammenlebens sind möglich und existieren bereits. Sie ließen sich ausdehnen, miteinander vernetzen und von der Ausnahme zur Regel machen.

Endnoten

- 1 UNDP, 2016
- 2 Credit Suisse, 2017; Forbes, 2017
- 3 Pimm et al., 2014
- 4 Kim, Sexton & Townshend, 2015
- 5 International Organization for Migration, 2009
- 6 Bauriedl, 2014; IPCC, 2014
- 7 Brand & Wissen, 2017
- 8 Brand & Wissen, 2017
- 9 Svampa, 2012
- 10 Wuppertal Institut, 2005
- 11 Fairtrade Deutschland, 2016
- 12 Atmosfair, 2017
- 13 Fairphone, 2017
- 14 Ziai, 2004
- 15 Karathanassis, 2014
- 16 Wölfl, 2003
- 17 Jackson, 2011; Santarius, 2012
- 18 Fraser, 2017

Eine kurze Geschichte der imperialen Lebensweise

Woher kommt die imperiale Lebensweise und wie hat sie sich entwickelt? Dieses Kapitel gibt einen Überblick über ihre Geschichte aus europäischer Perspektive – eine Geschichte, die von Erfindungsreichtum, materiellem Wachstum und Emanzipation genauso geprägt ist wie von Unterdrückung, Ausbeutung und Gewalt.

Die imperiale Lebensweise – also der prinzipiell unbegrenzte Zugriff auf Arbeitskraft und Ressourcen weltweit – entstand im Verlauf der letzten 500 Jahre: Sie entwickelte sich von einem Luxus, der den europäischen und nordamerikanischen Eliten vorbehalten war, zum normalen Alltag der globalen Mittel- und Oberschichten. Die globalen politischen und wirtschaftlichen Machtbeziehungen äußerten sich zunächst in expliziten Formen der Gewaltherrschaft (Kolonialismus und Imperialismus). Später wurden sie von subtileren Formen der Ausbeutung (Abhängigkeiten vom und über den Weltmarkt) abgelöst.¹ Getragen von einem großen Konsens, erscheint uns die imperiale Lebensweise heute oftmals als selbstverständlich. Indem sie Abhängigkeiten und gesellschaftliche Zwänge aufrechterhält, blockiert sie dabei Wege in eine sozial-ökologische Gesellschaft.

Kolonialismus: Die frühe imperiale Lebensweise

Die europäische Expansion begann im späten 15. und 16. Jahrhundert beim Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit. Sie wurde durch verschiedene Bedingungen begünstigt: Die Wirtschaftskraft war im Spätmittelalter angewachsen, Banken und große Handelskompanien entstanden. Und durch die Reformation erhielt die Wirtschaft einen weiteren Schub, da viele gut Ausgebildete nicht länger im Dienst der Kirche standen, sondern sich weltlichen Aufgaben widmeten. Das förderte Innovationen in der Verwaltung, in Technik und Wissenschaft. Der christliche Missionseifer stärkte den europäischen Expansionsdrang mit gewaltbereitem Furor. Gerade die spanischen und portugiesischen Königreiche, von denen die »Unterwerfung der Welt«² ausging, kämpften seit Langem gegen Muslime und Juden. Mit der Reformation kam es schließlich auch zu zahlreichen Glaubenskriegen innerhalb des Christentums. Zusammen mit anderen militärischen Auseinandersetzungen hatten diese Glaubenskriege zur Folge, dass kleine Herrschaften vielfach unterworfen und in die großen eingegliedert wurden. Verstärkt entwickelten sich in Europa absolutistische Regime, die für ihre teure herrschaftliche Repräsentation und die zahlreichen Kriege, die sie führten, enorme Summen benötigten. Im Zu-

sammenhang mit einer Reihe von Innovationen, etwa in der Seefahrt und Waffentechnik, ergab diese Mischung aus großem Geldbedarf, Gewaltkultur und religiösem Missionseifer eine für die restliche Welt explosive Mischung.

Europa expandiert ...

Als erste versuchten die Portugiesen und Spanier sich neue Zugänge zu den Schätzen und Märkten des Orients zu erschließen, und stießen dabei in ihnen unbekannte Regionen vor – insbesondere auch in die sogenannte »Neue Welt«. Etwas später folgten dann weitere europäische Staaten wie die Niederlande oder England. In der Ferne fanden sie vielerorts Machtverhältnisse vor, die günstig für sie waren: In manchen Regionen herrschte beispielsweise ein Machtvakuum, in das sie vorstoßen konnten. So etwa in Südostasien, wo die Großmacht China erst kurz zuvor ihre Außenbeziehungen eingeschränkt und ihre riesige Flotte aufgelöst hatte.³ Vielfach konnten sie auch lokale oder überregionale Konflikte für sich nutzen. In anderen Weltgegenden wie Amerika konnten sie sich hauptsächlich deshalb leicht durchsetzen, weil die indigene Bevölkerung gegen viele eingeschleppte Krankheiten wie Grippe keine Abwehrkräfte besaß und an ihnen deshalb zu großen Teilen starb. Insbesondere aber verfügten die europäischen Eindringlinge über Militärtechnologie, speziell Feuerwaffen wie etwa Kanonen, die ihnen in vielen Weltgegenden eine blutige Überlegenheit verschaffte – wenn auch keineswegs überall. Das mächtige osmanische Reich etwa war bis weit ins 17. Jahrhundert hinein ein gefürchteter Gegner. Auch für das chinesische Reich oder den indischen Großmogul waren die europäischen Mächte lange Zeit kaum ernstzunehmende Konkurrenten.⁴ In technologischer, wissenschaftlicher und ökonomischer Hinsicht waren die Europäer in vielen Bereichen geradezu rückständig.¹ Vor allem aber war die europäische Expansion von massiver Gewaltanwendung und Ausbeutung von Mensch und Natur geprägt.⁵ Beispielsweise wurden indigene Zwangsarbeiter*innen und Sklav*innen – insbesondere aus Afrika – unter verheerenden Bedingungen zur Arbeit gezwungen und starben zu tausenden. Gegen Widerstände gingen die Kolonialherren brutal vor, viele Völkernschaften rotteten sie gänzlich aus. So begingen deutsche Truppen noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika Völkermord an großen Teilen der Herero und Nama.

Staatliche und private Akteure arbeiteten bei der Unterwerfung der Welt eng zusammen: Die monarchischen oder oligarchischen Regierungen der Kolonialstaaten sorgten für Anreize, die nötigen Rahmenbedingungen, Legitimierung sowie notfalls für die militärische Durchsetzung von Verträgen oder den Schutz ihrer »Unternehmen«. Da-

» Die europäische Expansion begann im späten 15. und 16. Jahrhundert beim Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit.«

i Noch im 18. Jahrhundert imitierte etwa die britische Textilindustrie die indische und erst rund 900 Jahre nach China schaffte man es auch in Europa Porzellan herzustellen. Schon zuvor, im Mittelalter, hatte man aus dem »Reich der Mitte« etwa die Seidenproduktion, Papier und das Schwarzpulver übernommen.

für erhielten sie wichtige Einnahmen, etwa über Steuern. Hingegen übernahmen private und halbprivate Akteure, zum Beispiel Unternehmer, Statthalter oder Aktiengesellschaften wie die British East India Company, die Finanzierung und vielfach die eigentliche ›schmutzige Arbeit‹ des Kolonialismus. Dafür durften sie (und ihre Anteilseigner) große Teile der Ausbeutungsgewinne einstreichen. Die großen nationalen Handelskompanien erhielten von ihren Herrschern nicht nur Handelsmonopole, sondern ebenso das Recht Kriege oder ›Strafmaßnahmen‹ durchzuführen.⁶ Und schon bald finanzierten Aktien und Anleihen die Expansion. Das moderne Börsen- und Zentralbankwesen (siehe GELD UND FINANZEN) ist nicht zuletzt aus der Finanzierung jenes Ausbeutungssystems entstanden,⁷ das auch als ›Kriegskapitalismus‹ bezeichnet wird.⁸

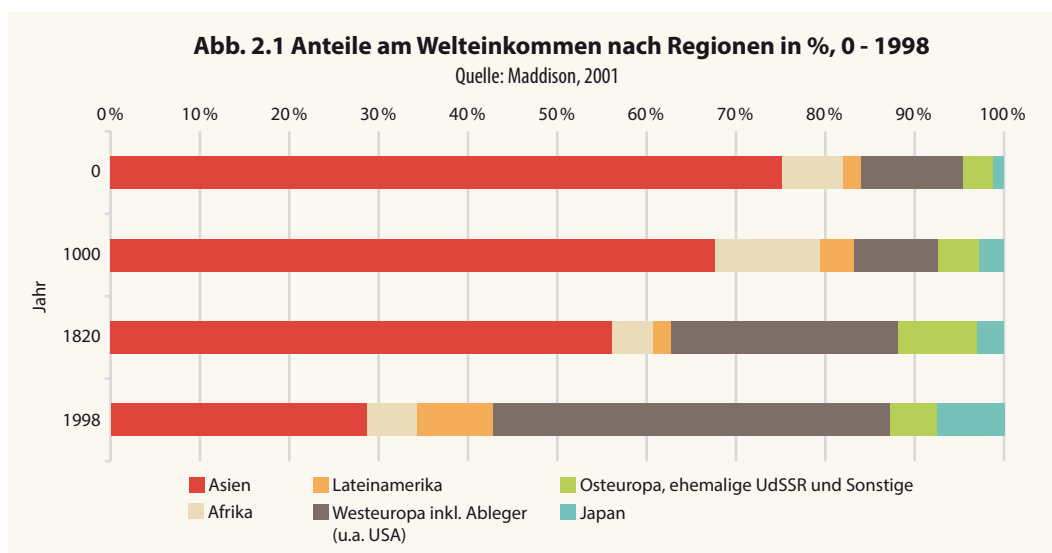
... und bringt einen ersten Weltmarkt hervor

Die Kaufleute aus Europa räumten mit ihren schwer bewaffneten Schiffen »Konkurrenten buchstäblich aus dem Weg [...], und gingen, im wahrsten Sinne des Wortes, auf Jagd nach Arbeitskräften.«⁹ Sie klinkten sich dabei in bestehende internationale Handelsverbindungen ein und schufen neue. Es entstand ein großes, von den europäischen Mächten beherrschtes und mit Waffengewalt aufrecht erhaltenes Handelssystem. Es entstand der erste Weltmarkt, den die europäischen Eliten nach ihren Interessen formten. Beispielsweise ließ die Niederländische Ostindien-Kompanie, um die Kontrolle über den einträglichen Handel mit Muskat zu erlangen, fast die ganze Bevölkerung einer Inselgruppe, geschätzte 15.000 Menschen, einfach ermorden.¹⁰ Danach richtete sie eine sklavenbetriebene Plantagenwirtschaft ein. Solche ›extraktiven Institutionen‹, die eine Ausbeutung zugunsten einer kleinen Elite sicherten, führten die Europäer überall in den Kolonien ein. Diese wirken sich vielfach bis heute destruktiv auf die Wirtschaften und politischen Systeme des Globalen Südens aus. Die Kolonialherren hingegen konnten auf diese Weise nicht nur ihre Herrschaft festigen und ausweiten, sondern auch ihre Handels- und Ausbeutungsgewinne vergrößern und in immer stärkerem Maße auf Güter aus aller Welt zugreifen. Der Weltmarkt bildete demnach das Rückgrat dieser frühen imperialen Lebensweise. Zum Beispiel konnten europäische Eliten mit dem geraubten Silber aus den Kolonien und den ›Erlösen‹ aus

dem Sklavenhandel nun aus Asien (vor allem China und Indien) gefragte Waren wie Tee, Metalle, Edelsteine oder Porzellan, Seide und Baumwollstoffe erwerben. Und Amerika lieferte ihnen unter anderem Tabak oder Zucker.¹¹ Bezeichnenderweise fand die Produktion von Zucker vor allem in Brasilien und der Karibik statt, konsumiert wurde er aber fast ausschließlich von Menschen in Europa und Nordamerika. In diesem Fall teilweise sogar von den Unterschichten, die von Luxusgütern in der Regel nichts hatten und denen es bisweilen kaum besser erging als den Unterworfenen in den Kolonien. Der privilegierte Zugriff auf die Waren aus aller Welt war damals ein Luxus, der großen Teilen der europäischen Bevölkerung bis ins 20. Jahrhundert weitgehend verwehrt blieb.

Koloniales Wissen prägt die Welt

Die imperiale Lebensweise beruhte auf gewalttätiger Ausbeutung, die nicht zuletzt mit rassistischen Argumenten legitimiert wurde. Etwa damit, dass die vermeintlich ›wilde‹ indigene Bevölkerung eher Tieren als Menschen gleiche und dementsprechend behandelt und ›(aus-)genutzt‹ werden könne.¹² In mittelalterlicher Tradition war man zudem überzeugt, nichtchristliche Religionen bekämpfen zu müssen. Der große Erfolg, den die Europäer bei ihrer Mission, der Unterwerfung, Abschlachtung und Plünderung anderer Völker hatten, erschien ihnen als Bestätigung dafür, dass ihr Handeln gottgefällig war. Und er führte außerdem dazu, dass die Kolonialmächte beziehungsweise ihre Eliten weiterhin gerade auf jene Techniken und Wissenschaften setzten, denen sie ihren zunehmenden Wohlstand, ihren Erfolg und die Ausbeutung der Welt verdankten.ⁱⁱ Die koloniale ›Erfolgsgeschichte‹ und imperiale Lebensweise sind deshalb tief in den westlichen Wissenschaften verankert und prägen bis heute das Verständnis davon, wie man sinnvoll und rational mit der Welt umgeht. Selbst für die Beherrschten und Ausgebeuteten waren die Stärke und der Reichtum der fremden Herrschaft vielfach ein Beleg dafür, dass deren Weltsicht und die von ihnen angewandten Methoden ›objektiv richtig‹ waren: Wer erfolgreich sein wollte wie sie, der musste sie nachahmen. Dies entwertete außereuropäische Kulturen und ihr Wissen – zu Gunsten westlicher Konzepte (siehe BILDUNG UND WISSEN).



ii Also etwa Ingenieurs- und Geowissenschaften, Landvermessung, Schiffsbau und Nautik sowie vor allem Waffen- und Militärtechnik oder auch die umfangreiche Sammlung und Ordnung enzyklopädischen Wissens über die verschiedenen Erdteile.

Industrialisierung und Imperialismus

Erst im 18. und 19. Jahrhundert entwickelte sich durch eine zweite Welle der kolonialen Expansion jene globale Dominanz Europas, die im 20. Jahrhundert dazu führen sollte, dass die Welt in ›entwickelt‹ und ›unterentwickelt‹ eingeteilt wurde.¹³ Jahrhundertelang hatten die außereuropäischen Teile der Welt – etwa China, Indien und einige heute sogenannte ›Entwicklungsländer‹ – den größten Anteil am Welteinkommen (siehe Abb. 2.1).¹⁴ Doch das änderte sich schnell. Nicht zuletzt deshalb, weil die konkurrierenden europäischen Kolonialmächte ihren Zugriff auf die globalen Ressourcen – Land (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT), Arbeitskraft (Zwangsarbeit oder Versklavung) und Rohstoffe – ausweiteten und die Erde gewaltsam untereinander aufteilten. Diese Epoche, in der Europa den größten Teil der Welt unterwarf und unterdrückte, ging als Imperialismus in die Geschichte ein. Der Imperialismus veränderte die internationalen Beziehungen grundlegend und wirkt bis heute in vielen Lebensbereichen fort. Verfügten die Länder des Globalen Südens zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch über mehr als 63 % des weltweiten Einkommens, waren es um die Mitte des 20. Jahrhunderts gerade noch 27 %.¹⁵

Die koloniale Dimension der Industrialisierung

Ab dem 18. und 19. Jahrhundert drängten in vielen Ländern Europas Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr die Landwirtschaft immer stärker in den Hintergrund. Diese Sektoren bestimmten fortan das wirtschaftliche Wachstum und den gesellschaftlichen Wandel.¹⁶ Zunehmend gaben in der Produktion die Mechanisierung und das rhythmische Zischen der Dampfmaschine den Takt vor und ermöglichten so eine steigende Produktivität in den aufkommenden Fabriken. Textilien etwa konnten durch mechanische Webstühle so schnell wie nie zuvor hergestellt, Menschen und Güter mit Dampfern oder Eisenbahnen in ungeahnter Geschwindigkeit transportiert werden. Durch die neuen Technologien und die Nutzung fossiler Energieträger – zuerst vor allem Kohle – wurde die Produktion zudem unabhängig von den natürlichen örtlichen Gegebenheiten. Es konnte nun dort produziert werden, wo viele Arbeitskräfte verfügbar waren. Es begann das Zeitalter der fossilen Energie.¹⁷

In der westlichen Selbstwahrnehmung erscheinen diese Entwicklungen allzu häufig als logisches Ergebnis von überlegenem Erfinder- und Unternehmergeist. Dabei wird übersehen, dass die europäische Industrialisierung keineswegs allein auf technologischen Neuerungen beruhte: Weltweit schufteten Millionen von Sklav*innen, Zwangsarbeiter*innen oder Kulis (Tagelöhner*innen) für den Aufschwung der imperialen Mächte. Nicht zuletzt mussten sie billige Rohstoffe für deren Industrien liefern.¹⁸ Daran änderte auch die offizielle Abschaffung der Sklaverei wenig.ⁱⁱⁱ In so manchen Fällen ermöglichte erst die Aneignung von fremdem Wissen die europäische Entwicklung von Technologien. Beispielsweise übernahm die britische Textilindustrie – also das Symbol des Industriekapitalismus schlechthin – zahlreiche Techniken und Muster der bis dahin führenden indischen Textilhersteller*innen, die sie ausgekundschaftet hatte.¹⁹ Während in der ersten Phase des Kolonialismus insbesondere Silber, Zucker, Tee und Gewürze wichtige Handelsgüter waren (siehe oben), schuf

die Industrialisierung vor allem ab dem 19. Jahrhundert einen wachsenden Bedarf an Baumwolle (für die Textilindustrie), Kautschuk (insbesondere für Rad- und Autoreifen), Eisenerz, Nickel und andere Mineralien (zum Beispiel für die Produktion von Stahl).²⁰

Europas neue Klassengesellschaft

Der Industriekapitalismus brachte eine Gesellschaftsordnung hervor, die grundlegend von Erwerbsarbeit und neuen sozialen Gegensätzen geprägt war. Einem kleinen Kreis von immer wohlhabenderen Bürgern, die über Kapital oder Produktionsmittel, wie etwa Fabriken, verfügten, stand eine rasant wachsende Zahl an lohnabhängigen Arbeiter*innen gegenüber, die kaum mehr besaßen als ihre Arbeitskraft.²¹ Männer, Frauen und Kinder verrichteten in den Fabriken Schwerstarbeit zu Hungerlöhnen – nicht selten 12 bis 16 Stunden pro Tag oder mehr, ohne Versorgung bei Krankheit oder im Alter. Wie für die Menschen in den Kolonien war Schwerstarbeit auch für die europäischen Unterschichten das tägliche Brot. Die Arbeit in den Fabriken war oft keine freiwillige Wahl. Auf den britischen Inseln beispielsweise vertrieb der Adel große Teile der Landbevölkerung vom gemeinschaftlich genutzten Land, um dieses für die profitablere Produktion von Wolle zu nutzen.²² Viele Menschen konnten sich und ihre Familien deshalb auf dem Land nicht mehr ernähren und zogen in die Städte, um dort in den aufkommenden Fabriken wenigstens einen kargen Lohn zu verdienen. Für Frauen* bedeutete das eine doppelte Belastung: Zum einen gingen sie in den Textilfabriken oder privaten Haushalten einer Lohnarbeit nach, die deutlich schlechter entlohnt wurde als die ihrer männlichen Kollegen. Zum anderen wurde ihre zusätzliche Arbeit als Hausfrauen als selbstverständlich angesehen und weder bezahlt noch wertgeschätzt (siehe SORGE).²³

Der Beginn der Wachstumsgesellschaft

Ab dem 18. Jahrhundert stiegen das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum in Europa sprunghaft an und verstärkten einander. Allein zwischen 1700 und 1800 verdoppelte sich die Bevölkerung in Europa beinahe.²⁴ Diese Entwicklung trug wesentlich zur Ausbreitung der imperialen Lebensweise bei – allein schon deshalb, weil sie eine große Migrationswelle auslöste. Auf der Suche nach wirtschaftlichem Glück oder auf der Flucht vor Repressionen wanderten Millionen Menschen aus Europa in andere Teile der Welt aus und verbreiteten dort die westliche Denk- und Wirtschaftsweise. Zudem stellte das Bevölkerungswachstum in Europa ein riesiges Reservoir an lohnabhängigen Arbeitskräften für die Industrialisierung bereit. Und es steigerte den Bedarf an neuen Infrastrukturen und erschwinglichen Lebensmitteln drastisch, was Innovationen in der Landwirtschaft begünstigte. Die Verbesserung oder neue Einführung von Anbaumethoden, Düngemitteln und Nutzpflanzen (zum Beispiel Mais, Kartoffeln oder Kürbis aus Nord- und Südamerika) boten die Grundlage für den weiteren Anstieg der Bevölkerung und der landwirtschaftlichen Produktivität. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts kam es außerdem zu großen Umwälzungen im Verkehrswesen. Zuerst in Großbritannien, später in Kontinentaleuropa und in den Vereinigten Staaten gab es einen Bauboom bei Transportkanälen. Die Binnenschifffahrt

iii Dies ist bei der 4. Industriellen Revolution (Digitalisierung) nicht anders, siehe DIGITALISIERUNG.

transportierte wachsende Gütermengen aus dem regionalen wie globalen Handel und verband die neuen urbanen Zentren miteinander. Mitte des 19. Jahrhunderts revolutionierte dann die Eisenbahn die Mobilität von Menschen und Gütern. Denn mit ihr konnte der Verkehr unabhängig von Flussläufen geplant werden.²⁵ Das war nicht nur ökonomisch, sondern ebenso militärisch von großer Bedeutung. Deshalb förderten Staaten den Ausbau der neuen Infrastruktur massiv und setzten entsprechende Pläne auch gegen Widerstände vor Ort durch. Das Kapital für den Streckenausbau stammte nicht selten aus der Ausbeutung der Kolonien. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war der Eisenbahnbau bereits der größte Wirtschaftszweig in Europa und Nordamerika – und damit in doppelter Hinsicht ein Motor der Industrialisierung: Zum einen schuf er ganz neue Möglichkeiten der Kommunikation, der Logistik und des Transports. Zum anderen war er selbst ein boomender Wirtschaftssektor. Die neue Produktivität und Mobilität des industriellen Zeitalters wurden von großen Teilen der Bevölkerung und dem Ökosystem teuer bezahlt, denn sie beruhten auf massiver Ausbeutung und auf fossilen Energieträgern – zunächst auf Kohle und seit dem 20. Jahrhundert vor allem auf Öl.

Fordismus: Wohlstand für alle?

Von der Industrialisierung profitierten zunächst fast nur die Eliten, etwa Fabrikbesitzer*. Doch durch langwierige Arbeitskämpfe konnten Gewerkschaften ab Ende des 19. Jahrhunderts höhere Löhne und kürzere Arbeitstage für die Arbeiter*innen durchsetzen. Auch der aufkommende Sozialstaat geht wesentlich auf die Stärke organisierter Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung zurück. Gleichzeitig führten technische Innovationen und verbesserte Arbeitsabläufe (beispielsweise Fließbandarbeit) zu höherer Produktivität, also geringeren Kosten pro hergestelltem Produkt und damit zu günstigeren Preisen.²⁶ Für viele Unternehmen waren staatliche Regulierungen von Märkten hinnehmbar, solange diese Entwicklungen höhere Profite ermöglichten. Zudem förderte die Ende des 19. Jahrhunderts entstandene Werbeindustrie eine Konsumkultur, die in den Industriestaaten im Laufe des 20. Jahrhunderts weite Teile der Bevölkerung umfasste.²⁷

Das Besondere an dieser neuen Konsumgesellschaft war, dass nicht mehr nur die wirtschaftlichen, politi-

schen oder religiösen Eliten, sondern »die Mehrheit der Bevölkerung an neuartigen Formen des Konsums teilhatte«²⁸. Große Teile der Arbeiter*innenklasse des Globalen Nordens pflegten nun selbst die imperiale Lebensweise und wurden so am neuen Wohlstand beteiligt, der weiterhin auf der Aneignung und Ausbeutung von Arbeitskraft und Ressourcen weltweit fußte. Das Automobil beispielsweise, Ende des 19. Jahrhunderts noch das exklusive Transportmittel der Oberschicht, wurde im Laufe des 20. Jahrhundert zum Massenprodukt. Diese Periode der Massenproduktion und des Massenkonsums wird in Anlehnung an den Autobauer Henry Ford als *Fordismus* bezeichnet.^{iv} Da die Arbeiter*innen nun auch gleichzeitig Konsument*innen waren, sprechen manche in diesem Zusammenhang von einer »Emanzipation des Proletariats«²⁹. Demzufolge konnten vergleichsweise ärmere Menschen die imperiale Lebensweise – trotz der in ihr fortbestehenden Ungleichheiten – akzeptieren.

Die Kehrseite des neuen Wohlstands

Allerdings waren die Früchte dieser Entwicklungen vor allem der Weißen Bevölkerung vorbehalten. Insbesondere in der »neuen Nummer eins der Weltwirtschaft«, den USA, prägte der Kampf um gleiche Rechte den Alltag der Schwarzen Bevölkerung. Zudem veränderten sich die traditionellen Geschlechterrollen zunächst kaum: Frauen* waren nach wie vor alleine für die Sorgearbeit zuständig, welche nicht als wirkliche Arbeit anerkannt wurde. Die meist positiv konnotierte soziale Marktwirtschaft funktionierte jedoch nur – und das bleibt häufig unerwähnt – »auf Kosten der Eigenständigkeit und der Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen«³⁰. Verheiratete Frauen* in Deutschland durften bis 1977 nicht ohne die Erlaubnis ihres Ehemanns einen Arbeitsvertrag unterschreiben. Und auch ihr Recht zu wählen, einen Marathon zu laufen oder an der Universität zu studieren, mussten Frauenbewegungen oft erst noch erkämpfen.

Obwohl sich die imperiale Lebensweise im Fordismus durchaus verallgemeinerte, blieb dieser Trend vor allem auf die ehemaligen Kolonialstaaten (USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Niederlande, Belgien, Japan) begrenzt. Viele Gesellschaften des Globalen Südens waren nach dem zweiten Weltkrieg vielmehr damit beschäftigt, ihre Unabhängigkeit von diesen Ländern (vor allem von

Abb. 2.2: Zeitstrahl



iv Seine Arbeiter*innen konnten sich angeblich innerhalb weniger Monate eines seiner Autos verdienen.

Frankreich und Großbritannien) zu erkämpfen. Diese Kämpfe gegen die fortbestehenden Ungerechtigkeiten blieben jedoch in der Nachkriegszeit von der Masse der deutschen Bevölkerung weitgehend unbeachtet – sie wählte sich im Glauben an Wohlstand für alle durch Wachstum.

Wachstum: Das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik

In den 1950er und 1960er Jahren kam es in Deutschland zum sogenannten »Fahrstuhl-Effekt«³¹: Zwar nahm die Ungleichheit gesamtgesellschaftlich nicht unbedingt ab, aber mit steigendem Wirtschaftswachstum ging es Menschen aller Gesellschaftsschichten materiell zunehmend besser – die Gesellschaft fuhr quasi insgesamt ein Stockwerk höher.³² Die extreme Massenarmut der frühen Industrialisierung konnte größtenteils überwunden werden. Nicht zuletzt deshalb ist Wirtschaftswachstum in unseren Gesellschaften das höchste wirtschaftspolitische Ziel. Dieses Ziel genießt bis heute eine breite Akzeptanz in der Gesellschaft, schuf neue Bedürfnisse und brachte den Glauben an die Notwendigkeit ewigen Wachstums hervor.³³ Damit wurde die imperiale Lebensweise in den früh industrialisierten Ländern zum Massenphänomen: Fast alle Menschen konnten hier Güter und Dienstleistungen kaufen und so mittels Unternehmen und globalen Märkten auf Arbeitskraft und Ökosysteme in Ländern des Globalen Südens zugreifen. Auf den Weltmärkten folgten auf die formale Unabhängigkeit oft neo-koloniale Handelsregime, innerhalb derer die Länder des Globalen Südens weiterhin vor allem Ressourcen, Lebensmittel und Arbeitskraft für den Globalen Norden förderten oder bereitstellten.³⁴ Ein Großteil der ehemaligen Kolonien entwarf Industrialisierungsstrategien, um ein ähnliches Wohlstandsniveau zu erreichen wie die Länder des Globalen Nordens. Doch die Spielregeln der Weltwirtschaft wurden noch immer von den ehemaligen Kolonialmächten bestimmt. Seit den 1960er Jahren hat der Unterschied im Industrialisierungsgrad^v zwischen den Ländern des Globalen Nordens und Südens zwar abgenommen. Jedoch bestehen die starken Einkommensgefälle zwischen diesen Ländern weiter fort.³⁵ Erst zum Ende des Fordismus in den 1970er Jahren wurden die »Grenzen des Wachstums«³⁶ öffentlich debattiert. Die Folgen von Massenkonsum und Massenproduktion wurden unübersehbar, denn sie waren enorm ressourcen- und emissionsintensiv. Vor allem Erdöl, aber weiterhin

auch Kohle, stellten die Grundlage von Mobilität. Zusätzlich gab es immer mehr Materialien aus Plastik. Aber auch Zement, Stahl, Sand und Schotter waren für die rasant wachsende Straßeninfrastruktur vonnöten. Im Vergleich zur Eisenbahn war der Flächenbedarf für Straßen mehr als zehnmal so groß. So wurde der Transportsektor mit dem Fordismus zum größten direkten Energieverbraucher, noch vor der Industrie.³⁷

Die Mittel des neuen Wachstums, etwa die Industrialisierung der Landwirtschaft, zerstörten durch den Anbau von Monokulturen, den übermäßigen Gebrauch von Pestiziden und chemischen Düngemitteln die Bodenfruchtbarkeit und Artenvielfalt. Darüber hinaus führte sie nicht selten zu Landflucht, Verarmung sowie der zunehmenden Zerstörung bäuerlicher und regional-ökologischer Landwirtschaft (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT).³⁸ So entstanden ab den 1960er und 1970er Jahren neue soziale Bewegungen auf der Suche nach alternativen Konsum- und Produktionsweisen, die nicht auf Kosten von Mensch und Umwelt gehen. Doch diese Ideen konnten sich im globalen Maßstab nicht durchsetzen.

Neoliberale Globalisierung

Mit der Globalisierung ab den 1980er Jahren wurde die imperiale Lebensweise auch außerhalb der ehemaligen Kolonialmächte für die globalen Mittel- und Oberschichten massentauglich (siehe GLOSSAR). Von nun an waren die Alltagsgüter, ob Turnschuhe, neue Computer oder Lebensmittel im Supermarkt, meist kein Standardprodukt aus einem einzigen Betrieb mehr. Sie entsprangen vielmehr einem Netz an Liefer- und Produktionsbeziehungen in ganz unterschiedlichen Teilen der Welt. Dieser Wandel ging nicht nur mit einer relativen De-Industrialisierung des Globalen Nordens und dem Aufstieg von China zur »Werkbank der Welt« einher. Er wurde auch begleitet von der Marktkonzentration weniger transnationaler Konzerne und der Vorherrschaft einer neuen wirtschaftspolitischen Ideologie: dem *Neoliberalismus* (siehe GLOSSAR).

Einflussreiche Politiker*innen, wie US-Präsident Ronald Reagan oder die britische Premierministerin Margaret Thatcher, wurden zum Sinnbild eines politischen und wirtschaftlichen Kurses, der die Freiheit und Effizienz der Märkte in den Mittelpunkt jeglicher politischer Programme setzte und auch große Teile der (Wirtschafts-)



v Gemessen am Anteil der verarbeitenden Industrie am Bruttoinlandsprodukt.

Wissenschaft und Zivilgesellschaft dominierte (siehe BILDUNG UND WISSEN).³⁹ Selbst sozialdemokratische Parteien, die zuvor die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung zu wahren schienen, folgten dem neuen politischen Trend: Privatisierung, Deregulierung und Reduzierung staatlicher Verantwortung (insbesondere im Bereich der sozialen Fürsorge) wurden als Lösung sämtlicher wirtschaftlicher Probleme verstanden. Statt dem Leitbild demokratischer Kontrolle über die Märkte, das den Fordismus zumindest in Teilen geprägt hatte, propagierten neoliberale Vordenker*innen das Ideal einer ›marktkonformen Demokratie‹. Durch den Zerfall der Sowjetunion und des real existierenden Sozialismus, erlebte diese Vorstellung in den 1990er Jahren den finalen Durchbruch.⁴⁰

›Entwicklung‹ – nur für wen?

Überzeugt von den Selbstheilungskräften des Marktes ordneten einflussreiche internationale Geldgeber wie der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank oder die G8 (Gruppe der Acht) in den 1980er und 1990er Jahren sogenannte Strukturanpassungsprogramme als ›Entwicklungshilfe‹ an.⁴¹ Sie setzten auf die Öffnung der Wirtschaft für die privatwirtschaftlichen Interessen der transnationalen Unternehmen, eine Exportorientierung der Landwirtschaft (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT) und den Rückzug des Staates aus zahlreichen Lebensbereichen, etwa der Gesundheitsfürsorge oder Bildung (siehe SORGE). Darüber hinaus wurden seit den 1990er Jahren zahlreiche internationale Freihandelsabkommen abgeschlossen, die diesen Trend institutionell verankerten und einklagbare Rechte für private Investoren festschrieben.⁴² Für die oft erst kurz zuvor dekolonisierten Länder des Globalen Südens bedeutete die neoliberale Politik vor allem neue Abhängigkeiten – sowohl von den internationalen Finanziers in Form von unbezahlbaren Schuldenbergen (siehe GELD UND FINANZEN) als auch von den Schwankungen des Weltmarktes. Diese führte nicht selten zur Verelendung lokaler Wirtschaftszweige.⁴³ In der Folge verließen zahllose Menschen, insbesondere aus ländlichen Regionen, ihr Zuhause auf der Suche nach Perspektiven für sich und ihre Familien – und nahmen als migrantische Arbeiter*innen prekäre Jobs an, auf den Äckern, in den Fabriken oder den Haushalten der globalisierten Welt (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT, DIGITALISIERUNG UND SORGE).

Diese »Globalisierung von Oben«⁴⁴ verschärfte in den letzten 30 Jahren weltweit die Einkommens- und Vermögensungleichheiten, welche heute größer als je zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg sind. Insbesondere seit 1990 ist die Ungleichheit innerhalb der meisten Länder – sowohl im Globalen Süden wie auch im Globalen Norden – gestiegen.⁴⁵ Zwar wuchs die Weltwirtschaft insgesamt, und zwar vor allem durch Länder wie China, Indien und Brasilien, die neue Mittel- und Oberschichten hervorbrachten, die der imperialen Lebensweise des Globalen Nordens nachzueiferten. Gleichwohl bedeutet Wachstum nicht immer Wohlstand und erst recht nicht für alle. Statt allen Teilen der Weltbevölkerung zugute zu kommen, wie es die vorherrschende Wirtschaftstheorie voraussagte, führte die

Globalisierung in vielen Teilen der Welt zu einer Stärkung der Elitenmacht und zur Verarmung und Prekarisierung (siehe GLOSSAR) großer Bevölkerungsschichten.⁴⁶ Heute besitzt das reichste Prozent der Weltbevölkerung fast die Hälfte der gesamten globalen Vermögenswerte.⁴⁶

Die (alltägliche) Herrschaft des Marktes

Die zunehmende Ungleichheit ist nicht zuletzt auf den Aufstieg der Finanzmärkte zurückzuführen. Denn die Politik der neoliberalen Globalisierung führte nicht allein zur ›Entfesselung‹ des globalen Handels. Sie brachte auch Geschäftspraktiken hervor, in der sämtliche Konzerne ihre Entscheidungen immer stärker an der Entwicklung ihrer Aktienkurse bemessen und sich zunehmend selbst an Finanzmarktgeschäften beteiligen.⁴⁷ Investitionen in die Realwirtschaft und damit auch in Arbeitsplätze und Löhne sind seitdem meist weniger profitabel und attraktiv für Vermögende, die ihr Geld lieber in innovative Finanzprodukte investieren (siehe GELD UND FINANZEN). So entwickelte sich die Finanzwelt seit der Krise des Fordismus und dem Zusammenbruch des festen Wechselkursregimes Anfang der 1970er Jahre vom ›Diener‹ der industriellen Produktion zum Taktgeber der Weltwirtschaft.⁴⁸

Die Logik der (Finanz-)Märkte dominiert seither immer mehr Lebensbereiche. Für den Zugriff auf Arbeitskräfte und Ressourcen, die der imperialen Lebensweise zugrunde liegen, bedeutete dieser Wandel vor allem eine größere Reichweite und Flexibilität: Ob Bildung, das Familienleben, die Freizeitgestaltung oder die Beziehung zur Umwelt – inzwischen wird fast alles im Sinne des Profits und über Märkte organisiert.⁴⁹ Kritische Stimmen sprechen daher von einer ›Markt-Zivilisation‹.⁵⁰ Heute verlassen hunderttausende junge Menschen die Universität mit Schulden, die sie jahrelang abbezahlen müssen, Rentenfonds werden zu institutionellen Anlegern (siehe GELD UND FINANZEN), die mit Nahrungsmitteln spekulieren (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT), und der CO₂-Ausstoß der nächsten Flugreise wird durch Emissionshandel finanziell bewertet und vermeintlich ›kompensiert‹ (siehe MOBILITÄT). Unter den aktuellen Verhältnissen können wir uns den Zwängen des Marktes kaum entziehen. Selbst die Sorgearbeit für Menschen, die uns nahestehen und wichtig sind, wird zur Geldfrage (siehe SORGE).

Geschichte wird von uns gemacht

Die kurze Darstellung der Geschichte der imperialen Lebensweise lässt erahnen, wie Ausbeutung und Innovation, Wachstum und Ungleichheit, Wohlstand und Gewalt zusammenhängen – auch heute noch. Dieser historische Abriss liefert nicht nur einen wichtigen Verständnishintergrund für die nachfolgende Betrachtung der einzelnen Lebensbereiche, sondern ist auch wichtig für den anschließenden Ausblick in eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen. Denn bereits das Anhäufen materiellen Wohlstands in der Vergangenheit – basierend auf einem enormen Ressourcenbedarf – gefährdet eine wirklich nachhaltige Gesellschaft. Mehr noch: Die industrielle Massenproduktion expandiert global gesehen, und das in naher Zukunft wo-

» Diese
›Globalisierung
von Oben‹ ver-
schärfte in den
letzten 30 Jahren
weltweit die Ein-
kommens- und
Vermögensun-
gleichheiten,
welche heute
größer als je
zuvor seit dem
Zweiten Welt-
krieg sind.«

vi 1991 entstand beispielsweise der Binnenmarkt in Südamerika mit dem Mercosur-Abkommen, 1994 folgte die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) und 1995 wurde die Welthandelsorganisation (WTO) als globale politische Institution des Freihandels gegründet.

möglich sogar als Industrie 4.0 (siehe DIGITALISIERUNG). Aber ein Wandel hin zu einer anderen – sozialen und ökologischen – Weltgesellschaft ist trotz dieser düster wirkenden Prognose möglich. Denn die hier beschriebenen historisch gewachsenen Ungerechtigkeiten sind zu keiner Zeit hinnehmbar gewesen. Menschen sind immer schon für Verbesserungen der Verhältnisse aufgestanden, haben dabei viel erreicht und die Weltgeschichte beeinflusst (beispielsweise die Abschaffung der Sklaverei). Geschichte ist schließlich das Ergebnis menschlicher Handlungen, Auseinandersetzungen und Diskussionen. Sie wird gemacht. Von uns.

Endnoten

- 1 Reinhard, 2016
- 2 Reinhard, 2016
- 3 Frasch, 2008, S. 273–274; Kleinschmidt, 2017; Reinhard, 2016, S. 56–58
- 4 Feldbauer & Lehnert, 2008
- 5 Beckert, 2014; Kleinschmidt, 2017, S. 10–11, 94–107; Walter, 2014
- 6 Reinhard, 2016, S. 177–253
- 7 Kocka, 2013, S. 49–55
- 8 Beckert, 2014
- 9 Beckert, 2014, S. 51
- 10 Acemoglu & Robinson, 2015, S. 301–305
- 11 Kamenov, 2016
- 12 Reinhard, 2016, S. 317
- 13 Davis, 2001; Escobar, 1995
- 14 Nayyar, 2013, S. 11
- 15 Maddison, 2001; Nayyar, 2013, S. 14
- 16 Kruse, 2012
- 17 Malm, 2013
- 18 Tappe, 2016
- 19 Beckert, 2014
- 20 Kamenov, 2016
- 21 Kruse, 2012
- 22 Thompson, 1991
- 23 Klinger, 2012, S. 267
- 24 Lee, 1984
- 25 Wolf, 2009, S. 48–51
- 26 Jessop & Sum, 2006, S. 59–60
- 27 Church, 2000, S. 622; Matsuyama, 2002, S. 1036; Steinert, 2008, S. 20
- 28 König, 2000, S. 8
- 29 Steinert, 2008, S. 22
- 30 Winker, 2015, S. 27
- 31 Beck, 1986
- 32 Beck, 1986, S. 122
- 33 Götz, 2015, S. 31
- 34 Nkrumah, 1965, S. 19; Nunn & Price, 2004, S. 210–211
- 35 Arrighi, Silver & Brewer, 2003; Nayyar, 2006
- 36 Meadows, Meadows, Randers & Behrens, 1972
- 37 Brand & Wissen, 2017
- 38 Vandana, 1989
- 39 Harvey, 2007
- 40 Klein, 2007
- 41 Stiglitz, 2004
- 42 Ziai, 2007
- 43 Ponniah & Fisher, 2003, S. 11
- 44 IMF, 2014
- 45 Roy, 2012
- 46 Davies, Lluberas & Shorrocks, 2016, S. 19
- 47 Hufschmidt, 2007; Windolf, 2005
- 48 de Goede, 2000
- 49 Gill, 2003a, S. 66, 2003b, S. 128
- 50 Gill, 2003b, S. 117

Das Labor der Träume und Alpträume

Wer kennt ihn nicht? Den Drang ›online zu gehen‹, um Teil der digitalen Welt zu werden und nichts von dem zu verpassen, was dort vor sich geht. Heute ist jeder vierte Mensch auf der Welt bei Facebook registriert. Jeden Tag werden über 150 Millionen Skype-Gespräche geführt, 800 Millionen Tweets abgesetzt und über 4 Milliarden Suchanfragen bei Google eingegeben. #welcometothedigitalworld

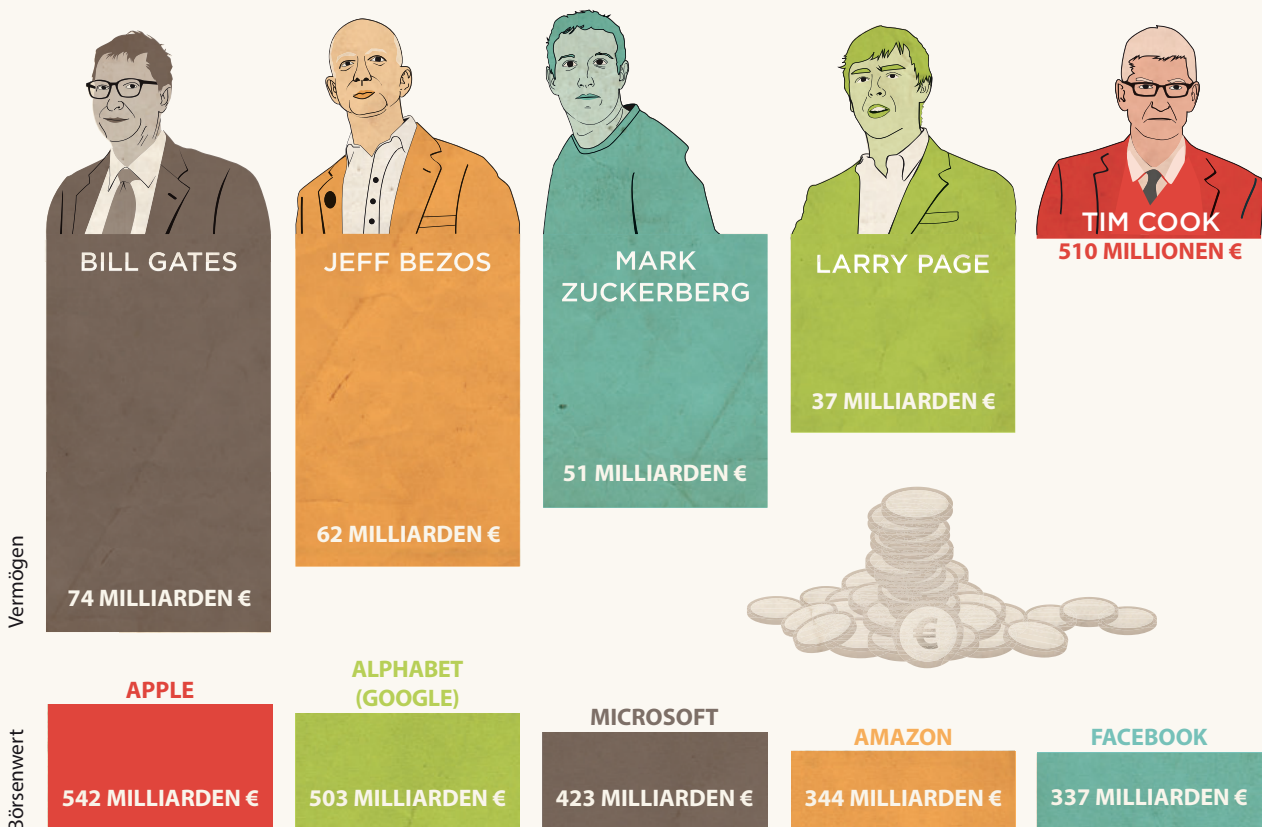
Als Megatrend zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Digitalisierung in aller Munde und erfasst immer mehr Lebensbereiche. Die »Vernetzung der Welt«¹ scheint zum Greifen nah. Viele sehen die Zukunft im *Internet der Dinge*: Immer mehr Gegenstände, von elektronischen Geräten bis zu Kleidungsstücken, werden mit Sensoren ausgestattet und über das Internet miteinander verbunden und ergeben so eine neue digitale Umwelt. »Intelligente« Häuser, Fabriken oder ganze Städte könnten mit einem Mausklick gesteuert werden. Für die großen (internationalen) Wirtschaftsverbände

und politischen Institutionen scheint klar: Digitalisierung ist nicht nur »intelligent«, sie verspricht auch Fortschritt und Wohlstand.² Dahinter steht der Glaube, dass die Digitalisierung die Wachstumsraten vergangener Jahrzehnte zurückbringt und der Stagnation der Wirtschaft ein Ende bereitet. Und tatsächlich belegen Zahlen das Potential der digitalen Branche: Inzwischen sind die wertvollsten Unternehmen der Welt nicht mehr fossile Energiekonzerne und Banken, sondern fast ausschließlich Hightech- und Internetkonzerne (siehe Abb. 3.1).³ Andere wiederum erhoffen sich von der Digitalisierung eine gemeinwohlorientierte Gestaltung verschiedener Lebensbereiche abseits des Marktprinzips.⁴ Pessimistische Beobachter*innen hingegen warnen vor der »smarten Diktatur«⁵, die mit den umfassenden Überwachungs- und Steuerungsmöglichkeiten der digitalen Vernetzung umgesetzt werden könnte. Die Digitalisierung erscheint heute gleichermaßen als Labor der Träume wie Alpträume.

Um weder in eine digitale Fortschrittseuphorie zu verfallen, noch alle Entwicklungen als totalitäre Überwachungstechnologien zu verteufeln, ist eine differenzierte Sichtweise notwendig. Genau diese wollen wir im Folgenden einnehmen. In einem ersten Schritt fragen wir da-

Abb. 3.1: Milliardengeschäft Digitalisierung

Quelle: Statista, 2016a, 2016b; Weltbank, 2016





nach, wie die neue Normalität des digitalen Zeitalters für unterschiedliche Akteure aussieht. Zweitens untersuchen wir anhand eines alltäglichen Gegenstandes, des Smartphones, auf welchen materiellen Voraussetzungen die Digitalisierung beruht. Wie funktioniert die globale Ökonomie unter digitalen Vorzeichen beziehungsweise wer profitiert von ihr und auf wessen Kosten geht sie? Diese Frage behandeln wir im dritten Schritt, um dann noch in einem vierten und letzten Schritt zu untersuchen, wo die Digitalisierung Ansatzpunkte und Chancen für einen sozial-ökologischen Wandel bietet. Gleichzeitig diskutieren wir wie und wo sie der Transformation bislang im Wege steht. Dabei wird sich zeigen: Die globalen Ungleichheits- und Machtverhältnisse sind eng mit der vorherrschenden imperialen Lebens- und Produktionsweise verknüpft. Und: Sie sind ein wesentlicher Grund dafür, dass wir aktuell immer größere Krisen erleben, obwohl uns die digitalen Technologien Möglichkeiten auf ein besseres Leben bieten wie nie zuvor.

Die digitale Normalität

Wie sehr die Digitalisierung mittlerweile unsere Lebensbereiche durchdringt, wird vielleicht erst so richtig klar, wenn man sich vorstellt, es gäbe einen längeren umfassenden Internetausfall. Die Wasserversorgung und der

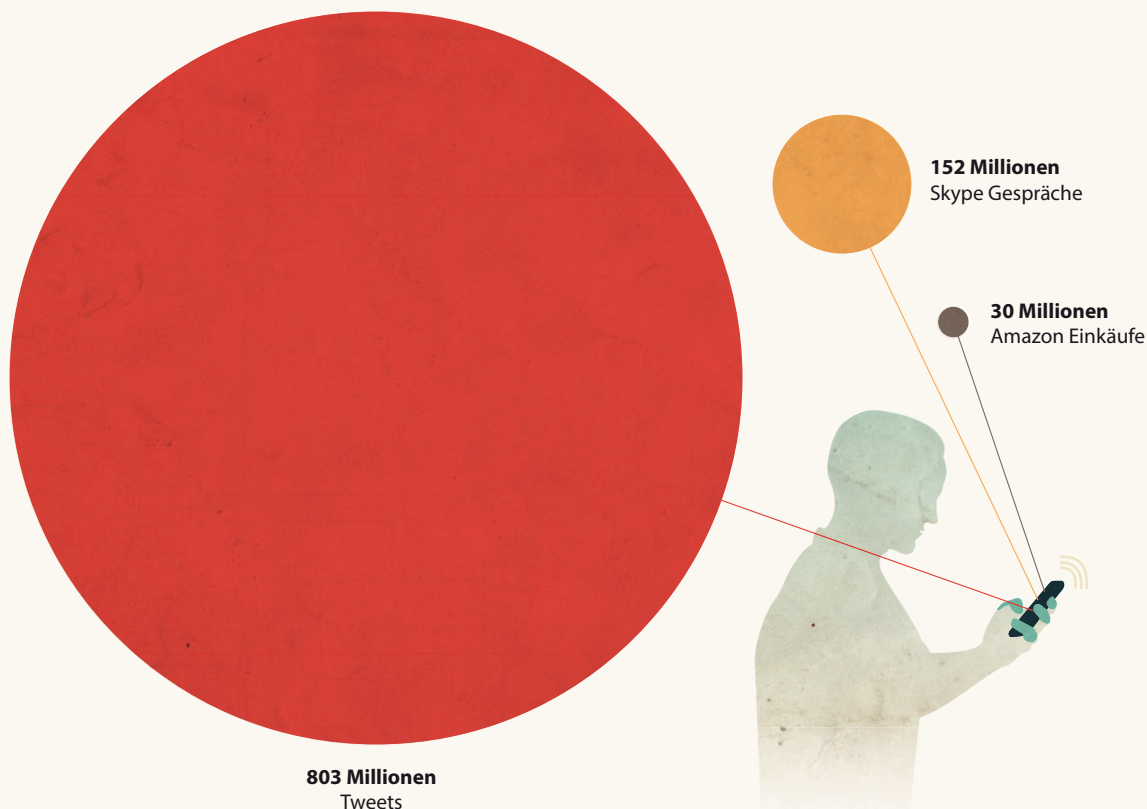
Verkehr würden ebenso zusammenbrechen wie die Kommunikations-, Zahlungs- oder Produktionssysteme. Und auch im Kleinen ist die Digitalisierung aus unserem Alltag kaum wegzudenken, wie schon ein simples Beispiel deutlich macht: Ein Leben ohne Smartphone? Das ist heute für viele unvorstellbar. Dabei sind Massenprodukte wie Apples iPhone gar nicht so alt: 2007 wurde das erste Gerät auf den Markt gebracht. Inzwischen besitzen in Deutschland rund zwei Drittel der Gesellschaft ein Smartphone, unter den Jüngeren liegt der Anteil sogar bei über 90 %.⁶ Für die heranwachsende *Generation Smartphone* ist es selbstverständlich, das Internet in erster Linie über mobile Endgeräte zu nutzen.⁷

Längst ist das Handy mehr als ein technisches Statussymbol. Es ist der bequeme Zugang zur Welt und das Medium, das Erfahrungen vermittelt und unsere Ansichten und Vorstellungen prägt. Smartphones sind die Eintrittskarte in soziale Netzwerke, in denen Kontakte geknüpft und gepflegt sowie Neuigkeiten ausgetauscht werden.⁸ Für viele sind sie zum Inbegriff eines modernen Lebens geworden, in dem der vernetzte Mensch sein Leben digital organisiert. Von der zeitlichen und räumlichen Orientierung (Terminplanung bis Navigation), über endlose Unterhaltungs- und Konsummöglichkeiten (Messenger- bis Lieferdienste) bis zu unserem Wissen über die Welt (Eilmeldungen, Nachrichtenportale, Wikipedia, Google), läuft inzwischen fast alles ›online‹. Dementsprechend schauen Menschen in Deutschland im Schnitt alle 10 bis 15 Minuten auf ihr Smartphone - also 60 bis 90 Mal pro Tag.⁹ Doch wessen ›neue Normalität‹ ist das?

Der rasant wachsende Trend zur digitalen Vernetzung ist global gesehen längst nicht gleich verteilt oder sozial inklusiv. Vielmehr leben vor allem die urbanen Mittel- und

Abb. 3.2.1: Ein Tag im Internet

Quelle: Weltbank, 2016



Oberschichten den digitalen Alltag. Circa 60 % der Weltbevölkerung, vor allem diejenigen mit wenig Einkommen und hierbei speziell Frauen, haben hingegen gar keinen Zugang zum Internet.¹⁰ Sie leben weiter in der ›analogen Welt‹, vor allem im Globalen Süden. Doch auch wenn sie nicht an der digitalen Vernetzung teilhaben, sind sie dennoch von ihr betroffen. Die Produktion von Smartphones zeigt, wie die analoge und die digitale Welt miteinander verwoben sind - und ebenso die Lebens- und die Produktionsweise. Mit ihren eleganten Touchscreens spiegeln Smartphones das Fortschrittsversprechen der Technik und wirken wie der Zugang zu einem immateriellen Zeitalter, in dem ein sanfter Fingerwisch die Welt bewegt und Wünsche wahr werden lässt. Diese schöne Oberfläche verdeckt dabei nur allzu leicht die sozialen und ökologischen Voraussetzungen, auf denen die virtuelle Welt der Smartphones beruht.

Materielle Grundlagen der Digitalisierung: Das Beispiel Smartphone

Der Markt für Smartphones boomt. Im Jahr 2010 wurden weltweit 300 Millionen Stück verkauft, nur fünf Jahre später bereits 1,4 Milliarden. Der jährliche Umsatz der Verkäufe beläuft sich inzwischen auf circa 380 Milliarden Euro.¹¹ Eine Handvoll großer Konzerne dominiert dabei das profitable Geschäft - allen voran Apple und Samsung, die zusammen 40 % aller Smartphones verkaufen.¹² Anfang 2015 konnte Apple sogar über 90 % aller Branchengewinne für sich behaupten, da es sein Image mittels Marketing perfektioniert hat.¹ Dadurch kann es hohe Verkaufspreise bei relativ niedrigen Produktionskosten erzielen.¹³ Von den mehreren hundert Euro, die ein iPhone kostet, gibt Apple weniger als ein Drittel für Produktion und Löhne aus. Fast 60 % landen hingegen als Profit bei Apple, weitere 10 % bei Zulieferfirmen in Asien, Europa und den USA (siehe Abb. 3.3).¹⁴

Möglich ist das, weil Apple & Co keine eigenen Fabriken betreiben. Sie lassen das eigentliche Produkt stattdessen in einem komplexen Netz globaler Wertschöpfungsketten fertigen, das mit den Versprechungen der High-Tech-Industrie auf Wohlstand und Fortschritt nur wenig zu tun hat. Die wirtschaftliche Dynamik des Smartphone-Booms speist sich nämlich nicht allein aus den klugen Ideen einiger geschäftstüchtiger Persönlichkeiten wie Steve Jobs. Sie

folgt vielmehr aus den, relativ zum Verkaufspreis gesehen, billigen Rohstoffen und niedrigen Löhnen in der Produktion. Nirgendwo zeigt sich der imperiale Charakter der digitalen Lebensweise mehr als bei einem Blick auf die materiellen Grundlagen der Smartphone-Produktion.

Rohstoffe für die smarte Welt...

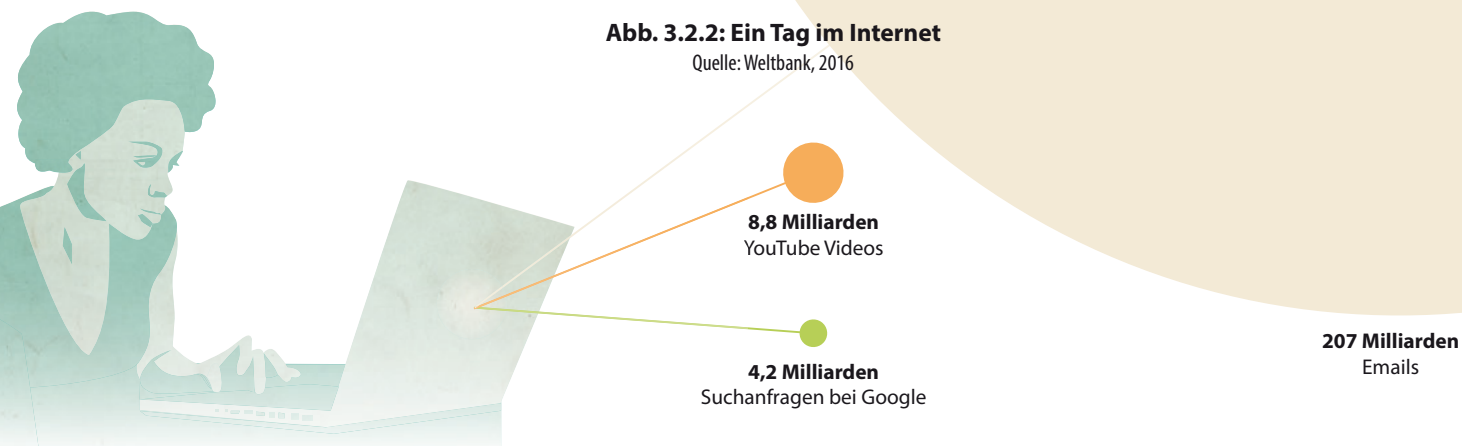
Jedes Smartphone besteht aus rund 60 verschiedenen Rohstoffen. Neben Plastik, Glas und Keramik werden etwa 30 Metalle verarbeitet. Auch wenn viele davon nur in sehr kleinen Mengen im Touchscreen, dem Akku, den Leiterplatten oder Kameras verarbeitet werden: Eine Produktion von aktuell rund 1,4 Milliarden Geräten jährlich erzeugt Druck auf die Förderung von Rohstoffen.¹⁵ Mobile Endgeräte wie Smartphones oder Tablets wirken aufgrund ihres relativ geringen Gewichts nicht wie große Rohstoffverbraucher. Doch ist zum Beispiel für die Produktion von 14 iPads so viel Zinn nötig wie für die Herstellung eines gesamten Autos.¹⁶ Insgesamt verbraucht die Produktion mobiler Endgeräte deshalb bereits heute deutlich mehr Zinn als die globale Autoindustrie. Und sie wächst deutlich schneller. Das Beispiel Zinn lässt bereits erkennen, wie massiv sich unsere digitale Normalität auch auf jene Teile der Weltbevölkerung auswirkt, die scheinbar unbeteiligt sind am Prozess der Digitalisierung: Ein Drittel des auf dem Weltmarkt verkauften Zinns kommt von den indonesischen Inseln Bangka und Belitung. Dort zerstört die Rohstoffförderung die Lebensgrundlage der ansässigen Bevölkerung, weil Wälder gerodet, die Meeresflora und -fauna mit Klärschlamm verschmutzt und Böden unfruchtbar gemacht werden.¹⁷ Steigende Nachfrage und damit wachsende soziale und ökologische Probleme im Bergbau sind jedoch kein Spezifikum von Zinn.ⁱⁱ¹⁸ In den vergangenen 40 Jahren hat sich der Abbau von Primärrohstoffen laut dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen verdreifacht - und das, obwohl längst bekannt ist, dass eine solche Verbrauchsentwicklung die Grenzen unseres Planeten weit übersteigt.¹⁹

... und ihr neo-kolonialer Charakter

Doch wer profitiert von diesem Raubbau? Beim Abbau von und beim Handel mit Rohstoffen setzen sich auf globaler Ebene Ausbeutungsstrukturen fort, die durch 500 Jahre europäischen Kolonialismus geprägt sind (siehe HISTORI-

Abb. 3.2.2: Ein Tag im Internet

Quelle: Weltbank, 2016



i So haben Apple-Fans im Herbst 2016 bereits Tage vor dem Verkauf des iPhone 7 vor den Filialen in London, Berlin oder New York gecamped oder andere Menschen dafür bezahlt, damit diese für sie anstehen.
 ii Die Digitalisierung der Industrie - in Deutschland auch als Industrie 4.0 bekannt - wird insbesondere die Nachfrage nach Lithium, Seltene Erden, Tantal und viele weitere Rohstoffe anheizen.

SCHER ABRISS).²⁰ Während einige Regionen, vor allem im Globalen Süden, auf den Export von Primärrohstoffen für den Weltmarkt angewiesen sind, findet der Konsum der höherwertigen Produkte vor allem im Globalen Norden statt. In reicheren Ländern Europas und in Nordamerika ist der durchschnittliche Ressourcenverbrauch pro Kopf zehnmal höher als in Ländern mit deutlich niedrigerem Einkommen.²¹ Länder wie die Demokratische Republik Kongo, Bolivien oder Südafrika haben in der derzeitigen internationalen Arbeitsteilung die Rolle der günstigen Rohstofflieferanten für die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT).²² Dafür ist gerade auch die EU verantwortlich, die als weltweit größter Importeur von Rohstoffen auf internationaler Ebene aktiv für das Interesse ihrer Industrien eintritt, möglichst günstig Rohstoffe aus den Ländern des Globalen Südens zu erhalten.²³ In ihren Rohstoffstrategien setzen die EU und die deutsche Bundesregierung auf Handelsabkommen und politisch-ökonomischen Druck, um dieses Ziel zu erreichen.²⁴ Kritische Stimmen sprechen in diesem Kontext von Neo-Kolonialismus, weil die reichen Staaten ungleiche Machtverhältnisse bewusst ausnutzen und fortschreiben.²⁵ Es geht dabei nicht nur um den Bezug von günstigen Rohstoffen für digitale Technologie oder Maschinenbau.

» **Neue Technologien und Produkte mit völlig neuer Rohstoffzusammensetzung führen [...] zu einem drastischen Anstieg der Nachfrage nach bestimmten wirtschaftsstrategischen Rohstoffen, die für die Hightech-Industrie unverzichtbar sind, sei es Indium für Flachbildschirme, Lithium für Akkus oder Germanium für Glasfaserkabel.**

(Johanna Wanka, Bildungs- und Forschungsministerin, 2016)

In der bestehenden internationalen Arbeitsteilung wälzen rohstoffintensive Industrien und ihre Staaten massiv Kosten sowie soziale und ökologische Probleme auf andere Regionen und Bevölkerungsgruppen ab. Weltweit gibt es tausende sozial-ökologische Konflikte zwischen transnationalen Konzernen und lokalen Gemeinschaften, vor allem in den Ländern des Globalen Südens.²⁶ Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht meist, dass die Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung dem industriellen Rohstoffhunger der transnationalen Unternehmen (siehe GLOSSAR) und globalen Mittel- und Oberschichten (das heißt auch lokalen Eliten) weichen muss. Oftmals geschieht dies unter gewaltsamem Vorgehen von staatlichen »Sicherheitskräften« oder para-militärischen Milizen gegen die Proteste vor Ort.²⁷

Effizient, aber noch lange nicht nachhaltig

Die modernen IKT, die Politik und Wirtschaft gerne als Mittel zur Lösung von Umweltproblemen präsentieren, befeuern aktuell also sogar noch die rücksichtlose Rohstoffnutzung und die damit einhergehenden sozialen und ökologischen Probleme. Beim Energieverbrauch und bei den CO₂-Emissionen sieht es nicht anders aus. Auch hier kommt es zu vergleichbaren *Reboundeffekten* (siehe GLOSSAR): Der Energieverbrauch des Internets steigt rasant an und wird in den nächsten Jahren weiter wachsen, weil die größere Energieeffizienz nicht mit dem noch viel schneller wachsenden Datenhunger mithalten kann.²⁸ Schon heute ist allein das Internet für gut 5 % des weltweiten Stromverbrauchs verantwortlich - obwohl mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung noch gar keinen Zugang dazu hat. Dieser enorme Stromverbrauch speist sich nicht nur aus der

Herstellung und Nutzung von Endgeräten, sondern auch aus dem Betrieb der notwendigen Daten- und Rechenzentren. Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, dass Apple und Samsung schon 2012 zusammen so viele Treibhausgase wie die Slowakei emittierten.²⁹ Die ökologischen Kosten dafür müssen sie nicht tragen, denn transnationale Konzerne sind von den ohnehin zaghaften staatlichen internationalen Klimaschutzabkommen ausgenommen. Zudem subventioniert der Staat die Energiepreise massiv (siehe MOBILITÄT). Schätzungen zufolge ist die wachsende IKT-Industrie bereits heute für 3 % der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Und die Zeichen stehen weiter auf kräftiges Wachstum - auf Kosten der Umwelt.³⁰

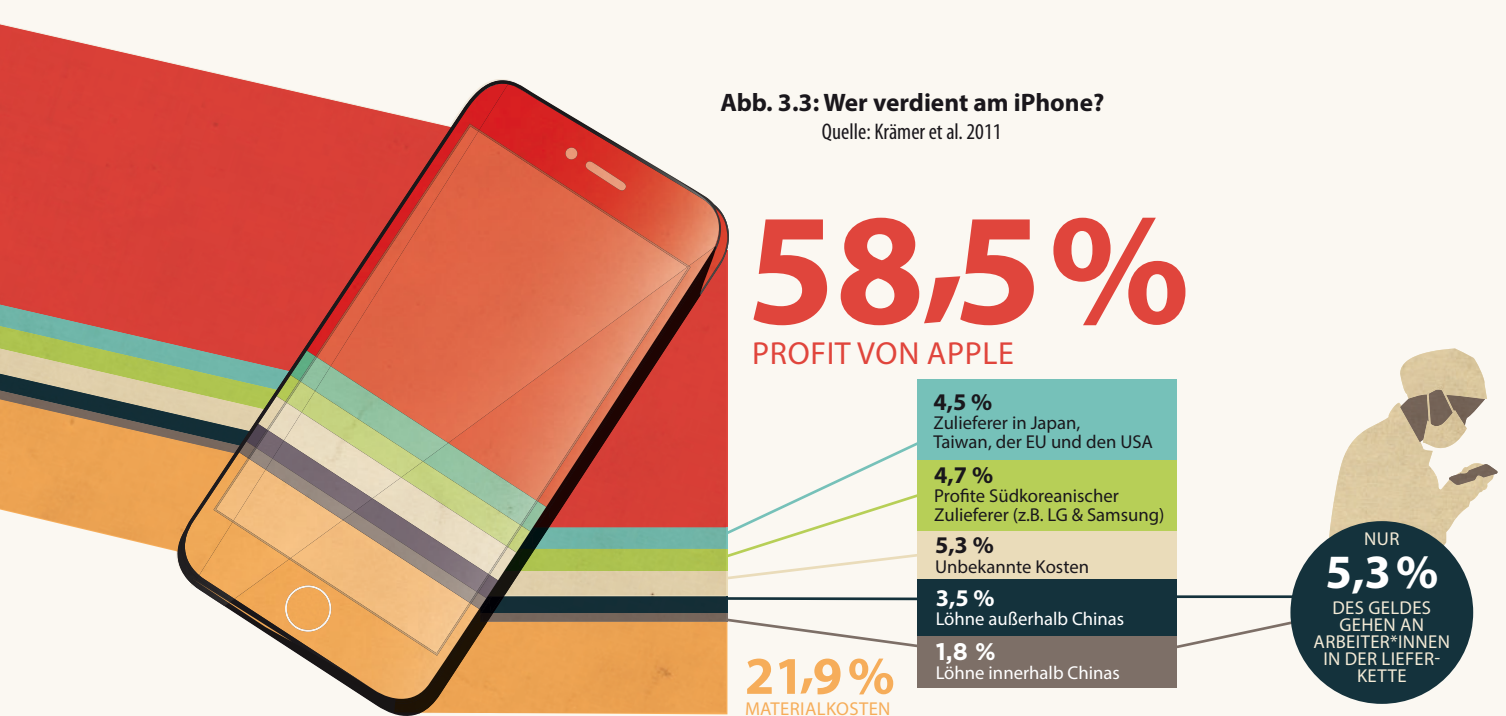
iSlaves in unsichtbaren Fabriken

Dass die Digitalisierung in vielen Bereichen zu einer Beschleunigung führt, spiegelt sich auch in der Herstellung der Smartphones wider: Die Liefer- und Herstellungszeiten der Geräte sind in den vergangenen Jahren rapide gesunken (siehe MOBILITÄT). Während 2007 die Produktion eines iPhones noch circa sechs Monate dauerte, waren es fünf Jahre später bereits weniger als zwei Wochen.³¹ Dieses Beispiel lässt erahnen, welcher Druck in den Produktionsketten herrscht - ein Druck, der zu Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen führt. Der wohl bekannteste Fall ist eine Reihe von Suiziden, die den Apple-Zulieferer Foxconn ab 2010 zu zweifelhaftem Ruhm brachten. Foxconn ist der mit Abstand größte Elektronikhersteller weltweit, mit mehr als einer Million Angestellten. Zusammen mit den wenig bekannten Herstellern Pegatron, Flextronics, Jabil Circuit, Sanmina und Celestina kontrolliert der Konzern ungefähr 80 % der Markenprodukte im Elektronikbereich.³² Obwohl diese Unternehmen die Elektrogeräte herstellen, bleiben sie im Normalfall weitgehend unsichtbar hinter den Markennamen, unter denen sie ihre Produkte verkaufen. Erst durch die öffentliche Berichterstattung über die Zustände bei Foxconn sowie die zunehmende zivilgesellschaftliche Kritik daran wurden sie etwas bekannter und die Arbeitsbedingungen in ihren Fabriken teilweise »verbessert«. Beispielsweise wurden die monatlichen Basislöhne bei Foxconn in den vergangenen Jahren von 135 auf 285 Euro angehoben, die Wochenarbeitszeit auf 60 Stunden begrenzt und in den fabrikeigenen Unterkünften 8-Bett-Zimmer als Norm eingeführt. Aufgrund der damit gestiegenen Lohn- und Produktionskosten beauftragte Apple dann allerdings den günstigeren Konkurrenten Pegatron. Eine Untersuchung aus dem Jahr 2015 zeigt, dass in den Fabriken dieses Konzerns mehr als 60 Wochenstunden Arbeit üblich sind und über die Hälfte der Arbeiter*innen monatlich 90 oder mehr Überstunden leistet. Der Großteil der (vorrangig weiblichen) Belegschaft gibt an, »freiwillig« Überstunden zu machen, weil der Basislohn nicht für die lokalen Lebenshaltungskosten ausreicht.³³ Von Apples Verkaufserlösen in Milliardenhöhe gehen nicht einmal 5 % an die Arbeiter*innen, die das Produkt herstellen.³⁴ Apple ist damit freilich nicht allein. Keiner der großen Elektronikkonzerne (zum Beispiel Microsoft, Samsung, Sony) garantiert den Arbeiter*innen in ihrer Wertschöpfungskette einen existenzsichernden Lohn. Das ist auch deshalb möglich, weil Arbeitsrechte wie die Organisations- und Verhandlungsfreiheit der Gewerkschaften nicht einmal dann respektiert werden, wenn sie formal bestehen.³⁵

Die massive Ausbeutung von Arbeitskräften ist leider kein Spezifikum der Elektronikhersteller. Ebenso könnte

Abb. 3.3: Wer verdient am iPhone?

Quelle: Krämer et al. 2011



man von ›unsichtbaren‹ Bergwerken oder Elektroschrottgebieten berichten, in denen Menschen (oft auch Kinder) unter sklavenähnlichen Bedingungen (*moderne Sklavenarbeit*, siehe GLOSSAR) Rohstoffe abbauen oder aus weggeworfenen Produkten wiedergewinnen.³⁶ Es bleibt also festzuhalten, dass das digitale Zeitalter keinesfalls immateriell ist oder wird, sondern wesentlich auf dem (nicht selten gewaltförmigen) Zugriff auf Ressourcen und Arbeitskraft beruht.

Digitale Ökonomie: Kampf ums Schlaraffenland?

Die digitale Ökonomie fördert allein schon durch ihren materiellen Verbrauch Ausbeutungsverhältnisse. Aber auch sonst begünstigt sie den imperialen Zugriff auf fremde Arbeit und Ressourcen (auch in Form von Daten), der in der digitalen Normalität vermehrt überall und jederzeit möglich ist. Und insgesamt eröffnet die digitale Ökonomie ungeahnte Möglichkeiten – insbesondere, weil sie eine ganz eigene Logik und spezielle Eigenschaften aufweist: Sind digitale Daten, ob Musikdateien, Softwareprogramme oder Bilder, einmal in der Welt, können sie beliebig oft und nahezu kostenlos kopiert und weitergegeben werden. Eine stärkere Nutzung von digitalen Anwendungen führt vielfach sogar dazu, dass deren Qualität steigt. Denn im Gegensatz zu einem Smartphone, das sich nur wenige Menschen teilen können, werden Anwendungen wie Google oder AirBnB häufig umso besser oder attraktiver, je mehr Personen sie nutzen. Hier wird oft von (positiven) *Netzwerkeffekten* (siehe GLOSSAR) gesprochen. Die digitale Welt ist ökonomisch gesehen also ein Schlaraffenland, in dem Knappheit keine große Rolle spielt und Überfluss regiert. Nicht zuletzt deshalb sind Internetdienste für Millionen von Menschen so attraktiv.

Für gewinnorientierte Unternehmen ist die unendliche Kopier- und Teilbarkeit von Daten oder Software jedoch ein Problem: Wenn digitale Güter und Dienstleistungen

(so gut wie) umsonst zur Verfügung stehen, schwinden die Aussichten auf Gewinne. Der Kampf um den Zugang zu und das Eigentum an Daten – diesem ›Gold des digitalen Zeitalters‹ – ist deshalb entscheidend. Die großen Unternehmen, Banken und Investoren haben das längst erkannt.³⁷

» Das Finanzkapital begreift instinktiv, dass mit dem Thema ›Daten‹ in der Zukunft unglaublich großes Geld verdient werden wird. Das ist der Grund für die exorbitanten Marktkapitalisierungen von amerikanischen Großunternehmen wie Google, Facebook, Apple, Amazon & Co.«

(Theodor Weimer, Sprecher des Vorstands der Hypo-Vereinsbank)

Die Gewinne der Internetkonzerne beruhen zu einem Großteil darauf, dass sie rasant wachsende Datenmengen sammeln und darin in großem Stil nach wertvollen Informationen ›schürfen‹ (*Data-Mining*, siehe GLOSSAR). Um sie gewinnbringend verwerten zu können, müssen sie allerdings künstliche Knappheit herstellen, also den Zugang zu Informationen, Software oder ganz allgemein zu Nutzungsmöglichkeiten digitaler Technologie einschränken.ⁱⁱⁱ

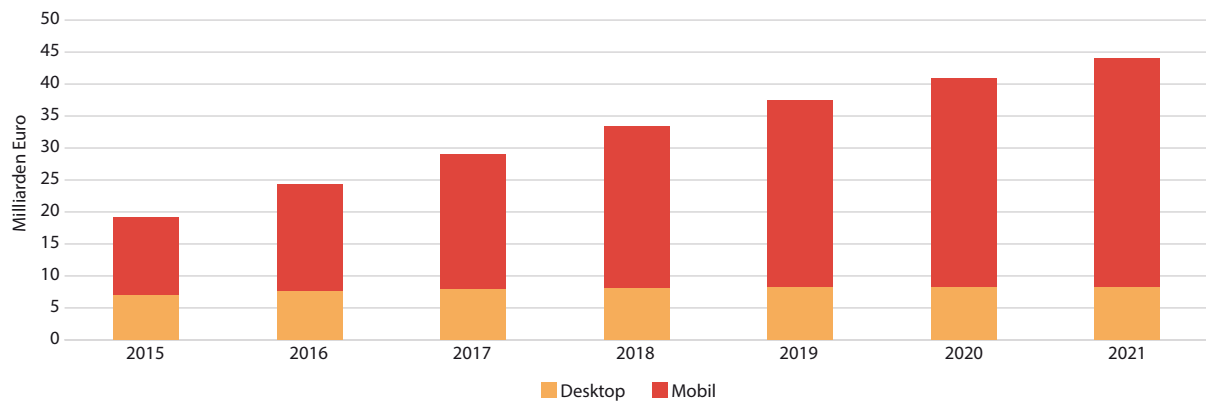
Die Kommerzialisierung des Internets und das Geschäft mit Daten

Die Dienste von Facebook, Google oder Amazon sind dem Anschein nach zwar gratis, doch lassen die Unternehmen die Nutzer mit ihren Daten ›bezahlen‹,³⁸ die sie dann gewinnbringend weiterverwenden – etwa für die Vermarktung eigener Produkte oder durch den Verkauf an interessierte Dritte. Versicherungen zum Beispiel kaufen gerne sensible Daten aus mobilen Endgeräten wie Smartphones oder Fitness-Trackern, um ihre Risiken und damit Kosten zu minimieren. Damit können sie dann immer genauer

iii Dass sie das tatsächlich können, resultiert nicht zuletzt daraus, dass die rechtliche Qualität von Daten, also die Frage wem diese gehören und wie sie verwendet werden dürfen, nicht ausreichend oder zu Ungunsten der individuellen Nutzer*innen geregelt ist.

Abb. 3.4: Prognose der weltweiten Umsätze mit Social-Media-Werbung in Milliarden Euro, 2015 - 2021

Quelle: Statista, 2016f



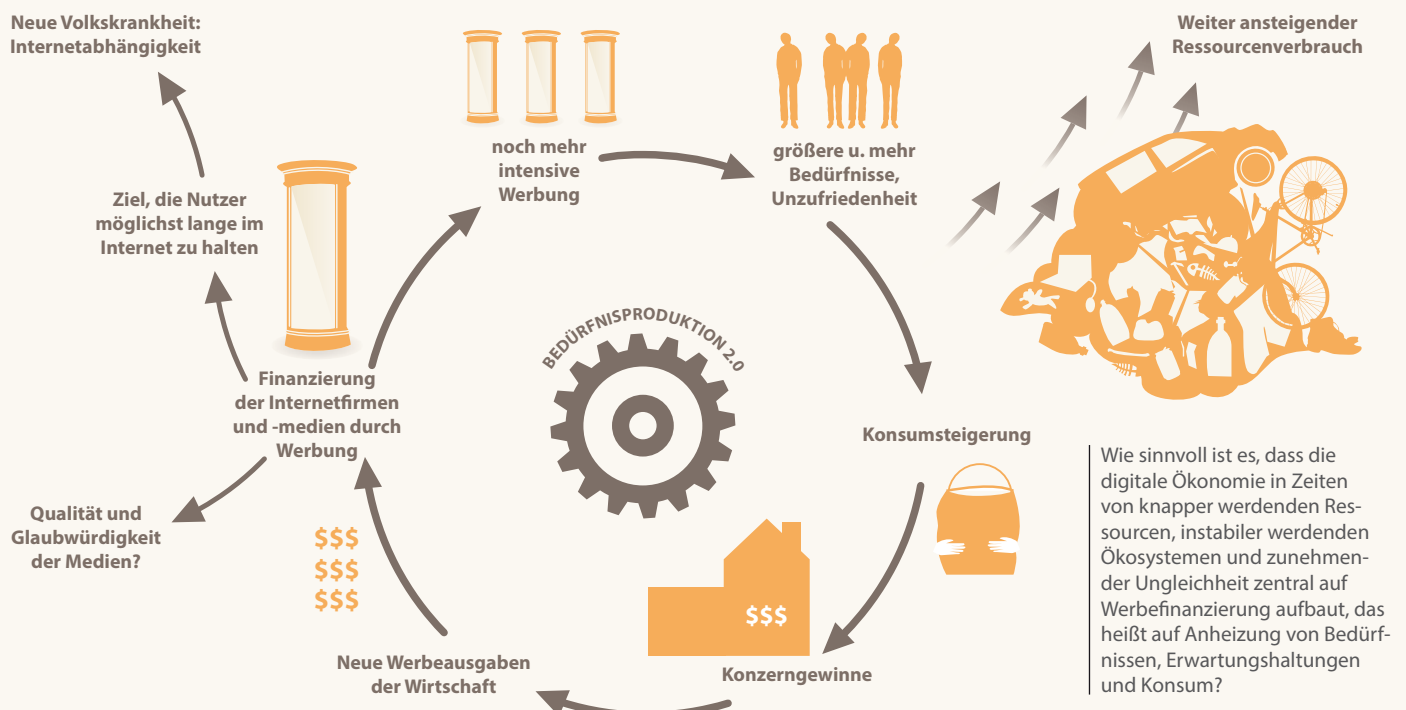
auf persönliche Risiken zugeschnittene Krankenversicherungstarife erheben. Für Personen, die krank sind oder die nicht den Vorstellungen der Versicherer entsprechend leben, kann das aber sehr leicht zur Folge haben, dass sie sich Versicherungen schwerer oder gar nicht mehr leisten können.

Dieses Beispiel ist nur eines von vielen, die verdeutlichen, wie sich der Zugriff der Internetkonzerne und digitaler Anwendungen auf immer mehr Lebensbereiche ausweitet. Das bedeutet: Die Lebensweise der globalen Mittel- und Oberschichten funktioniert zwar, wie der Blick auf die materiellen Grundlagen der Digitalisierung gezeigt hat, durch die Aneignung und Ausbeutung von Arbeit und Ressourcen anderer. Zugleich aber geraten in der digitalen Ökonomie große Teile der vermeintlichen Gewinner*innen immer stärker selbst unter Druck. Nicht zuletzt werden sie im Hinblick auf ihre Daten »ausgebeutet«.

Dass die Aneignung privater Daten und der digitale Zugriff auf immer mehr Lebensbereiche vielfach noch nicht als problematisch angesehen werden, hängt mit einer wei-

teren Geschäftsgrundlage der Internetunternehmen zusammen: Werbung. Einerseits bildet sie eine zentrale Einnahmequelle. Aufgrund der unendlichen Kopierbarkeit von Daten kann das Internet die Reichweite von Werbung nämlich enorm erhöhen. Zudem lassen sich Werbeanzeigen durch die Auswertung großer Datenmengen immer besser auf bestimmte Zielgruppen zuschneiden. Internetwerbung ist deshalb sehr attraktiv. Die erwirtschafteten Umsätze belaufen sich allein in der Social-Media-Werbung auf Milliarden und die Wachstumsprognosen sagen eine vielversprechende Zukunft voraus (siehe Abb. 3.4).³⁹ Zusätzlich dient Werbung dazu, innerhalb der Gesellschaft aktive und passive Zustimmung zur aktuellen, auf privatem Eigentum und Profitorientierung basierenden Form der digitalen Ökonomie zu organisieren und sie als die einzig mögliche erscheinen zu lassen. Dass die schönen Visionen und verlockenden Angebote, mit denen die Internetkonzerne werben, in der Realität sehr häufig dazu dienen, eine sehr einseitige Aneignung von Ressourcen und Arbeitskraft voranzutreiben, kann sehr gut ein Blick auf die sogenannte *Sharing Economy* (siehe GLOSSAR) verdeutlichen.

Abb. 3.5.: Werbefinanzierung: Ein nachhaltiges Geschäftsmodell?



Das imperiale Moment der Sharing-Economy

Wie schon der Name sagt, steht hier – zumindest vermeintlich – das Teilen im Vordergrund: Beispielsweise bieten Menschen online Mitfahrgelegenheiten an oder sie vermitteln ihre Couch per Internetplattform als Schlafplatz. Diese Formen des Teilens erfreuen sich großer Beliebtheit und schaffen bei vielen Teilnehmenden ein Gefühl von Gemeinschaft und Sinn. Und tatsächlich ist es – gerade auch ökologisch gesehen – überaus sinnvoll, Güter zu teilen und ihre Nutzung mittels digitaler Medien effizienter zu organisieren. Die Rhetorik des Teilens wird allerdings auch von vielen rein profitorientierten Internet-Plattformen verwendet, um ihr Geschäft voranzutreiben, das mit Teilen und Kooperation nur sehr bedingt zu tun hat. Einnahmen machen diese Plattformen mit Betreiber- beziehungsweise Maklergebühren sowie dem Verkauf von Werbung und Daten (siehe oben). Gegenüber nicht web-basierten Anbietern haben sie erhebliche Vorteile: Durch ihren globalen Aktionsradius können sie Gewinne weltweit abschöpfen und dabei auch von den erwähnten Netzwerkeffekten profitieren. Nicht selten haben sie in kurzer Zeit gesamte Branchen auf den Kopf gestellt, etwa AirBnB die Tourismus- oder Uber die Taxibranche. Zudem können sie sehr flexibel auf Entwicklungen und Verhältnisse vor Ort reagieren, weil sie so gut wie keine eigene physische Infrastruktur haben und benötigen. Sie arbeiten mit Ressourcen und Leistungen, die andere ihnen – und zwar größtenteils unentgeltlich – zur Verfügung stellen. Sie nutzen unsere Daten, sie nutzen unsere Autos, unsere Wohnungen, unsere Arbeitskraft und vor allem unsere Zeit.⁴⁰ Das Teilen ist in der Sharing-Economy heute also vor allem einseitig, wie auch der Internetpionier Jaron Lanier weiß.⁴¹ Hinzu kommt, dass sich diese Unternehmen häufig in neuen, bislang nicht regulierten Bereichen entwickeln.

» ...die Idee, dass wir eine Sharing Economy schaffen, in der von normalen Menschen erwartet wird zu teilen, während wenige Unternehmen im Zentrum das ganze Geld bekommen, ist nicht nachhaltig.«

(Jaron Lanier, Internetpionier)

Deshalb ist es ihnen möglich, wenig bis gar keine Steuern zu zahlen, gesetzliche Bestimmungen, etwa Arbeitnehmer*innenrechte oder Regelungen zum Schutz vor Diskriminierung zu umgehen. Plattformen können deshalb schnell zu marktbeherrschenden Unternehmen oder gar Monopolen werden. Für Personen oder Unternehmen, die im Internet erfolgreich Produkte anbieten wollen, ergibt sich dadurch ein erheblicher Druck, in die wichtigsten Plattformen einzusteigen. Das stärkt dann wiederum die Plattformen und trägt zu ihrer weiteren Ausbreitung bei. Ein vergleichbarer Systemdruck wirkt auch auf Ebene der individuellen Nutzerinnen, Konsumenten und Dienstleistenden, wenn sie an den Möglichkeiten der digitalen Welt teilhaben wollen.

Smarte Ausbeutung und Verdrängung?

Nicht nur in der Sharing-Economy, ganz allgemein erfreuen sich Internetplattformen zunehmender Beliebtheit – sei es die Lieferung von Essen über Lieferando, von

Kleidung über Zalando oder eines neuen Smartphones über Amazon. Den Kund*innen bringt die schnelle und bequeme Gratislieferung nach Hause neben einer Zeiterparnis teilweise sogar noch Preisvorteile.^{iv} Hingegen erscheint die Onlinebestellung wohl nur wenigen als problematische Praxis oder gar als imperialer Zugriff. Dabei liegt auf der Hand, dass jemand die Kosten dafür tragen muss, dass diese Dienste so billig sind. Die digitale Anonymität macht es jedoch erheblich leichter, die Bedingungen zu verdrängen, unter denen Dienste verrichtet, Produkte hergestellt und transportiert werden. Wenn man im Internet schnell ein neues Smartphone oder 5-Euro-Shirt bestellt, sieht man nichts von menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen oder ökologischen Problemen in den globalen Produktions- und Lieferketten (siehe MOBILITÄT). Und nichts lässt erkennen, dass die Lieferung nach Hause nur deshalb »gratis« sein kann, weil die Arbeitsbedingungen in den Logistikzentren bei Amazon und den Paketdiensten auf Zeitarbeit, Lohn- und Sozialdumping basieren. Solche Verhältnisse sind durchaus typisch für die neuen »smarten Plattformen«. Deren Ausbreitung bedeutet meistens auch die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse. Es ist kein Zufall, dass man aktuell bereits von der »Rückkehr der Diener«⁴² spricht. Von Sozialstandards, die in anderen Bereichen gelten, ist bei der Arbeitsvermittlung über Plattformen oft keine Spur zu finden, auch weil die Gesetzgebung den Praktiken der Unternehmen permanent hinterherhinkt.^v

Gleichzeitig sind Arbeitsprozesse mittels digitaler Informations- und Kommunikationssysteme immer besser zu überwachen. Legt etwa eine Arbeiterin in einer Lagerhalle von Amazon langsamer als andere bestimmte Wege zurück? Oder bedient sie ihren Computer länger als vorgesehen nicht, weil sie mit Kolleg*innen plaudert? Dann ist das für die firmeninternen Kontrollinstanzen durch den Einsatz smarter, mit Ortungssystemen, Kameras und Mikrofonen ausgestatteter Arbeitsgeräte in Echtzeit einseh- und sogar abhörbar.⁴³ Die digitale Vernetzung erlaubt es Unternehmen deshalb, Arbeitskraft vollständiger auszuschöpfen und Widerstände dagegen leichter zu bekämpfen. Wer nicht das gewünschte Maß an Produktivität erfüllt oder sich für fairere Arbeitsbedingungen einsetzt, ist sehr gut erkenn- und damit ersetzbar.

Die Folgen der digitalen Ökonomie: wenige Gewinner, viele Verlierer?

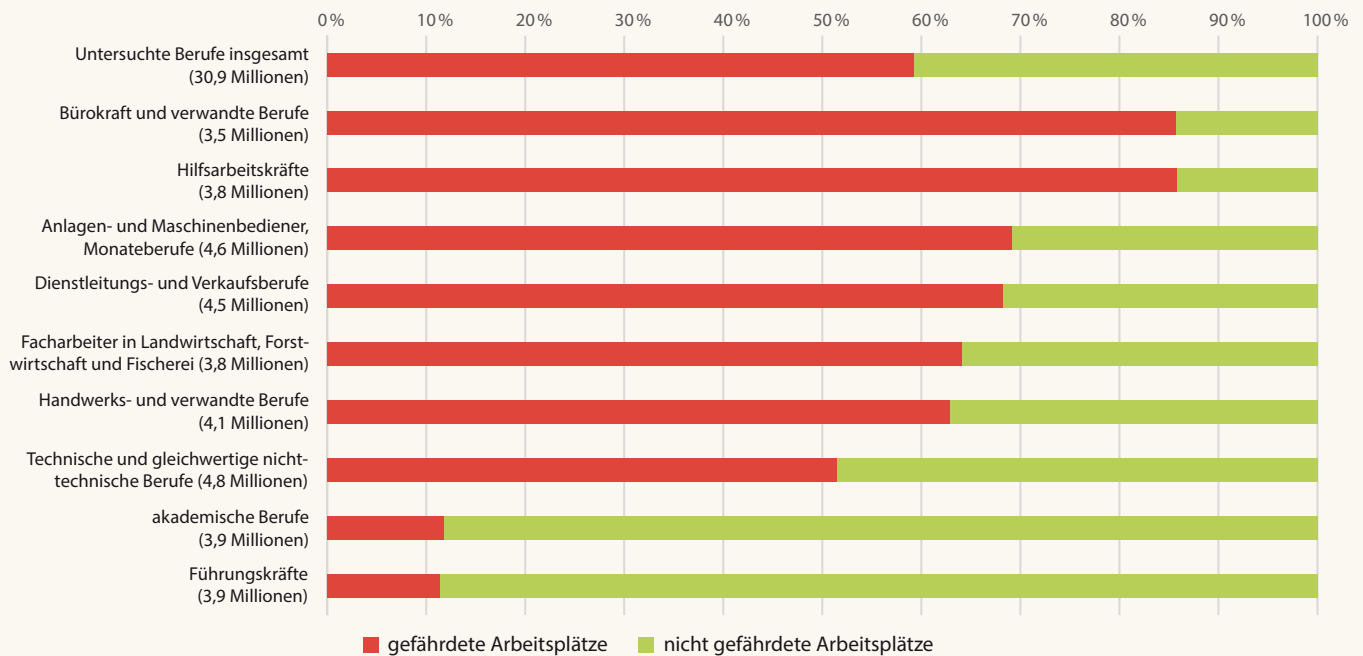
Das Wachstum der neuen digitalen Ökonomie beruht freilich nicht nur auf Ausbeutung und Überwachung. Und es ist auch nicht beschränkt auf die vorrangig im Dienstleistungsbereich tätigen Unternehmen der Sharing Economy und andere Internetplattformen. In der industriellen Produktion träumen Industrieverbände und Politik gleichfalls vom großen Wurf. In Deutschland etwa fördert die Bundesregierung unter dem Label Industrie 4.0 die Entwicklung der nächsten industriellen Revolution. »Intelligente Fabriken« sollen selbstfahrende Autos oder Solarpanele für die Energiewende herstellen. Bereits in ihrer bisherigen Form sind die globalen Produktions- und Lieferketten nur durch die digitale Logistik möglich. Nun aber sollen sich die digital vernetzten Fertigungsanlagen und Logistiksysteme weitgehend ohne menschliche Eingriffe selbst organisieren. Zweifellos wird die weitere Automatisierung

iv Dies ist gerade dann wichtig, wenn man nur wenig Freizeit oder Geld hat.

v Nicht nur, dass die entsprechenden Firmen der Gesetzgebung meist einen Schritt voraus sind. Die anonyme, vielfach international verstreute und sozial nicht integrierte »Crowd« kann sich auch schwer organisieren, um bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen (Felstiner, 2011; International Transport Forum, 2016; Schwab, 2015, S. 100–108).

Abb. 3.6: Durch Digitalisierung gefährdete Arbeitsplätze (Schätzung)

Quelle: ING DiBa, 2015



und Vernetzung der industriellen Produktion erhebliche Produktivitätsgewinne abwerfen. In einer Wirtschaftsweise, in der Erwerbsarbeit so zentral ist wie in unserer, bleibt allerdings die Frage offen, wie Menschen zukünftig ihren Lebensunterhalt verdienen können und wie die Produktivitätsgewinne der digitalen Produktion verteilt werden. Diese könnten zum Beispiel auch für mehr Freizeit oder eine bessere materielle Versorgung breiter Bevölkerungsschichten genutzt werden. Aktuell werden die Effizienzsteigerungen allerdings vor allem dazu eingesetzt, um Lohnarbeit noch stärker auszubeuten oder um menschliche Arbeit beziehungsweise Lohnkosten überhaupt einzusparen. Damit fördert die »intelligente Produktion« eine Umverteilung auf immer weniger Personen, die auch sonst zu den Profitierenden gehören.⁴⁴ Für die Zukunft der Arbeit und die Möglichkeiten zu gesellschaftlicher Teilhabe hat das schwerwiegende Konsequenzen. Wenigen sehr gut bezahlten Hochqualifizierten steht auf dem Arbeitsmarkt eine immer größere Zahl prekär Beschäftigter gegenüber, die entweder »schlecht qualifiziert« sind oder deren Qualifikationen die Digitalisierung entwertet.⁴⁵

Selbst große Befürworter*innen der Digitalisierung gehen davon aus, dass in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren rund 50 % aller Arbeitsplätze durch automatisierte Arbeit wegfallen - und das allein in den Ländern des Globalen Nordens (siehe Abb. 3.6).⁴⁶ Für Unternehmen oder Kapitaleigner*innen, die Arbeitsplätze und damit erhebliche Kosten abbauen können, ist das erfreulich. Für breite Bevölkerungsschichten sieht das jedoch anders aus. Sie könnten in Zukunft vielleicht nur mehr die Wahl haben zwischen keinem oder einem prekären Job, zum Beispiel Essen ausfahren über Foodora oder Pakete schleppen für Amazon.

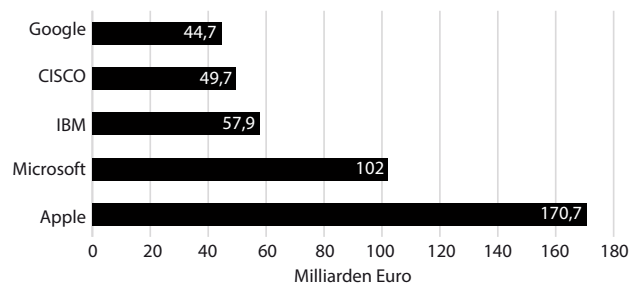
Auf Kosten der Allgemeinheit: Steuerhinterziehung

Doch wo landet der neue Wohlstand der digitalen Ökonomie? Zumindest nicht in öffentlichen Investitionen zum

Gemeinwohl. Gerade die Vorreiter der Digitalisierung zeichnen sich durch massive »Steuervermeidung« aus. So halten allein fünf große US-amerikanische Internetkonzerne mehr als 420 Milliarden Euro in Steueroasen (siehe Abb. 3.7).⁴⁷ Das ist durchaus kein Zufall, denn die Digitalisierung und weltweite Vernetzung - und darin sind die Tech-Unternehmen Experten - bieten insgesamt enormes Potential für Steuervermeidung und -hinterziehung.⁴⁸ Gelder können über das Internet in Sekundenbruchteilen weltweit verschoben und versteckt, Konten oder Firmensitze in Steueroasen binnen Kurzem angelegt und Gewinne problemlos so generiert werden, dass sie in den Ländern mit den günstigsten Steuersätzen anfallen.^{vi} Das nutzen keineswegs nur, aber gerade auch die Tech-Firmen. Auch dadurch verstärkt die digitale Vernetzung die Ungleichheit.

Abb. 3.7: Von U.S. Techfirmen in Steueroasen gelagertes Geld in Milliarden Euro, Stand 2014

Quelle: McIntyre, Phillips & Baxandall, 2015



Sozial-ökologischer Wandel in Zeiten der Digitalisierung?

Es ist geradezu absurd, wie sehr das digitale Zeitalter unter seinen Möglichkeiten bleibt. Gesellschaftlich her-

vi Diese Unternehmen können das auch deshalb besonders gut nutzen, weil der Wert von digitalen Produkten – etwa von Software oder Algorithmen – schwer objektiv zu bestimmen ist. Das ermöglicht stark überhöhte Abschreibungen und begünstigt Strategien der Steuervermeidung. Politische Instrumente gegen diese illegitime Enteignung der Staaten hinken den Praktiken der Unternehmen hinterher.

gestellte Güter, Dienstleistungen und Informationen sind durch die digitalen Technologien in solcher Fülle und so günstig vorhanden wie nie zuvor. Ganz neue Möglichkeiten, etwa Arbeitsbelastung zu reduzieren oder Güter nach öko-sozialen Kriterien effizient zu teilen, sind vorhanden. Dieses Potenzial bleibt aber ungenutzt, weil insbesondere ein Geflecht von Monopolen, Banken und Regierungen versucht, die auf Wachstum und privaten Profit ausgerichtete Wirtschaft im digitalen Zeitalter fortzuführen.⁴⁹ Unter diesen Vorzeichen beschleunigt Digitalisierung die Konzentration von Kapital, Daten und Macht. Im Zusammenspiel mit den Finanzmärkten (siehe GELD UND FINANZEN) schafft sie globale Eigentums- und Abhängigkeitsverhältnisse zu Gunsten einer winzigen Elite. Diese Entwicklung erinnert an vergangene Zeiten des Feudalismus und wird deshalb auch als Refeudalisierung (siehe GLOSSAR) bezeichnet.⁵⁰

Mit modernsten Mitteln zurück in vordemokratische Strukturen?

Die zunehmende Ungleichheit erzeugt zugleich wachsende soziale und ökonomische Spannungen und damit Instabilität – auf nationaler wie internationaler Ebene. Um die aktuellen Eigentums- und Machtverhältnisse trotzdem zu ihren Gunsten aufrecht zu erhalten, setzen die Nutznießer*innen des Systems deshalb zunehmend auf digitale ›Sicherheitsstrukturen‹.^{vii} Dazu gehören neben umfassenden Überwachungsprogrammen auch digital gelenkte Kampfdrohnen oder -roboter, automatisierte Grenzschutzanlagen oder Cyberwaffen.⁵¹ Mögen die Auswirkungen dieser Entwicklungen innerhalb von demokratischen Systemen vorerst noch weniger bedenklich erscheinen, so sieht das spätestens auf internationaler Ebene und bei autoritären Regimen oder Tendenzen deutlich anders aus.

Könnten wir das Potenzial der Digitalisierung nicht viel sinnvoller nutzen, als wir das derzeit tun? Eingebunden in einen breiteren sozial-ökologischen Wandel könnte die Digitalisierung wesentliche Beiträge für eine zukunftsfähige und solidarische Wirtschafts- und Lebensweise leisten. Wir wollen an dieser Stelle noch kurz auf drei Punkte eingehen, die uns besonders wichtig erscheinen, damit die Digitalisierung ihr positives Potenzial entfalten kann:

1. Arbeit und Ressourcennutzung anders gestalten

Wie beschrieben führt die Digitalisierung derzeit nicht zu einer nachhaltigen Ressourcennutzung. Im Gegenteil: Sie geht mit einem wachsenden Energie- und Rohstoffverbrauch einher. Das Ökosystem Erde kann die übermäßige Belastung durch die heutigen Industriestaaten jedoch nicht auf Dauer verkraften, geschweige denn, dass alle Menschen weltweit deren Lebensweise übernehmen könnten. Der enorme Rohstoffverbrauch ist gerade gegenüber jenen großen Teilen der Weltbevölkerung nicht zu rechtfertigen, die bis heute wenig von der Digitalisierung haben, in ihrer Lebensgrundlage und Arbeitskraft aber oft am stärksten davon betroffen sind. Für einen sozial-ökologischen Wandel müssen wir deshalb Mittel und Wege finden, den absoluten (!) Rohstoff- und Energieverbrauch zu senken. Insbesondere die Länder des Globalen Nordens sind hier gefordert.⁵² Dabei wird es nicht ausreichen, allein auf technische Lösungen oder Effizienzsteigerungen zu setzen. Zwar sind Strategien wie eine längere oder gemein-

schaftliche Nutzung (keineswegs nur von elektronischen Geräten), eine Verbesserung der Reparatur- und Wiederverwertbarkeit oder gar Kreislaufwirtschaft wichtige Elemente einer Transformation. Und gerade die IKT können helfen, sie effizient weiterzuentwickeln und umzusetzen. Auch die realistischere Einpreisung von ökologischen und sozialen Kosten – etwa bei Energiepreisen – wäre ein wesentlicher Fortschritt. Doch letztlich ist echter Wandel nur zu erreichen, wenn eine Abkehr vom Wachstumsparadigma stattfindet (siehe *Reboundeffekte*). Das heißt, wir müssen die industriellen Produktionsverhältnisse ebenso ändern wie unsere gesellschaftlich gelebten Werte. Wenn es aktuell zum Beispiel gesamtwirtschaftlich erwünscht ist, dass möglichst viele Menschen möglichst oft ein neues Smartphone kaufen, läuft schlichtweg etwas falsch.

Unfreie, prekäre und erniedrigende Formen von Arbeit, wie sie gegenwärtig fester Bestandteil der globalen (digitalisierten) Ökonomie sind, haben mit einer zukunftsfähigen Wirtschaft nichts zu tun. Es ist nicht hinnehmbar, dass ein Großteil jener Personen, die an der Produktion von Gütern beziehungsweise an deren Wertschöpfung beteiligt sind, nur mit einem Bruchteil der erzielten Gewinne abgespeist wird, während transnationale Konzerne und ihre Eigentümer*innen Milliarden Gewinne einstreichen und in Steueroasen lagern. Die Gewinne der Digitalisierung müssen deshalb einerseits zu Gunsten der Allgemeinheit verteilt werden (und zwar der globalen, nicht nur der nationalen). Dies könnte etwa über entsprechende Steuern auf automatisierte Arbeit sowie konsequente Besteuerung transnationaler Unternehmen erfolgen. Andererseits wäre es wichtig, die Abhängigkeit von (prekärer) Lohnarbeit zurückdrängen und andere Formen gesellschaftlicher Tätigkeit aufzuwerten (siehe *SORGE*). Die Produktivitätsgewinne der Digitalisierung könnten zum Beispiel für die Einführung einer 20-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich oder für eine bedingungslose Grundsicherung verwendet werden.

2. Eine Ökonomie des Gemeinsamen entwickeln

Wie gezeigt, versuchen Großkonzerne im Kampf ums Schlaffenland den Zugang zu und die Arbeit mit digitalen Informationen künstlich zu verknappen, um mit den Daten Geld zu verdienen. Wir können die digitale Ökonomie aber auch ganz anders organisieren. Statt exklusiver Verwertungs- und Kontrollrechte, wie sie Microsoft oder Mac OS erheben, setzt beispielsweise das Open-Source-Betriebssystem Linux auf offenen Zugang zu den Quellcodes und auf gemeinschaftliche Weiterentwicklung. Das Ziel sind dabei nicht Verkaufszahlen, sondern der Gebrauchswert der Nutzer*innen. Viele Beteiligte nutzen die Software nur passiv, doch einige tragen selbstbestimmt und aktiv zu ihrer Weiterentwicklung bei.⁵³ Im Gegensatz zu hierarchischen (auch staatlichen) Unternehmen gibt es keine Befehlsstrukturen, sondern Regeln, die die Beteiligten gemeinsam aushandeln. Nicht die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen zur Profitmaximierung steht im Vordergrund, sondern das gemeinsame Beitragen, Nutzen und Teilhaben.⁵⁴ Das ist charakteristisch für die sogenannten Commons (siehe GLOSSAR), eine Organisations- und Produktionsform jenseits von Markt und Staat. Doch handelt es sich bei solchen Formen des Wirtschaftens nicht nur um Experimente auf kleiner Ebene? Keineswegs. Schon

vii Die Verbindungen zwischen Digitalisierung und Sicherheitspolitik sind seit ihrem Beginn zentral. Die amerikanische IKT-Industrie zum Beispiel geht zu weiten Teilen aus dem militärisch-industriellen Sektor hervor. Außerdem machten etwa die Enthüllungen von Edward Snowden die umfassenden Überwachungsprogramme staatlicher Geheimdienste und die enge Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten und Unternehmen bekannt.

heute laufen 90 % der 500 schnellsten Supercomputer mit dem freien Betriebssystem Linux.⁵⁵ Und die beschriebenen Prinzipien eines commons-basierten Wirtschaftens finden sich nicht nur bei Betriebssystemen oder Software. Vielmehr existieren bereits in zahlreichen Lebensbereichen entsprechende Eigentums-, Organisations- und Produktionsstrukturen jenseits der Profitorientierung. Ob Solidarische Landwirtschaft im Bereich Ernährung (siehe LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG) oder geteilte Lastenräder in Städten im Bereich Mobilität (siehe MOBILITÄT). Die digitalen Technologien können wesentlich dabei helfen, diese unterschiedlichen Ansätze zu vernetzen und zu organisieren. Sie haben sogar das Potenzial, die Verteilung von wirtschaftlichen Gütern oder Dienstleistungen insgesamt auf neue Art und Weise zu organisieren: Bedürfnisse und Wünsche könnten abseits des Marktprinzips ermittelt, koordiniert und befriedigt werden. Die Digitalisierung ließe sich also sogar als Baustein zu einer Wirtschaft »jenseits von Geld und Tauschlogik« nutzen.⁵⁶

3. Digitalisierung demokratisieren

Die Trends zu größerer Markt- und Machtkonzentration sowie Überwachung laufen demokratischen Verfassungen und Werten zuwider. Es ist wichtig, die autoritären Entwicklungen der Digitalisierung zu benennen und gleichzeitig zu zeigen, dass wir Digitalisierung auch demokratisch gestalten können. Eine Vernetzung von Menschen überall auf der Welt ist bereits heute über das Internet möglich. Neue Entscheidungs- und Organisationsformen werden im Netz seit Jahren als ergänzende demokratische Institutionen erprobt und weiterentwickelt. Das Problem der Digitalisierung ist also kein technologisches, sondern ein gesellschaftliches. Wenn heute etwa 70 % aller Zugänge auf Nachrichtenportale über digitale Monopole wie Facebook oder Google erfolgen, ist die Demokratie in Gefahr. Und dies umso mehr, wenn die Informationsmedien selbst wiederum immer stärker werbefinanziert sind. Sich frei von solchen Abhängigkeiten zu machen, ist die Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Mit entsprechendem politischen Willen und gesellschaftlichem Druck wäre es möglich, zentrale digitale Dienstleistungen wie soziale Netzwerke oder Suchmaschinen als Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge zu definieren und entsprechend demokratisch zu gestalten.⁵⁷ Das neue Facebook wäre dann kein profitorientierter Konzern unter der Führung eines der reichsten Männer der Welt, sondern womöglich eine transparente Stiftung öffentlichen Rechts. Sinnvolle Instrumente könnten auch die Überprüfung von Algorithmen durch unabhängige Kommissionen oder Größenlimits für (transnationale) Unternehmen sein.⁵⁸

Solche Maßnahmen zu diskutieren und umzusetzen, wird schnell den Widerstand derjenigen hervorrufen, die von den aktuellen Entwicklungen profitieren. Doch ob sich die Digitalisierung als Albtraum für einen Großteil der Weltbevölkerung herausstellt oder nicht, wird maßgeblich davon abhängen, wie wir als Gesellschaft das Potenzial dieser Entwicklung nutzen. Denn zweifelsohne birgt das digitale Zeitalter Möglichkeiten, eine Ökonomie des Gemeinsamen zu entwickeln, die nicht auf Konkurrenz, sondern Kooperation, nicht auf Eigentum, sondern Besitz und nicht auf Profit, sondern Gemeinwohl basiert.

Du siehst das ähnlich?

Dann werde aktiv, weitere Anregungen findest du auf unserer Homepage www.aufkostenanderer.org.

Endnoten

- 1 Schmid & Cohen, 2013
- 2 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2016
- 3 Statista, 2016a, 2016b; Weltbank, 2016
- 4 Mason, 2016
- 5 Welzer, 2016
- 6 Füller, 2017
- 7 Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest, 2015
- 8 Steckner & Candeias, 2014
- 9 Buse, 2016; Schmid, 2015
- 10 Weltbank, 2016, S. 6
- 11 Statista, 2016a
- 12 Statista, 2016b
- 13 Ovide & Wakabayashi, 2015
- 14 Krämer, Linden & Dedrick, 2011
- 15 Statista, 2016c
- 16 Simpson, 2012
- 17 Friends of the Earth, 2013
- 18 Reckordt, Pilgrim & Groneweg, 2017
- 19 UNEP, o. J.
- 20 Acosta, 2013
- 21 UNEP, o. J.
- 22 Fuchs, 2015
- 23 Shah, 2015
- 24 Jäger, 2016
- 25 War on Want, 2016
- 26 EJ Atlas, 2017
- 27 Shah, 2016
- 28 Mattern, 2015
- 29 Greenpeace, 2014
- 30 Chen, 2016
- 31 Yeung, 2014
- 32 Raj-Reichert, 2015
- 33 China Labor Watch, 2015
- 34 China Labor Watch, 2015
- 35 Chan, Pun & Selden, 2016
- 36 Fuchs, 2015
- 37 Weimer, 2016
- 38 Janisch, 2016
- 39 Statista, 2016f
- 40 Scholz, 2016
- 41 Jewell, 2016
- 42 Bartmann, 2016
- 43 Staab, 2016, S. 92–104
- 44 Brynjolfsson & McAfee, 2014; Schwab, 2015, S. 60–72, 205–206
- 45 Matuscheck, 2016
- 46 ING DiBa, 2015
- 47 McIntyre, Phillips & Baxandall, 2015
- 48 Collin & Collin, 2013; Peng, 2016; Zucman, 2014
- 49 Mason, 2016, S. 144
- 50 Stephan, 2015
- 51 Schmid & Cohen, 2013, S. 292ff.; Welzer, 2016
- 52 AK Rohstoffe, 2016
- 53 Siefkes, 2014
- 54 Rifkin, 2014; Scholz, 2016
- 55 Siefkes, 2014
- 56 Habermann, 2016
- 57 Wagner, 2017
- 58 Mason, 2016, S. 277

Nobody cares?

Sorgearbeit bleibt oft unsichtbar, obwohl sie unverzichtbar für unser gesellschaftliches Zusammenleben ist. Wer die Last unserer Sorge trägt und wieso wir eine Care Revolution brauchen.

Was wäre, wenn Frauenⁱ in Deutschlandⁱⁱ plötzlich aufhörten, Sorgearbeit zu leisten? Wir können uns die Auswirkungen vorstellen, wenn wir uns anschauen, was 1975 in Island passiert ist: Beim Frauenstreik am 24. Oktober legten 90 % der Isländerinnen ihre Arbeit nieder – und legten das Land damit für einen Tag lang still. Nicht nur mussten Schulen, Krankenhäuser, Geschäfte und Fischfabriken schließen. Überforderte Familienväter konnten nicht ihrer Arbeit nachgehen, denn plötzlich mussten sie sich um all die Hausarbeit, Altenpflege und Kinderbetreuung kümmern, die sonst – öffentlich wenig beachtet – Frauen übernahmen und weiterhin übernehmen.¹

Sorgearbeit ist unsichtbar, oftmals unbezahlt und gleichzeitig für die Gesellschaft unverzichtbar. Im Jahr 2013 wendeten Menschen in Deutschland etwa ein Drittel mehr Zeit für unbezahlte Sorgearbeit auf als für bezahlte Erwerbsarbeit.² Würde man die unbezahlte Sorge mit marktüblichen Löhnen versehen, ergäbe sich laut statistischem Bundesamt für Deutschland für 2013 eine Summe von 826 Milliarden Euro. Dies entspricht etwa einem Drittel des Bruttoinlandsprodukts.³ Jedoch fließt unbezahlte Sorgearbeit nicht in wirtschaftliche Gesamtrechnungen ein. Stattdessen bleibt sie unsichtbar und wird gesellschaftlich nicht angemessen gewürdigt. Auch im bezahlten Sorgesektor sind mehrheitlich Frauen tätig – oft unter prekären Arbeitsbedingungen (siehe GLOSSAR). Besonders migrantische Frauen leiden unter der Abwertung von Sorgearbeit. Beispielsweise arbeiten viele Osteuropäerinnen unter unzumutbaren Bedingungen als Pflegerinnen in deutschen Haushalten.

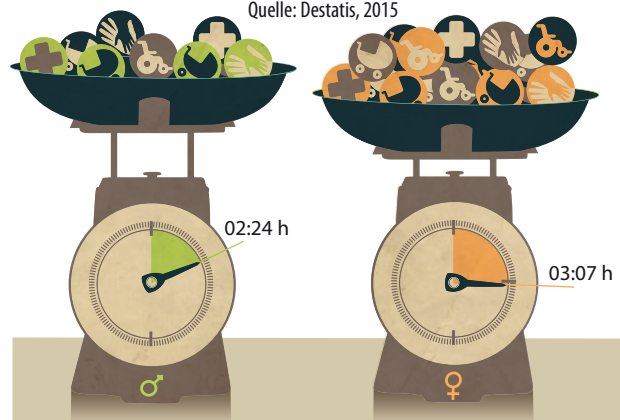
Wenn wir über die gesellschaftliche Rolle von Sorge sprechen, geht es um mehr als faire Entlohnung oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Organisation und Wertschätzung von Sorge sind direkt mit der Frage nach dem *guten Leben* (siehe ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK) verbunden: Welche Tätigkeiten sind uns als Gesellschaft wichtig? Welches Rollenverständnis der Geschlechter liegt diesen Tätigkeiten zugrunde? Wie ist ein solidarisches Miteinander, auch über Grenzen und Klassen hinweg möglich? Wie lässt sich Arbeit besser und gerechter organisieren?

In diesem Kapitel stellen wir dar, wie und warum es dazu kommt, dass unsere Gesellschaft Sorgearbeit gering schätzt und wie ausbeuterische Strukturen im Sorgebe-

reich entstehen. Wir wollen zeigen, welche Probleme es gibt und warum diese schwer zu überwinden sind. Dabei wird deutlich, dass die aktuelle Organisation von Sorge Teil der imperialen Lebensweise (siehe EINLEITUNG) ist. Sie gründet auf tiefsitzenden Geschlechterbildern und rassistischen Vorstellungen. Eine Infrastruktur privater Akteure, die weitestgehend ohne staatliche Kontrolle handeln, ermöglicht sie. Zusätzlich sichern staatliche *Politiken* und rechtliche Rahmenbedingungen im Sozial- und Gesundheitsbereich ab, dass Sorge in dieser Form fortbestehen kann.⁴ Doch viele gesellschaftliche Gruppen kämpfen – ähnlich wie die isländischen Frauen – gegen diese weithin akzeptierten Verhältnisse und entwickeln wertvolle Alternativen, die wir aufzeigen wollen.

Abb. 4.1: Unbezahlte Sorgearbeit pro Tag nach Geschlecht in Deutschland, 2013

Quelle: Destatis, 2015



Sorge: Arbeit und doch mehr als das

Was meinen wir, wenn wir von *Sorgearbeit* sprechen? Sorgearbeit, auch *Reproduktionsarbeit* genannt oder mit dem englischen Begriff *Care* bezeichnet,⁵ umfasst all jene täglichen Aufgaben, die Menschen für ihr eigenes Wohlergehen und das Wohlergehen ihrer Gemeinschaft leisten.⁶ Sorgearbeit ist somit Arbeit zur Reproduktion des alltäglichen gesellschaftlichen Lebens. Sie ist auch Voraussetzung für menschliche Arbeitskraft. Sorgearbeit kann sowohl unentlohnt – insbesondere im privaten, familiären Bereich – als auch erwerbsförmig und dann entlohnt gestaltet sein.⁷ Sorgeberufe sind beispielsweise Haushaltsarbeiter*innen, Pflegekräfte im Gesundheitssektor und in der Altenpflege, Reinigungskräfte und Erzieher*innen.⁸ Im privaten Bereich sind Sorgearbeiten vor allem Kochen, Putzen, Kinder auf die Welt bringen, Erziehen und Versorgen, Freund*innen emotional beistehen und (pflege-)bedürftige Angehörige betreuen.⁹ Diese Tätigkeiten garantieren, dass Menschen sich körperlich und geistig wohlfühlen und jetzt

ⁱ ›Frau‹ verwenden wir nicht als Bezeichnung für Menschen mit bestimmten biologischen Geschlechtsmerkmalen, sondern als sozial hergestellte Kategorie, hinter der sich unterschiedliche Lebensrealitäten und Erfahrungen verbergen.

ⁱⁱ Weil das Thema komplex ist, beziehen wir uns vornehmlich auf das Sorgesystem in Deutschland.

oder zukünftig arbeiten können. Sie sind daher nicht nur Grundbedingung für ein gutes gesellschaftliches Zusammenleben, sondern auch unverzichtbar für ein funktionierendes Wirtschaftssystem.¹⁰

Sorgearbeit ist Arbeit am Menschen

Ob wir unsere Großeltern pflegen, das Bad putzen oder die Kinder zur Schule bringen – all diese Dinge sind, wie erwerbsförmige Tätigkeiten auch, zeit- und energieintensiv. Anknüpfend an eine lange feministische Tradition sprechen wir daher von *Sorgearbeit*, um die oftmals unsichtbar in Haushalten vollzogene Sorge stärker sichtbar zu machen und in das Zentrum politischer Diskussionen zu rücken.¹¹

Dabei ist Sorgearbeit eine besondere Form von Arbeit. Wenn wir heute von Arbeit sprechen, denken wir meist an Erwerbsarbeit, die Güter her- oder Dienstleistungen bereitstellt. Wir nehmen oftmals an, dass Arbeit nicht personenbezogen ist. So scheint es beispielsweise egal zu sein, ob Person X oder Y am Fließband steht und die gleiche Tätigkeit verrichtet. Gleichzeitig sind wir der Ansicht, dass Arbeit immer effizienter werden kann: In kürzerer Zeit soll mit weniger Kosten ein gleiches oder gar besseres Ergebnis erzielt werden.¹² Doch diese gängigen Prinzipien, die mit unserem gewöhnlichen Arbeitsverständnis einhergehen, widersprechen der Grundidee von Sorgearbeit. Arbeit mit und an Menschen folgt anderen Regeln als güterproduzierende Arbeit.¹³ Es geht nicht bloß darum, dass eine pflegebedürftige Person möglichst effizient ihre Morgendusche bekommt, sondern auch darum, dass sie sich umsorgt und im Alter wertgeschätzt fühlt. Die menschliche Beziehung zwischen Sorgenden und Umsorgten, Empathie und ausreichend Zeit sind wichtige Voraussetzungen, damit diese Tätigkeit gelingt.¹⁴ Wir sollten daher Sorge nicht dem Bestreben nach Effizienzsteigerung und ökonomischem Nutzen unterwerfen. Wenn wir von *Sorgearbeit* sprechen, steckt dahinter also eine doppelte Forderung: Erstens möchten wir die Bedeutung von Sorge für die Gesellschaft sichtbar machen. Zweitens geht es darum, den Arbeitsbegriff umzudeuten: ›Arbeit‹ besteht nicht nur aus Lohnarbeit und umfasst mehr als die effiziente Produktion von Dingen und Dienstleistungen.

Wie es zur aktuellen Organisation der Sorge in Deutschland kam

Anders als andere wirtschaftliche Tätigkeiten ist Sorge oft nicht finanziell gewinnbringend, weil sie keine direkte Wertschöpfung erzeugt. Ganz im Gegenteil schafft Sorgearbeit Kosten für die Gesellschaft.¹⁵ Die Kosten, die für die Reproduktion des alltäglichen Lebens der Menschen entstehen, tauchen weder in öffentlichen Haushalten noch in betrieblichen Kosten-Nutzen-Rechnungen auf.¹⁶ Sie werden in den privaten Bereich verlagert. Seit dem 19. Jahrhundert gelten in den damals entstehenden Industriestaaten Frauen als zuständig für diese privaten Arbeiten (siehe HISTORISCHER ABRISS, S. 15). Denn in der bürgerlichen Moderne wurde die öffentliche und private Sphäre entlang der Geschlechter getrennt: Während der männliche Charakter als kompetent für die Aufgaben des öffentlichen Lebens galt, wurden der Frau all jene Eigenschaften zugeschrieben, die für private Aufgaben, wie Sorge, notwendig sind.¹⁷ Seither erscheinen Erwerbsarbeit und Haushalt als zwei getrennte Bereiche, von denen nur ersterer als wirt-

schaftlich relevant betrachtet wird.¹⁸ Scheinbar steht Sorgearbeit somit als günstige beziehungsweise kostenlose und prinzipiell unbegrenzte Ressource zur Verfügung.¹⁹

Zu Beginn des 20. Jahrhundert verbreitete sich in Folge der Bismarck'schen Sozialgesetze das Verständnis von Sorge als öffentlicher Aufgabe. Der erwerbsförmige Sektors mit bezahlten Sorgedienstleistungen entstand. Doch auch auf dem Arbeitsmarkt schrieb sich die Trennung nach Geschlecht fort. Frauen übernehmen bis heute mehrheitlich die erwerbsförmige Sorgearbeit – und dies oft unter prekären Bedingungen und schlecht bezahlt.²⁰

Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts veränderten sich die Bedingungen im bezahlten Sektors: Eine neoliberale (siehe GLOSSAR) Umgestaltung des Sozialstaats privatisierte die erwerbsförmige Sorgearbeit – mit katastrophalen Folgen für Sorgende und Umsorgte. Seither rückt die Frage in den Vordergrund, wie die Privatwirtschaft Gewinne mit den Bedürfnissen der Umsorgten erzielen kann.²¹ Es entstehen Märkte für Sorge- und Wohlfahrtsangebote; im Pflegebereich sichtbar an der Zunahme privater Anbieter von Pflegediensten.²²

Migrantinnen sollen heute Lücken im Sorgebereich schließen

Bis heute sind traditionellerweise Frauen für Sorge verantwortlich. Jedoch sind heute viele Frauen lohnernwerbstätig; einerseits aufgrund der Frauenbewegungen, andererseits durch prekärere Lohnarbeitsverhältnisse und gesunkene Familienlöhne, die traditionell der Mann verdient, um die gesamte Familie zu ernähren. Dadurch entstehen, vor allem im Globalen Norden, Versorgungslücken im Sorgebereich.²³ Globale Ober- und Mittelschichten greifen deswegen häufig auf die Sorgekapazitäten aus ärmeren Regionen zu: Prekär beschäftigte Migrantinnen sollen die Lücken füllen.²⁴

Welche Ungleichheiten zwischen Geschlechtern, Klassen und Menschen unterschiedlicher kultureller oder geographischer Herkunft bringt das heutige Sorgesystem in Deutschland mit sich? Und welche ausbeuterischen Strukturen gehen damit einher? Diesen Fragen wollen wir im Folgenden nachgehen.

Viele Ungleichheiten im Sorgebereich

Private Sorgearbeit ist meist ›Frauensache‹

Ein Beispiel für die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern ist die Sorge für pflegebedürftige Angehörige. Das Ausmaß der privat geleisteten Pflegearbeit ist beträchtlich. Nach groben Schätzungen fallen dafür in Deutschland etwa neun Milliarden Stunden Arbeit im Jahr an, was in etwa 3,2 Millionen Vollzeitarbeitsplätzen entspricht.²⁵ Pflegenden Angehörige erhalten für ihre Arbeit keinen Lohn, sondern nur das Pflegegeld, das sich nicht nach dem notwendigen Unterhalt der*des Pflegenden richtet, sondern nur nach dem Pflegegrad der*der Pflegebedürftigen. Dieses Pflegegeld beträgt auch bei höchstem Pflegegrad und Härtefall ungefähr 900 Euro im Monat und ist damit nicht existenzsichernd. Neun von zehn pflegenden Angehörigen sind laut einer Studie der Krankenkasse DAK Frauen.²⁶ Diese Ungleichverteilung ist in mehrerer Hinsicht problematisch.

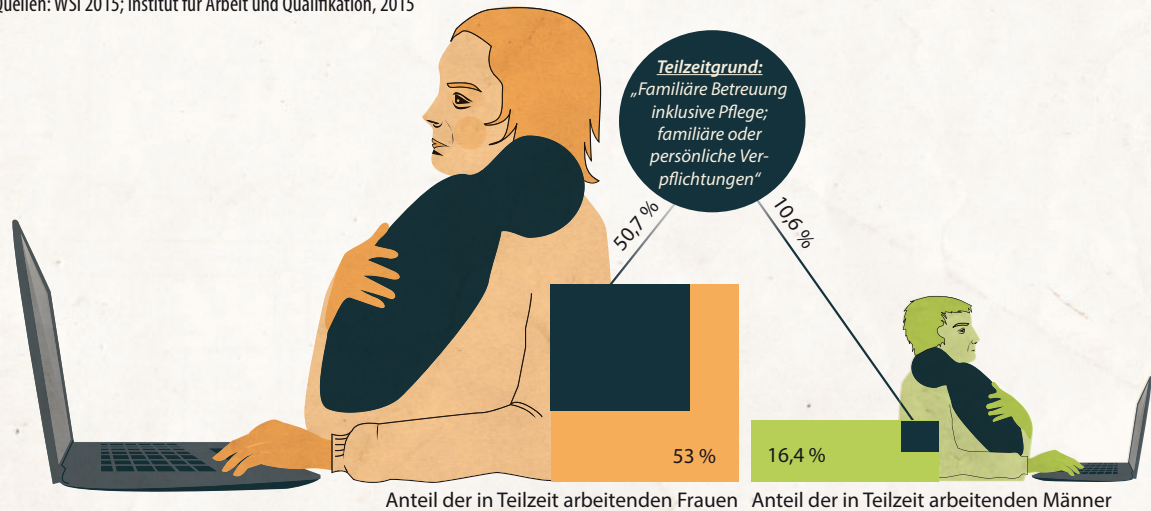
Nicht nur fühlen sich beispielsweise viele Frauen, die Angehörige pflegen, überfordert und erkranken in der Folge überdurchschnittlich oft.²⁷ Frauen nehmen aufgrund der Sorgebelastung auch durchschnittlich weniger



Scheinbar steht Sorgearbeit somit als günstige beziehungsweise kostenlose und prinzipiell unbegrenzte Ressource zur Verfügung.«

Abb. 4.2: Teilzeitquote nach Geschlecht in Deutschland, 2013

Quellen: WSI 2015; Institut für Arbeit und Qualifikation, 2015



am Erwerbsleben teil: Viele sind in Teilzeit oder gar nicht erwerbstätig. Sie schränken wesentlich häufiger als Männer ihr berufliches Engagement zugunsten der Familie ein (siehe Abb. 4.2).²⁸ Damit folgen Frauen gewollt oder ungewollt traditionellen Rollenbildern, die verhindern, dass sich eine gleichberechtigte Verteilung von Sorgearbeit etabliert. Dass Frauen durchschnittlich schlechter verdienen als Männer, festigt diese Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit vermutlich zusätzlich. Die berufliche Einschränkung von Frauen zugunsten der Familie erschwert es ihnen nicht nur, sich im Job weiterzuentwickeln, sondern hat auch im Alter fatale Folgen. Auch weil das deutsche Rentensystem (siehe GELD UND FINANZEN) Sorgearbeit zu wenig berücksichtigt, erhalten Frauen durchschnittlich deutlich weniger Rente als Männer und sind häufiger von Altersarmut betroffen (siehe Abb. 4.3).²⁹ Die bittere Ironie ist, dass sie dadurch im Alter über weniger Geld für ihre eigenen Pflegebedürfnisse verfügen. Sie bleiben häufig, wenn sie in einer Partnerschaft leben, Zeit ihres Lebens ökonomisch vom* von der Lebenspartner*in abhängig.

Unhaltbare Arbeitsbedingungen in Sorgeberufen belasten besonders Frauen

Im Bereich der bezahlten Sorgearbeit sind zu überwälti-

gender Mehrheit Frauen tätig. Weltweit sind beispielsweise 83 % aller Menschen, die im Haushalt arbeiten, weiblich.³⁰ Auch in Deutschland leisten Frauen, egal ob in Kitas, im Reinigungsgewerbe oder in der Pflege, den Großteil der formellen Sorgearbeit (siehe Abb. 4.4, 4.5 und 4.6).³¹ In diesen Berufen drücken Arbeitgeber die Arbeitskosten, um die Gewinnmarge zu erhöhen. Dies geschieht vor allem durch niedrige Löhne und standardisierte Arbeitsprozesse. Fachkräfte in der Altenpflege erhalten beispielsweise bundesweit 10,6 % weniger Entgelt als der Durchschnittsverdienst aller Fachkräfte. Zusätzlich bezahlen Pflegeeinrichtungen Frauen schlechter als ihre männlichen Kollegen: Weibliche Fachkräfte verdienen durchschnittlich in der Krankenpflege 9,4 % und in der Altenpflege 4,5 % weniger Bruttostundenlohn als männliche Fachkräfte.³² Bei Kita-Beschäftigten zeichnet sich ein ganz ähnliches Bild ab.³³ Aber nicht nur niedrige Löhne führen zu schlechten Arbeitsbedingungen. So gründen beispielsweise Wohlfahrtsorganisationen aufgrund der hohen Konkurrenz Leiharbeitsfirmen als Subunternehmen, um ihr Pflegepersonal flexibler und außertariflich - und damit kostengünstiger - einsetzen zu können.³⁴ Gleichzeitig belastet diese Entwicklung festangestellte Pflegenden, die zusätzlich unter Druck stehen, dass Leiharbeitskräfte sie ersetzen könnten.

Der Pflegeberuf ist aufgrund der Arbeitsbedingungen

Abb. 4.3: Quote der von Armut bedrohten Personen über 65 Jahre nach Geschlecht in Deutschland, 2013

Quellen: Eurostat 2016; Statista 2015



Abb. 4.4: Personal in der ambulanten Pflege nach Geschlecht in Deutschland, 2013

Quelle: Destatis, 2015

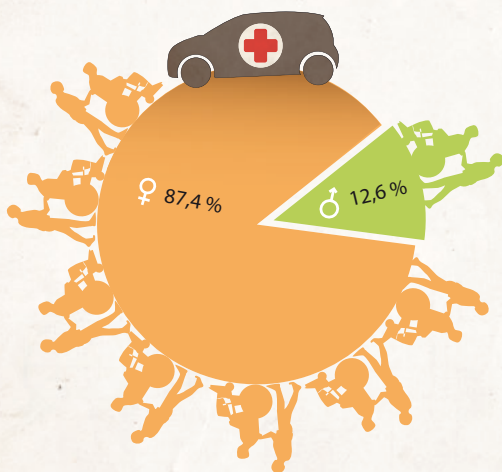
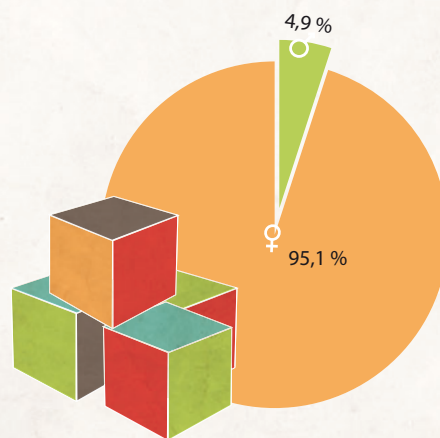


Abb. 4.5: Personal in Kitas nach Geschlecht in Deutschland, 2013

Quelle: Destatis, 2014b



nicht attraktiv. Doch gleichzeitig altert die Gesellschaft. In der Folge fehlen Pflegeeinrichtungen und Personal. Diese wären nötig, um die steigende Anzahl von Pflegebedürftigen angemessen zu versorgen und anständige Arbeitsbedingungen für Beschäftigte zu schaffen. 2005 fehlten bereits 39.000 Pflegekräfte, bis 2025 soll der Mangel an Pflegekräften fast um das Dreifache steigen.³⁵ Dennoch versuchen private Anbieter aus Kostengründen, Personal zu minimieren. Sie weisen Mitarbeitende an, effizienter zu arbeiten. Zukunftsvisionen vom Einsatz von Robotern in der Pflege sowie das Erheben von Daten über den Zustand einer gepflegten Person zeugen ebenfalls vom Bestreben, Sorgearbeit effizienter zu gestalten (siehe DIGITALISIERUNG).³⁶ Dieser Trend führt zu katastrophalen Arbeitsbedingungen für Sorgearbeitende – und damit auch zu schwerwiegenden Folgen für Menschen, die Sorge benötigen. Es häufen sich Berichte über ausgebrannte Pflegenden, die wochenlang durcharbeiten müssen, über falsch ausgestellte Dokumentationen von nicht erbrachten Pflegeleistungen und über menschenunwürdige Zustände in stationären Pflegeeinrichtungen.³⁷ Sowohl die Fürsorge und Betreuung der Gepflegten als auch die Gesundheit der Pflegenden leiden darunter, dass immer weniger Zeit für immer mehr zu pflegende Menschen da ist (siehe Abb. 4.7).³⁸

Grenzübergreifende Sorge fußt auf vielfältiger Diskriminierung

Wenn Versorgungslücken in Regionen des Globalen Nordens entstehen, wird Sorgearbeit neu verteilt, jedoch nicht zwischen Männern und Frauen, sondern zwischen Frauen aus verschiedenen sozialen Klassen und Regionen. Globale Ober- und Mittelschichten greifen auf Sorgkapazitäten von andernorts zurück. Besonders Frauen aus ökonomisch schlechter gestellten Regionen und Haushalten migrieren gezielt an die Orte, wo es Bedarf an Arbeitskräften für Sorgearbeit gibt – sowohl von ländlichen in städtische Regionen als auch über Landesgrenzen hinweg (siehe Infobox »Transnationale Sorgeketten«).³⁹ Für asylsuchende Frauen oder Frauen ohne Papiere ist irreguläre und prekäre Sorgearbeit, beispielsweise als schlechtbezahlte Putzkraft in Privathaushalten, oft die einzige Chance, in Deutschland überhaupt zu arbeiten, wie der Verein Women in Exile herausstellt.⁴⁰ So überlagern sich unterschiedliche Ausbeutungsverhältnisse: Es wird nicht nur auf die Arbeitskraft bestimmter Geschlechter übermäßig zugegriffen.

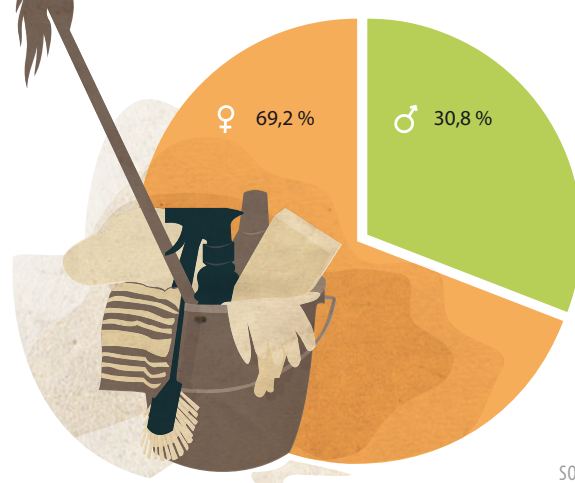
Auch aufgrund der Herkunft, des Aufenthaltsstatus und der Klasse der Sorgearbeitenden werden Menschen, die in höheren ökonomischen und gesellschaftlichen Machtpositionen stehen, deren Arbeit ab.

Ein Zugriff auf Sorgearbeitskräfte aus dem wirtschaftlich schlechter gestellten Ausland geschieht in vielen Teilen der Welt.⁴¹ In Deutschland, der Schweiz oder Österreich arbeiten beispielsweise sehr viele ausländische, insbesondere osteuropäische Frauen als Haushaltsarbeiterinnen und Pflegerinnen in Privathaushalten – meist in irregulären Arbeitsverhältnissen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) spricht von 250.000 angemeldet beschäftigten Hausangestellten in Deutschland für 2012 – die Schätzungen für die irregulär beschäftigten Haushaltshilfen aus Osteuropa belaufen sich auf zusätzlich etwa genauso viele: 150.000 bis 300.000.⁴² Viele dieser Frauen arbeiten in sogenannten *live-in-Arrangements*, das heißt, sie wohnen bei den Pflegebedürftigen und sind somit 24 Stunden dienstbereit. Arbeitsbedingungen wie Dauerbereitschaft, Niedriglohn, mangelnde Privatsphäre und Isolation sind untragbar. Berichten des gemeinnützigen Recherchezentrums correctiv zufolge erleiden einige dieser Frauen zusätzlich rassistische Beleidigungen sowie sexuelle und gewalttätige Übergriffe.⁴³

» Wenn Versorgungslücken in Regionen des Globalen Nordens entstehen, wird Sorgearbeit neu verteilt, jedoch nicht zwischen Männern und Frauen, sondern zwischen Frauen aus verschiedenen sozialen Klassen und Regionen.«

Abb. 4.6: Beschäftigte im Reinigungsgewerbe nach Geschlecht in Deutschland, 2012

Quelle: Destatis, 2014a



Wie wir gesehen haben, werden die Kosten für Sorge derzeit möglichst weitgehend ausgelagert, beispielsweise in den unbezahlten privaten Bereich, wo weibliche Sorgearbeit wie selbstverständlich als Gratisressource zur Verfügung zu stehen scheint.

Oder die Kosten tragen Menschen, die unter prekären Bedingungen arbeiten und dafür oftmals ihren Herkunftsort verlassen haben. Globale Ober- und Mittelschichten decken dadurch ihre Bedürfnisse und verschieben Engpässe dabei in andere, ärmere Regionen. Die Soziologin Christa Wichterich beschreibt diese Praxis als »transnationalen Sorgeextraktivismus«: Ähnlich wie natürliche Rohstoffe, wird ein soziales Gut, nämlich Sorgekapazität, aus ärmeren Regionen ausgebeutet und so ein neokoloniales Verhältnis fortgeführt (siehe DIGITALISIERUNG, S. 22).⁴⁹

Abb. 4.7: Die Situation in der Pflege

Quelle: Pflege am Boden, 2017

» Die Situation der Pflegenden

hat sich in den letzten Jahren stetig verschlechtert. Unsere täglichen Herausforderungen werden erschwert durch **Arbeitskräftemangel**, zu **niedrige Bezahlung** und eine **geringe Wertschätzung** der Tätigkeit. Unter diesen Voraussetzungen wird unsere Arbeit **physisch und psychisch immer belastender**. Wir liegen am Boden. Auch wegen der schlechten Arbeitsbedingungen wird der Pflegeberuf für Berufseinsteiger immer unattraktiver – und das in Zeiten des Pflegenotstands. Wir haben **immer weniger Zeit** für immer mehr zu pflegende Menschen. Der erhöhte Aufwand für die Dokumentation der Pflege stiehlt uns wertvolle Zeit am Patienten. Die Pflege – die Fürsorge und Betreuung des bedürftigen Menschen – kommt dabei zu kurz.«



Warum bleiben diese Missstände bestehen, obwohl viele Menschen unter ihnen leiden? Wieso überdauern sie, auch wenn sie extreme bestehende Ungleichheiten verfestigen und sogar vertiefen?

Viele Missstände, doch warum ändert sich nichts?

Die aktuelle Organisation von Sorge mit all ihren diskriminierenden Aspekten ist Teil der *imperialen Lebensweise*. Sie ist *imperial* zum einen, weil diese Lebensweise die (fast) gratis zur Verfügung gestellte Arbeitskraft von Frauen vor Ort und von andernorts ausbeutet.⁵⁰ Zum anderen, weil sich diese Form der Organisation von Sorgetätigkeiten verbreitet und zu einem angestrebten sozialen Abgrenzungsmerkmal wird: Die globale Mittel- und Oberschicht lagert die Sorge aus und beschäftigt eine sozial niedriger gestellte Hausangestellte, auch um den eigenen sozialen Status aufzuwerten.⁵¹

Sorge ist aktuell entlang festsitzender Geschlechterbilder und diskriminierender Denkmuster organisiert. Eine Infrastruktur profitorientierter Akteure begünstigt sie. Zudem versuchen staatliche Politiken zu garantieren, dass sie fortbestehen kann.⁵² Wir wollen dies im Folgenden deutlich machen, indem wir anschauliche Einzelaspekte darstellen. Dies soll zeigen, welche Rahmenbedingungen das derzeitige Sorgesystem stärken – und an welchen Hebeln wir für Veränderung ansetzen können.

Durch alte Rollenbilder und Klischees wirkt Ausbeutung normal

Anders als beispielsweise in skandinavischen Ländern ist in Deutschland traditionellerweise die Familie für die Sorgearbeit zuständig, erst in letzter Instanz der Staat.⁵³ »Daheim statt Heim« ist der tiefverankerte Wunsch vieler Pflegebedürftiger, aber auch vieler Angehöriger. Im Jahr 2015 empfing fast die Hälfte aller Pflegebedürftigen Pflege zuhause allein durch Angehörige. Diejenigen, die zusätzlich professionelle ambulante Pflege erhielten, eingerechnet, macht die häusliche Pflege rund drei Viertel der Pflege in Deutschland aus. Der Trend zu »daheim statt Heim« hat sich in den letzten Jahren sogar etwas verstärkt (siehe Abb. 4.8).⁵⁴ Und auch staatliche Pflegepolitik orientiert sich an diesem Leitsatz.⁵⁵ Doch Pflege als gewünschte Familienaufgabe heißt gleichzeitig: Pflege als Frauenaufgabe. Denn traditionelle Rollenbilder einer fürsorglichen Hausfrau und Mutter und eines berufstätigen Familiernährers herrschen vor. Laut einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach ist eine Mehrheit der Meinung, dass die immer stärkere Berufsorientierung von Frauen zu Lasten der Familie und speziell der Kinder gehe – dabei antworteten männliche und weibliche Befragte fast gleich. Ebenfalls eine deutliche Mehrheit würde gern in einer Familienform leben, in der sich die Frau überwiegend oder ganz um Kinder und Haushalt kümmert.⁵⁶

Solche tief verinnerlichten Familien- und Rollenbilder normalisieren die ungleiche Verteilung von Sorgearbeiten zwischen den Geschlechtern. Sie erschweren die bloße Möglichkeit, dass die Gesellschaft über eine andere Organisation der Sorge nachdenkt. Und behindern damit auch reale Veränderungen für jene Frauen, denen die aktuelle Form der Sorge schadet.

Festsitzende Vorstellungen normalisieren auch die

» Solche tief verinnerlichten Familien- und Rollenbilder normalisieren die ungleiche Verteilung von Sorgearbeiten zwischen den Geschlechtern. Sie erschweren die bloße Möglichkeit, dass die Gesellschaft über eine andere Organisation der Sorge nachdenkt. «



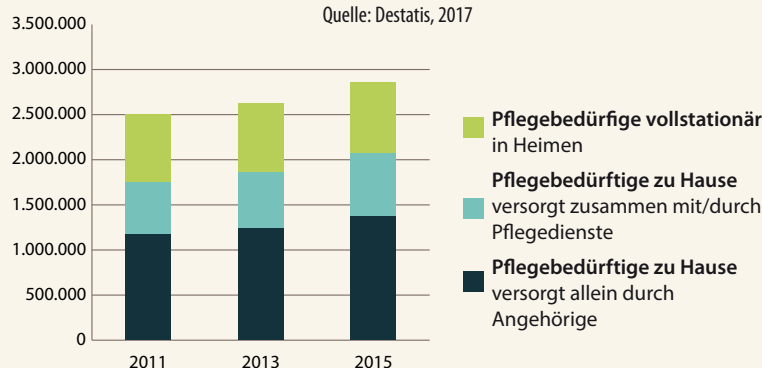
INFOBOX

Transnationale Sorgketten

Arlie Hochschild prägte 2000 den Begriff der transnationalen Sorgketten (»global care chains«), »eine Reihe weltweiter persönlicher Verbindungen zwischen Menschen, basierend auf ihrer bezahlten oder unbezahlten Sorgearbeit«.⁴⁴ Sie beschrieb damit das Phänomen, dass eine Frau in ein ökonomisch besser gestelltes Land oder eine Region migriert, um dort Arbeit im Sorgebereich zu finden und in Folge dessen eine andere migrierte Hausangestellte oder weibliche Angehörige die von ihr hinterlassene Lücke füllt.⁴⁵ Diese Kette lässt sich über mehrere Regionen oder Länder hinweg verfolgen. Zahlen zum Ausmaß dieser Migration sind nicht bekannt, da sie in vielen Fällen irregulär geschieht. Sorgearbeiterinnen migrieren aber zum Beispiel in hoher Anzahl von Südostasien auf die Arabische Halbinsel, von Lateinamerika in die USA und von Ost- nach Westeuropa.⁴⁶ Die Migrantinnen spielen eine enorme Rolle für die Ökonomien der Entsendeländer, da sie einen Teil ihres Gehalts an ihre zurückgebliebenen Familien überweisen. Die Regierungen der Entsendeländer versuchen daher, die Loyalität der Migrantinnen zu ihrem Heimatland – beispielsweise durch Auszeichnungen für die besten migrantischen Haushaltsarbeiterinnen – hochzuhalten.⁴⁷ Die Frauen selbst zahlen gleichzeitig einen hohen Preis für diesen wirtschaftlichen Beitrag: Nicht nur verlassen sie ihre Familien, sondern leiden, wie Human Rights Watch dokumentiert, unter Ausbeutung und Missachtung ihrer Menschen- und Arbeitsrechte.⁴⁸

Abb. 4.8: Anzahl Pflegebedürftiger nach Art der Versorgung in Deutschland

Quelle: Destatis, 2017



Ausbeutung von Sorgearbeitenden aus anderen Regionen: So spiegeln beispielsweise Medienberichte oder klischeegeladene TV-Serien über osteuropäischen Sorgearbeiterinnen Stereotype wider, die zeigen, wieso die Anstellung dieser Frauen so beliebt ist: Sie seien immer freundlich, geduldig, aufopferungsvoll – eigene Bedürfnisse scheinen sie nicht zu haben. Und sie würden sich nie beschweren, obwohl sie unter Verhältnissen arbeiten, die für viele andere Arbeitnehmer*innen unvorstellbar sind.⁵⁷

Solche kulturalistischen Stereotype durchdringen auch die Politik. Sie legitimieren und normalisieren den Zugriff auf Sorgkapazitäten aus dem Ausland.⁵⁸ In einem Modellprojekt begründet das Bundeswirtschaftsministerium die Suche nach Fachkräften aus Vietnam für die Pflege wie folgt: »Ihre kulturell geprägten Eigenschaften – die den Vietnamesinnen und Vietnamesen eigene Motivation, ihr Pflichtbewusstsein und ihr Ehrgeiz – sind gute Voraussetzungen für die angestrebte Tätigkeit im Pflegesektor. Auch genießen ältere Menschen in Vietnam – als Bewahrer von Tradition und Wissen – eine hohe Wertschätzung.«⁵⁹

Pflege ist zunehmend in privatwirtschaftlicher Hand, öffentliche Kontrolle gibt es kaum

Eine ausgedehnte Infrastruktur von privaten Agenturen ermöglicht den Zugriff auf die Sorgearbeit aus dem Ausland, indem diese osteuropäische, weibliche Pflegekräfte an deutsche Familien vermitteln. Die Agenturen werben mit 24-stündiger Dienstbereitschaft für mehrere Wochen zu niedrigsten Preisen. In den Heimatländern heuern sie häufig arbeitslose und für die Pflege meist formell nicht ausgebildete Frauen an.⁶⁰

Es entstehen sogenannte graue Care-Arbeitsmärkte, in denen die Grenzen zwischen formeller und informeller Sorgearbeit verschwimmen.⁶¹ Die Frauen kommen als entsandte Arbeitskräfte nach Deutschland – demnach müsste für sie nach EU-Recht sowohl der deutsche Mindestlohn als auch die Höchstarbeitszeit gelten.⁶² Die Agenturen werben mit legalen Beschäftigungsverhältnissen und Zahlung des Mindestlohns.⁶³ Doch sie informieren die Frauen nicht über ihre Rechte als Entsandte und in den Auftragsverträgen sind dazu keine Regelungen festgeschrieben. Die Höchstarbeitszeit wird oft überschritten, auch weil die Frauen zum Teil in den Zimmern der Pflegebedürftigen leben und alle Arten von Pflege- oder Hausarbeit leisten müssen.⁶⁴ Berichten zufolge erhalten sie auch nicht den Mindestlohn: Die Frauen verdienen zum Teil netto nur zwischen 800 und 1.400 Euro monatlich, obwohl die Familien der Gepflegten an die entsendenden Firmen bis zu

2.500 Euro zahlen⁶⁵ – den Rest behalten die Vermittlungsagenturen ein.⁶⁶

Öffentliche Arbeitsagenturen könnten diese Vermittlung übernehmen, doch der Staat überlässt sie den privaten Agenturen. Mithilfe privater Vermittlungsfirmen hat sich eine grenzübergreifende Schattenwirtschaft entwickelt, die nur schwer zu kontrollieren ist. Die EU sieht die Mitgliedstaaten in der Pflicht, die Bundesregierung wiederum den Zoll. Dieser arbeitet hier aber zahnlos: Da Kontrollen in Privathaushalten nur mit richterlichem Beschluss stattfinden können, sind sie sehr selten.⁶⁷

Außerdem hat sich Pflege in den letzten Jahren zunehmend zu einem bedeutenden Sektor für privatwirtschaftliche Investitionen entwickelt.⁶⁸ Der Pflegestatistik des Statistischen Bundesamts zufolge waren 2015 42 % der voll- beziehungsweise teilstationären Pflegeeinrichtungen in privater Trägerschaft.⁶⁹ Zwischen 1999 und 2015 ist der Anteil der Pflegeplätze in privater Trägerschaft von knapp 20 auf 40 % gestiegen.⁷⁰ Gleichzeitig konzentriert sich die Anzahl der Anbieter privater Pflegeheime auf einige große Betreiber. Der größte Betreiber in Deutschland und europaweit entstand beispielsweise durch Fusion verschiedener Pflegeheimketten und verzeichnete 2015 ein Jahreswachstum von 9 %.⁷¹ Der dabei entstehende Wettbewerb privater Pflegeeinrichtungen verschärft den Effizienzdruck und die Notwendigkeit, Kosten zu sparen. Als Folge reduzie-

ren die Pflegeeinrichtungen die Personalkosten, die den Großteil der Pflegekosten ausmachen.⁷² Viele private Einrichtungen unterschreiten die gesetzlich vorgeschriebenen - aber veralteten und zu knapp bemessenen - Personalschlüssel noch zusätzlich und freie Stellen bleiben lange unbesetzt.⁷³

Auch in privaten Pflegeeinrichtungen finden kaum staatliche Kontrollen statt. Um Problemen in der Pflege vorzubeugen, führt der Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) Qualitätsprüfungen durch und vergibt dabei sogenannte Pflegenoten. Immer wieder standen diese Prüfungen aufgrund ihrer sehr geringen Aussagekraft und irreführenden Bewertungen in der Kritik.⁷⁴ Denn die beteiligten Akteure des Pflegesystems – Krankenkassen, Heime, Wohlfahrtsverbände – entscheiden selbst, was sie prüfen.⁷⁵ Hinzu kommt, dass eine bundesweite Aufsicht oder öffentliche Beschwerdestellen für Missstände in Pflegeeinrichtungen nahezu überall fehlt. Lediglich die Stadt München hat eine bundesweit einzigartige Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege eingerichtet.⁷⁶ In einigen anderen Städten existieren oftmals ehrenamtlich getragene Beratungsdienste.⁷⁷ Somit verwaltet sich das Pflegesystem selbst und Anlaufstellen für Betroffene fehlen. Beides erschwert es Gepflegten sowie Pflegenden, für die miserablen Zustände in der Pflege eine Öffentlichkeit zu gewinnen.⁷⁸

Die Politik sichert die Ungleichheiten im aktuellen Sorgesystem ab

Die aktuelle, staatlich unterstützte Organisation der Sorge in Deutschland fußt auf der ungleichen Verteilung von Sorgearbeit entlang von Geschlechts- und Klassenmerkmalen und auf kulturalistisch begründeter Ausbeutung. So ist beispielsweise die deutsche Pflegeversicherung als Teilkostenversicherung entworfen. Das heißt, Familien müssen beanspruchte Pflege ko-finanzieren. Ökonomisch besser gestellte Familien können sich die Zuzahlung zur professionellen Pflege und stationären Pflegearrangements leisten, während andere auf kostengünstigere Angebote, beispielsweise ausländische Haushaltsarbeiterinnen, zurückgreifen, oder Familienmitglieder selbst die Angehörigen pflegen.⁷⁹ Auch in der Kindererziehung hat die Politik Maßnahmen getroffen, die eine private Organisation der Sorge innerhalb der Familie absichern. Die Einführung des Betreuungsgelds für Erziehung zuhause anstatt in der Kita stellte für den Staat eine günstige Alternative zum Kita-Ausbau dar, und hat mit einer Zahlung von 150 Euro monatlich die geleistete Erziehungsarbeit nicht angemessen wertgeschätzt. Sie hat private Sorgearbeit gefördert und so verhindert, dass sich betreuende Personen – vornehmlich Mütter – stärker am Erwerbsmarkt beteiligen.⁸⁰

Auch steuert die Politik der Ausbeutung von osteuropäischen Frauen in der deutschen Pflege kaum entgegen. Die ambulante Rund-um-die-Uhr-Betreuung würde in der formellen Pflege enorme Kosten verursachen, die Haushalte nicht tragen könnten.⁸¹ Es wäre ein entscheidendes Umdenken im deutschen Pflegesystem notwendig, beispielsweise hin zu einer Vollversicherung für Pflegeleistungen – zusammen mit deutlich höheren öffentlichen Ausgaben für die Pflege, die die Familien bislang privat tragen.⁸² Da politische Entscheidungsträger*innen jedoch nicht in diese Richtung steuern, sichern sie die stattfin-

dende Ausbeutung ab. Als Deutschland beispielsweise im Mai 2013 das Übereinkommen 189 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) »Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte« ratifizierte, hat die Bundesregierung eine Sonderklausel hinzugefügt, die die 24-Stunden-Pflege von dem Übereinkommen ausnimmt.⁸³

Perspektiven: Sorge im Wandel?

Die geschilderten Missstände zeigen, dass wir grundsätzlich umdenken müssen. Weil Sorgearbeit die zentrale Grundlage gesellschaftlichen Lebens ist, gebührt ihr Anerkennung. Dies erfordert ganz und gar andere Rahmenbedingungen. Nicht der ökonomische Profit sollte im Zentrum stehen und den Wert von Arbeit bestimmen. Stattdessen sollte die Gesellschaft Solidarität und Toleranz als leitende Werte für ihr Zusammenleben festlegen. Dazu muss sie Menschen und ihre Bedürfnisse und Fähigkeiten in den Fokus rücken. Konkret umfasst das: Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und die Emanzipation weg von festgefahrenen Rollenbildern, gleiche Rechte und Chancen unabhängig von der Herkunft eines Menschen, und eine öffentliche Daseinsfürsorge, die für jede*n die Basis für ein menschenwürdiges Leben bereitstellt. Die Sozialwissenschaftlerin Gabriele Winker und andere nennen dies die *Care-Revolution*.⁸⁴

Der Weg dorthin ist lang. Denn wie wir gezeigt haben, festigen tiefsitzende Denkmuster, bestehende Infrastrukturen und private Akteure sowie auch politische Entscheidungen das gegenwärtige Sorgesystem. Deswegen kann eine solche Veränderung nicht von heute auf morgen erfolgen. Doch es gibt viele konkrete Ansätze, um die Bedingungen von Sorgearbeit zu ändern, und Menschen, die den Kampf für solche Veränderungen bereits führen, zu unterstützen.

Unsichtbare Sorgearbeit aufwerten

Bislang erkennt unsere Gesellschaft meist nur marktförmige Erwerbsarbeit als wirtschaftlich relevant an. Doch auch Sorgearbeit ist Arbeit. Sie ist zeit-, energie- und kostenaufwändig und von elementarer Bedeutung für unser Zusammenleben. Daher muss die Gesellschaft auch unentlohnte Sorgearbeit sichtbar machen, beispielsweise in ökonomischen Bilanzen. Dies würde eine Debatte über das immense Ausmaß und die enorme Bedeutung unsichtbarer Arbeit anstoßen. Sorgearbeit wertzuschätzen bedeutet aber nicht, jegliche unbezahlte Sorgearbeit im privaten Bereich zu entlohnen. Stattdessen brauchen wir veränderte Rahmenbedingungen, die private Sorgearbeit anerkennen und ermöglichen: Beispielsweise umfassende staatliche Ersatzleistungen ähnlich wie das Elterngeld für Menschen, die Familienangehörige pflegen, auch wenn sie keiner sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen. Gleichzeitig sollte der Staat garantieren, dass pflegende Angehörige immer sozial abgesichert, insbesondere krankenversichert, sind.

Arbeit umverteilen

Wir müssen Sorgearbeit und Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen umverteilen. Nur wenn Frauen wirklich die Möglichkeit haben, frei zu entscheiden, wie viel Lohnarbeit sie leisten, haben sie gleiche Entwicklungschancen im Beruf. Dafür brauchen wir zum einen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt: So könnte beispielswei-



» **Nicht der ökonomische Profit sollte im Zentrum stehen und den Wert von Arbeit bestimmen. Stattdessen sollte die Gesellschaft Solidarität und Toleranz als leitende Werte für ihr Zusammenleben festlegen.**«

se eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung dazu beitragen, dass jeder Mensch mehr Zeit für Sorge für sich und für andere hat. Auch Teilzeitarbeit sollte für alle Erwerbsarbeitenden nicht nur theoretisch, sondern praktisch möglich sein. So wäre ein möglicher politischer Ansatz, Eltern, die gemeinsam ihre Arbeitszeit reduzieren, langfristige staatliche Ersatzleistungen über das Elterngeld hinaus zu bieten.⁸⁵ Eine 30-Stunden-Woche für alle Beschäftigten würde nicht nur Raum dafür bieten, Sorgearbeit umzuverteilen, sondern auch mehr Zeit für gesellschaftliches Engagement und andere Aktivitäten schaffen. Was würdest Du mit dieser freien Zeit tun?

Gleichzeitig gehören staatliche Fehlanreize, die tradierte Rollenbilder festigen, wie beispielsweise das Betreuungsgeld, abgeschafft. Außerdem müssen Arbeitsplätze mit Familien- und Sorgearbeit vereinbar sein und keine hochmobile und zeitlich unbegrenzte Verfügbarkeit voraussetzen.⁸⁶ Staatliche Anreize und Bündnisse der Arbeitnehmenden, vermittelt zum Beispiel über Gewerkschaften, können dazu beitragen, die Unternehmenskultur in Deutschland zu verändern, damit solche Arbeitsplätze alltäglich werden.

Auch ein bedingungsloses Grundeinkommen (siehe GELD UND FINANZEN, S. 48) könnte es den Menschen, für die es gilt und die es erhalten, ermöglichen, sich mit Zeit und Kraft der Sorge für andere und sich selbst zu widmen. Allerdings könnten vorherrschende Geschlechter-Rollenbilder dazu führen, dass sowohl ein staatliches Grundeinkommen als auch Arbeitszeitverkürzungen die jetzige Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen nicht in Frage stellen, sondern gar weiter verfestigen.⁸⁷ Deswegen ist es wichtig, dass wir Fürsorgearbeit unabhängig von traditionellen Rollenbildern und Geschlechteridentitäten neu gestalten. Das erfordert einen gesamtgesellschaftlichen Kraftakt und geht alle Menschen etwas an.

Soziale Infrastruktur für alle

Würde der Staat allen Menschen, unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten oder ihrem Aufenthaltsstatus, das, was für ein menschenwürdiges Leben notwendig ist, bereitstellen, wäre ein wichtiger Schritt getan. Eine Voraussetzung dafür ist eine soziale Infrastruktur, die den derzeitigen Ungleichheiten entgegenwirkt – nicht nur in Form von Geldleistungen, sondern in Form von öffentlich finanzierten Einrichtungen und Dienstleistungen.⁸⁸ Für die Finanzierung dieser Infrastruktur ergäben sich beispielsweise einige Möglichkeiten, wenn Steuerflucht konsequenter bekämpft würde (siehe DIGITALISIERUNG). Wenn der Staat Sorge-Infrastrukturen privatisiert, wird Sorge in guter Qualität immer mehr zu einem Privileg der Reichen und entzieht sich öffentlicher Kontrolle. Diese Entwicklung müssen politische Entscheidungsträger*innen daher abwenden und Sorge-Infrastrukturen stärker demokratisieren. Hierfür brauchen wir staatliche Investitionen in Gemeinschaftsprojekte und Formen des solidarischen Zusammenlebens, beispielsweise Kinderläden, gemeinschaftliche Wohnprojekte oder kollektiv organisierte Stadtteil- oder Gesundheitszentren.

Durch eine umfassende soziale Infrastruktur wäre Sorgearbeit staatlich garantiert. Jeder Mensch könnte frei entscheiden, wie er*sie Sorge organisiert. Beispielsweise ist das Recht auf einen Kita-Platz in Deutschland theoretisch bereits gegeben, jedoch fehlt es an der Infrastruktur, um dieses Recht auch zu erfüllen.

Menschenwürdige Sorge(arbeit) für alle

Gute Sorgearbeit bedarf guter Arbeitsbedingungen. Das bedeutet, die Bedürfnisse der Menschen bestimmen den Arbeitsrhythmus, Sorgearbeitende verdienen ausreichend und können sich ohne Zeitdruck den Menschen widmen, für die sie sorgen. Nur so ist jedem Menschen ein Leben in Würde garantiert, sowohl Sorgearbeitenden als auch Menschen, die auf die Hilfe anderer angewiesen sind: Kinder, Menschen mit Behinderung oder jene, die alt oder krank sind. Außerdem sollte Sorgearbeit die Selbstbestimmungsrechte der Gepflegten mehr einbeziehen und Menschen die Möglichkeit geben, über die Art ihrer Pflege mitzuentcheiden.⁸⁹

Ganz konkret bedeuten gute Arbeitsbedingungen: bundesweite und höhere Betreuungsschlüssel, einen flächendeckenden Branchentarif für Sorgearbeitende über Mindestlohn-Niveau und die Einhaltung der Arbeitsrechte für alle Menschen, egal, welcher Herkunft. Rechtslücken, die eine Ausbeutung von Migrant*innen erlauben, muss der Staat dafür schließen. Nicht zuletzt heißt das, dass die ILO-Konvention 189 auch für die 24-Stunden-Pflege gelten muss. Ein erster Schritt zum Schutz bereits bestehender und oft unterhöhlter Rechte wäre die Einrichtung öffentlicher Beschwerdestellen.

Doch neben institutionellen und rechtlichen Veränderungen müssen wir auch rassistische (siehe GLOSSAR) Denkmuster durchbrechen: Unsere Gesellschaft darf nicht länger stillschweigend akzeptieren, dass Ober- und Mittelschichten Lücken in der häuslichen Pflege durch ausgebeutete Migrantinnen schließen.⁹⁰ Dafür braucht es eine stärkere öffentliche Debatte über den aktuellen Zustand des deutschen Pflegesystems und die Menschen, die dessen Lasten tragen.

Sorge in Bewegung

Einer der Gründe, warum Sorgearbeitende selten in Arbeitskämpfe eintreten, ist das ›besondere Arbeitsethos‹, das in vielen sozialen Berufen und insbesondere in Pflegeberufen vorherrscht.⁹¹ Die Arbeit niederzulegen ist schwierig, wenn das Wohlergehen der Umsorgten direkt davon abhängt. Auch ein Großteil der Gesellschaft kritisiert Streiks in Pflegeberufen stark.⁹² Sorgearbeitenden in Einrichtungen, die in Trägerschaft der kirchlichen Wohlfahrtsverbände liegen, ist das Streiken sogar gänzlich untersagt.⁹³ Und Migrantinnen, die in der 24-Stunden-Pflege arbeiten, haben in der Regel schlicht keine Möglichkeit oder Zeit, sich zu organisieren.

Nichtsdestotrotz kämpfen Menschen auf vielen Ebenen um verbesserte Arbeitsbedingungen und mehr Anerkennung für Sorgearbeit. Im Mai 2015 riefen Erzieher*innen bundesweit zum Kita-Streik auf und im Sommer 2015 streikte das Pflegepersonal an der Berliner Charité für verbesserte Arbeitsbedingungen. Mit dem aktivistischen Netzwerk *Care Revolution* gründete sich im März 2014 eine Bewegung, die versucht, die Anliegen und politischen Kräfte von Sorgenden und Umsorgten zu einen. Speziell um die Pflege zu verändern, gründete sich das Bündnis *Pflege am Boden*. Mit regelmäßigen Aktionen und Vernetzungstreffen machen sich beide Zusammenschlüsse für eine menschenwürdige Sorge stark. In der Schweiz haben polnische Sorge-Arbeiterinnen gemeinsam mit der Gewerkschaft des Personals der öffentlichen Dienste VPOD das Netzwerk *Respekt@vpod* gegründet, um sich zu vernetzen, Migrantinnen über ihre Arbeitsrechte aufzuklären sowie gesetzeskonforme Anstellungsbedingungen durchzusetzen und über den Rechtsweg einzufordern.⁹⁴ Ähnliche

Ziele verfolgt in Deutschland *respect*, ein politisch-solidarisches Netzwerk für die Rechte migrantischer Hausarbeiterinnen.⁹⁵ Auch der DGB hat im Rahmen des Projekts *Faire Mobilität* an verschiedenen deutschen Standorten mehrsprachige Beratungsstellen für entsandte Beschäftigte eröffnet, um diese über ihre Arbeitsrechte zu informieren und sie im Kampf für eine faire Beschäftigung zu unterstützen.⁹⁶ Doch es wäre wünschenswert, die Migrantinnen darin zu fördern, sich selbstbestimmt und eigenständig zu organisieren. Diese Initiativen sind ungemein wichtig. Sie benötigen aber Unterstützung, damit die Gesellschaft sie wahrnimmt. Und davon profitieren wir alle: Denn wenn die Situation für Sorgearbeitende besser wird, geht es auch den Umsorgten besser. Sorge wird damit zu einem Konfliktfeld, auf dem Bündnisse zwischen Betroffenen über verschiedene soziale Milieus hinweg möglich sind. Hieraus ergibt sich großes Potential für einen tatsächlichen Wandel.⁹⁷

Eine *Care Revolution* ist möglich. Um ihre Wirkung zu verstärken, sollte die Bewegung für menschenwürdige Sorgearbeit die Konflikte um schlechte Arbeitsbedingungen,

Prekarisierung und ungerechte Geschlechterverhältnisse in der Sorgearbeit mit ähnlichen Kämpfen in anderen Feldern verschränken.⁹⁸ Denn die Problemursachen sind oft ähnlich: Staatliche Leistungen werden privatisiert und vorrangig mit Blick auf den ökonomischen Gewinn betrachtet. Soziale Spaltungen verschärfen sich, weil nicht alle Zugang zu menschenwürdiger Sorge und fairen Arbeitsbedingungen haben. Es ist daher vielversprechend, Missstände und Forderungen im Sorgebereich, in der Migrationspolitik, in Geschlechterfragen und in der Sozialpolitik zusammen zu denken. Erste Versuche zeigen, dass das nicht immer einfach ist.⁹⁹ Doch gemeinsam müssen wir dort ansetzen, wo derzeit eine ausbeuterische Form der Sorge gefestigt wird. Wenn unsere Gesellschaft Sorge anders wertschätzt und organisiert, würde dies den Druck auf viele Menschen andernorts nehmen, die ihre Sorgekapazität unter widrigsten Bedingungen verkaufen müssen.

Sorgearbeit kann so zu einem Ausgangspunkt für die Auseinandersetzungen um das *gute Leben für alle* werden. Denn Sorgearbeit ist Grundlage gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sie geht uns alle an.

Du siehst das ähnlich? Dann werde aktiv, zum Beispiel hier:

- Im bundesweiten Netzwerk **Care Revolution** sind Gruppen und Personen zusammengeschlossen, die für eine Care Revolution kämpfen.
- **Pflege am Boden** ist ein Zusammenschluss von Menschen, die für eine bessere Pflegesituation in Deutschland eintreten.
- Das Netzwerk **Respekt@vpod** organisiert Care-Migrantinnen in der Schweiz und setzt sich für ihre Rechte ein.
- **Respect Berlin** ist ein Zusammenschluss von Frauen verschiedener Herkunft, die für die Rechte von Migrantinnen in der bezahlten Hausarbeit kämpfen.
- Der Verein **Women in Exile** trägt flüchtlingspolitische Forderungen aus feministischer Perspektive an die Öffentlichkeit.
- Der Verein **wir pflegen** steht für die Interessen und Rechte pflegender Angehöriger und Freund*innen ein.

Weitere Informationen findest du außerdem auf unserer Homepage www.aufkostenanderer.org.



Endnoten

- 1 The Guardian, 2005
- 2 Destatis, 2016
- 3 Destatis, 2015a, 2016
- 4 Brand & Wissen, 2017
- 5 Winker, 2015
- 6 D'Alisa, Deriu & Demaria, 2015
- 7 Winker, 2015
- 8 England, 2005; Winker, 2015
- 9 Winker, 2015
- 10 Jürgens, 2012; von Werlhof, Mies & Bennholdt-Thomson, 1988; Winker, 2015
- 11 Elson, 2000; Himmelweit, 1995; Winker, 2015
- 12 D'Alisa et al., 2015; Himmelweit, 1995
- 13 Klinger, 2012
- 14 Aust, Andreas, Klenke, Mohr & Zimmermann, 2015; Krenn, 2014
- 15 Winker, 2015
- 16 Klinger, 2012
- 17 D'Alisa et al., 2015; Klinger, 2012
- 18 Ohrem, Häußler & Meier-Gräwe, 2013
- 19 Biesecker, Wichterich & von Winterfeld, 2012
- 20 Klinger, 2012
- 21 Auth, 2013; Klinger, 2012
- 22 Klinger, 2012
- 23 Klinger, 2012
- 24 Wichterich, 2016
- 25 Krenn, 2014
- 26 DAK, 2015
- 27 DAK, 2015
- 28 Institut für Arbeit und Qualifikation, 2015; WSI, 2015
- 29 Eurostat, 2016; Statista, 2015
- 30 ILO, 2013
- 31 Destatis, 2014a, 2014b, 2015b
- 32 IAB, 2015
- 33 Fuchs-Rechlin, 2010
- 34 Krenn, 2014
- 35 Statista, 2016
- 36 BAuA, 2015
- 37 Drepper, 2016a
- 38 AOK Bayern, 2014; Pflege am Boden, 2017
- 39 Biesecker et al., 2012
- 40 Women in Exile, 2014
- 41 Kontos, 2010; Wichterich, 2010
- 42 bpb, 2015; DGB, 2012; Hoock, 2016; Krenn, 2014; Molitor, 2015; Tiefßler-Marenda, 2014
- 43 Drepper, 2016b
- 44 Hochschild, 2000, S. 131
- 45 Yeates, 2005
- 46 Ehrenreich & Hochschild, 2003
- 47 Lutz, 2007
- 48 HRW, 2006
- 49 Wichterich, 2016
- 50 Wichterich, 2016
- 51 Yeates, 2005
- 52 Brand & Wissen, 2017
- 53 Ohrem et al., 2013
- 54 Destatis, 2017
- 55 Drepper, 2016b; Sorge, 2016
- 56 Köcher, 2011
- 57 Kuszyk, 2017; Nachtsheim, 2013
- 58 Wichterich, 2016
- 59 GIZ, 2014, S. 19
- 60 Molitor, 2015
- 61 Krenn, 2014
- 62 DGB, 2011
- 63 Vgl. Promedica24, 2017
- 64 Molitor, 2015
- 65 Drepper, 2016b; Molitor, 2015
- 66 Vgl. Presseanzeiger, 2010
- 67 Kloh, 2013
- 68 Haimann, 2009
- 69 Destatis, 2017
- 70 Haufe, 2016
- 71 KorianGroupe, 2015
- 72 Krenn, 2014
- 73 Vgl. Pflege-SHV, 2013
- 74 Bohsem, 2015
- 75 Kunze & Uken, 2014
- 76 Vgl. Stadtportal München, 2017
- 77 Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der Krisentelefone, 2017
- 78 VdK, 2014
- 79 Krenn, 2014
- 80 Wichterich, 2010
- 81 Krenn, 2014
- 82 Lünen, 2012
- 83 bpb, 2015; Deutscher Bundestag, 2013
- 84 Netzwerk Care Revolution, 2014; Winker, 2015
- 85 FES, 2013
- 86 Ohrem et al., 2013
- 87 Worschech, 2011
- 88 Gehrig, 2013
- 89 Netzwerk Care Revolution, 2014
- 90 bpb, 2015
- 91 Haller, 2015; Wichterich, 2016
- 92 Vgl. Haller, 2015; Vgl. Westfälische Nachrichten, 2015
- 93 Vgl. Verdi, 2017
- 94 Schillinger, 2015; VPOD, 2017
- 95 respect, 2012
- 96 DGB, 2017
- 97 Dück & Fried, 2015
- 98 Fried & Schurian, 2016
- 99 Netzwerk Care Revolution, 2016

Der Preis des Geldes: Wie Finanzen den Alltag ordnen

*»Geld befreit die sozialen Akteure aus ihrer Abhängigkeit von lokalen Ressourcen und öffnet ihnen die ganze Welt als Feld ihrer Operationen. [...] Das Problem mit dem Geld ist nur: Man muss es haben.«
(Deutschmann, 2000)*

Stell dir vor, du hättest plötzlich kein Geld mehr.¹ Oder stell dir vor, du hättest zwar eigentlich noch Geld auf dem Konto, könntest aber plötzlich keines mehr abheben. Und das für unabsehbare Zeit.

So erging es vielen Menschen in Griechenland Anfang Juli 2015.² Dort erlaubte die Regierung pro Person nur noch Auszahlungen von maximal 60 Euro am Tag. Und selbst das war für einige Geldautomaten zu viel. Der Grund dafür war, dass die Europäische Zentralbank (EZB) den griechischen Geschäftsbanken kein Geld mehr zur Verfügung stellen wollte. Die griechische Regierung hatte sich geweigert, als Gegenleistung für weitere Kredite eine harte Kürzungspolitik einzuschlagen. Als die EZB Griechenland daraufhin den Geldhahn zudrehte, steuerte die griechische Gesellschaft auf einen wirtschaftlichen Kollaps zu. Obwohl eine Mehrheit von 61 % die Sparmaßnahmen bei einem Referendum am 5. Juli 2015 ablehnte, beugte sich die Regierung schließlich dem Druck der Gläubiger.

Diese Situation zeigt, wie abhängig kapitalistische Gesellschaften von Geld sind.³ Und es zeigt, welche tragende Rolle Geld als Tauschmittel in unserer Gesellschaft einnimmt.⁴ Selbst wenn die Supermärkte mit unzähligen Produkten gefüllt sind, gibt es auch in ›Überfluggesellschaften‹⁵ wie der deutschen noch Menschen, die keinen Zugang zu Produkten bekommen. Stattdessen werden jeden Tag tonnenweise Lebensmittel weggeschmissen und bedürftigen Menschen vorenthalten. Und das nur, weil sie kein Geld haben, mit dem sie sich diese Lebensmittel kaufen könnten. In diesem Sinne sind Supermärkte, die häufig als »Inbegriff des Überflusses«⁶ gelten, in Wirklichkeit Institutionen, die Knappheit überhaupt erst erzeugen. Nämlich indem sie – wie Märkte allgemein – die Verteilung von Gütern auf Basis der Zahlungsfähigkeit organisieren.⁷

Die Existenz von Geld und Märkten ist für die meisten Menschen in unserer Gesellschaft selbstverständlich. Ob Bargeld, Girokonto, Kreditkarte, Versicherungen – sie alle sind ein nicht hinterfragter Teil ihres Lebens. Es gilt als normal einem guten Gehalt und persönlichen Sparzielen andere Lebensziele unterzuordnen. Kann ein Mensch mit dem eigenen Einkommen nicht haushalten, wird dies häufig als persönliches Versagen betrachtet. Wenn Staaten soziale Grundfunktionen kürzen oder nicht erfüllen können, weil sie Kredite bedienen müssen, erscheint dies vielen als eine gerechtfertigte Konsequenz.⁸

Diese Selbstverständlichkeit kann durchaus verwundern, trägt doch das Geld- und Finanzsystem in seiner heutigen Form regelmäßig zu Krisen bei. Denken wir nur an die Finanz- und ›Eurokrise‹, aber auch an soziale Pro-

bleme wie Armut und Ungleichheit. Geld und Finanzen sind dabei ein Kernelement der imperialen Lebensweise. Sie verknüpfen das individuelle Leben mit einer auf Profit und Wachstum basierenden Wirtschaftsweise. Geld und Finanzen sind im Alltag verankert und festigen so eine Produktionsweise, die nicht nur auf dem unbegrenzten Zugriff auf Arbeit und Natur beruht, sondern zunehmend auch »auf [dem] Ganze[n] des Lebens und der Welt«⁹.

Dieses Kapitel verdeutlicht, dass Übergänge in eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft nur geschaffen werden können, wenn wir die scheinbare Normalität von Geld und Finanzen sowie ihren Stellenwert in der Gesellschaft hinterfragen. Im ersten Abschnitt zeigen wir, wie Geld nicht nur unsere Wahrnehmungen und Orientierungen prägt, sondern auch unser Handeln, unsere zwischenmenschlichen Beziehungen sowie unsere Beziehungen zur Natur. Der zweite Abschnitt erklärt, wie Schulden den Alltag durchdringen und zugleich globale Machtverhältnisse ordnen. Der dritte Abschnitt widmet sich Finanzprodukten: Am Beispiel der kapitalgedeckten Rentenvorsorge zeigen wir, wie sehr unsere politischen Institutionen von kapitalistischer Logik bestimmt sind, anstatt dem Ziel menschlicher Bedürfnisbefriedigung zu dienen. Abschließend widmen wir uns Möglichkeiten zur Überwindung der angesprochenen Probleme.

Geld bestimmt den Alltag

»Erst eine Gesellschaft mit Geldwirtschaft kann den phantastischen Gedanken aufbringen, Arbeit sei knapp und deshalb begehrenswert.«
(Luhmann, 1994)

Nach landläufiger Meinung gewährleisten Geld und Finanzen das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft, was zu einer möglichst optimalen Verteilung von Ressourcen führt.¹⁰ Doch spätestens seit der Finanzkrise ab 2007 und diversen Bankenrettungen durch Steuergelder fragen sich immer mehr Menschen, was eigentlich mit dem Geld passiert, das sie auf ihrem Konto haben.¹¹ Tatsächlich aber trifft diese Frage nur die Hälfte des Problems: Denn mindestens genauso wichtig ist die Frage, was das Geld mit uns ›macht‹ – und mit jenen, die durch Geld und Finanzen mit uns in Verbindung stehen.

Ökonom*innen gehen meist davon aus, dass Geld lediglich ein neutraler Vermittler ist.¹² Doch tatsächlich beeinflusst Geld die Interaktion von Menschen untereinander¹³ und auch zwischen Mensch und Biosphäre.¹⁴ So hängt das Ausmaß des imperialen Zugriffs auf Arbeit und Umwelt maßgeblich vom Einkommen ab (siehe Abb. 5.1).¹⁵ Soll heißen: Wer viel verdient, fliegt und konsumiert tendenziell viel und ist somit überproportional stark an Ausbeutung von Menschen und Natur – vornehmlich im Globalen Süden – beteiligt. Das liegt nicht so sehr an höheren ›direkten Emissionen‹, sondern vielmehr am Kauf

vieler arbeits- und emissionsintensiv hergestellter Produkte (siehe MOBILITÄT und ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT).¹⁶

Dieser Effekt ist selbst bei besonders umweltbewussten Menschen zu beobachten.¹⁷ Dies zeigt, wie schwierig es ist, sich dem ›Konsumimperativ‹¹⁸ in einer von Geld geprägten Gesellschaft zu entziehen.¹⁹ Dabei ist die Geldgesellschaft ein relativ junges Phänomen. Wie der HISTORISCHE ABRISSE zeigt, wandelten sich selbst früh industrialisierte Länder wie Deutschland erst während des Fordismus im 20. Jahrhundert in Konsum- und (Erwerbs-)Arbeitsgesellschaften, in denen die Lohnarbeit die Selbstversorgung, auch Subsistenzwirtschaft genannt, verdrängte.²⁰ Erst dadurch konnte sich die imperiale Lebensweise als Massenphänomen etablieren. In der Geldgesellschaft nehmen Gelderwerb und Konsumⁱ nicht nur eine existenznotwendige Rolle ein, sondern erscheinen uns als die einzig mögliche Form von ›Wohlstand‹.²¹ Dementsprechend wird Arbeit in der Geldgesellschaft weniger als Befriedigung menschlicher Bedürfnisse²² (siehe SORGE) oder als sinnstiftend betrachtet, sondern vor allem als Mittel der Geldgewinnung.²³ Dabei setzt uns das Geld auf dem Arbeitsmarkt zunächst als Konkurrent*innen in Beziehung:²⁴ Bietet eine andere Person dieselbe Arbeit günstiger an, ist unser Lohn gefährdet. Vermittelt über Werbung, Bildung und Erziehung wird die Orientierung an Geld und Konsum tief im Alltagsverständnis verankert.²⁵ Deshalb neigen wir dazu, die Welt in Geld zu messen und zu bewerten, also quantitativ statt qualitativ, rein ökonomisch statt sozial und ökologisch. So können wir zerstörerische Folgen ausblenden.²⁶

Versteckte Kosten

Dieses Ausblenden fällt uns umso leichter, je weniger Informationen wir über die Produkte oder Dienstleistungen unserer Wahl haben. Gemeinhin gelten die Preise als wichtigste Informationsquelle. Problematisch daran ist auch, dass die Preise häufig nicht abbilden können, welche Kosten ›hinter‹ dem Produkt oder einer Dienstleistung stecken. Dies verdeckt, dass viele alltägliche Handlungen, wie die Buchung eines Fluges (siehe MOBILITÄT), der Konsum eines Fleischproduktes (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT) oder die Anstellung eines ›Hausmädchens‹ (siehe SORGE), Teil einer globalen imperialen Struktur sind.

›Imperial‹ ist diese Struktur deshalb, weil sie eine Auslagerung von Kosten fördert (siehe *Externalisierung* im GLOSSAR). So müsste laut einer Geldrechnung ein handelsüblicher Hamburger statt 4 US-Dollar eigentlich 200 US-Dollar kosten.²⁷ Doch letztendlich wird deutlich: Das Leiden von Tieren, das Leben oder absichtlich verursachte Sterben von Biodiversität und zukünftigen Generationen lässt sich nicht in Geld bewerten. Doch auch, wenn sich die externen Kosten nicht alle internalisieren und als Preis abbilden lassen: Es gibt diese Schäden und sie werden auf andere abgewälzt.²⁸ Vor allem Frauen*, Migrant*innen und prekär Beschäftigte (siehe GLOSSAR) tragen die Kosten für niedrige Preise beziehungsweise hohe Gehälter, beispielsweise auf der Managementebene (siehe SORGE). Das Geld, in diesem Fall der Preis, verstellt die Sicht auf die Ausbeutungsverhältnisse.²⁹

Was kostet mein Girokonto wirklich?

Besonders deutlich wird dies dort, wo damit geworben wird, dass etwas gar nichts kosten soll. Im Fall des Girokontos gibt es in Deutschland sogar den Trend, für die Eröffnung eines kostenlosen Girokontos Gutschriften von bis zu 120 Euro zu gewähren.³⁰ Eigentlich stellen Girokonten für Banken ein Verlustgeschäft dar. Anstatt mit Girokonten Profit zu machen, dienen sie deshalb vielmehr dazu neue Kund*innen zu gewinnen. Dabei hoffen Banken auch darauf, dass die Kund*innen entweder irgendwann das Konto überziehen und dafür hohe Gebühren zahlen müssen oder auf Basis des Girokontos weitere Finanzprodukte wie eine Kreditkarte, ein Tagesgeldkonto oder Kredite erwerben. Die Gewinne, die durch diese anderen Finanzprodukte entstehen, müssen die Girokonten querfinanzieren. Dadurch steht das Girokonto mit Geschäftsbereichen in direkter Verbindung, die – wie wir unten noch ausführlich zeigen – häufig ausbeuterische und zerstörerische Praktiken fördern.

Das Girokonto ist nur ein Element des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Im Zusammenspiel mit der Digitalisierung wird das Bargeld immer weiter zurückgedrängt. So experimentieren deutsche Discounter mit dem Zahlen per Smartphone.³¹ Dadurch wird der ›gläserne Kunde‹ Realität. Während bisher vor allem Daten über Suchanfragen, Nachrichteninhalte und Onlineüberweisungen gesammelt wurden, könnte zukünftig jegliche Finanztransaktion gespeichert werden. Zudem dringt das Geld tiefer in unsere Lebensrealität ein, indem nicht nur physische Produkte, sondern auch Zugang zu räumlichen oder immateriellen Gütern (zum Beispiel einem schönen Stadtpark) über Micropay-Applikationen automatisch vom digitalen Konto abgebucht werden können – wenn genug Guthaben vorhanden ist. Natürlich ist das Zukunftsmusik. Doch bereits heute ist unser Leben mit einem undurchsichtigen Netz von analogen und digitalen Zahlungen durchzogen, so dass sich von einer ›finanziellen Lebensweise‹ sprechen lässt.

Ökonomisches Denken blockiert Solidarität

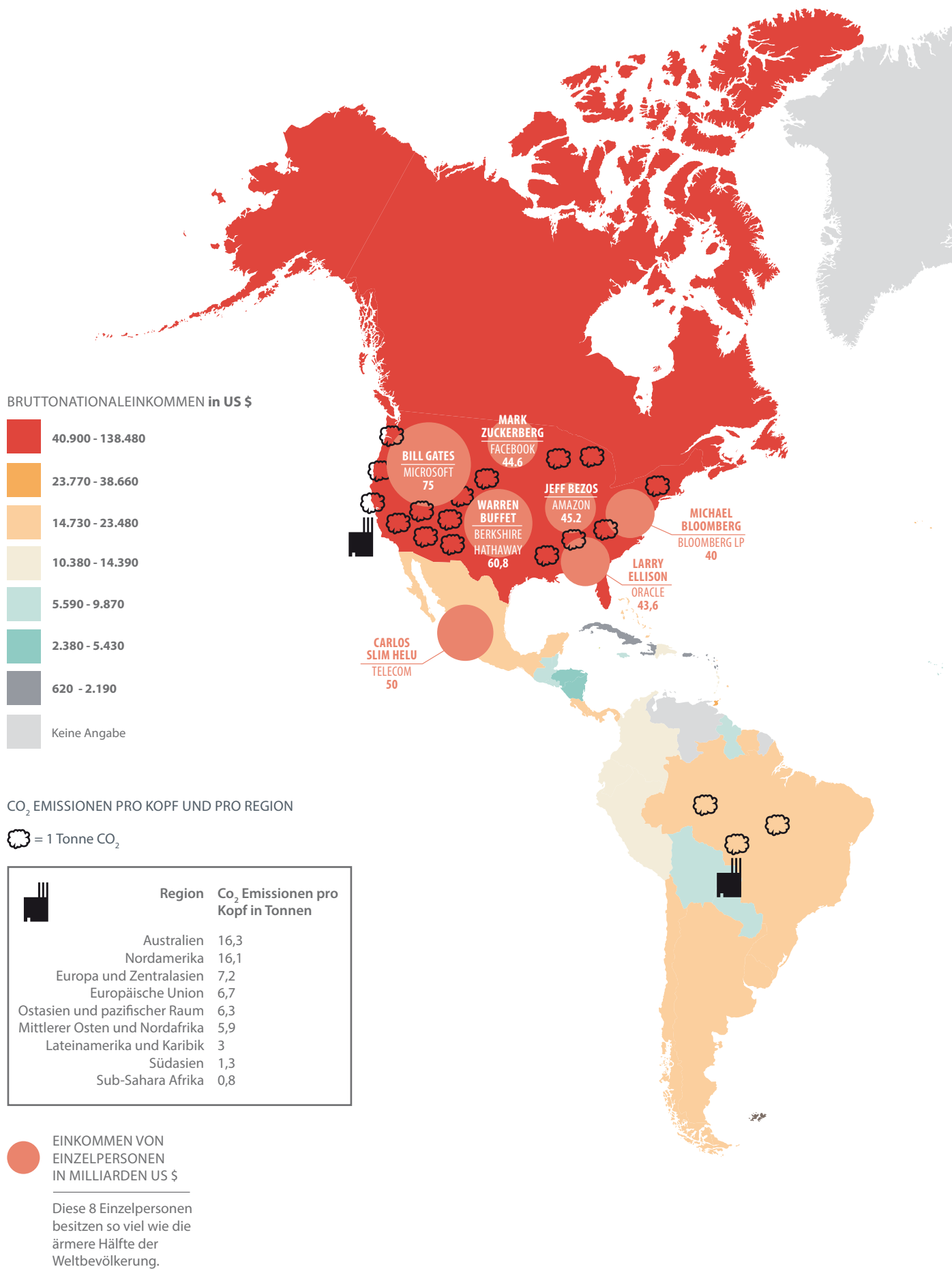
Aufgrund unserer finanziellen Lebensweise sind wir darauf angewiesen Produkte und Dienstleistungen zu kaufen. Denn wir produzieren sie nicht (mehr) selbst. Das führt uns in ein Dilemma. Denn eigentlich wollen wir, dass alle von ihren Löhnen leben können und dass die Produktion von Gütern die Umwelt nicht dauerhaft zerstört. Doch aufgrund unserer Abhängigkeit von den Waren anderer und der oben beschriebenen ökonomischen Logik, sind uns oft niedrige Preise wichtiger, als uns solidarisch mit den Problemen anderer Menschen zu zeigen.³² So empfinden viele Menschen Dumpinglöhne und gefährliche Arbeitsbedingungen für Beschäftigte aus der Textilbranche als ungerecht – doch noch wichtiger ist es möglichst günstig T-Shirts zu kaufen. Die Beziehung zwischen den T-Shirt-Konsument*innen und -Produzent*innen ist ein soziales Verhältnis. Doch diesen Zusammenhang sieht man dem T-Shirt nicht an. Durch die Warenform erscheint die soziale Beziehung als ein sachliches Verhältnis und wird damit entpolitisiert.

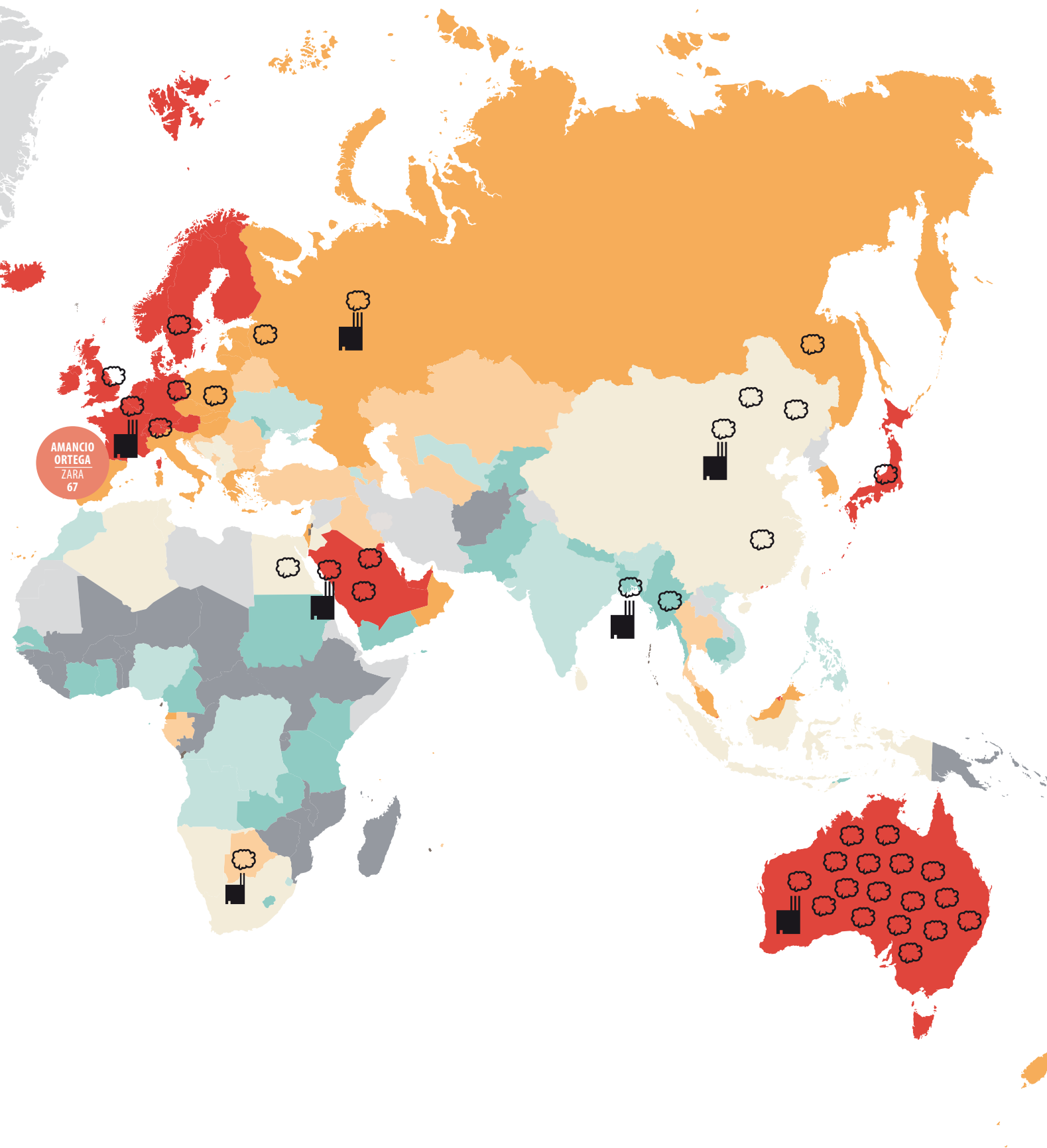
Was Geld auf Seiten der Produktion verschleiert, macht es auf Seiten des Konsums erst sichtbar: Wie viele und welche Dinge und Dienstleistungen wir uns leisten können,

i Für immerhin 6 % der Bevölkerung (in den USA wie auch Deutschland) wird eine ›Kaufsucht‹ angenommen (Bierhoff, 2016, S. 3; Mann, Fauth-Bühler, Seiferth & Heinz, 2013, S. 551–552), die zu Verschuldung führen kann (Rose & Dhandayudham, 2014) und durch die digitale Technologie noch verstärkt wird (Griffiths et al., 2016 und DIGITALISIERUNG).

Abb. 5.1: Und Geld stinkt doch – unter anderem nach CO₂

Quellen: Credit Suisse, 2017; Forbes, 2017; Weltbank, 2017a, 2017b





zeigt unseren Status in der Gesellschaft an. Von der Werbung angetrieben, wollen wir uns von den anderen Mitgliedern abheben – eine Rechnung, die nur aufgeht, weil Geld und Vermögen in unserer Gesellschaft ungleich verteilt sind. Denn sobald sich alle ein iPhone leisten könnten, wäre es als Statussymbol wertlos. Dieser subtile und häufig unbewusst ablaufende Statuswettbewerb zeigt, wie sehr wir als Konsument*innen und Arbeiter*innen Getriebene der Geldlogik sind.³³

Die Geldfixierung existiert aber nicht nur auf der individuellen Ebene. Auch unsere politischen Institutionen sind von ihr betroffen. Dies verdeutlicht beispielsweise die gesetzlich festgeschriebene Orientierung der Politik am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das BIP ist jedoch kein Maß des gesellschaftlichen Wohlstands, denn während »Krieg, Verbrechen und Umweltzerstörung«³⁴ positiv einfließen, sind »viele nützliche Tätigkeiten wie Hausarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit nicht«³⁵ enthalten. Und dennoch wird nicht nur am BIP als Wohlstandsmaß festgehalten, sondern es werden einem wachsenden BIP andere Ziele, wie beispielsweise der Klimaschutz, untergeordnet. Darüber hinaus stellt der Staat durch die Geldschöpfung mit Hilfe der Zentralbank und durch die Absicherung der Eigentumsrechte überhaupt erst den Rahmen für die Geldgesellschaft und die profitorientierte Wirtschaftsweise bereit.

Fassen wir zusammen: Geld ist keine Privatangelegenheit, sondern fester Bestandteil einer auf Lohnarbeit und Konsum basierenden Produktions- und Lebensweise, die ungleiche Verteilungs- und Ausbeutungseffekte nach sich zieht. Alle Menschen, deren Leben auf Geld(erwerb) basiert, sind mit diesen Effekten verknüpft, auch wenn sie gar nicht zu deren Nutznießer*innen gehören. Da wir alle daran teilhaben, erscheint es als vollkommen fremd, diese Struktur von Eigentumsrechten, die das Geld vermittelt, anzuzweifeln. Dabei könnte genau darin der Schlüssel für eine sozial-ökologische Transformation liegen, wie wir am Ende dieses Kapitels darstellen werden. Die Verflechtung von Geld und Finanzprodukten mit der Ausbeutung von Menschen und Natur wird noch deutlicher, wenn wir uns dem Thema der Schulden zuwenden.

Schulden mit System

» *Wenn du deiner Bank hundert Pfund schuldest, hast du ein Problem. Aber wenn du ihr eine Million schuldest, hat sie das Problem.*«

(John Maynard Keynes)

Auf die heutige Zeit übertragen, könnte das Zitat des Ökonomen Keynes auch so lauten: Wenn eine Bank eine Million Euro Schulden hat, hat sie ein Problem. Aber wenn sie eine Billion Euro Schulden hat, hat das globale Finanzsystem ein Problem.

Nehmen wir das Beispiel Deutsche Bank: Das Geldhaus, das eine der 30 »systemrelevanten« Banken darstellt,³⁶ hat Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken von über 900 Milliarden Euro. Auch wenn diesem Schuldenberg Kredite von über einer Billion Euro gegenüberstehen, geht von der Deutschen Bank ein Risiko für das globale Finanzsystem aus.³⁷ Sollte sie bankrottgehen, würde das Verluste bei Geldinstituten weltweit bedeuten – mit ungewissen Folgen.

Die Verflechtung im Bankensektor – die Verschuldung von Banken bei Banken – ist dabei nur die Spitze des Eis-

berges eines weit verzweigten Netzwerkes aus Krediten und Schulden, das Unternehmen, Banken, Staaten, und Einzelpersonen auf der ganzen Welt miteinander verbindet. Das Verhältnis des globalen Finanzvermögens (einschließlich Eigenkapital, Bankguthaben, privaten und öffentlichen Schulden) zum Welt-Bruttoinlandsprodukt ist von annähernd 100 % im Jahr 1980 auf 393 % im Jahr 2007 angewachsen. Vor dem Ausbruch der globalen Finanzkrise betrug es 194 Billionen Dollar. Zählt man nur die Kreditguthaben zusammen, belief sich die globale Verschuldung im Jahr 2007 auf 142 Billionen Dollar. Seitdem ist der globale Schuldenberg nicht etwa geschrumpft, sondern weiter angewachsen – auf 199 Billionen Dollar im zweiten Quartal 2014.³⁸

Was machen Banken?

Doch was haben diese astronomischen Summen und die Investmentgeschäfte von Großbanken mit dem persönlichen Leben eines/r durchschnittlichen Arbeitnehmers/in zu tun? Handelt es sich bei der »eigenen Bank« um eine sogenannte Universalbank, finden verschiedene Bankaktivitäten unter demselben Dach statt. Zum einen werden Spareinlagen angenommen und Konsumkredite vergeben – etwa um ein Studium oder einen Hausbau zu finanzieren. Die Zinsen, die die Bank auf Spareinlagen auszahlt sind für gewöhnlich viel niedriger als die Zinsen, die sie für Kredite verlangt. Dieser Zinsunterschied stellt eine wichtige Einnahmequelle für die Bank dar. Doch Banken können auch auf anderen Wegen zu Geld kommen. Dazu investieren sie in Aktien, Anleihen und andere Wertpapiere und verwenden dafür Einlagen der Bankkund*innen und fremdes Kapital.³⁹ Banken sind also gewinnorientierte Unternehmen und erzielen durch Kreditschöpfung und Kapitalgeschäfte Profite. Der ehemalige Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann forderte gar »25 % Eigenkapitalrendite« – also einen Gewinnüberschuss von 25 % des eingesetzten Kapitals.

Um aus Geld mehr Geld zu machen, legen es Banken teilweise in fragwürdige Geschäfte an. Bankkund*innen sind an diesen Geschäften indirekt beteiligt. Bleiben wir beim Beispiel Deutsche Bank. Auch wenn diese 2011 eine Richtlinie zum Verbot von Investments in Streumunition unterschrieb, unterhält sie weiterhin Geschäftsbeziehungen mit acht der zehn größten Waffenhersteller weltweit und ist somit an der Produktion von Atomwaffensystemen und dem Export von Rüstungsgütern in Krisengebiete beteiligt. An fragwürdigen Geschäftspraktiken festzuhalten wäre ohne das »Wegsehen« von Bankkund*innen und der Öffentlichkeit schwieriger, zumal es viele Bankinstitute gibt, die sich aus ethischen Gründen nicht an Waffen- oder Nahrungsmittelgeschäften beteiligen.⁴⁰

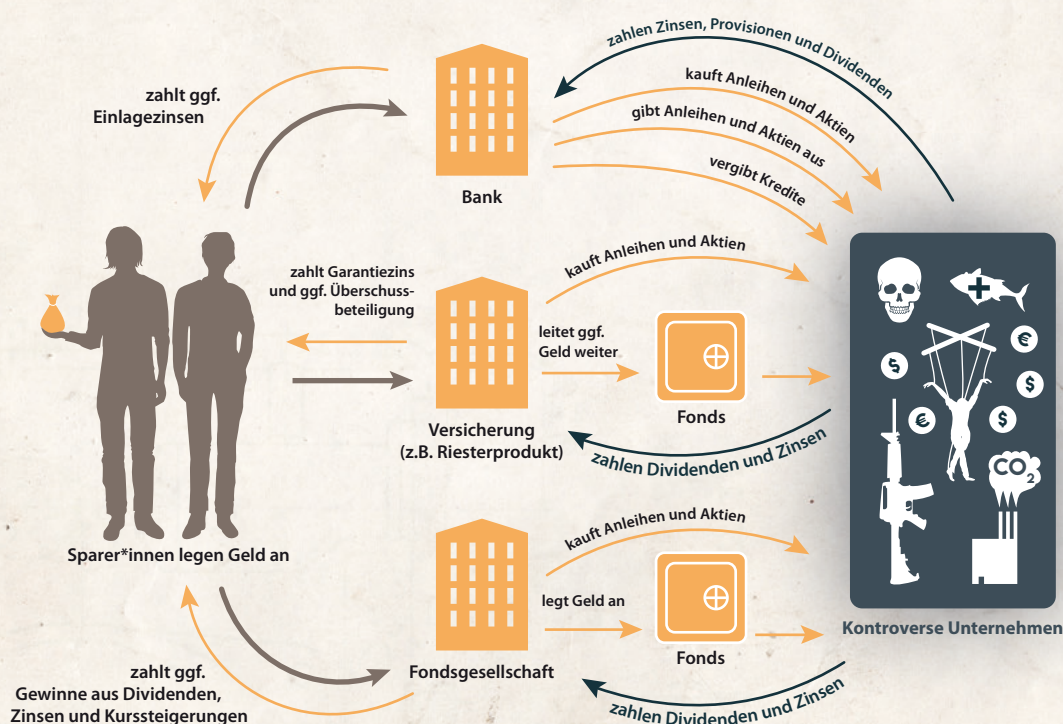
Doch reine Bankenkritik greift zu kurz. Zum einen sind Investitionen, um Profite zu erzielen, kein Privileg der Banken, sondern ein Strukturmerkmal der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Zum anderen vergeben Banken teure Kredite nicht in erster Linie aus »Gier«, sondern um die Grundfunktionen dieser Wirtschaftsweise aufrechtzuerhalten. Wie genau funktioniert das?

Wie entstehen Schulden?

Die Mainstream-Ökonomie, also die an Schulen und Universitäten vorherrschende Wirtschaftslehre, hat darauf eine klare Antwort: Banken wandeln Einlagen in Kredite um. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene bedeutet das: Ohne Ersparnisse auf Bankkonten gibt es auch keine Investitionen.⁴¹ Doch selbst die Bank of England sieht das

Abb. 5.2: Was passiert mit meinem Geld?

Quelle: adaptiert nach Facing Finance, 2017, S. 5



anders und widersprach in einem wissenschaftlichen Artikel aus dem Jahr 2015 dieser Sichtweise. Sie stellte dar, wie Banken durch die Vergabe von Krediten Schulden – und damit letzten Endes Geld – »aus dem Nichts« erschaffen.⁴² Denn ein Kredit speist sich nicht hauptsächlich – wie gemeinhin angenommen – aus den Sparanlagen anderer Bankkund*innen, sondern die Bank notiert bei sich ein Guthaben und bei dem/der Kreditnehmer*in eine Schuld in Höhe der Kreditsumme. Die Banken schöpfen auf diese Weise selbst Geld. Die Kreditnehmer*innen (typischerweise Unternehmen) produzieren mithilfe des Kredits Waren und Dienstleistungen. Aus deren Verkauf entstehen Kapital- und Lohneinkommen, die den Konsum von produzierten Waren und Dienstleistungen sowie die Begleichung von Krediten wiederum ermöglicht. Der Kredit treibt damit eine Art »Perpetuum Mobile« an, einen sich selbst speisenden Kreislauf, der im Zentrum der kapitalistischen Wachstumswirtschaft steht.⁴³

Banken wandeln also nicht in erster Linie bestehende Ersparnisse in Kredite um, sondern erzeugen Kredite (und zugleich den Zins als ihre Einnahmequelle) selbst. Zwar fließen auch Sparguthaben in Kredite und Bankgeschäfte ein, doch die Schöpfung von Giralgeld übersteigt die Guthaben der Bank um ein Vielfaches. Der Satz »Schulden müssen zurückbezahlt werden« basiert daher – so selbstverständlich er zunächst klingen mag – auf einer fragwürdigen Prämisse. Ein Schuldner (zum Beispiel der griechische Staat) verbraucht keinen bestehenden Geldbestand, der zurückgezahlt werden könnte. Sondern er erzeugt erst durch seine Kreditnachfrage das Guthaben sowie eine Einnahmequelle für die Gläubiger. Die sogenannten »Rettungskredite« dienen in erster Linie dazu, alte Kredite zu bedienen, also das Einkommen des Finanzsektors aufrecht zu halten. Diese »Schuldenfabrik« muss am Laufen gehalten werden, sollen systemische Anpassungen – Schulden-

schnitte, Kapitalabgaben oder die Vergesellschaftung von Banken – vermieden werden. Auch wenn dies, wie etwa bei der sogenannten »Griechenlandrettung« in der Eurozone, dazu führt, dass ökonomische Probleme nicht an der Wurzel gelöst werden.⁴⁴

Schulden als Treibstoff

Im oben beschriebenen Perpetuum Mobile erscheinen Schulden wie ein neutrales Schmiermittel. Tatsächlich sind Schulden vielmehr so etwas wie ein fossiler Treibstoff. Irgendwann gehen sie zur Neige. Sie treiben das Wirtschaftswachstum für eine Weile an, indem Kreditnehmer*innen davon Güter und Dienstleistungen kaufen. Doch ab einem bestimmten Punkt müssen die Kredite zurückgezahlt werden. Dies entzieht der Ökonomie wieder Zahlungsfähigkeit. Wie im HISTORISCHEN ABRISS gezeigt, basierte das Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte auf einem stetig wachsenden Schuldenberg. Durch Steuersenkungen auf Kapitaleinkommen (also weniger Staatseinnahmen) und den Rückbau sozialer Leistungen waren Staaten und Konsument*innen zunehmend darauf angewiesen, ihre Ausgaben durch Kredite zu finanzieren. Das geht solange gut, wie Banken und Investoren darauf vertrauen, dass die Kredite wieder zurückgezahlt werden und deshalb neue Kredite vergeben.⁴⁵

Dieses Vertrauen in die globale Schuldenökonomie geht seit Ausbruch der Finanzkrise 2007/2008 zunehmend verloren. Zunächst kollabierte das US-amerikanische Hypothekendarlehenkreditgeschäft. Da die Hypothekenschulden verbrieft – also in handelbare Wertpapiere umgewandelt – und weiterverkauft worden waren, saßen Finanzinstitutionen auf der ganzen Welt plötzlich auf Wertpapieren, die nichts mehr wert waren. In ihnen waren Schulden enthalten, die die Kreditnehmer*innen nicht mehr begleichen konnten. Daraufhin nahmen Regierungen eigene Kredite

und Bürgschaften auf sich, um den Banken die eigentlich wertlosen Papiere »abzukaufen«.⁴⁶ Die Trennung zwischen »privater« und »öffentlicher Verschuldung« führt demnach in die Irre. In der Finanzkrise wurden »private« Schulden der Banken in öffentliche Schulden transformiert, um das globale Finanzsystem zu stützen, welches laufende Privatverschuldung ermöglicht. Die Stabilität nationaler Währungs- und Wirtschaftsräume – und damit der eigenen Lebensweise – hängt maßgeblich davon ab, dass die Schuldenspirale aufrechterhalten wird. Das eigene Leben in Zentraleuropa hat mit den Schuldenkrisen in Südeuropa und Ländern des Globalen Südens mehr zu tun, als es zunächst scheint.

Schulden ordnen internationale Machtverhältnisse

Eine wichtige strukturelle Ursache für die Refinanzierungsprobleme Griechenlands sind dessen Außenhandelsdefizite.⁴⁷ Bei einem Außenhandelsdefizit importiert ein Land mehr Waren und Dienstleistungen als es exportiert. Defizitländern stehen Überschussländer, wie etwa Deutschland, gegenüber, die Forderungen gegenüber dem Ausland aufbauen. Da ein wichtiger Bestandteil der Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen wie oben gezeigt aus Schulden herrührt, beruht der deutsche Exportboom darauf, dass sich ausländische private Haushalte und Staaten verschulden. Exportüberschussländer absorbieren Nachfrage von anderen Ländern und sind damit mitverantwortlich, wenn diese Länder in eine ökonomische Schieflage geraten.

Das Beispiel Eurokrise macht deutlich, wie kompliziert und verwickelt Ausbeutungsverhältnisse im 21. Jahrhundert geworden sind. Einerseits ist der »Exportweltmeister« Deutschland indirekt für die ökonomische Schieflage Griechenlands mitverantwortlich. Jobs und Einkommen vieler Menschen sind damit von der ökonomischen Ausbeutung anderer Länder abhängig. Andererseits basiert der Exportboom unter anderem auf der Einführung eines Niedriglohnsektors und damit prekären Arbeitsverhältnissen in Deutschland. In anderen Worten: Arbeitnehmer*innen in Deutschland beuten die griechische Ökonomie strukturell aus, aber nur indem sie selber stärker ausgebeutet werden. Dieser Doppelcharakter – von einer ausbeuterischen Struktur zu profitieren und zugleich selbst benachteiligt zu sein – ist bezeichnend für die imperialen Produktions- und Lebensweise.

Dass die »Rettungspakete« für Griechenland wenig mit Wohltätigkeit zu tun haben, zeigt eine Studie von Attac Österreich der ersten beiden Kreditprogramme aus den Jahren 2010 und 2012.⁴⁸ Laut dieser Studie kamen 49 % der Kredite von IWF (Internationaler Währungsfond), Europäischer Zentralbank und Europäischer Kommission an die griechische Regierung unmittelbar den Gläubigern der griechischen Regierung zugute und nicht dem griechischen Staat selbst. Während 22,5 % (rund 46,6 Milliarden Euro) an den griechischen Staatshaushalt gingen, flossen 16,7 % (rund 34,6 Milliarden Euro) als Zinszahlungen für bestehende Kredite erneut an die Gläubiger. Im laufenden, dritten Kreditprogramm, fließen sogar 62,5 % der versprochenen 86 Milliarden Euro Hilfgelder in die Begleichung von alten Schulden und laufende Zinszahlungen.⁴⁹

Auch bei der »Entwicklungshilfe« für Länder des globalen Südens lohnt sich ein zweiter Blick. Maßnahmen zur Entschuldung und Ausgaben zur Bekämpfung von Migration und Terrorismus werden zum Entwicklungsbudget hinzugerechnet, obwohl es sich nicht um unidirektionale

finanzielle Transaktionen handelt – also um Geldströme, die ausschließlich von Nord nach Süd fließen.⁵⁰ Zur Entwicklungshilfe zählen auch bilaterale Kredite und öffentlich garantierte Exportkredite sowie multilateral gespeiste Entwicklungsfonds. Diese Geldflüsse sind Darlehen, die die Empfängerländer zurückzahlen müssen, und die außerdem mit Zinspflichten sowie speziellen wirtschaftspolitischen Auflagen einhergehen. Seit 2001 übersteigen die Rückzahlungen an die Gläubiger die Kreditzahlungen: Die »Entwicklungskredite« entziehen damit den Empfängern von »Entwicklungshilfe« mehr Geld als sie von ihren »Geldgebern« erhalten. Beispielsweise exportieren multilaterale Entwicklungsagenturen unterm Strich jährlich etwa zehn Milliarden US-Dollar Kapital vom Globalen Süden in den Globalen Norden.⁵¹

Die globale Geld- und Finanzordnung und ihre imperialen Eigenschaften zu beschreiben, ohne dabei einen Blick auf den US-Dollar und seine Rolle als »Weltgeld« zu werfen, wäre unvollständig. Bei den Verhandlungen um die Finanzordnung der Nachkriegszeit in Bretton Woods im Jahr 1944 sprach sich der britische Ökonom Keynes für die Einführung einer internationalen Verrechnungseinheit aus, in der globale Finanztransaktionen abgewickelt werden sollten. Doch die Verhandlungsposition der USA setzte sich durch und der US-Dollar wurde zum internationalen Zahlungsmittel erklärt. Zwar wurde im Jahr 1971 die Bindung des Dollars an Gold und die Dollar-

Bindung der anderen Währungen (das System fester Wechselkurse) aufgehoben. Dennoch hat der Dollar seine Doppelfunktion als nationale Währung und Weltwährung bis heute beibehalten. Dadurch können sich die Vereinigten Staaten technisch unbegrenzt in ihrer eigenen Währung verschulden. Die Staatsverschuldung der USA beträgt knapp 20 Billionen US-Dollar.⁵² Anders als für Griechenland stellt die Staatsverschuldung und das enorme Außenhandelsdefizit für die USA jedoch kein Problem dar. Ein großer Teil des internationalen Handels wird in US-Dollar abgewickelt, Devisenreserven, das heißt der Bestand an fremden Währungen einer Zentralbank, werden häufig in Dollar angelegt.⁵³ Die Stabilität des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems basiert darauf, dass die Solvenz der USA nicht grundsätzlich hinterfragt wird. Wie es der Finanzminister unter US-Präsident Richard Nixon ausdrückte: »Unsere Währung – euer Problem.«⁵⁴

Ob die Erpressung der griechischen Regierung durch die EZB oder unbegrenzte Liquidität der US-amerikanischen Notenbank FED (Federal Reserve System) – Geld, Währungen und Schulden sind politische Konstrukte und ordnen internationale Machtverhältnisse. Das bedeutet: Die individuelle Lebensweise ist nicht nur direkt mit dem globalen Geld- und Finanzsystem verknüpft (etwa durch das Girokonto), sondern auch indirekt. Private finanzielle Handlungen sind auf stabile (nationale) Wachstums- und Währungsräume angewiesen. Wie die obigen Beispiele zeigen, wird diese *innere* Stabilität teilweise durch die Abschöpfung von aggregierter Nachfrage, von Ersparnissen und von Zinszahlungen *außerhalb* gewährleistet. Bei diesem »imperialen« Zugriff auf die Wirtschaftskraft anderer Weltregionen handelt es sich um einen strukturellen Effekt, der nur schwer zu durchschauen ist. Einfache Argumente, etwa, dass die europäischen »Krisenstaaten« oder »Entwicklungsländer« selber für ihre ökonomische Misere verantwortlich sind, können sich einfacher durchsetzen. Richtig sind sie nicht.

»Unsere Währung – euer Problem.«

(John Connally, Finanzminister von Richard Nixon, 1971)

Finanzprodukte – die Welt wird zur Ware

Bis zu diesem Punkt haben wir deutlich gemacht, wie Geld und Schulden die individuelle Lebensweise mit (globalen) ökonomischen Verhältnissen und ihren negativen Auswirkungen verknüpfen. Doch Geld und Schulden sind nicht die einzigen Bausteine des kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzsystems. Eine wichtige Rolle nehmen Finanzprodukte ein. Bei Finanzprodukten handelt es sich um Anlagevehikel, in die investiert werden kann, um ein Kapitaleinkommen zu erzielen. Um neue Einkommensquellen für anlagensuchendes Kapital zu erschließen, werden viele Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens zunehmend marktförmig organisiert und den Finanzmärkten untergeordnet. Die Daseinsvorsorge, Gesundheits- und Sozialsysteme, öffentliche Infrastrukturen und selbst die Biosphäre werden nach und nach für private Investitionen geöffnet und ihren Profiterwartungen angepasst. Durch Unfall- und Lebensversicherungen, die Altersvorsorge oder Bausparverträge werden Millionen von Menschen selber zu Akteuren auf den Finanzmärkten – manchmal ohne das zu wissen oder zu wollen.

*Private Altersvorsorge - der/die Rentner*in wird zum Anleger*

Beispiel Rentenversicherung: Die Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise der Vorkriegszeit prägten bis zur Jahrtausendwende die Rentenpolitik in Deutschland. Zentrale Ziele waren deshalb, die Einlagen der Menschen unabhängig vom Finanzmarkt zu halten und den Lebensstandard im hohen Alter zu sichern. Nach zahlreichen Reformen vollzog die Agenda-2010-Politik der rot-grünen Regierung einen Paradigmenwechsel. Die Kürzung der staatlichen Ausgaben und die Fokussierung auf Eigenverantwortung sollten die (Lohnneben-)Kosten senken und schaffen so die Grundlage für eine kapitalbasierte Privatsvorsorge. Der Paradigmenwechsel äußerte sich vor allem in der Riester-Rente.

Die Einführung der Riester-Rente im Jahr 2002 etablierte einen für Banken und Versicherungsagenturen höchst attraktiven, weil risikoarmen Markt. Die staatliche Subventionierung der privaten Altersvorsorge führte zu 16 Millionen Vertragsabschlüssen. Der Staat bindet Banken und Versicherer weder an eine Mindestrendite für die Versicherten noch an einen Inflationsausgleich oder an eine Obergrenze für Verwaltungskosten. Die Banken müssen nur die eingezahlten Einlagen und staatlichen Zuschüsse garantieren. Die Mehrzahl der Verträge aber bieten weder die geschätzte Durchschnittsrendite von 4 %, überschreiten jedoch in ihrer Mehrzahl die kalkulierte Obergrenze von 10 % der eingezahlten Einlagen für Verwaltungskosten.

Für Menschen mit niedrigen Einkommen könnte sich die private Altersvorsorge schnell zu einem Minusgeschäft entwickeln. Mit fatalen Folgen. Seit der Einführung der Riester-Rente sinkt das Rentenniveau bedenklich: Während 2001 die Rente bei 53 % des durchschnittlichen Bruttolohnes lag, liegt sie heute bei 47,6 % und droht weiter abzusinken. Besonders makaber ist, dass die Politik diesen Paradigmenwechsel mit einem zweifelhaften demografischen Trend legitimiert und durchgesetzt hat. Heute verneint selbst die aktuelle Bundesregierung diese Prognosen und rechnet mit einer stabilen Bevölkerungsentwicklung. Jedoch setzt sie weiterhin auf eine Rentenpolitik, die auf Kapitalmärkten fußt.

» Während 2001 die Rente bei 53 % des durchschnittlichen Bruttolohnes lag, liegt sie heute bei 47,6 % und droht weiter abzusinken.«

Seit Einbruch der Eurokrise und der darauffolgenden Niedrigzinspolitik der EZB und weiterer Zentralbanken werfen Staatsanleihen kaum noch Rendite ab. Das Geschäftsmodell der kapitalgedeckten Altersvorsorge gerät daher an seine Grenzen.⁵⁵ Sollten Staatsanleihen und andere Anlageprodukte bei einer erneuten Finanzkrise an Wert verlieren, wäre auch die finanzielle Vorsorge für das Alter in Gefahr. Nicht nur die Altersvorsorge ist damit von der Stabilität internationaler Finanzmärkte abhängig geworden.

Hauptsache Verwertung

Lebensversicherer, Pensionsfonds und Rentenkassen zählen zu den sogenannten »institutionellen Investoren«, zu denen auch Hedgefonds zählen. Daneben gibt es private Investoren, wie etwa Investmentbanken, sowie staatliche Fonds. Alle Kapitalfonds funktionieren nach demselben Prinzip. Sie sammeln Geld aus verschiedenen Quellen und legen es in Wertpapiere oder Eigentumstitel an. Aus deren Einkommensstrom (zum Beispiel Mieten) und Wertsteigerung (zum Beispiel steigende Immobilienpreise) entsteht ein Profit. In anderen Worten handelt es sich bei einem Wertpapier beziehungsweise Eigentumstitel um einen rechtlich kodifizierten Anspruch auf zukünftig erwirtschaftete Einkommen von Unternehmen, Staaten oder Einzelpersonen. Außerdem werden kurzfristige Preisschwankungen auf Währungs- und Gütermärkten ausgenutzt und mittels Derivaten, sogenannte Termingeschäfte, Wetten auf zukünftige Preisentwicklungen von Wertpapieren abgeschlossen. Derzeit lässt sich ein Überschuss an anlagensuchendem Geldkapital im Verhältnis zu den profitablen Investitionsmöglichkeiten feststellen. Daher bilden sich Preisblasen auf den Finanzmärkten, die sich in steigenden Mieten, Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen bemerkbar machen. Wenn diese Preisblasen zusammenbrechen, müssen die Finanzmärkte neue Anlagefelder suchen.⁵⁶

Besonders eindrücklich lässt sich das am Beispiel *Land Grabbing* beobachten. Der großflächige Landerwerb durch Investoren ist seit der Finanzkrise sprunghaft angewachsen – von etwa zwei Millionen Hektar (2007) auf 30 Millionen (2009) (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT, S. 72).⁵⁷ Der Kollaps des Hypothekenkreditgeschäfts in den USA lies Investoren nach sicheren und langfristig ertragreichen Anlagemöglichkeiten suchen.⁵⁸ Die massive Landnahme dient häufig dazu, Nahrungsmittel für den Export zu produzieren und sie industriell weiterzuverarbeiten (zum Beispiel zur Produktion von Bioethanol oder Fleisch). Längst ist Land Grabbing kein Phänomen des Globalen Südens mehr – auch in den USA, Europa oder Australien findet Land Grabbing statt. Staatliche Fonds und institutionelle Investoren – auch Pensionsfonds – beteiligen sich an den Geschäften.⁵⁹

Den imperialen Zugriff auf die Natur, an dem über Einlagen in institutionelle Investoren oder Investmentbanken viele Menschen indirekt beteiligt sind, treibt das *Green Grabbing* auf die Spitze. Dabei handelt es sich um die Vermessung und Vermarktung der Natur im großen Stil. Nicht nur Agrarland, sondern sogenannte Ökosystemdienstleistungen werden als Investitionsobjekte angeboten. Eine »Dienstleistung« in diesem Sinne ist beispielsweise das Einsparen von CO₂-Emissionen. Diese Einsparungen – meistens im Globalen Süden – werden als Klimazertifikate weiterverkauft (siehe Infobox »Emissionshandel und

Offsets«). Durch sie können Verbraucher*innen »klima-neutral« einkaufen oder in den Urlaub fliegen. Tatsächlich stecken hinter den vermeintlichen CO₂-Einsparungsprojekten nicht selten ökologisch und sozial schädliche Großprojekte. Ob diese Projekte tatsächlich CO₂ absorbieren und inwieweit sie das Klima dabei effektiv schützen, ist hochumstritten. Dem Trend, Klimaschutz- und Anpassungsprojekte durch *Green Finance* – also naturvermittelte Anlageprodukte – zu finanzieren, tut das keinen Abbruch.⁶⁰

Die Tragweite dieser Entwicklung lässt sich nicht überbewerten. Wurden bisher »nur« Land, Rohstoffe und Tiere zur Ware gemacht und in Kapitalkreisläufe einbezogen, wird nun die Biosphäre als Ganze – vor allem ihre Funktion als Senke für Abgase und Abfall – marktkonform gemacht und in einen Investitionsgegenstand verwandelt. Dabei geht es nur vordergründig um ökologische Nachhaltigkeit. Tatsächlich geht es darum, die finanzmarktdominierte Produktionsweise zu stabilisieren, indem anlagensuchendem Kapital neue Profitquellen ermöglicht werden.⁶¹

Die Lebensweise im Globalen Norden und den urbanen Ober- und Mittelschichten ist durch ihre Geld- und Finanzanlagen mit dieser Produktionsweise verflochten. Selbst wenn durchschnittliche Arbeitnehmer*innen nicht direkt große Kapitalmengen beisteuern – wie etwa sogenannte »High-net-worth Individuals«, also Personen mit investierbarem Vermögen – gibt es ein allgemeines Interesse an stabilen Währungs- und Wachstumsräumen. Kollabiert das Bankensystem oder gehen Kapitalfonds die Anlagemöglichkeiten aus, verliert nicht nur die Managementetage, sondern es stehen auch Bank- und Renteneinlagen auf dem Spiel. Dies erschwert eine solidarische Politik, die nicht nur Gewinne, sondern auch Verluste privatisiert, gemeinwohl-schädliche Schulden vernichtet und Bereiche des öffentlichen Lebens und der Natur vor dem Zugriff der Finanzmärkte schützt.

Ausblick: Eine Transformation des Geld- und Finanzsystems?

Im Zuge der Finanzkrise 2007 wurden Forderungen laut, Geld und vor allem Finanzen besser zu kontrollieren. Nach anfänglicher Aufbruchsstimmung verliefen diese Forderungen jedoch im Sande, sodass es seitdem kaum nennenswerte Verbesserungen gab.⁶² Allerdings scheinen sich mehr Menschen für nachhaltige Geldanlagen und Finanzprodukte zu interessieren.⁶³ So gewinnen »nachhaltige« Banken wie die GLS-Bank, die Umweltbank, die Ethik-Bank oder die Triodos Bank derzeit vergleichsweise viele Kund*innen.⁶⁴ Trotzdem bleiben sie bisher eine Nische im Bankensektor. Es stellt sich außerdem die Frage, wie relevant ein anderes Konsumverhalten auf individueller Ebene für eine Veränderung der Gesamtwirtschaft ist.

Inwieweit anders Einkaufen und Geld anlegen auch tatsächlich zu einem Wandel beiträgt, ist umstritten. Damit ethischer Konsum die Strukturen der Wirtschaft verändert, müssten sich sehr viele Menschen danach richten. Dem steht zweierlei im Wege. Zum einen müssten viele Menschen entgegen ihrer kurzfristigen Interessen handeln. Und es ist gar nicht so einfach, Produkte zu finden, die nachweislich umweltverträglich, sozial gerecht und ökonomisch erschwinglich sind.⁶⁵ »Nachhaltiger Konsum« will also gelernt sein.⁶⁶ Dafür müsste in der Bildung, aber auch in den Medien und der Werbung ein Umdenken erfolgen.⁶⁷ Das zweite Hindernis für konsumbasierte Transformationspfade ist struktureller Natur. Märkte vereinheit-

lichen für gewöhnlich nicht, sondern sie differenzieren. Dies bedeutet ökologische Konsum- und Investmentmöglichkeiten schaffen Marktsegmente für einen wohlhabenden und speziellen Kundenstamm. Doch solange es arme Menschen gibt, können sich nicht alle Menschen einen ethischen Konsum »leisten«.

Es zeigt sich also, dass einem Wandel im Konsumverhalten Veränderungen in anderen Bereichen vorausgehen müssen, bevor eine kritische Masse erreicht werden kann. Eine besondere Rolle nimmt die staatliche Politik ein. Denn durch Gesetze kann sie für alle verbindliche Vorgaben zum Verhalten machen. Allerdings muss die Zivilgesellschaft die staatlichen Institutionen häufig erst in langwierigen Prozessen dazu bringen, entsprechende Gesetze zu verabschieden. Und selbst dann können Lobbygruppen diese wieder aufweichen, durchlöchern oder ganz abschaffen. So hat beispielsweise vor allem die Lobbyarbeit von Finanzfirmen die Einführung einer seit 2011 geplanten Finanztransaktionssteuer bisher verhindert.⁶⁸

Ein Ansatz, der langsam auch die etablierte Politik erreicht, ist das bedingungslose Grundeinkommen. Es schreibt jedem Menschen ein Recht auf materielle Existenz und gesellschaftliche Teilhabe zu⁶⁹ und steht deswegen vor allem als Mittel zur Bekämpfung von Armut hoch im Kurs.⁷⁰ Auch für die bisherige Rentenpolitik würde dies einen Paradigmenwechsel bedeuten: Dem Druck, Rentenverträge abzuschließen, die auf Finanzprodukten basieren, könnte dies den Boden entziehen. Aber auch aus anderen Gründen ist das Grundeinkommen interessant. Feministische Konzepte etwa, wie beispielsweise die *Care Revolution* (siehe SORGE), betrachten es als einen Schritt in die richtige Richtung, da »[d]ie ökonomische Absicherung [...] zwar keine hinreichende, jedoch in jedem Falle förderliche Bedingung der Emanzipation«⁷¹ ist.⁷²

Das Grundeinkommen kann durchaus die Lebensqualität verbessern und die Wirtschaft effektiver gestalten, wenn es mit einem weitgehenden sozial-ökologischen Umbau verknüpft wird – sonst könnte es zu einem höheren Zugriff auf Arbeit und Natur im Globalen Süden führen. Auch viele ökonomische Strukturprobleme, etwa die extreme Ungleichheit von bestehendem Vermögen und Einkommen, sowie die Verschuldung der öffentlichen und privaten Haushalte, lassen sich damit nicht lösen. Schon seit den 1980er Jahren wird über die positiven Auswirkungen eines Schuldenschnitts für überschuldete Volkswirtschaften diskutiert. Wie im zweiten Abschnitt (Schulden mit System) dargestellt, zerstört ein Schuldenschnitt kein bestehendes Vermögen, welches unabhängig von der Kreditbeziehung existieren würde. Denn ohne Schuld, kein Guthaben. Anstatt eines wohlthätigen »Schuldenerlasses« handelt es sich bei einem Schuldenschnitt also eher um eine notwendige ordnungspolitische Intervention im Falle von Kreditvergaben, deren Konditionen (Zinsen, Austeritätspolitik) die Funktionsfähigkeit und Sozialstaatlichkeit der betreffenden Volkswirtschaften untergraben.

Dabei existieren verschiedene Konzepte eines Schuldenschnittes. Der IWF etwa entwickelt seit einigen Jahren einen »Mechanismus zur Restrukturierung öffentlicher Schulden« (Sovereign Debt Restructuring Mechanism).⁷³ Im Fokus stehen dabei jedoch die Interessen der Gläubiger, möglichst viele ihrer Kredite zurückbezahlt zu bekommen. Anders verhält es sich mit dem Ansatz des »Schulden-Audits«. Ein »Audit«, eine Art »Untersuchungsausschuss« unter Beteiligung der Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, soll die Herkunft der Kredite und deren Entstehungskontext eingehend untersuchen. Unter dem

Druck sozialer Bewegungen soll er untersuchen, welche Kredite unter fragwürdigen Bedingungen zustande gekommen sind oder für zweifelhafte Zwecke aufgewendet wurden. Die entsprechenden Kredite werden gestrichen. Bei diesem Konzept steht also nicht ein wohltätiger oder ordnungspolitischer Akt im Vordergrund, sondern die demokratische Kontrolle von Staat und Finanzmärkten.⁷⁴

Ein Ansatz, der für sich proklamiert »jenseits von Markt und Staat«⁷⁵ zu funktionieren, ist das *Commoning*. Dieser Ansatz basiert auf der Erkenntnis, dass Eigentum erst Knappheit schafft. Gegenstände werden besessen, aber nicht gebraucht, und fehlen daher an anderer Stelle. Das *Commoning* dreht diese Logik um.⁷⁶ Allerdings geht es beim *Commoning* gerade nicht darum, dass Eigentümer*innen ihre sonst stillstehenden Autos vermieten, sondern um einen offenen (also unentgeltlichen), wenn auch geregelten, Zugang.⁷⁷ Eine derartige Bereitstellung verschiedener Güter könnte auch das soziale Engagement fördern: Sie macht die Menschen von einander abhängiger und veranlasst sie dazu, etwas beizutragen anstatt zu tauschen; also Arbeit zu verrichten, nicht um Geld zu verdienen, sondern um miteinander sinnvoll oder aus Notwendigkeit tätig zu werden. So neu ist diese Idee nicht. Ackerland galt in verschiedenen Epochen und Regionen als Allmende, das heißt die Dorfgemeinschaft bewirtschaftete sie gemeinsam (siehe HISTORISCHER ABRISSE). Ein solches Verständnis der gemeinsamen Nutzung von Produktionsmitteln gilt es im Sinne der Commons wiederzubeleben. Dabei schließen feministische Ansätze auch Sphären jenseits der herkömmlichen Wirtschaft ein, indem sie auch Sorgetätigkeiten (siehe SORGE) in eine Kooperative einbetten wollen.

Doch so sinnvoll diese Alternativen auch sind, können sie den Ausschluss armer Menschen nur in bestimmten Nischen kompensieren. Abseits dieser Inseln geht das geldfierte Wirtschaften unbeirrt weiter. Eine Transformation des Geld- und Finanzsystems kann daher nur ein Ineinandergreifen verschiedener Handlungsebenen leisten. Ethischer Konsum kann im bestehenden Wirtschaftssystem Aufmerksamkeit für nachteilige Produktionsverhältnisse erzeugen und ermöglicht das Experimentieren mit nachhaltigen und fairen Produktionsmethoden. Staatliche Politik kann, wenn sie öffentlicher Druck dazu verleitet, Rahmenbedingungen für andere Produktionsbedingungen und Konsumweisen herstellen. Um der extremen Ungleichheit auf der Erde – laut Oxfam (2017) besitzen acht Männer so viel wie die halbe Menschheit – zu begegnen (siehe Abb. 5.1), reicht das jedoch nicht aus. Breite soziale Bewegungen müssen für strukturelle Übergänge eintreten, die die Macht der Finanzmärkte, des anlagensuchenden Geldkapitals und der Schulden zurückdrängen. Um aus ökonomischen Brüchen und Systemreformen tatsächlich mit Alternativen zur profit- und wachstumsbasierten Wirtschaftsweise hervorzugehen, ist *Commoning* wichtig. Die hier vorgestellten Alternativen – Tauschringe, Grundeinkommen, Schuldenschnitt oder Commons – sind nur realistisch, wenn sie ein Zusammenspiel aus Pionierprojekten, sozialen Bewegungen und institutionellen Strategien durchsetzen und miteinander vernetzen.

Du siehst das ähnlich?

Dann werde aktiv, weitere Anregungen findest du auf unserer Homepage www.aufkostenanderer.org.

Endnoten

- 1 Nagel, 2016
- 2 Diestelmann & Zacharakis, 2015
- 3 Bose, 2008, S. 2
- 4 Binswanger, 2008
- 5 Kellermann, 2017
- 6 Habermann, 2016
- 7 Habermann, 2016
- 8 Graeber, 2011
- 9 Seibert, 2015
- 10 Kitzmüller, 2007
- 11 Fricke, 2010, S. 13; Graeber, 2011, S. 15; Reifner, 2017, S. 302
- 12 Creutz, 2004
- 13 Deutschmann, 1996, S. 6; Habermann, 2016, S. 110–111; Piff, Stancato, Cote, Mendoza-Denton & Keltner, 2012
- 14 Gómez-Baggethun, 2016, S. 152
- 15 Bogun, 2012
- 16 BAuA, 2015, S. 20; Büchs & Schnepf, 2013, S. 118
- 17 Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie, 2008
- 18 Deutschmann, 2000
- 19 Helfrich & Bollier, 2016
- 20 Bänziger, 2015, S. 12–13; Conze, 2009, S. 20
- 21 Bierhoff, 2016
- 22 Kellermann, 2017, S. 352
- 23 Conze, 2009, S. 667–668; Luhmann, 1994
- 24 Habermann, 2016, S. 17–18; Reifner, 2017, S. 295
- 25 Kitzmüller, 2007, S. 103; Latouche, 2016, S. 98
- 26 Bierhoff, 2016, S. 3
- 27 Habermann, 2016, S. 24
- 28 Bierhoff, 2016, S. 3
- 29 Reifner, 2017, S. 1
- 30 Tenhagen, 2016
- 31 Schlenk, 2014
- 32 Habermann, 2016, S. 17–18; Reifner, 2017, S. 283, 292
- 33 Habermann, 2016, S. 17–18; Reifner, 2017, S. 283
- 34 Dan, 2016, S. 86
- 35 Dan, 2016, S. 86
- 36 Frühauf, 2014; Nagel, 2016
- 37 IMF, 2016
- 38 Zeller, 2011
- 39 Facing Finance, 2017; Meck, 2013
- 40 Facing Finance & Urgewald, 2016
- 41 Keen, 2011
- 42 Jakab & Kumhof, 2015
- 43 Binswanger, 2009, S. 3–5
- 44 Attac Österreich, 2017
- 45 McNally, 2009
- 46 Zeller, 2012
- 47 Stockhammer, 2013
- 48 Attac Österreich, 2017
- 49 Diestelmann & Zacharakis, 2015
- 50 Gurtner, 2007
- 51 Gurtner, 2007
- 52 Haushaltssteuerung, 2016
- 53 Evans, 2009
- 54 Ferguson, 2005
- 55 Tenhagen, 2016
- 56 Zeller, 2013
- 57 Arezki, Deininger & Selod, 2015, S. 218
- 58 Zeller, 2010
- 59 Ouma, 2014
- 60 Fairhead, Leach & Scoones, 2012
- 61 Aizawa, 2016
- 62 Young, 2013
- 63 Reifner, 2017, S. 291
- 64 Wirtschaftswoche, 2013
- 65 Brunner, 2014, S. 5
- 66 Latouche, 2016, S. 98; Reifner, 2017, S. 292–294
- 67 Bierhoff, 2016, S. 48; Sekulova, 2016, S. 134; Latouche, 2016, S. 98
- 68 Moritz, 2013; Neuhaus, 2014
- 69 Alexander, 2016, S. 215
- 70 Alexander, 2016, S. 215
- 71 Reitter, 2012, S. 118
- 72 Habermann, 2016, S. 59; Winker, 2012, S. 48
- 73 IMF, 2002
- 74 Fattorelli, 2014
- 75 Helfrich & Bollier, 2016, S. 90
- 76 Habermann, 2016, S. 10–11
- 77 Habermann, 2016, S. 12–13; Helfrich & Bollier, 2016, S. 91

... denn sie wissen nicht, was sie tun? Wissen und Bildung der imperialen Lebensweise

Moderne, westliche Bildung und ›Weißes‹ Wissen spielen eine problematische Rolle bei der Ausweitung und Aufrechterhaltung der imperialen Lebensweise. Zudem lassen sich verschiedene Formen von Ausbeutung im Bereich der Wissensproduktion feststellen. Gleichzeitig kann Bildung einen wichtigen Beitrag dazu leisten, diese Probleme zu überwinden.

Bildung hat einen ausgesprochen guten Ruf. Seit der Aufklärung wird sie mit Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung verbunden, sie gilt als Ideal des mündigen, weltoffenen Menschen. Bildung kann kritisch und emanzipatorisch sein und völlig neue Handlungsspielräume und Vorstellungswelten eröffnen. Für manche ist sie die Lösung schlechthin, egal für welches Problem. Mit großem Elan werden Maßnahmen für mehr und bessere Bildung diskutiert – von der Kommunalpolitik bis zu den Vereinten Nationen. Und sie verfügt über großen Einfluss: Unsere Weltsicht und Denkweise sind geprägt von dem Wissen, das wir in der Schule und manche an der Universität erhalten. Hier werden Grundlagen fürs ganze Leben gelegt. Deshalb ist die Analyse dessen, *was* wir lernen und *wie* wir lernen entscheidend, um unsere Lebensweise zu begreifen und zu erklären.

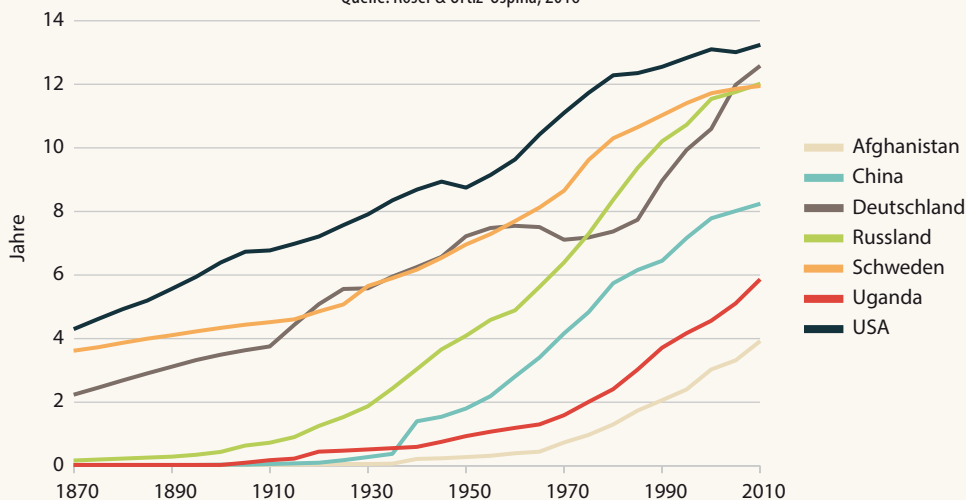
So ist Bildung fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Immer mehr Menschen verbringen immer längere Phasen ihres Lebens in Bildungseinrichtungen und der weltweite Trend geht zu einem weiteren Ausbau des forma-

len Bildungswesens (siehe Abb. 6.1 und 6.2).¹ Gerade die Entscheidungsträger*innen in Politik und Wirtschaft haben in aller Regel hohe akademische Abschlüsse erworben. Dennoch bestehen soziale Ungerechtigkeiten in vielfältigen Formen fort, während die ökologischen Krisen sich verschärfen und allgemeine Ratlosigkeit darüber herrscht. Angesichts dieser Gleichzeitigkeit stellt sich die Frage: Hält Bildung was sie verspricht? Warum haben wir diese Probleme, wenn wir so gut gebildet sind und moderne Gesellschaften sich sogar als ›Wissensgesellschaften‹ bezeichnen? Was ist demgegenüber dran an Analysen, die feststellen, dass westliche Gesellschaften über eine besondere »Macht zur Unwissenheit«² verfügen, die es uns ermöglicht, globale Ausbeutungszusammenhänge einfach ignorieren zu können?³ Haben wir unsere Probleme, *obwohl* wir alle so gebildet sind – oder gerade *weil* wir es sind? Und warum ist und bleibt Bildung trotzdem wichtig?

Diesem Spannungsfeld wollen wir uns widmen und untersuchen, wie Bildung und Wissen mit unserer Lebensweise zusammenhängen. Zunächst richten wir den Blick auf ihre beiden wichtigsten Institutionen: Schule und Universität. Denn deren Abschlüsse sind es, an denen der Bildungsstand in der Regel festgemacht wird.⁴ Somit ist klar: Wir sprechen von *formeller, historisch-europäischer* (›westlicher‹) Bildung und dem *dadurch vermittelten ›Weißen‹ Wissen* (siehe GLOSSAR), und damit gerade *nicht* von all dem, was alles über unsere Welt gewusst oder erfahren werden kann, oder zu allen Zeiten an allen Orten von älteren Generationen an Jüngere weitergegeben wurde.

Abb. 6.1: Durchschnittliche Schuljahre, 1870-2010

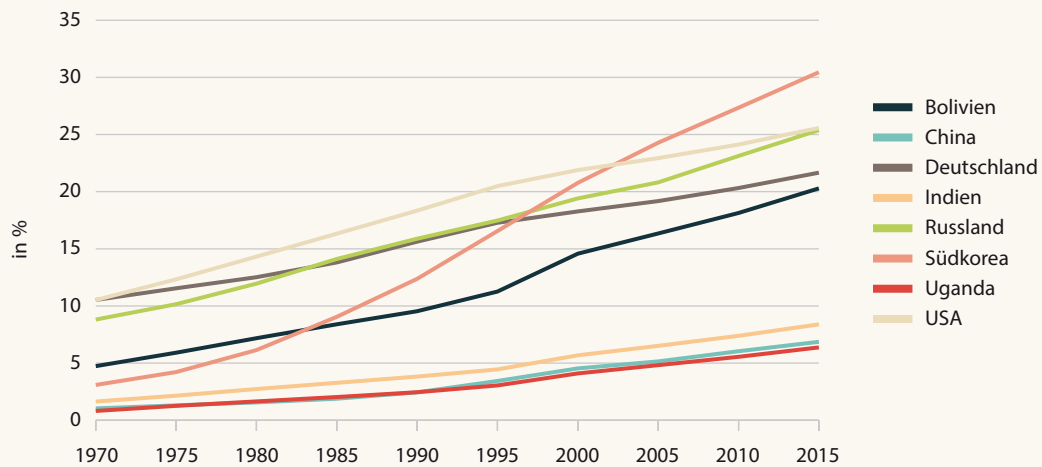
Quelle: Roser & Ortiz-Ospina, 2016



ⁱ So gilt allgemein als gebildet, wer eine formelle Schullaufbahn nach europäischem Vorbild durchlaufen und idealerweise einen Universitätsabschluss hat. Als ungebildet hingegen gilt, wer dies nicht hat, egal wie viel er oder sie wissen. Nur so ist zu erklären, dass Menschen in anderen Erdteilen überhaupt ein Mangel an Bildung unterstellt werden kann und Bildungs- und Entwicklungsprogramme sich so stark darauf konzentrieren, diesen ›Mangel‹ zu beseitigen.

Abb 6.2: Anteil der über 15-jährigen mit Hochschulabschluss in Prozent, 1970-2015

Quelle: Roser & Nagdy, 2016



Sowohl in der Schulbildung wie auch in der Wissenschaft erkennen wir Momente der globalen Ausbreitung und Festigung spezifisch westlicher gesellschaftlicher Verhältnisse. Zunächst fragen wir deshalb, inwiefern *Bildung als Ausbildung zur imperialen Lebensweise* sowohl in Schule als auch Wissenschaft zu verstehen ist. Dann wagen wir einen Blick hinter die Kulissen. Denn das in Bildungsinstitutionen vermittelte Wissen ist weder naturgegeben noch neutral – es wird von Menschen ermittelt und schon dieser Prozess vollzieht sich in Strukturen der Ungleichheit. So fragen wir als zweites, inwiefern *Wissensproduktion Ausbeutung* bedeuten kann. Wir kommen dabei in unserer Untersuchung regelmäßig auf historische Entwicklungen zurück, um das Verständnis dessen zu vertiefen, wie historisch geworden ist, was uns heute oft so selbstverständlich erscheint. Und nicht zu vergessen: Es geht auch anders. In Bildung steckt großes Veränderungspotential, das wir abschließend am Beispiel verschiedener Initiativen und Ansätze beleuchten.

Bildung als Ausbildung zur imperialen Lebensweise: Die Schule als Lehranstalt der imperialen Lebensweise?

Die Schule ist eine Institution, die alle Lebensläufe prägt – in Deutschland und Europa, zunehmend auch weltweit. Wir alle verbinden Erinnerungen mit ihren typischen Räumen, Tafeln, Tisch- und Stuhlreihen. Wo es sie gibt, ist die Schule die zentrale *Sozialisationsinstanz* (siehe GLOSSAR) neben der Familie. Ihre Prüfungen stellen die Kompetenzen eines jeden jungen Menschen fest, und ihre Zeugnisse haben weitreichende Konsequenzen für die Zukunft der Bewerteten. Wie aber fördert die Institution Schule die Ausweitung und Festigung der imperialen Lebensweise?

Schule macht Schule – weltweit

Nicht nur politische und wirtschaftliche Strukturen verändern sich im Laufe der Zeit: Auch, was als Wissen und Wahrheit gilt, und wer das wie vermittelt, ist nicht naturgegeben, sondern historisch gewachsen. Ein Blick in die Geschichte zeigt: Wissen und seine Vermittlung sind

vielfältig verknüpft mit Macht und Herrschaft. So sollte Schule stets auch Gesellschaften disziplinieren und sie war ein wichtiges Instrument der Nationalstaatsbildung, der Industrialisierung und des Imperialismus. Die Ausbreitung der Schule, die »Verschulung der Gesellschaft war ein europäisch-nordamerikanisches Programm des frühen 19. Jahrhunderts, das mit der Zeit weltweit zum Ziel staatlicher Politik erhoben wurde.«⁴ Parallel zur Ausweitung der Beschulung in Europa exportierten europäische Kolonialherren, Missionare und Beamte so auch schon im 19. Jahrhundert ihre Form der Schule in die besetzten Gebiete.⁵ Dort sollten Schulen die kolonialisierten Gesellschaften nach europäischem Vorbild radikal verändern, indem sie den jungen Generationen eine ganz andere Form des Wissens und damit des Weltverständnisses vermittelten. Einrichtungen wie die kanadischen »Residential Schools« (deren letzte erst 1996 geschlossen wurde) sollten Kinder darüber hinaus vorsätzlich aus ihrer traditionellen Lebenswelt entfernen.⁶

» Wir müssen gegenwärtig unser Bestes tun, eine Klasse von Vermittlern zwischen uns und den Millionen, die wir regieren, zu formen – eine Klasse, indisch nach Blut und Farbe, aber englisch in Geschmack, Meinungen, Moral und Intellekt.«

(Baron Macaulay, 1835)

Heute haben sich einige Vorzeichen verändert, nicht aber die Grundtendenz, wie Schule in Gesellschaften wirkt. Die Lebensweise der europäischen oder nordamerikanischen Mittelschicht, wie sie in unzählbaren Serien und Filmen über die Bildschirme der Welt flimmert, hat heute etwas Attraktives. Aus dieser »entwickelten« Lebensweise lässt sich Schulbildung nicht wegdenken. Und die offizielle Entwicklungspolitik orientiert sich nach wie vor an westlichen Werten und Praktiken.ⁱⁱ Entsprechend bauen Organisationen von Bundeswehr bis UNICEF weltweit Schulen.

So gleichen sich Lebensläufe weltweit dem westlichen Modell an, beginnen mit einer Schullaufbahn und haben

ii Dass Organisationen und Strukturen der »Entwicklungshilfe« und »-zusammenarbeit« in der Regel nach den Werten und Vorstellungen Weißer Westler*innen gestaltet sind, stellen zum Beispiel Publikationen des *Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags* und *glokal e.V.* anschaulich dar.

zum Ziel, auf abstrakte Erwerbsarbeit in Arbeitsmärkten vorzubereiten. Auch wenn uns das heute normal erscheint, waren solche Lebensentwürfe selbst in Europa vor 200 Jahren noch ein Novum. Dies gilt erst recht für andere Weltregionen. Denn auch dort, wo Kinder früher in ganz anderen Strukturen lebten und ganz anderes Wissen vermittelt bekamen, gehen sie heute stattdessen oft zur Schule – teils begeistert und freiwillig, teils gezwungenermaßen aufgrund der Schulpflicht. Historisch ist letzteres zum Beispiel den Kindern der indigenen Bevölkerung von Great Turtle Island (heute Nordamerika) widerfahren; heute weitet unter anderem das Programm ›Education for All‹ der Vereinten Nationen die Schulpflicht aus, etwa in Indien oder Nigeria. In der Schule lernen sie vieles, allerdings meist nicht das, was ihnen für die traditionelle Lebensweise ihrer Familien und Gemeinschaften hilfreich wäre. Während sich ihnen (so die Idealvorstellung) Türen auf dem Arbeitsmarkt öffnen, bleiben ihnen auf diese Weise andere Lebenswege versperrt. Die per Schulabschluss qualifizierten Arbeitskräfte versorgen sich stattdessen später über Erwerbsarbeit und den Kauf von Waren: Sie werden Konsument*innen. Falls es nicht genug Arbeitsplätze gibt, rutschen sie in Armut ab.⁷ Wenn sie aber Privilegien und gute Abschlüsse haben, steigen einige von ihnen sogar in die globale Mittel- und Oberschicht auf, die auch in den Gesellschaften des Südens beginnt, eine imperiale Lebensweise umzusetzen.⁸

Indem sich unsere ›entwickelte‹ Gesellschaft mit ihren Schulen in alle Winkel der Welt ausbreitet, verspricht sie immer mehr Menschen eine professionelle Karriere, eine gewisse soziale Mobilität und die Teilhabe an der globalen Warenproduktion. Wenn vom Menschenrecht auf Bildung die Rede ist, geraten aber zwei Problemfelder aus dem Blick: Einerseits die mangelnde sozial-ökologische Nachhaltigkeit der Lebensweise, die so exportiert wird. Andererseits das Zurückdrängen funktionierender traditioneller Lebensweisen, die auch durch die Schulpflicht bald restlos der Vergangenheit angehören könnten. Die Schule breitet sich also weltweit aus und hängt mit einer bestimmten Gesellschaftsordnung zusammen, deren Teil die imperiale Lebensweise ist. Wie aber stärkt die Schule dort, wo sie etabliert ist, den Status quo?

Was wird wie vermittelt – und mit welchem Effekt?

» Schon längere Zeit hat Mich der Gedanke beschäftigt, die Schule nutzbar zu machen, um der Ausbreitung sozialistischer und kommunistischer Ideen entgegenzuwirken. In erster Linie wird die Schule durch Pflege der Gottesfurcht und der Liebe zum Vaterland die Grundlage für eine gesunde Auffassung auch der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu legen haben.«

(Wilhelm II, deutscher Kaiser,
1. Mai 1889)

Die Schule war von Anfang an ein Steuerungsinstrument, das gesellschaftliche Verhältnisse mitformt und festigt. Das schafft Stabilität, reproduziert aber auch Probleme der älteren Generation in jeder neuen und erschwert grundlegende Veränderungen.⁹ So lernen junge Menschen heute kaum etwas darüber, was ihre Lebensweise damit zu tun hat, dass viele globale soziale und ökologische Probleme überhaupt existieren und wie das mit der zunehmenden Gefährdung ihrer unmittelbaren Lebensgrundlagen zusammenhängt. Und in den ehemaligen Kolonien wirkt auch die (zumindest formell) überwundene imperiale Herrschaft noch nach: Das Wissen und die Schulstrukturen dieser Länder orientieren sich nach wie vor am Globalen Norden.¹⁰

Mit dem offiziellen Lernstoff verwoben laufen in der Schule darüber hinaus Prozesse der Sozialisation ab: Die Schüler*innen sind nicht nur mit dem Was, sondern auch mit dem Wie der Vermittlung konfrontiert. Beispielsweise soll ein Kind die korrekte Lösung einer Hausaufgabe vortragen. Seine Mitschüler*innen hören zu und melden sich, wenn sie einen Fehler entdecken. Anhand dieses Vorgangs lernen sie viel darüber, wie das Miteinander in unserer Gesellschaft funktioniert, wer wie viel Macht hat und welches Verhalten belohnt wird. Sie lernen, dass es die Lehrkraft ist, die ansagt, was sie zu wissen haben. Sie lernen, dass es nicht richtig ist, ihrer Freundin eine Lösung vorzusagen, und dass sie gelobt werden, wenn sie einander korrigieren können. Sie lernen, dass alle eine Eins anstreben sollten – aber dass ganz wenige eine bekommen. Auf der Basis dieses Wissens gestalten Schüler*innen ihre Bilder von

Abb. 6.3: Wiedererkennbar trotz aller Unterschiede: Die typische Architektur des Klassenzimmers



sich, der Welt und ihren Beziehungen: leistungsorientiert, wettbewerbsförmig und hierarchisch.¹¹ Viele Formen von Gruppenarbeit regen zwar zu mehr Kooperation an. Doch auch diese münden in der Regel in individuelle Benotung, mit dem entsprechenden Anreiz, sich in Konkurrenz zu den Mitschüler*innen zu begreifen.

Diese Art impliziten Schulstoffs wird, zumindest seit Ende der direkten kolonialistischen Herrschaft, von keiner Institution gezielt geplant. Ebenso wenig aber ist sie zufällig. In kleinen Details bilden sich große Tendenzen ab: Die Lehrinhalte und -formen hängen eng mit Machtverhältnissen und Wirtschaftsstrukturen in unserer Gesellschaft zusammen, stützen sie und erhalten sie, ohne sie zu benennen. Der implizite Lernstoff schleicht sich über die Methoden und Strukturen der Schule ein, oft unsichtbar und unabhängig von den Absichten der Lehrkraft. Deshalb sprechen Erziehungswissenschaftler*innen auch vom »heimlichen Lehrplan«.¹²

» Im Herzen aller Disziplinarsysteme arbeitet ein kleiner Strafmechanismus.«

(Foucault, 1977, S. 230)

Ein wesentlicher Bestandteil des heimlichen Lehrplans ist die Disziplinierung der Schüler*innen. Der Philosoph Michel Foucault hat diesen Vorgang untersucht.¹³ Viele seiner Elemente sind im typischen Szenario einer Klassenarbeit zu beobachten:¹⁴ Jede*r Schüler*in sitzt an einem Einzeltisch. Die vorgegebene Zeit bestmöglich nutzend, arbeiten alle konzentriert Aufgaben ab, stets unter dem kontrollierenden Blick der Lehrkraft. Je nach Leistung bewertet die Lehrkraft die Schüler*innen später mit einer Note, die zwei Funktionen erfüllt. Erstens soll die Note durch Belohnung oder Bestrafung motivieren: Der Angst vor negativer Bewertung stellt sie die Hoffnung auf Besserung durch Anstrengung zur Seite. Das sorgt für ein Mindestmaß an Akzeptanz der Institution, die sich mit dem Glanz der Aufstiegschancen schmückt. Zweitens zeigt die Note an, wo die oder der Einzelne im Verhältnis zur Klasse und zur vorgegebenen Norm steht. Dadurch entsteht ein individuelles Selbstverständnis, eingebettet in eine Hierarchie: Des einen Vorteil ist der anderen Nachteil. Die Einzelnen lernen, um später eine gute Position im Erwerbsleben zu erlangen. Die so erworbenen Kompetenzen und Zeugnisse lassen sich nicht gut mit anderen teilen: Schulische Bildung lässt das Individuum seine Fähigkeiten entfalten, aber sie vereinzelt es auch.¹⁵

»Erziehung zur Arbeit« – Schule schafft Arbeitskräfte

Gerade in der Geschichte der Schule ging es darum, die Zöglinge zu gefügigen Subjekten für Staat und Industrie zu machen. Das moderne Verständnis von abstrakter Arbeit und abstrakter Zeit, das für die zeitoptimierte industrielle Produktion wesentlich war und ist, war damals alles andere als normal oder weit verbreitet. So halfen Schulen und Arbeitshäuser, das Volk zu Erwerbsfleiß, Zeitdisziplin, Ordnung und frühem Aufstehen zu erziehen und diese »Tugenden« nach und nach als »normal« zu etablieren.¹⁶ Auch im kolonialen Kontext galt das Motto der »Erziehung zur Arbeit«: Auch dort kombinierten die Kolonialherren den Schulunterricht nicht selten mit Zwangsarbeit.¹⁷

Das heute vorherrschende Schulsystem dient vielen Zwecken. Manch eine*r mag sich selbst darin gefunden oder den eigenen Horizont erweitert haben. Sicher ist:

Bildung lohnt sich wirtschaftlich.¹⁸ Grundlegende Qualifikationen wie die Alphabetisierung, das Rechnen, der Gehorsam gegenüber abstrakten Zeitvorgaben oder kommunikative Fähigkeiten in die betriebliche Ausbildung zu integrieren, wäre für die Unternehmen ein kaum vorstellbarer Mehraufwand. Sie sind also darauf angewiesen, dass der Staat die Grundlagenvermittlung organisiert.¹⁹ Entsprechend spiegeln sich ökonomische Bedarfe in den Kompetenzen, die erfolgreiche Schüler*innen an den Tag zu legen haben: Wer im Unterricht glänzen will, muss stillsitzen und zuhören, aber auch vor einer Gruppe reden können, sich an die schulische Alltagsstruktur anpassen, pünktlich, lernfähig und leistungsbereit sein. Hierin zeigen sich Parallelen von Schule und Betrieb. Wer die Schule absolviert hat, wird von den Hierarchien, den rigiden Zeitvorgaben und dem ständigen Wettbewerb im Betrieb nicht überrascht sein. Alltagshandlungen und Einstellungen der Schüler*innen sind also an die Produktionsbedingungen im Kapitalismus angepasst;²⁰ nicht kritisches Denken und das Wissen um globale Ausbeutungsverhältnisse, sondern die Arbeitsmarktfähigkeit ist entscheidend.

Die Zuordnung nach oben und unten

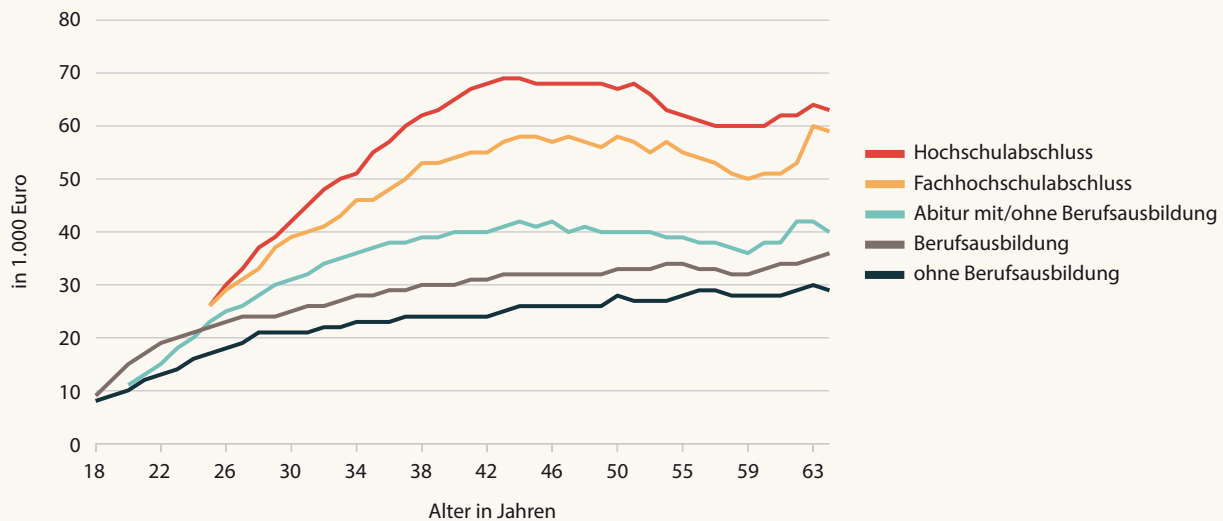
In unserer arbeitsteiligen Gesellschaft müssen verschiedene Positionen von Generation zu Generation neu besetzt werden: von der Psychotherapeutin bis zum Bäckereifachverkäufer. Welche Wahlmöglichkeiten jungen Menschen dabei offen stehen, darüber bestimmt ihr Erfolg im Bildungssystem. Das hat Folgen für Einkommen und soziale Anerkennung: Die Bildungslaufbahn hierarchisiert die heranwachsende Generation und an ihrem Ende stehen durchschnittliche Jahreseinkommen für Beschäftigte mittleren Alters zwischen 25.000 Euro (ohne Berufsausbildung) und 68.000 Euro (mit Hochschulabschluss) (siehe Abb. 6.4).²¹ Schulstudien wie PISA zeigen, dass schulischer Erfolg in Deutschland und anderswo eng mit sozialer Herkunft zusammenhängt. Kinder von Akademiker*innen können nicht nur auf mehr Ressourcen zurückgreifen, um die Schulanforderungen zu bewältigen; auch Lehrer*innen und Eltern basieren ihre Entscheidung über die Schulkarriere eines Kindes neben seinen Noten auch auf seine Herkunft.²² So helfen Noten und Abschlüsse dabei, die Privilegien bestimmter Gesellschaftsschichten zu erhalten, und Kinder lernen früh, ob sie eher zu den »Oberen« oder den »Unteren« gehören. Solange aber der Glaube vorherrscht, die Schule würde ausschließlich Anstrengung und Leistung belohnen, verdeckt der Schleier des fairen Wettkampfes die soziale Ungleichheit.



Grundlegender noch rechtfertigt der Konkurrenzkampf um die besten Noten gesellschaftliche Ungleichheit *an sich*: Wer unten gelandet ist, hätte sich eben in der Schule mehr anstrengen sollen. Dass strukturell bedingt gar nicht alle oben ankommen können, fällt in der Sorge um die eigene Platzierung unter den Tisch. Die soziale Un-

Abb. 6.4: Durchschnittliche Brutto-Jahresentgelte nach Lebensalter und höchstem Bildungsabschluss in Deutschland

Quelle: Schmillen & Stüber, 2014, S. 3



gleichheit lässt sich also nicht durch eine fairere Verteilung der Bildungschancen aus der Welt schaffen. Sie liegt in der gesellschaftlichen Hierarchie an sich begründet – nicht in den Details ihrer Verwaltung.²³

Das Bildungssystem als Spiegelbild der Gesellschaft

In der früher herrschenden Disziplinargesellschaft waren die gesellschaftlichen Anforderungen explizit und Widerstand dagegen wurde direkt sanktioniert. Heute wirken sie stärker verinnerlicht und individualisiert. Der Anpassungsdruck von einst wird zunehmend durch die »Angst vor dem eigenen Ungenügen ersetzt«, schreibt der Soziologe Zygmunt Bauman.²⁴ Der Ausweg daraus scheint zu sein sich selbst zu optimieren – mehr Fleiß, mehr Fitness, mehr Motivation. Die Schule von heute ist ein Ort, wo das gelernt wird. Entsprechend steigt der Leistungsdruck.

Schulbildung eröffnet neue Horizonte und die Hoffnung auf vielfältige Lebenschancen. Sie bildet aber auch Funktionseleiten und Hierarchien aus, diszipliniert das »Humankapital« und erzieht zu Wettbewerb. Als Sozialisationsinstanz begleitet sie Kinder und Jugendliche bis zu einhalb Jahrzehnte lang. Sie erwirkt dabei bestimmte Haltungen: Geisteshaltungen, Körperhaltungen, Haltungen zu sich selbst und zur Welt. Im modernen Schulsystem sind diese Haltungen an das Funktionieren in der Arbeits- und Konsumgesellschaft angepasst, nicht an das kritische Reflektieren der imperialen Voraussetzungen dieser Gesellschaftsform. Gleichzeitig vermittelt die Schule stets aufs Neue die Vorstellung, dass das so ganz »normal« und kaum anders möglich ist. So fördert die Institution Schule die Ausweitung und Festigung der imperialen Lebensweise.

Bildung als Ausbildung zur imperialen Lebensweise: Wissenschaft – Objektives Wissen?

Inwiefern erweist sich nun nicht nur die Schule als Ort der Ausbildung zur imperialen Lebensweise, sondern auch die modernen Wissenschaftsinstitutionen? Wissenschaft und damit das Wissensmodell der Aufklärung erhebt üblicherweise den Anspruch darauf, objektiv, neutral und universal gültig zu sein, quasi als rationaler »Blick aus dem Nirgendwo«²⁵ (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRT-

SCHAFT, S. 63).ⁱⁱⁱ So grenzt sich Wissenschaft von Mythen und Ideologien ab, die nicht die formalen Anforderungen an »Wissenschaftlichkeit« erfüllen. Andere Perspektiven gelten als »irrational« und »emotional«, »voreingenommen« und »politisch.«²⁶ Wissen ist allerdings keine »Sammlung von Erkenntnissen, welche sich nach wahr oder falsch, präzise oder unpräzise einordnen lassen. Vielmehr handelt es sich um einen historisch situierten Komplex aus Institutionen, Praktiken, Produktionsapparaten, Populärkultur und gesellschaftlichem Alltagsverständnis, der mit Macht verwoben ist.«²⁷ Genau diese Macht ist aber ungleich verteilt. Somit ist wissenschaftliches Wissen nicht neutral oder objektiv, sondern bildet nichts anderes ab als die Perspektiven privilegierter Wissenschaftler*innen in einem bestimmten historischen und gesellschaftlichen Kontext. Diese Machtverhältnisse ermöglichen die Dominanz »Weißen« Wissens. Europäische Standards werden in der Wissenschaft weltweit anerkannt und akzeptiert, alles nichteuropäische wird nach westlichen Standards bewertet.²⁸ Dadurch entsteht eine Hierarchie zwischen westlicher Wissenschaft und anderen Wissensformen.

Historisch reicht dieser Universalanspruch weit zurück: Seit der europäischen Aufklärung ging die Expansion ihrer Bildungs- und Wissenssysteme Hand in Hand mit der Kolonisierung der Welt. Die Weißen Herren führten nicht nur ihre politischen und ökonomischen Strukturen in den Kolonien ein, sondern erklärten auch ihre Art des Wissens für allgemeingültig. So klassifizierte die europäische Wissenschaft im 18. Jahrhundert die gesamte bekannte Tier- und Pflanzenwelt in Ordnungssysteme, die bis heute weltweit gültig sind. »Das 19. Jahrhundert formalisierte diese Herrschaft des Wissens durch die faktische Eroberung und Ausbeutung des Raumes.«²⁹ Besonders die Geographie war »Komplizenfach« der imperialen Expansion. Wer heute einen Atlas aufschlägt, sieht immer noch das Ergebnis europäischer Landnahme, willkürlicher Grenzziehung und Neubenennung nach europäischer Vorstellung.³⁰ Im Geiste der Zeit legitimierten pseudo-biologische Rassenlehren und die Größen der europäischen Philosophie »rational« die europäische Vorherrschaft. Traditionelle oder indigene Verständnisse der Welt hingegen

iii Nach wie vor entspricht dies dem Selbstverständnis des Großteils der Wissenschaften und ihrem Bild in der Öffentlichkeit. Für einige Geistes- und Sozialwissenschaften gilt dies freilich nicht mehr.

wurden als Aberglaube verspottet.³¹ Nicht selten sorgten die Eroberer und Erkunder auch für die gezielte Auslöschung traditionellen Wissens, wohlwissend, dass damit ganze Sozialstrukturen ausgelöscht werden.³²

Im Zuge des Kolonialismus richteten die Imperialmächte in den Kolonien zudem nicht nur Schul-, sondern auch Hochschulsysteme ein. Akademische Eliten sollten geschaffen werden, um den Bedarf der Kolonialherren an Verwaltungskräften zu decken und neue »Kräfte der Modernisierung« auszubilden. Die Lehrinhalte wurden aus der Perspektive der westlichen Universitätszentren vermittelt, und als wirklich gebildet galt, wer in den nördlichen Metropolen der Macht studiert hatte. Entsprechend entfremdet waren und sind Hochschulen und ihre Absolvent*innen in vielen Fällen von lokalen gesellschaftlichen Gegebenheiten und Lebensweisen.³³ Diese Festlegung »Weißes« Wissens als Norm kann als »Kolonisierung des Geistes«³⁴ bezeichnet werden. Die Kolonialherren sahen sich dabei als »Träger des Geistes« in der Pflicht, »den Rest der Welt zu humanisieren«.³⁵ Hier zeigt sich die Verbindung der Ideen von »Entwicklung«, »Fortschritt« und »Modernisierung« mit europäischem Überlegenheitsdenken. Kolonialistische Kontinuitäten bestehen bis heute, etwa wenn Entwicklungspolitik auf der Vorstellung beruht, dass »entwickelte« Länder mit ihren »unabhängigen Experten« über relevantes und überlegenes Wissen für die Lösung von Problemen in Ländern des Südens verfügen (Stichwort »Technologietransfer«).³⁶ Wissenschaft ist also weder objektiv noch neutral, sondern das weltweit dominierende Wissenssystem.

»Wissen ist Macht« – Wissenschaftspolitik als ein Spielfeld der Außenpolitik

So hat das dem Vordenker der Aufklärung Francis Bacon zugeschriebene geflügelte Wort nichts an Gültigkeit verloren: Der moderne, kapitalistische Staat ist seit jeher auf Wissenschaft und Technik angewiesen, um im wirtschaftlichen und militärischen Wettbewerb zu bestehen.³⁷ Bereits im 19. Jahrhundert wurde Wissenschaftspolitik Teil systematischer Staatstätigkeit, die Verbindungen zwischen Wissenschaft, Krieg und imperialer Expansion immer enger (siehe Historischer Abriss).³⁸ Die Entwicklung der Raumfahrt während des Kalten Krieges zum Beispiel wurde nicht etwa vorangetrieben, um wissenschaftliche Neugier zu befriedigen. Undenkbar wäre auch die unablässige Steigerung von Produktivität und Produktion ohne die Erforschung von Antriebs- und Verbrennungstechnik oder die Taylor'sche wissenschaftliche Betriebsführung. Staat und Militär sichern Rahmenbedingungen und Rohstoffversorgung, die Industrie gibt Geld. Mehr als zwei Drittel der jährlichen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in Deutschland (insgesamt 84 Milliarden Euro) wird von Unternehmen investiert.³⁹ Seit langem steigt zudem der Anteil von Drittmitteln an der Finanzierung deutscher Hochschulen, 20 % davon kamen 2012 aus der Wirtschaft.⁴⁰

Die enge Verflechtung von Wissenschafts- und Machtinteressen, um eine für den Globalen Norden vorteilhafte, imperiale Ressourcen-Weltordnung aufrechtzuerhalten,⁴¹ zeigt sich aktuell beispielhaft an der »Hightech-Strategie« der deutschen Bundesregierung. In ihr wird betont, dass die »Zukunftstechnologien«, die den »Wissenschaftsstandort Deutschland« stärken sollen, auf »wirtschaftsstrategischen Hochtechnologie-Rohstoffen« basieren, die Deutschland größtenteils importieren muss (siehe DIGITALISIERUNG). Staatlich geförderte Forschung

und Entwicklung im Inland sowie Aus- und Weiterbildung ausländischer Funktionseliten, in enger Kooperation zwischen Forschung, Industrie und Staat, spielen dabei eine »Schlüsselrolle«.⁴² Im Zweifel steht nach eigener Aussage die Bundeswehr bereit, um etwaigen »Blockaden« in der Rohstoffversorgung »vorzubeugen oder ... [sie] zu beseitigen«.⁴³ Ein weiteres Beispiel ist die »Rohstoffstrategie« der Bundesregierung, die ebenfalls den Wert ausländischer Studierender betont, die mit Stipendien und anderer Förderung in Deutschland ausgebildet werden und dann in ihre Heimatländer zurückkehren. »Durch ihren Aufenthalt in Deutschland dürften sie gegenüber deutschen Belangen aufgeschlossen sein«,⁴⁴ legt die Strategie dar. Es wird geplant, noch mehr Förderung für Aus- und Weiterbildung ausländischer Studierender anzubieten, um sie so für eigene Interessen zu gewinnen und die deutsche Wirtschaft dauerhaft mit Rohstoffen zu versorgen.⁴⁵

Darüber hinaus gab Deutschland 2011 im Rahmen der entwicklungspolitischen Bildungsförderung 892 Millionen Euro für Hochschulbildung aus (von 1,3 Milliarden Euro insgesamt). Davon entfielen 690 Millionen Euro auf Studienplatzkosten von Studierenden aus Ländern des Südens in Deutschland.⁴⁶ 2013 studierten viermal mehr ausländische Student*innen in Deutschland als in den 1980er Jahren. Diese Entwicklung ist einerseits positiv einzuschätzen, da sie die Weltoffenheit und das Kennenlernen anderer Kulturen unterstützt. Andererseits geht es hier nicht nur um Austausch, sondern auch um den Einfluss auf ausländische Eliten in wichtigen Jahren der Persönlichkeitsbildung und Berufsfindung und somit letztlich um globalen Wettbewerb.⁴⁷ Es zeigt sich also, dass Wissenschaft und Forschung Kernbereiche der Außen- und Entwicklungspolitik darstellen und die Internationalisierung des Hochschulsystems strategischen Interessen dient. So wird Bildung zum Instrument der Ausbreitung westlicher Kultur (nach altem »Rezept«) und der Aufrechterhaltung einer imperialen Ordnung, die die imperiale Lebensweise ermöglicht, politisch-rechtlich und militärisch abgesichert.⁴⁸

Beispiel Wirtschaftswissenschaften: Wie hängt die universitäre Lehre mit der imperialen Lebensweise zusammen?

Die erwähnten politischen Strategien bauen unter anderem darauf, dass die Lehre an Universitäten die Denkweise der Studierenden prägt, die als zukünftige Eliten später wichtige Entscheidungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen treffen. Deshalb ist es entscheidend, welche Ideen an Universitäten vermittelt werden. Dies soll am Beispiel der Lehre in den Wirtschaftswissenschaften veranschaulicht werden, wobei ähnliche Entwicklungen auch in anderen Bereichen stattfinden. Die Lehre in den Wirtschaftswissenschaften ist deshalb so wichtig, weil sie die ideologische Basis heutiger Wirtschaftspolitik darstellt.

An den meisten Hochschulen wird *neoklassische Ökonomik* (siehe GLOSSAR) als theoretischer Kern der Wirtschaftswissenschaften gelehrt. Diese Theorie lässt praktisch keinen Raum für die kritische Betrachtung unseres Wirtschaftssystems. Sie versucht, das Wirtschaftssystem mit vereinfachten Modellen zu berechnen und blendet zentrale ökologische und soziale Aspekte der Produktion, Fragen der Ungleichheit sowie Machtverhältnisse aus. Allerdings sind es genau diese Aspekte, die in unserem Wirtschaftssystem imperial funktionieren und auf Ausbeutung basieren sowie mit Wirtschaftskrisen in Verbindung stehen. Die Rolle der Politik und von Institutionen wie Zentralbanken, dem Internationalen Währungsfond

oder Finanzmärkten werden ausgeblendet.⁴⁹ Circa 70 % der Ökonom*innen lehren an deutschen Universitäten in erster Linie neoklassische Ökonomik, wobei mehr als 92 % von ihnen die Lehre anderer Ansätze theoretisch auch wichtig fänden. »Von den Vorgaben abzuweichen, sei für Dozenten aber riskant. Im Extremfall drohten Klagen von Studierenden, die darauf bestehen könnten, im vorgeschriebenen Stoff geprüft zu werden.«⁵⁰ Daher werden andere, sogenannte *plurale* Ansätze benachteiligt; oftmals wissen die Studierenden nicht einmal, dass sie nur eine Theorie unter vielen möglichen lernen. Das bereitet die Studierenden nicht angemessen auf die Realität ökonomischer und gesellschaftlicher Probleme vor.

Warum aber sind neoklassische Theorien in der Ökonomik dominant? Die neoklassische Ökonomik verfügt über besondere institutionelle Macht: Ökonom*innen dieser Denkschule haben besseren Zugang zu Publikationsmöglichkeiten, Drittmitteln und Lehrstühlen als ihre *pluralen* Kolleg*innen. Sie verfügen über starke soziale Netzwerke und definieren, was gut und richtig in der Wirtschaftswissenschaft ist. Zum Beispiel wurden Ökonom*innen anderer Denkschulen aus der Royal Economics Association offiziell ausgeladen.⁵¹ Wichtige wissenschaftliche Zeitschriften mit neoklassischem Hintergrund akzeptieren meist keine Artikel mit *pluralen* Ansätzen.⁵² Die Dominanz der neoklassischen Wirtschaftswissenschaften basiert aber auch darauf, dass Studierende durch die einseitige Lehre die neoklassische Theorie akzeptieren und verinnerlichen. So trägt die vorherrschende, neoklassische wirtschaftswissenschaftliche Lehre dazu bei, die imperiale Lebensweise zu festigen, indem sie eine kritische Auseinandersetzung mit den strukturellen Mechanismen unseres Wirtschaftssystems und den Problemen, die es verursacht, verhindert. Absolvent*innen gelangen in einflussreiche Positionen, ohne grundlegende Zusammenhänge verstanden zu haben. Einige von ihnen kehren nach dem Studium im Globalen Norden in ihre Heimatländer zurück und arbeiten dort für Hochschulen oder führen Forschungsinstitute. So tragen sie die Werte und Inhalte, die sie – auch in anderen Studienfächern – erlernt haben, in ihre Gesellschaften und vermitteln sie weiter. Dies fördert letztlich auch die Verbreitung und Akzeptanz der imperialen Lebensweise im Globalen Süden.

Institutionelle, Weiße Wissenschaft ist also vielfältig verflochten mit Interessen und Macht, und sie kommt so ihrem Ideal objektiver Neutralität nur selten nah, weder historisch noch heute. Sie spielt eine bedeutende Rolle bei der Ausbreitung der imperialen Lebensweise und stabilisiert unsere Lebensweise viel stärker, als sie Raum dafür bietet, diese zu hinterfragen.

Ausbeutungsstrukturen in der Wissensproduktion

Westliche Schulbildung und Wissenschaft sind also nicht unproblematisch, objektiv oder ohne weiteres global verallgemeinerbar, sondern bereiten strukturell auf eine imperiale Lebensweise und deren Ausweitung vor. Zur Erinnerung: Als Kern der imperialen Lebensweise wurde die exklusive, systematische und prinzipiell grenzenlose Aneignung und Ausbeutung von Arbeit und Biosphäre in globalem Maßstab unter Zuhilfenahme rechtlicher und militärischer Mittel bestimmt.^{53 iv} Wir möchten daher nun im nächsten Abschnitt nach der Ausbeutungsdimension

der imperialen Lebensweise fragen: Inwiefern kommt es bei der ›Produktion‹ von Wissen zu Ausbeutung? Und wie wird sogar Wissen selbst ausgebeutet?

Die moderne Weltsicht...

Entscheidend dabei ist, welches Weltbild bestimmend ist und immer wieder neu vermittelt wird, wenn es um westliche Bildung und modernes europäisches Wissen geht. Mit der europäischen Aufklärung begann sich eine Weltanschauung durchzusetzen, die der Soziologe Max Weber als »Entzauberung der Welt« bezeichnete. Nicht länger bestimmte die Vorstellung von überirdischen Mächten die Geschehnisse der Welt. Bestimmend war nun die Überzeugung, dass die Welt grundsätzlich durch Wissenschaft und Technik bis ins kleinste Detail rational erfassbar und berechenbar, und dadurch beherrschbar ist.⁵⁴ Es wurde beispielsweise nicht länger geglaubt, dass Heilpflanzen Zauberkraft besitzen, sondern dass chemische Analysen alle ihrer Wirkstoffe in Erfahrung bringen können. Gleichzeitig stellte diese Weltsicht den Menschen ins Zentrum. Er allein galt und gilt als vernunftbegabt und einer abstrakten ›Natur‹ überlegen, die grundsätzlich von ihm getrennt und ihm gegenüber minderwertig ist (Anthropozentrismus). Alle nicht-menschlichen Lebensformen und Phänomene wurden so zu passiven Objekten der Wissenschaft. Reduziert auf eine Ansammlung seelenloser Materie, kann der Mensch sich die Welt uneingeschränkt für seine Zwecke aneignen.⁵⁵ Das neue, moderne Verständnis von Wissen war dabei ebenso nutzenorientiert wie das Weltverhältnis derjenigen, die dieses Wissen stetig neu produzierten.⁵⁶

...und ihr Nutzen

Eine Welt voll berechen- und beherrschbarer Objekte als Ressourcenlager für den Fortschritt: Mit diesem modernen Weltbild, verbunden mit Machtpolitik und Expansionsstreben seit der frühen Neuzeit (siehe HISTORISCHER ABRISS) sowie der Steigerungsdynamik, die für die europäische Moderne insgesamt kennzeichnend ist, kannte das Denk- und Machbare keine Grenzen mehr. So zielen moderne wissenschaftliche Forschung und die entsprechende Entwicklung technischer Mittel darauf ab, die Welt immer mehr zu kontrollieren und für den Menschen verfügbar zu machen.⁵⁷

Dies muss nicht per se problematisch sein, etwa wenn medizinische Forschung dazu beiträgt, Krankheiten zu verstehen. Auch gibt es kritische Forschung, die negative soziale Entwicklungen in den Blick nimmt, oder nicht-nutzenorientierte ›Orchideenfächer‹. Solche Forschungspraktiken sind hier nicht gemeint. Es ist allerdings problematisch, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse neue Möglichkeiten der Naturbeherrschung eröffnen, die zur gewaltsamen, maß- und rücksichtslosen Aneignung und Ausbeutung der Biosphäre genutzt werden. So konstruieren Ingenieur*innen Ölbohrplattformen oder Kohlebagger und Geolog*innen erstellen Gutachten für Bergbau oder Schiefergasförderung. Die Fischereiwissenschaft optimiert die Fischfangmethoden, um die ›Ressourcen‹ der Meere effektiver auszubeuten, und die Werkstoffwissenschaften erklären, was mit unbelebter Materie am besten anzufangen ist. Die Ökonomik errechnet, dass unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten wünschens-

iv Die direkte Ausbeutung von Arbeit im Bereich Wissenschaft und Schule ist in globalem Nord-Süd-Zusammenhang allerdings kaum festzustellen, daher sparen wir diesen Aspekt aus, obwohl die teils sehr prekären Arbeitsbedingungen in Wissenschaft und zunehmend auch Schule prinzipiell unbedingt zu kritisieren sind.

wert und möglich ist, und die Agrarwissenschaft erforscht Methoden zur Produktivitätssteigerung der Massentierhaltung. So ermöglicht und fördert die moderne Wissensproduktion systematisch den imperialen Zugriff auf die lebendige, natürliche Umwelt.^v

Bis heute misst sich der wissenschaftlich-technische Fortschritt an solchen Grenzverschiebungen und Steigerungen in der Wissensvermehrung zur Naturbeherrschung und -ausbeutung. Dabei kann man Forschung nur von ihren Taten und Ergebnissen trennen, wenn man ihr allgemein zugesteht, dass sie keine Grenzen anerkennen muss, dass sie ›wertfrei‹ operiert und nur ›objektive‹ Daten und Fakten schafft.⁵⁸ Weil auch die Wissenschaft im internationalen Wettbewerb steht, bedeuten ethische Einschränkungen oder demokratische Kontrolle der Forschung de facto Wettbewerbsnachteile.

Leben als Ressource zur Wissensgewinnung

Die Welt immer mehr zu durchdringen, beherrschbar und nutzbar zu machen, ist nicht nur Zweck, sondern auch Mittel moderner Wissensproduktion. Auch dies muss nicht zwangsläufig schlecht sein. Problematisch wird es aber dann, wenn Forschung in ihrer alltäglichen Praxis und ihren Methoden auf Instrumentalisierung und Aneignung der natürlichen Mitwelt beruht. Das Wissen über natürliche Phänomene und Lebewesen ermöglicht dann nicht nur ihre Kontrolle und optimale Ausbeutung, sondern wird ihnen auch noch, mitunter gewaltsam, abgerungen.

So sind zum Beispiel Lebewesen und lebendige Organismen gleichzeitig Objekte und ›Ressourcen‹ vieler Biowissenschaften; besonders bekannt aus dem Feld der Biotechnologie sind Verfahren zur Genmanipulation von Pflanzen und Tieren, wie beispielsweise das Klonen oder die gentechnische Veränderung von Saatgut. Tiere werden als Ressource der Wissensproduktion häufig instrumentalisiert: Vom Zoo (eine Einrichtung aus der Kolonialzeit) als angebliche Bildungseinrichtung über Naturkundemuseen bis zum Tierversuch in Schule und Wissenschaft. Tiere werden gefangen, zur Schau gestellt, ihre Körper seziiert, ausgenommen, präpariert und ausgestellt. Aus dem Versuchstier werden Daten extrahiert. Mindestens 2,8 Millionen Tiere wurden allein in Deutschland 2015 für Tierversuche benutzt und getötet, rund 1,1 Millionen Tiere davon waren genetisch verändert.⁵⁹ Die Zoologische Staatssammlung München lagert zu wissenschaftlichen Zwecken in 42.000 Kästen zwölf Millionen aufgespießte Schmetterlinge aus der ganzen Welt, und sie sammelt weiter.⁶⁰ Das US-amerikanische Militär erforscht bestimmte Zugvögel auf ihre Fähigkeit hin, tagelang zu fliegen ohne zu schlafen – eine Fähigkeit, die übertragen auf menschliche Streitkräfte große Vorteile brächte.⁶¹ Solchen Praktiken liegt die Annahme eines mechanistischen Weltbildes zugrunde, wonach man etwas nur dann wirklich verstehen kann, wenn man es aus dem Kontext entfernt, zerstört, auseinandernimmt, systematisiert und daraus isolierte Informationen, ›Daten‹ gewinnt.⁶²

In einigen Fällen mag der Nutzen für den Menschen so groß sein, dass sich über die Legitimität der Aneignung von Lebewesen zur Wissensgewinnung streiten ließe, beispielsweise in der medizinischen Forschung. In anderen

Fällen ist eher fraglich, ob nicht Industrieinteressen im Vordergrund stehen. Eine gesellschaftliche Debatte darüber gibt es aber in den seltensten Fällen. Auch hier gibt sich Wissenschaft wertfrei, neutral und keinen ethischen Erwägungen unterworfen.

Erforschung und Ausbeutung ›exotischer‹ Menschen

Nicht nur Pflanzen und Tiere, auch Menschen und dabei besonders solche indigener Abstammung wurden immer wieder Forschungs- und Ausbeutungsobjekte Weißer Wissenschaft. Wissenschaftliche Forschung steht in Verbindung mit den »schlimmsten Exzessen des Kolonialismus«; das Wort ›Forschung‹ selbst ist »wohl eines der hässlichsten Wörter im Vokabular der indigenen Welt«,⁶³ wie Linda Tuhiwai Smith es formuliert. Wissenschaften wie zum Beispiel die Ethnologie, Anthropologie, Orientalistik, Archäologie, Tropenmedizin und später die Ökonomie waren vielfältig verstrickt in koloniale Ausbeutungspraktiken. Sie plünderten und enteigneten, um mit dem materiellen Besitz indigener Menschen und sogar menschlichen Körperteilen selbst westliche Museen und Sammlungen zu bestücken; vieles wurde bis heute nicht zurückgegeben. Vor Ort dienten die gewonnen Erkenntnisse als koloniales Herrschaftswissen dazu, die Menschen besser »zu erobern, zu regieren und auszubeuten.«⁶⁴ Rassenlehre und Rassenbiologie vermaßen und klassifizierten menschliche Körper, wissenschaftliche Studien wie die medizinischen Langzeitexperimente an Kindern in kanadischen Residential Schools und indigenen Gemeinschaften waren kein Sonderfall.⁶⁵ Sogar bis in die jüngste Vergangenheit mussten sich Vertreter*innen indigener Völker gegen das *Human Genographic Project* wehren, in dem IBM und die National Geographic Society 40 Millionen Dollar investieren, um in weltweit zehn Forschungszentren mehr als 100.000 DNA-Proben indigener Menschen zu sammeln, aufzubewahren und zu analysieren.⁶⁶

Imperialer Zugriff auf Wissen: Piraten mit weißem Kragen

Die Welt wird also für und durch die Wissensproduktion instrumentalisiert und verfügbar gemacht, und wissenschaftliche Forschung spielt eine erhebliche Rolle in der Ausbeutung indigener Völker, ihrer Länder, ihrer Kulturen und ihres Wissens.⁶⁷ Denn auch traditionelles Wissen selbst wird für wissenschaftliche und kommerzielle Zwecke angeeignet und ausgebeutet. Interessiert daran, an spezifisches Wissen über Tiere, Pflanzen und Mikroorganismen sowie die entsprechenden ›genetischen Ressourcen‹ zu gelangen, sind besonders Unternehmen der Arzneimittel-, Agrar-, Chemie-, Kosmetik- und Biotechnologieindustrien sowie in diesen Bereichen tätige Forschungsinstitute.

Auch hier kommen die Parameter der imperialen Lebensweise zum Tragen: Weil kapitalistische Märkte nur aufgrund von Privateigentum und dessen rechtlicher Absicherung funktionieren, haben die Staaten des Globalen Nordens schon seit dem 19. Jahrhundert Eigentumsrechte auch im Bereich des Wissens eingeführt und dafür politisch-rechtliche Mittel durchgesetzt. Zahlreiche

 **Mindestens 2,8 Millionen Tiere wurden allein in Deutschland 2015 für Tierversuche benutzt und getötet, rund 1,1 Millionen Tiere davon waren genetisch verändert.»**

^v In dieser Tradition stehen überwiegend selbst solche Disziplinen, die sich vermeintlich kritisch ökologischer Probleme annehmen und dabei im Grunde versuchen, ›hausgemachte‹ Probleme zu lösen (vergleiche Fahrzeug- und Verbrennungstechnik versus Klimaforschung). Von Ressourcenmanagement und nachhaltiger Entwicklung über Ökosystemdienstleistungen hin zum Anthropozän: Fächer und wissenschaftliche Konzepte fördern die gleiche Logik der Expansion, Naturbeherrschung und anthropozentrischen Nutzbarmachung.

verschiedene internationale Abkommen und Regeln zum ›Schutz‹ geistiger Eigentumsrechte wurden schließlich in den 1990er Jahren im TRIPS-Abkommen global vereinheitlicht, nach massiver Einflussnahme durch Industrieverbände. TRIPS schreibt im Rahmen der Welthandelsorganisation bindend und sanktionierbar Mindeststandards und die Einführung von Patentrecht vor. Dies gilt auch für ›genetische Ressourcen‹, die früher nicht patentierbar waren. Für viele Länder des Globalen Südens bedeutete das, dass die Idee von geistigem Eigentum und Rechten darauf (samt Patenten auf lebende Organismen) überhaupt erstmals eingeführt werden musste.⁶⁸

Das so international einheitlich gültige Patentrecht, auch auf biologische Ressourcen, leistete einer Praxis Vor-schub, die bald schon als Biopiraterie kritisiert wurde (siehe Abb. 6.5).⁶⁹ Es geht dabei um den Vorwurf der exklusiven Aneignung traditionellen Wissens über ›biologische Ressourcen‹, also Tiere, Pflanzen, Saatgut und deren Eigenschaften durch geistige Eigentumsrechte. Dies schließt die sogenannte Bioprospektion ein, also die systematische Suche nach genetischen Ressourcen in Gebieten großer Artenvielfalt in Ländern des Südens. Westliche Unternehmen oder Entwicklungsorganisationen⁷⁰ investieren dort Millionen, damit Forschungspartner gezielt ländliche traditionelle Gemeinschaften aufsuchen, um deren Wissen in Erfahrung zu bringen – samt der Mitnahme als wertvoll identifizierter ›Ressourcen‹.⁷¹ ›Biopatente‹ sind dann zu erwarten, wenn das gewonnene Genmaterial wissenschaftlich erfasst oder biotechnisch modifiziert wurde. Dies geschieht mit dem Ziel der ökonomischen Verwertung: Durch Patentvermarktung, Lizenzgebühren oder entsprechende Produktentwicklung können Unternehmen hohe Gewinne verbuchen.⁷²

Profiteure dieser imperialen Praxis sind Unternehmen und Forschungseinrichtungen des Nordens, die über entsprechende technische und finanzielle Möglichkeiten verfügen. Daneben profitiert die transnationale Konsument*innenklasse, der günstige und wirksame Medikamente, Kosmetika und andere Produkte zur Verfügung stehen. Produkte, die für die ursprünglichen Bewahrerinnen und Nutzer des Wissens nun oftmals unerschwinglich oder nicht mehr ohne weiteres zugänglich sind.⁷³ Vielfach geht mit dieser Praxis auch ein Verlust an Ar-

ten- und Sortenvielfalt von Tieren und Pflanzen einher, sowie die Gefährdung traditioneller Lebensweisen und die Verschlechterung der sozialen Stellung von Frauen.⁷⁴ Das Nagoya-Protokoll regelt im Rahmen der UN-Biodiversitätskonvention zwar einen ›Vorteilsausgleich‹, diese Regeln sind allerdings umstritten. Letztlich zeigt sich hier ein Konflikt über die unterschiedlich verstandene Natur von Wissen. Der Widerstand gegen westliche Ideen von individuellem geistigen Eigentum, Verwertbarkeit von Wissen und Natur, der Norm der Verschriftlichung, oder Eigentumsrechten auf Leben wird daher anhalten.⁷⁵

Westliche Bildung und Forschung sind also keineswegs menschen- und tierrechtlich unbedenkliche, ökologisch unproblematische, nur immaterielle ›Dienstleistungen‹. Die ganz normale, alltägliche Praxis der Wissensproduktion beruht vielfach auf der privilegierten und prinzipiell unbegrenzten Aneignung und Ausbeutung von Menschen, anderen Lebewesen und der gesamten Biosphäre sowie spezifischem Wissen. In diesem Sinne kann von imperialer Wissensproduktion gesprochen werden.

Das Humankapital schlägt zurück: Wege zur Überwindung der imperialen Bildungsweise

Unsere Demontage der europäischen Ideale von Bildung und Wissenschaft muss irritieren. Wurden wir denn durch unsere Bildung nicht nur Machtverhältnissen unterworfen, sondern auch mit Instrumenten zu ihrer Kritik ausgestattet? Tatsächlich haben Bildung und Wissen emanzipatorisches Potential. Gerade daran, dass sie so viel zur Ausweitung und Festigung der imperialen Lebensweise beitragen, lässt sich ihre Bedeutung für einen sozial-ökologischen Wandel ablesen. Daher wollen wir mit einem Blick auf positive Entwicklungen und notwendige Schritte in Bildungswesen und Forschung abschließen.

Wissen: Gemeingut oder Ware?

Wissensproduktion ist ein kollektiver Prozess: Alleine



Abb. 6.5: Das Who-Is-Who der Biopiraterie

Quellen: ETC Group 2006; ETC Group 2008; SynBioWatch o.D.

Der Negativpreis Captain Hook Awards for Biopiracy wird seit 2000 von der Coalition Against Biopiracy im Rahmen der Vertragsstaatenkonferenzen (COP) der UN-Biodiversitätskonvention (CBD) in unterschiedlichen Kategorien vergeben. Hier eine Auswahl.



»SCHLIMMSTE NEBELKERZE«

PLATZ I

Bonner Leitlinien über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die gerechte und ausgewogene Beteiligung an den Vorteilen aus ihrer Nutzung **im Rahmen der CBD** für die Illusion, dass gerechter Vorteilsausgleich angegangen wird, während Biopiraterie erleichtert und geistiges Eigentum gefördert wird. ›Capacity building‹ soll es indigenen Völkern dabei ermöglichen, Partner in der Piraterie ihrer eigenen Ressourcen zu werden.

bringen Menschen keine großen Erfindungen zustande. Eine wachsende Bewegung trägt dem Rechnung und definiert Wissen als Gemeingut (oder *Commons*, siehe ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK). So ist Wikipedia entstanden, Entwickler*innen von Open Source-Software legen ihre Quellcodes offen, Open Access-Zeitschriften und -Datenbanken sowie Open Education-Projekte machen wissenschaftliche Debatten für alle zugänglich, und Creative Commons-Lizenzen erlauben es, Schriftwerke oder Bilder frei zu nutzen, wobei die Urheber*innen die Bedingungen bestimmen – zum Beispiel die nicht-kommerzielle Verwendung (siehe DIGITALISIERUNG). Solches Kooperieren, um den globalen Wissensschatz zu teilen, ist unverträglich mit der Idee von privatem geistigem Eigentum, also der künstlichen Verknappung von Wissen.

Wessen Wissen wird anerkannt?

» Die Welt ist stets nur so gerecht wie das Wissen, das ihr zugrunde liegt.«
(Kehinde Andrews)

Globale Gerechtigkeit gibt es nicht ohne Wissensgerechtigkeit. Das bedeutet, die Vielfalt an weltweit existierenden Wissensformen als gleichwertig anzuerkennen, die eigenen ›Wahrheiten‹ und Weltanschauungen aus dem Zentrum zu nehmen und vermeintlich universelle, ›Weiße Denkmuster‹ zu hinterfragen.⁷⁶ Entgegen der herkömmlichen Entwicklungslogik haben die Industrienationen viel von anderen Wissenssystemen zu lernen – und zwar nicht im Sinne der Entwendung und Verwertung dieses Wissens, sondern durch Offenheit und den Willen, die eigenen nicht-nachhaltigen Wege zu verändern. Weltweit werden, in ausdrücklicher Opposition zur Monokultur westlichen Wissens, bereits Alternativen erforscht. Besonders eine wachsende internationale Community indigener Akademiker*innen kann dabei auf eigene Wissenstradi-

tionen bauen und entwickelt eigene Forschungsprogramme und Methoden mit eigenen Zeitschriften.⁷⁷ In diesem Zuge können auch die Normen der internationalen Entwicklungsagenda hinterfragt werden, die alles andere als wertfrei und universal sind: Wie kann beispielsweise damit umgegangen werden, dass Alphabetisierung zwar das A und O globaler Entwicklungsbemühungen ist, dies aber die reichen oralen Wissenstraditionen missachtet, die seit Menschengedenken ohne Schrift auskommen?⁷⁸

Neue Werte für die Wissenschaft

In der ›unternehmerischen Hochschule‹ sind Forschungsprojekte gegenwärtig häufig am Wert der Drittmittel und der Anzahl von Publikationen orientiert. Ebenso könnten sie aber auch an anderen Werten ausgerichtet werden, woraus sich eine Reihe von Forderungen ergibt: (Selbst-)Kritische Lehre und Forschung sollten gestärkt, die Wissenschaft insgesamt ›dekolonisiert‹ werden. Inter- und Transdisziplinarität sollten gefördert werden, das heißt, dass Wissenschaft über Fachgrenzen hinweg und aus dem Elfenbeinturm hinaus wichtige Fragen aus umfassender sozial-ökologischer Perspektive betrachten, Verbindungen verstehen und mit der Gesellschaft darüber in Austausch treten sollte. Zudem sollte sie sich an ethischen und demokratischen Standards prüfen lassen (müssen). So könnte und sollte Forschung schließlich auch emanzipatorisch sein und dabei ihre Ansprüche und Interessen deutlich machen statt sich hinter pseudo-neutralen Glaubenssätzen zu verstecken.⁷⁹ Solche Ansätze werden heute schon verfolgt, etwa in den Queer- und Postcolonial-Studies, wichtige Grundsätze sind auch in die Charta der dekolonialen Forschungsethik eingegangen.⁸⁰ Bereits 23 Hochschulen haben aufgrund des Engagements kritischer Studierender, Wissenschaftler*innen und zivilgesellschaftlicher Organisationen trotz der lukrativen Fördermöglichkeiten Rüstungsforschung per Zivilklausel verbannt.⁸¹ Das renommierte Tyndall Centre setzt sich für eine CO₂-arme



»GRÖSSTE BEDROHUNG FÜR
DIE ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT«

PLATZ I

Syngenta für sein Patent, welches das Auskeimen von Kartoffeln verhindert, falls kein chemisches Aktivierungsmittel eingesetzt wird.

syngenta



»BESCHÄMENDSTER AKT VON BIOPIRATERIE«

PLATZ I

US-Regierung für das Verhängen von Gesetzen über geistiges Eigentum auf Pflanzen im kriegsgeschundenen Irak im Juni 2004. Als die US-Besatzungstruppen ›Souveränität‹ auf den Irak übertrugen, verhängten sie Anordnung Nr. 84, die es für irakische Bauern illegal macht, von bestimmten neuen Sorten geerntetes Saatgut wiederzuverwenden.



Forschungskultur gegen die akademische Vielfliegerei ein (siehe MOBILITÄT).⁸² Die Humanökologie, Teile der Nachhaltigkeitswissenschaft oder kritische Mensch-Tier-Studien erforschen den sozial-ökologischen Wandel. Und selbst die neoliberale Wirtschaftswissenschaft bekommt Gegenwind durch das Netzwerk Plurale Ökonomik mit seiner Lernplattform Exploring Economics.

Bildungsformen und Bildungsinhalte für eine lebenswerte Zukunft

» Was nützt eine gute Forschungsagenda ohne einen geeigneten Planeten für ihre Umsetzung?«
(Orr, 1992)

Welche Ziele sollte Bildung haben? Sind Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit und Selbstoptimierung die Kernkompetenzen der Zukunft? Oder brauchen junge Menschen vielmehr eine Haltung, welche die Sorge für sich selbst, einander und den Planeten zum Mittelpunkt hat? Es liegt an uns, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass sie einen tragfähigen, sozial-ökologischen Wandel mitgestalten können. Klar ist dabei: Lediglich mehr Bildung und Wissen, also nur Mehr vom Gleichen, wird nichts ändern; Bildung muss in Form und Inhalten transformiert werden. Aber welche Orientierungen, Fähigkeiten und Bildungsinhalte brauchen junge Menschen im 21. Jahrhundert?

Zielsetzungen wie Gerechtigkeit, Kooperation, Solidarität, Empathie und Selbstbestimmung werden an dieser Stelle häufig genannt, ebenso die Organisation der Gemeingüter, Lebensmittelanbau oder Handwerk. Auch ei-

genständiges Denken, Hinterfragen und Mut zum Widerstand sind zentral. All dies wird aber ins Leere laufen ohne ein Grundverständnis davon, wie unsere Erde und unsere Gesellschaften auf ihr und mit ihr funktionieren, was das mit den globalen Krisen zu tun hat, warum sich sehr dringend etwas ändern muss, und wie man sozial-ökologisch verantwortlich und gut leben kann.⁸³ Solch eine ökologische Bildung muss durch alle Schulen und Studienfächer in die Gesellschaft kommen; die vereinzelt guten Anfänge hierfür sind bei weitem nicht ausreichend.^{vi} Dies erfordert natürlich auch Änderungen in den Lehrplänen und im Lehramtsstudium.

Aber wer schreibt eigentlich Lehrpläne? Und würden Schüler*innen und Studierende, wenn sie nach den Zielen von Bildung und Gesellschaft gefragt würden, nicht intelligentere Antworten finden als Leistung und Wachstum über alles? Schulen, Hochschulen und Forschung sollten daher stärker demokratisiert werden. Das gilt in Bezug auf die Mitbestimmung bei grundsätzlichen Fragen (siehe ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK), aber auch auf die Art des Unterrichts. Warum beispielsweise sind es nicht die Kinder, die in der Schule ihre eigenen Fragen stellen, statt die Antworten auf Fragen Anderer zu lernen? Indem Kinder Schule mitgestalten, können sie schon von klein auf Demokratie lernen und die Wirkungen ihres Handelns erfahren. Dass eine solche Lernkultur funktionieren kann, zeigen gute Beispiele weltweit – im Rahmen der Reformpädagogik und darüber hinaus.⁸⁴ Und ob junge Menschen, wenn sie darüber entscheiden könnten, auch für ein vriegliedriges Schulsystem stimmen würden? Die inklusive Schule jedenfalls gilt spätestens seit der UN-Behindertenrechtskonvention nicht mehr als Utopie, sondern als zu er-

vi Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) beispielsweise ist völlig unzureichend und aus verschiedenen Gründen als problematisch einzustufen (Danielzik, 2013), könnte aber kritisch reformiert werden.



»SCHLIMMSTE NEBELKERZE«

PLATZ I

The Public Research and Regulation Initiative (PRRI) für das unermüdliche Vertreten und Verteidigen der Interessen der Biotech-Unternehmen unter dem Banner öffentlich finanzierter Forschung.

PRRI



»GIERIGSTE BIOPIRATEN«

UNENTSCHEDEN

PLATZ I

Coca Cola für enorme Profite aus der Nutzung von Stevia in seinen Getränken, während die traditionellen Anbauer von Stevia, die Guarani in Paraguay und Brasilien, kaum profitieren, sowie für die Entwicklung von synthetischem Stevia, was die Lebensgrundlage der Kleinbauern noch mehr bedroht.

PLATZ I

Clarins für das Patentieren von afrikanischem medizinischen Wissen über den Harungana-Baum und dafür, einen Erlös von 7000 US-Dollar pro Kilo beim Verkauf zu bekommen, den afrikanischen Bauern aber nur 2 US-Dollar pro Kilo zu bezahlen – und dies dann ›Fair Trade‹ zu nennen.

Coca-Cola

CLARINS

reichender Standard.

Solche Vorhaben müssen derzeit allerdings am Hochdruck scheitern, unter dem Lehrkräfte und Lernende im Alltag stehen. Demokratisierung, Inklusion und tiefes Verstehen brauchen vor allem Zeit beziehungsweise einen ganz anderen Umgang mit Zeit und mehr Freiräume.⁸⁵ So liegt schließlich großes Potenzial in der Entformalisierung schulischer Bildung, der Einsicht folgend, dass Lernen nicht nur innerhalb der Schule oder allein kognitiv geschieht. Der Besuch außerschulischer Lernorte, Elemente der Wildnispädagogik oder biographische Lernmethoden verbinden Lernstoffe mit der eigenen Lebenswelt: das gemeinsame Gärtnern im Schulgarten, der Biologieunterricht im Wald oder die Erkundung der Lebensgeschichte der Großeltern. Das Lernen aus den Schulmauern hinaus in die Welt zu versetzen und in tieferen Austausch miteinander, mit der sozialen Umwelt und der natürlichen Umwelt zu treten – das ist zudem nicht nur kindgerecht.

Du siehst das ähnlich?

Dann werde aktiv, weitere Anregungen findest du auf unserer Homepage www.aufkostenanderer.org.

Endnoten

- 1 Roser & Nagdy, 2016; Roser & Ortiz-Ospina, 2016
- 2 Lessenich, 2016, S. 181
- 3 Lessenich, 2016, S. 180f, unter Rückgriff auf Rob Nixon, der von imperialem Provinzialismus spricht
- 4 Osterhammel, 2009, S. 1131
- 5 Adick & Mehnert, 2001, S. 33ff.
- 6 Gordon & White, 2014
- 7 Rutayuga, 1998
- 8 Sachs & Santarius, 2005
- 9 Fend, 1980, S. 5; Vorholt, 2011, S. 93; 96
- 10 für französische, spanische und britische Kolonien
Feldmann, 2016; exemplarisch für Ghana und Elfenbeinküste, Quist, 2001
- 11 Fend, 1980, S. 6f
- 12 Zinnecker, 1975
- 13 Foucault, 1977, S. 181ff; 192ff
- 14 Foucault, 1977, S. 238; 240
- 15 Foucault, 1977, S. 220
- 16 Conze, 1972; Thompson, 1967
- 17 Adick & Mehnert, 2001, S. 33ff; 337f; Conrad, 2008, S. 57f
- 18 Reitz, 2015, S. 55
- 19 Fend, 1980, S. 14; Goodley, 2011, S. 144
- 20 Fend, 1980, S. 5
- 21 Reitz, 2015, S. 68ff; Schmillen & Stüber, 2014, S. 7
- 22 Ditton, 2010, S. 249; Muñoz, 2007; Neugebauer, 2010
- 23 Wigger, 2011, S. 33
- 24 Bauman, 2016, S. 60
- 25 Plumwood, 2002, S. 43
- 26 Dürmeier, 2012, S. 5; Plumwood, 2002, S. 43
- 27 Danielzik, 2013, S. 26
- 28 Selvaratnam, 1988, S. 42–45
- 29 Herren, 2009, S. 128
- 30 Osterhammel, 2009, S. 1160–1167
- 31 Farr, 2009; Piesche, 2009
- 32 Santos, 2014, der dies als Epistemizid bezeichnet
- 33 Adick & Mehnert, 2001, S. 337ff; Alvares, 1993, S. 453; für französische, spanische und britische Kolonien
Feldmann, 2016; Selvaratnam, 1988, S. 42–45
- 34 global, 2013, S. 12; Nandy, 1983; Wa Thiong'o, 1986
- 35 Farr, 2009 zitiert nach Bendix & Ziai 2015, S. 164
- 36 Bendix & Ziai, 2015
- 37 Plumwood, 2002
- 38 Osterhammel, 2009, S. 1106f
- 39 Research in Germany, 2016
- 40 Hochschulwatch, o. J.
- 41 Brand & Wissen, 2011
- 42 Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2012
- 43 Bundesministerium der Verteidigung, 2016
- 44 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, 2010, S. 18
- 45 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, 2010, S. 18, 23f
- 46 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, o. J.
- 47 Kleinwächter, 2014
- 48 Alvares, 1993, S. 453; Brand & Wissen, 2011
- 49 Ötsch & Kapeller, o. J., S. 17; Spash, 2012
- 50 Hans Böckler Stiftung, 2016
- 51 Dürmeier & Euler, 2013, S. 29
- 52 Dobusch & Kappeller, 2012, S. 1042
- 53 Brand & Wissen, 2011
- 54 Weber, 1919
- 55 Plumwood, 2002; Santos, 2014
- 56 Osterhammel, 2009; Rosa, 2016
- 57 Plumwood, 2002; Rosa, 2016
- 58 Plumwood, 2002
- 59 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2016
- 60 Kölmel, 2016
- 61 Cray, 2013
- 62 Tuhiwai, 1981
- 63 Tuhiwai Smith, 2012, S. 1
- 64 Osterhammel, 2009, S. 1163
- 65 Mosby, 2013
- 66 ETC Group, 2006
- 67 Tuhiwai Smith, 2012
- 68 Delgado, 2002; Herren, 2009, S. 127f; Sanchez, 2012; Wuppertal Institut, 2005, S. 115–124
- 69 ETC Group, 2006, 2008, SynBioWatch, o. J., o. J.
- 70 GIZ, o. J.
- 71 Sanchez, 2012; Wuppertal Institut, 2005
- 72 Delgado, 2002, S. 305; Herren, 2009, S. 127; Sanchez, 2012
- 73 Herren, 2009, S. 128; Sanchez, 2012, S. 18; Wuppertal Institut, 2005, S. 119
- 74 Wuppertal Institut, 2005, S. 118
- 75 Delgado, 2002; Sanchez, 2012; Santos, 2014
- 76 Danielzik, 2013; Santos, 2014, S. 207
- 77 Santos, 2014, S. 205–211; 236–240; Tuhiwai Smith, 2012, S. 4f
- 78 Osterhammel, 2009, S. 1162f; Santos, 2014, S. 202–204
- 79 Plumwood, 2002
- 80 Decoloniality Europe, 2013
- 81 Braun, 2015
- 82 Le Quéré et al., 2015
- 83 Orr, 1992
- 84 Gribble, 2012; Von Reeken, 2001, S. 49ff
- 85 Hedtke, 2017

Essen wie die Könige

Unser Steak weidet in Argentinien, unser Wohlfühltee wird von indischen Frauen handgepflückt. Die imperiale Ernährungsweise macht's möglich. Doch wo Könige sind, gibt es auch Untertanen und Ausbeutung. Wollen wir das wirklich oder geht's auch anders?

Du schlenderst durch den Supermarkt um die Ecke. Bunt beladene Regale ziehen am vollen Einkaufswagen vorbei. Die Einkaufsliste ist lang, die Auswahl riesig. Immer diese Qual der Wahl. Aber da... du greifst zu. Diesen neuen Schokoriegel aus der Werbung musst du einfach haben. Und weiter geht die Tour zum Fleischregal. Ob in Mitteleuropa, Südafrika oder China, diese Einkaufsszene ist für immer mehr Menschen Alltag. Sie konsumieren bequem günstige Nahrungsmittel von überall. Jedoch hat diese Ernährungsweise ein extremes Pendant: die Hungernden dieser Welt.

Hunger trotz Überfluss – wie kann das sein?

Auch im 21. Jahrhundert bestimmt Hunger die Lebensrealität von 800 Millionen Menschen weltweit (siehe Abb. 7.1).¹ Dabei erscheint es zunächst paradox, dass 70 % der weltweit produzierten Nahrungsmittel in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft erzeugt werden,² aber zugleich die Mehrheit der Hungernden selbst Bauern und Bäuerinnen, Landarbeiter*innen, Hirt*innen oder Fischer*innen sind.³ Zudem würden die gegenwärtig produzierten Nahrungsmittel theoretisch ausreichen,

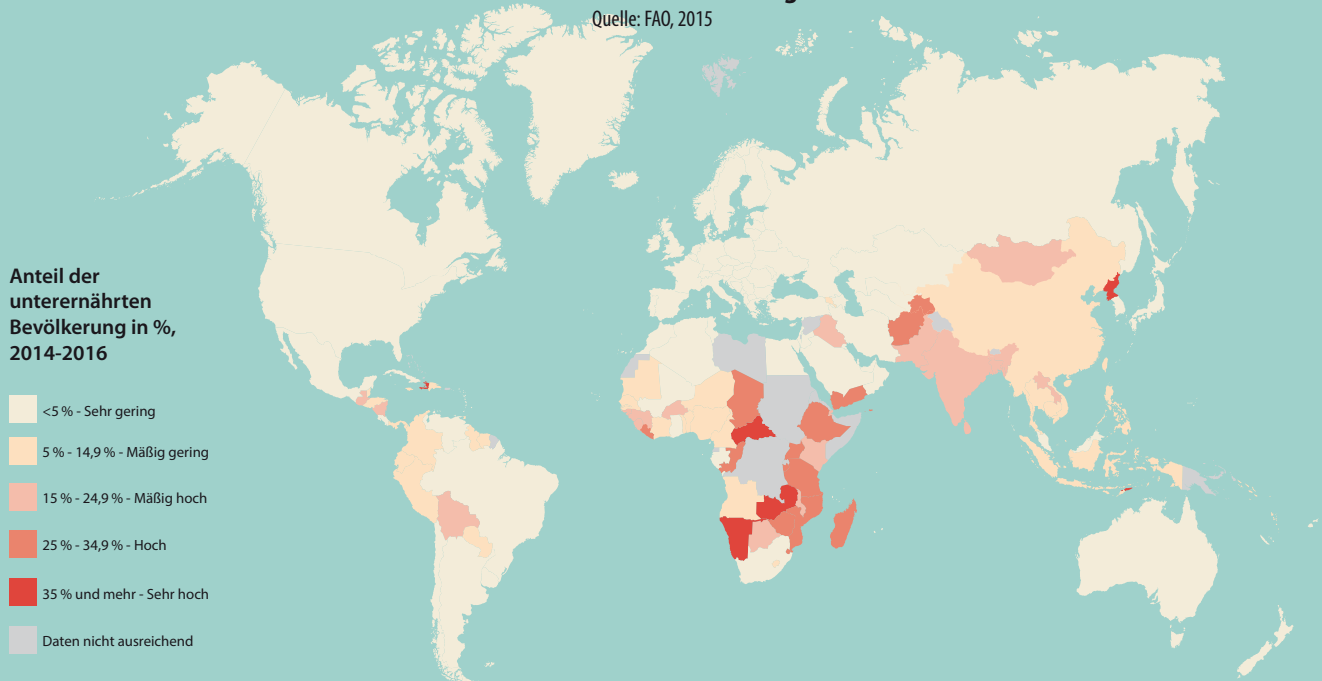
um 12 Milliarden Menschen zu ernähren.⁴ Vor dem Hintergrund einer wachsenden Weltbevölkerung hält es die Welternährungsorganisation (FAO) dennoch für notwendig, die landwirtschaftliche Produktion weiter zu steigern. Denn nur so könne sie Ernährungssicherheit für alle gewährleisten.⁵

Dieser krasse Gegensatz wirft viele Fragen auf: Wie kann es sein, dass ein Teil der Weltbevölkerung nach Lust und Laune speist, während der andere Teil am Hungertuch nagt oder gar stirbt? Bieten gängige Maßnahmen zur Ernährungssicherung einen Ausweg aus dem Widerspruch zwischen Überkonsum und Hunger? Warum ändert sich nichts, obwohl vielfache Krisen – wie Hungerkrisen, Ressourcenknappheit oder ökologische Krisen – das Ernährungssystem prägen?

Um diese Fragen zu beantworten, wenden wir das Konzept der imperialen Lebensweise auf Landwirtschaft und Ernährung an. Wir zeigen, wie die imperiale Ernährungsweise mit der industriellen Landwirtschaft zusammenhängt und die Welternährung bestimmt. Anschließend untersuchen wir, wie dieses Ernährungssystem auf Arbeit und Biosphäre zugreift. Wir werfen außerdem einen Blick auf den Konsum von Fleisch, auf Supermärkte sowie Land und Boden. Diese Bereiche machen deutlich, wie tief die imperiale Ernährungsweise in unserem alltäglichen Denken und Handeln verankert ist und welche Institutionen und Infrastrukturen sie ermöglichen und absichern. Zum Schluss skizzieren wir den Weg in Richtung einer sozial-ökologischen Ernährungsweise, die eine neue Perspektive eröffnet: *Gutes Essen für alle*.

Abb. 7.1: Weltkarte des Hungers

Quelle: FAO, 2015



Der Weg in die industrielle Landwirtschaftⁱ

Im Zuge des Kapitalismus wurde auch die Landwirtschaft zunehmend industrialisiert. Dies hat ihre sozialen und ökologischen Grundlagen tiefgreifend verändert. Der steigende Erdölverbrauch spielt hierbei eine Schlüsselrolle (siehe Infobox »Fossile Ernährung«).

» Die moderne Landwirtschaft ist zur Kunst geworden, Öl in Nahrungsmittel zu verwandeln.«

(Clark and York, 2008)

Erst fossile Treibstoffe und ein billiges Transportwesen (siehe MOBILITÄT) haben ermöglicht, dass Nahrungsmittel um den Erdball reisen und bei uns »frisch« im Einkaufswagen landen. Damit sie von den Agrarbetrieben, Flug- und Seehäfen und Nahrungsmittelindustrien in Distributionszentren und von dort in die Filialen der Supermärkte gelangen, braucht es Verkehrsinfrastruktur und Transportmittel. Die durch unser Essen zurückgelegten »Nahrungsmittelkilometer« steigen weiter, wenn wir den Einkauf mit dem Auto erledigen. Es ist jedoch ein Trugschluss, dass lokal produzierte Nahrung per se eine bessere CO₂-Bilanz aufweist. So kann ein heimischer Apfel etwa durch lange Lagerung im Kühlhaus schlechter abschneiden als importiertes, aber frisch geerntetes Obst.¹⁰

Die massive Abhängigkeit unserer Nahrungsmittelproduktion von (fossiler) Energie stellt ein erhebliches Risiko für die zukünftige Ernährungssicherheit dar. Denn fossile Brennstoffe werden knapper und mit ihren Preisen steigen beziehungsweise schwanken auch jene von Nahrungsmitteln. Zugleich nehmen geopolitische Konflikte um Erdöl und Erdgas weiter zu.¹¹

Die Industrialisierung der Landwirtschaft hat aus einem Kreislauf- ein *Durchflusssystem* gemacht:¹² Ersteres passt sich lokalen Bedingungen an und erzeugt oder züchtet selbst die nötige Energie, Saatgut, Düngemittel, Futtermittel und Tiere. Das Durchflusssystem hingegen kauft diese großteils zu. Für landwirtschaftliche Erzeuger*innen steigt damit die Abhängigkeit von vorgelagerten (etwa Saatgut, Dünge- und Futtermittel) und nachgelagerten Bereichen (wie Verarbeitung und Handel).

Immer weniger Konzerne kontrollieren den Nahrungsmittelmarkt

Die für die Produktion notwendigen Ressourcen beziehen die Landwirte nun »extern« aus einem *anonymen (Welt-)Markt*. Die Nahrungsmittel sind losgelöst von ihren Produktionsbedingungen und -standorten, sie erscheinen als »Nahrungsmittel von nirgendwo«¹³. Freihandelsabkommen treiben diese Weltmarktorientierung noch weiter voran. Es entsteht eine wachsende Ungleichheit zwischen Exportbetrieben und von lokalen Märkten abhängigen Erzeugern. So haben etwa durch Handelsliberalisierungen der Welthandelsorganisation (WTO) und die damit einhergehenden Dumping- und Verdrängungseffekte rund 30 Millionen Bauern und Bäuerinnen in Ländern des Globalen Südens ihre Existenzgrundlage verloren.¹⁴

Entlang eines undurchsichtigen Netzes an Wertschöpfungsketten findet eine massive *Machtkonzentration* statt. Immer weniger große Akteure beherrschen den gesamten

INFOBOX:

Fossile Ernährung – Wir essen Erdöl

Mit der Ausbreitung der industriellen Produktion hat sich die Landwirtschaft von einem energieproduzierenden zu einem energie-konsumierenden System entwickelt. Der durchschnittliche Energiefluss in die Landwirtschaft ist in den vergangenen 60 Jahren um das Fünffache gestiegen. Der Lebensmittelsektor ist heute insgesamt für 30 % des weltweiten Energieverbrauchs⁶ und 40 % der Treibhausgasemissionen⁷ verantwortlich. Schätzungen zufolge verschlingt die industrielle Landwirtschaft 10-15 fossile Kalorien, um eine Nahrungsmittelkalorie zu produzieren.⁸ So gesehen essen viele Menschen fossile Energie und befeuern dadurch den Klimawandel. (Fossile) Energie fließt auf vielfältige Weise in unsere Nahrungsmittel (siehe Abb. 7.2). Das gegenwärtige Agrar- und Ernährungssystem verbraucht am meisten Energie für Verarbeitung (Konservieren, Einfrieren oder Trocknen), Verpackung, Lagerung, Transport und Zubereitung. In diese Vorgänge fließen 70 % des Energiebedarfs. Hingegen entfallen nur 30 % des Energiebedarfs auf die Produktion der Nahrungsmittel selbst.⁹

Sektor (siehe Abb. 7.3).¹⁵ Die weltweite Produktion von Pestiziden und Saatgut wird von einigen wenigen Konzernen dominiert. Sie erzeugen so gut wie alle gentechnisch veränderten Pflanzen und besitzen das Gros der Pflanzentpatente weltweit. Künftig könnten durch Fusionen drei Akteure über 60 % des Pestizid- und Saatgutmarkts verfügen. Die Verschmelzung von Bayer und Monsanto würde das Konglomerat zum größten Akteur machen. Ihm würde dann ein Drittel des kommerziellen Saatgutmarkts und ein Viertel des Marktes für Pestizide gehören. Solche Marktmacht verleiht auch großen Einfluss auf Gesetze und Politik.¹⁶ Zum eigenen Vorteil treiben mächtige Agrar-, Lebensmittel- und Handelskonzerne die Industrialisierung der Nahrungsmittelerzeugung in allen Bereichen voran. Das damit einhergehende *Wachsen oder Weichen* der Betriebe sehen sie als unvermeidbaren Strukturwandel an. Dies erhöht den Druck auf landwirtschaftliche Erzeuger*innen zu expandieren, zu intensivieren und externe Betriebsmittel zuzukaufen. So sind sie vermehrt von Absatzmärkten abhängig und ihr *Risiko der Verschuldung* steigt (siehe GELD UND FINANZEN).¹⁷

Steigende Produktivität: Ist immer mehr immer besser?

Marktimperative wie Wettbewerb, Profitmaximierung, Wachstum und Produktivität bestimmen die Landwirtschaft. Konkurrenz treibt zur dauerhaften Suche nach möglichst niedrigen Lohn- und Produktionskosten. Die historisch einzigartigen Produktivitätssteigerungen der industriellen Landwirtschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ermöglichten, dass der gesamte Output schneller (Faktor 2,6) als die Weltbevölkerung (Faktor 2,4) stieg. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft weltweit von 65 % auf 42 %.¹⁸ Dem liegt jedoch ein verengtes Verständnis von Produktivität zugrunde. Dieses lässt neben sozialen Folgen, wie Verdrängung oder Verschuldung, außer Acht, dass die Zuwächse in der industriellen Landwirtschaft nur mit gro-

i Der Weg in die industrielle Landwirtschaft beschreibt einen historischen Prozess. Dieser ist nicht abgeschlossen: Er wird gegenwärtig weiter vorangetrieben. Diese Entwicklung war/ist offen und umkämpft – und somit veränderbar.

Abb. 7.2: Fossile Energie im Ernährungsbereich

Quelle: Bomford und Heinberg, 2009, S. 4



ßen Mengen an Ressourcen und neuen Technologien zu bewerkstelligen waren – gravierenden Umweltauswirkungen zum Trotz. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) hält in einem Bericht zur Umweltkrise der Ernährung fest, dass im Wesentlichen ein erhöhter Wasser- und Düngemitelesatz die Steigerung der Ernten ermöglichte. Die Landwirtschaft verbraucht heute etwa 70 % des global verfügbaren Süßwassers, dreimal so viel wie vor 50 Jahren.¹⁹ Diese Produktionsweise stellt uns vor neue Probleme: Seit den 1970er-Jahren nimmt das Produktivitätswachstum deutlich ab.²⁰ Das liegt unter anderem am Rückgang der natürlichen Fruchtbarkeit der Böden (Humusgehalt).²¹ Die bisherigen Methoden der industriellen Landwirtschaft (zum Beispiel Hohertragssaatgut, Agrochemie, Monokulturen oder Bewässerung) greifen zu kurz. Auch die Wachstumspotenziale durch Düngemittel sind weitgehend erschöpft (siehe Abb. 7.4.1 und 7.4.2).²² Laut UNEP ist daher weltweit mit der Expansion der Ackerflächen zu rechnen. Jedoch ist Land bereits jetzt Gegenstand vieler Konflikte (siehe unten).²³

Vormarsch. Sie verdrängt im Namen des Fortschritts andere Formen agrarischer Produktion – und zerstört damit die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen. Dieser Prozess ist eng mit Strategien von Unternehmen sowie mit Wirtschafts-, Agrar-, Handels- und Geopolitiken verbunden. Sie richten sich an jene Konsument*innen, die über ›kaufkräftige Nachfrage‹ verfügen (siehe Abb. 7.5).²⁴ Damit sind Vorstellungen von einem ›modernen‹ und ›guten‹ Leben verknüpft: Fleisch muss billig und exotische Früchte jederzeit verfügbar sein. Die industrielle Landwirtschaft bildet die Voraussetzung für diese imperiale Ernährungsweise. Denn sie ist Garant für die scheinbar unermessliche Warenfülle in den Supermärkten und für *unsere* Wahlfreiheit zu essen, was, wann und wo wir wollen. Unsere Gesellschaft hinterfragt die zugrunde liegende kapitalistische Logik nicht, genauso wenig die Machtverhältnisse, die diese Ernährungsweise absichern. Sie ist imperial, indem sie den scheinbar unbegrenzten und billigen Zugriff auf Ressourcen und Arbeitsvermögen anderswo als selbstverständlich voraussetzt.

Was ist an dieser Ernährungsweise imperial?

Die industrielle Landwirtschaft ist weltweit auf dem

Der Hunger nach Ressourcen

Wie wir gezeigt haben, ist die industrielle Landwirt-

Abb. 7.3: Wer beherrscht unser Essen?
Machtkonzentration in der globalen Wertschöpfungskette

Quelle: Mit freundlicher Genehmigung von Erklärung von Bern, 2014, S. 3ff

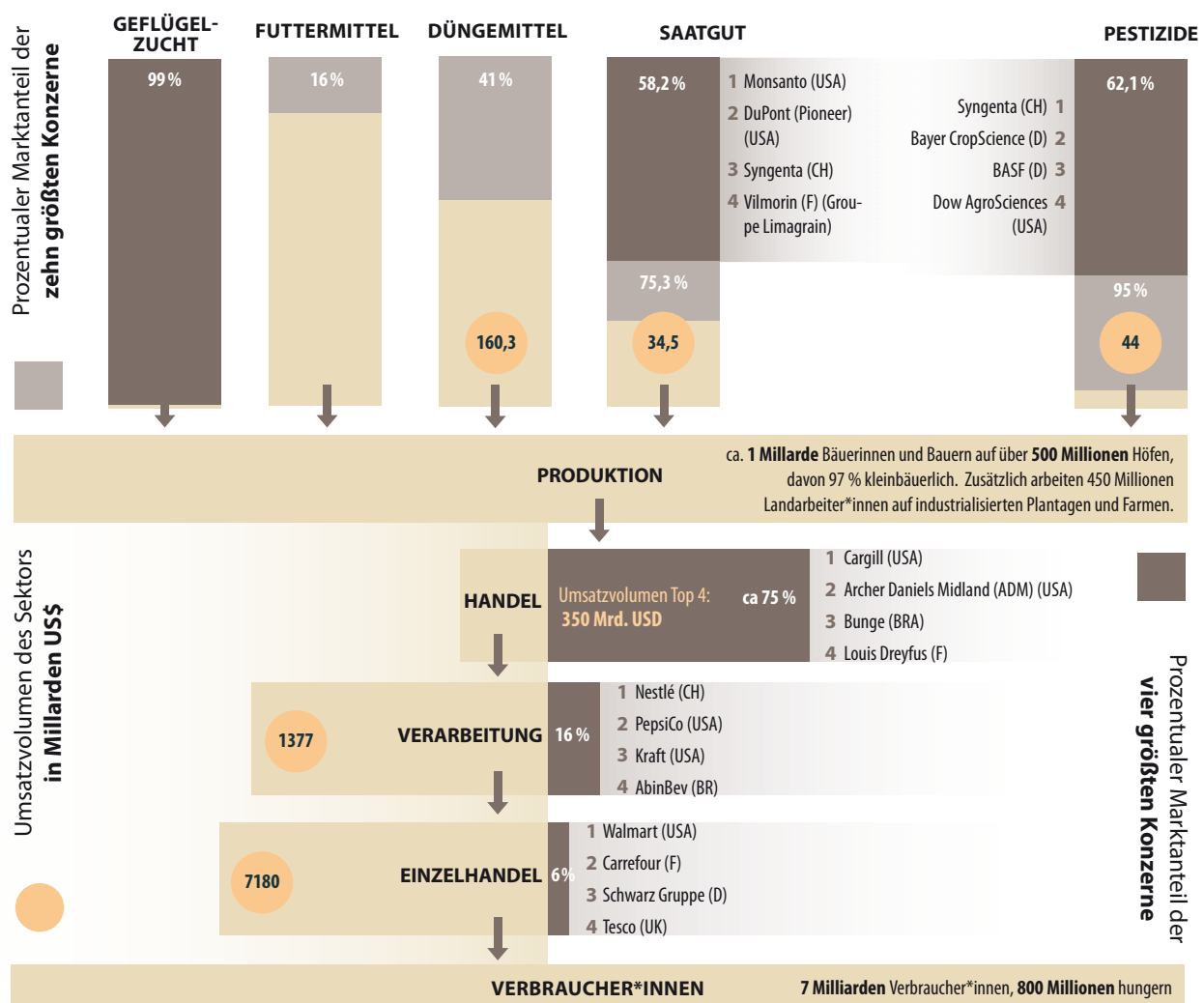


Abb. 7.4.1: Einsatz von künstlichen Düngemitteln weltweit in Millionen Tonnen

Quelle: Alexandratos & Bruinsma, 2012, S. 129; Heinrich Böll Stiftung et al., 2015

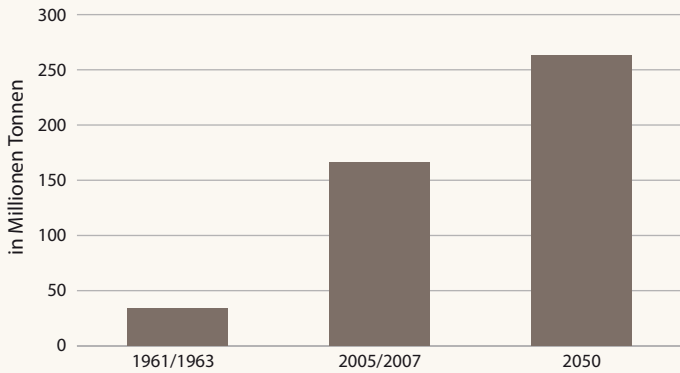
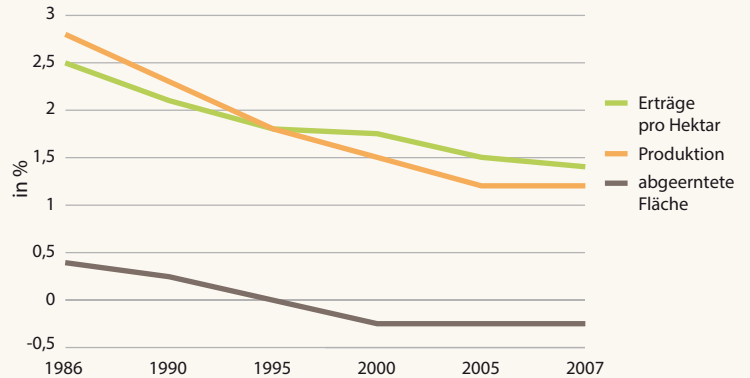


Abb. 7.4.2: Wachstumsraten von Erträgen und Produktion in der Landwirtschaft in %

Quelle: Alexandratos & Bruinsma, 2012, S. 129; Heinrich Böll Stiftung et al., 2015



schaft als Durchfluss-System hungrig nach Ressourcen (siehe Infobox »Fossile Ernährung«). Dementsprechend verstärkt eine steigende Zahl transnationaler Verbraucher*innen (siehe GLOSSAR), die immer mehr Fleisch, exotische Früchte oder Fertigprodukte konsumiert, den Ressourcenkonsum weltweit. Die negativen Umweltauswirkungen sind gravierend.

Wir verschwenden Essen und unseren Planeten

Am Beispiel Viehhaltung und Fleisch drückt sich der Ressourcen hunger und der damit verbundene Zugriff auf Ackerland besonders deutlich aus: Da das global verfügbare *Weideland* weitgehend ausgeschöpft ist, wird die wachsende Fleischproduktion über Futtermittel gewährleistet. Dafür braucht es jedoch mehr *Ackerland*. Die meisten Masttiere fressen statt Gras heute Mais, Soja, Weizen und anderes Getreide. Insgesamt 40 % der weltweiten Getreideernte und große Mengen an Ölschroten, vor allem aus Soja, landen in den Trögen der Tiere.²⁵ Feuchtgebiete, Graslandschaften, Wälder und Brachen werden dafür in Agrarland umgewandelt. Mit den Kalorien, die bei der Umwandlung von pflanzlichen in tierische Nahrungsmittel verloren gehen, könnten 3,5 Milliarden Menschen ernährt werden.²⁶ Eine zusätzliche Problematik des

Agrar- und Ernährungssystems ist der drastische Verlust an Lebensmitteln, der auf dem Weg vom Acker zum Teller entsteht. Der Anteil der Abfälle wird auf mindestens ein Drittel der weltweit produzierten Nahrungsmittel geschätzt. Laut FAO sind das unvorstellbare 1,3 Milliarden Tonnen im Jahr.²⁷ Ressourcen und Arbeit, die diese Lebensmittel produziert haben, werden schlichtweg vergeudet.²⁸

Was sind die wahren Kosten?

Laut Weltklimarat (IPCC) trägt die Landwirtschaft aktuell maßgeblich zum Klimawandel bei: Schließt man weitere Klimaauswirkungen des Ernährungssystems (Verarbeitung, Verpackung, Transport, Lagerung und Abfälle) mit ein, so hängen 44-57 % aller Treibhausgasemissionen von der Art und Weise ab, wie wir uns ernähren (siehe Abb. 7.6).²⁹ Das stellt die Nahrungsmittelproduktion vor große Herausforderungen: Der Sektor muss seine Emissionen radikal reduzieren. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass steigende Nachfrage und Veränderungen der Ernährungsmuster die Treibhausgasemissionen in den kommenden Jahrzehnten erhöhen werden. Unter anderem aufgrund des Klimawandels sagt das IPCC für 2050 deshalb eine Verringerung der Nahrungsmittelsicherheit von 15 bis 40 % weltweit voraus.³⁰

Abb. 7.5: Haushaltsausgaben und anteilige Nahrungsausgaben

Quelle: Knoema, 2017; Weltbank, 2017

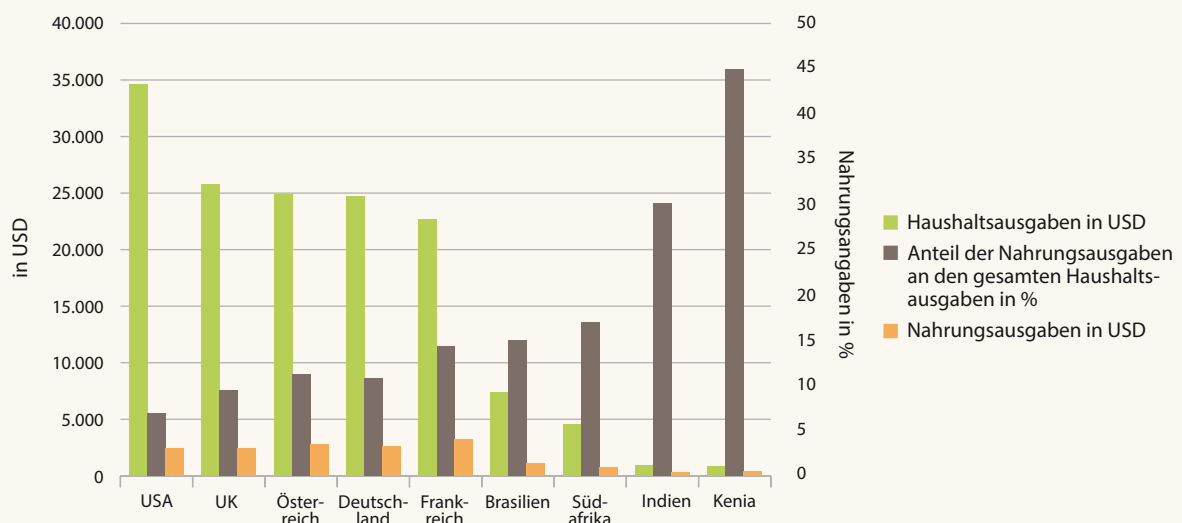
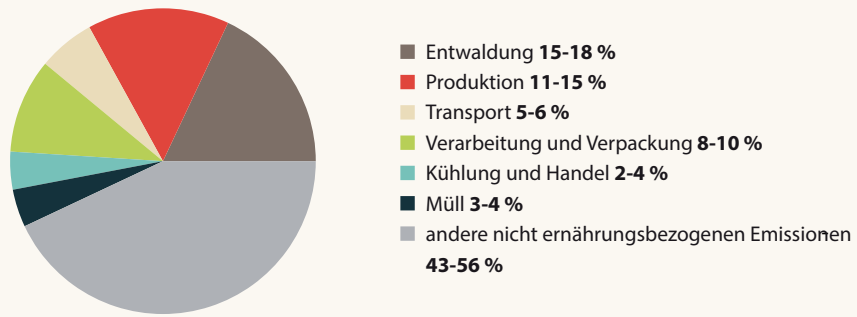


Abb. 7.6: Beitrag des industriellen Ernährungssystems zum Klimawandel

Quelle: GRAIN, 2011



Die Verursacher lagern die Kosten ihres Ressourcenhungers oftmals aus – so auch die Umweltschäden (siehe Abb. 7.7 und 7.8).³¹ Menschen und Umwelt ›anderswo‹ müssen die negativen Folgen tragen. Durch die *Externalisierung von Kosten* fließen diese nicht in wirtschaftliche Bewertungen ein; Nahrungsmittel werden billig gemacht.³² Auch die Effizienz der industriellen Landwirtschaft rückt so in ein besseres Licht. Bodenerosion, Versalzung, übermäßiger Wasserverbrauch oder der Verlust der Artenvielfalt bleiben unberücksichtigt. Gleiches gilt für die steigende Toxizität und Umweltverschmutzung in der Landwirtschaft (etwa durch Kunstdünger, Agrochemikalien und Abfälle).³³ Laut einer Studie von KMPG verursacht die Agrar- und Nahrungsmittelindustrie Umweltkosten in Höhe von 225 % des Profits – damit ist sie einsamer Spitzenreiter (siehe Abb. 7.9).³⁴

Ressourcenhungers, Lebensmittelverschwendung und die daraus resultierenden Klima- und Umweltauswirkungen verdeutlichen, dass die imperiale Ernährungsweise nicht verallgemeinerbar ist. Zudem profitieren nicht alle Menschen gleichermaßen von dieser Ressourcennutzung. Die Durchsetzung von privaten Eigentumsrechten, die Schaffung neuer Märkte, die Marktmacht weniger Konzerne und die damit verbundene einseitige Kontrolle über

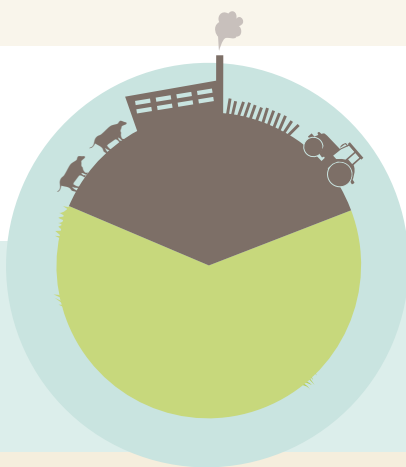
die Umwelt verstärken diese Tendenz (etwa durch Patente für Saatgut oder durch die Privatisierung von Wasser- und Landrechten). Die imperiale Ernährungsweise ist unersättlich und exklusiv. Dementsprechend werden Konflikte um die Kontrolle der natürlichen Ressourcen weiter zunehmen.

Billige Arbeit, aber für wen?

Ein Wohlfühltee aus Indien enthält die Arbeit von Menschen, die zu einem Hungerlohn Schwerstarbeit verrichten.³⁵ Billige Nahrungsmittel im Supermarkt sind mit ausbeuterischen Arbeitsbedingungen eng verknüpft. Über Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft wird seit jeher wenig diskutiert, obgleich sie weltweit die meisten Menschen beschäftigt. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass 1,3 Milliarden Menschen direkt in der Landwirtschaft als Lohnarbeiter*innen tätig sind. Das ist fast die Hälfte aller Beschäftigten weltweit.³⁶ Rechnet man Kinder und Familienangehörige dazu, die ebenfalls von der Landwirtschaft abhängen, dann verdoppelt sich diese Zahl sogar.³⁷ Zugleich ist in diesem Beschäftigungssektor *prekäre Arbeit* (siehe GLOSSAR) und die Verletzung von Arbeits- und Menschenrechten weit verbreitet. Obwohl die industrielle Landwirtschaft die Arbeitsproduktivität

Abb. 7.7: Ressourcenhungers in Zahlen

Quelle: FAO, 2010, 2016; Hoekstra, 2012; IAASTD, 2009a; Steinfeld et al., 2006



Weltweit werden **38 % der Landfläche** landwirtschaftlich genutzt.



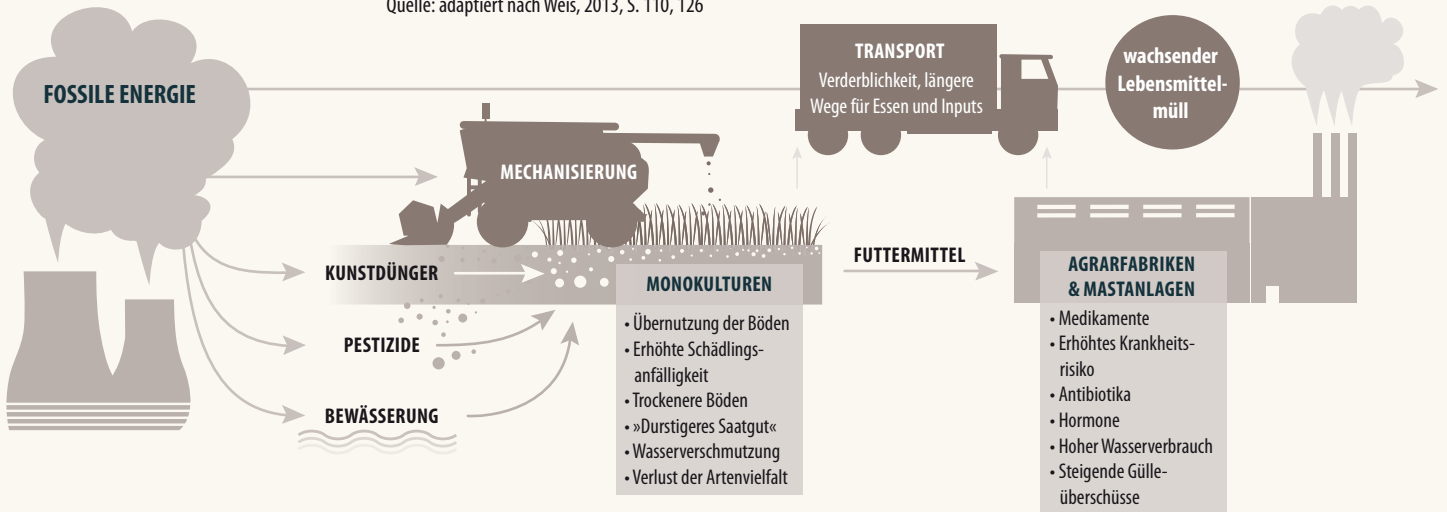
75 % der Nutzpflanzenvielfalt sind mit Einführung kommerzieller, uniformer Sorten verloren gegangen.



33 % der Ackerflächen weltweit dienen der Futtermittelproduktion.

Abb. 7.8: Versteckte Umweltkosten in der industriellen Landwirtschaft

Quelle: adaptiert nach Weis, 2013, S. 110, 126



enorm gesteigert hat, sind viele Bereiche weiterhin sehr arbeitsintensiv, etwa der Anbau von Gemüse und Obst oder die Arbeit in Schlachthäusern. Um die Kosten zu drücken, werden zunehmend ›billige‹ Arbeitskräfte eingestellt.³⁸

*Billig kommt den Arbeiter*innen oft teuer zu stehen*

Was ›billig‹ heißt, zeigt das Beispiel von *Plantagenarbeiter*innen*, etwa für Bananen oder Tee: 200 Millionen von ihnen sind chronisch unterernährt.³⁹ Dabei wird deutlich, dass Armut und Hunger nicht nur ein Problem mangelnder Einkommen sind. Sie sind auch Ergebnis von diskriminierenden und ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen: Strenge Hierarchien regeln die Beziehungen zwischen Arbeiter*innen und Vorgesetzten auf den Plantagen. Viele Beschäftigte leisten regelmäßig ein Höchstmaß an Überstunden und sind gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Dabei mangelt es vielerorts an sozialer und rechtlicher Absicherung, denn die Standards in der Landwirtschaft sind oft besonders niedrig und lassen sich nur schwer kontrollieren. Zudem wird die Organisation

in Gewerkschaften systematisch behindert oder sogar mit Gewalt unterdrückt.⁴⁰ Die Landwirtschaft gehört neben dem Bauwesen und dem Bergbau zu den *gefährlichsten Beschäftigungssektoren*. Mindestens 170.000 landwirtschaftliche Arbeiter*innen sterben jedes Jahr bei Arbeitsunfällen – vor allem mit Maschinen und Geräten.⁴¹ Ein Beispiel dafür sind Schlachthöfe. Bei den Schlachtungen am Fließband passieren die meisten Unfälle in der industriellen Produktion. Die Löhne sind extrem niedrig; körperliche Belastung und psychischer Druck enorm.⁴² Hinzu kommen jährlich drei bis fünf Millionen Pestizidvergiftungen, von denen 346.000 tödlich enden.⁴³

*Moderne Sklavenarbeit auf dem Rücken von Migrant*innen und Frauen?*

Der Agrarsektor beschäftigt einen besonders hohen Anteil an *Arbeitsmigrant*innen*, zum Beispiel auf Plantagen oder in der Nahrungsmittelverarbeitung.⁴⁴ Die menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen im ›Plastikmeer‹ von Almeria,⁴⁵ wo Tomaten produziert wer-

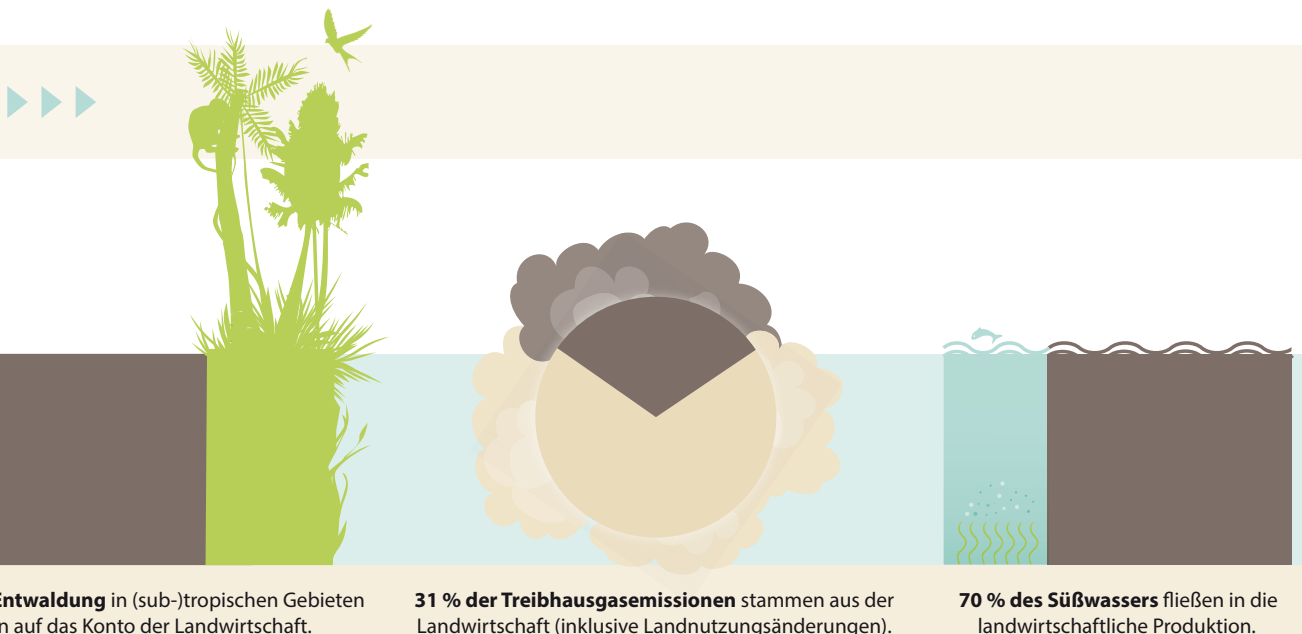
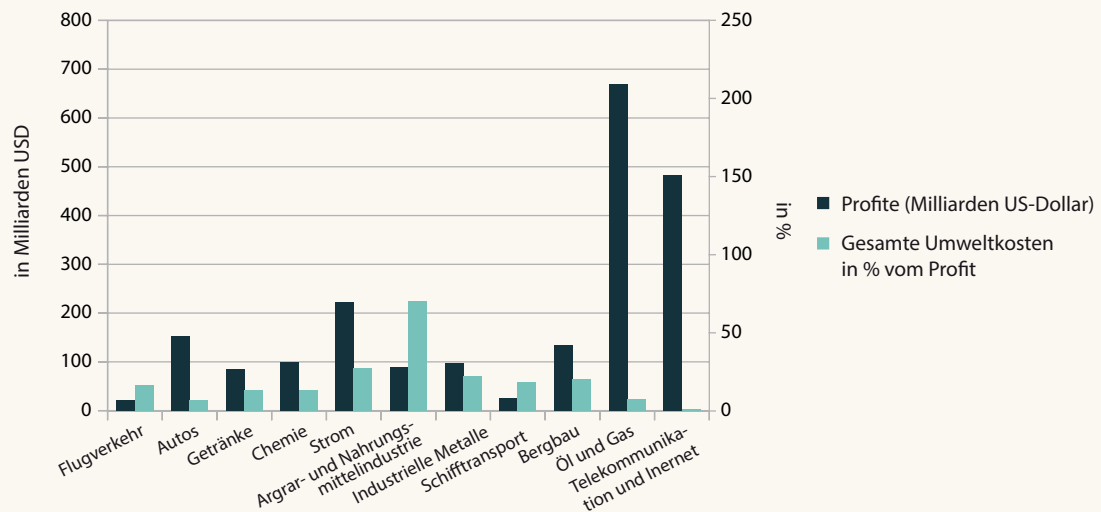


Abb. 7.9: Profite und Umweltkosten nach Sektoren, 2010:
Agrar- und Nahrungsmittelindustrie haben mehr als doppelt so viele Umweltkosten wie Profite

Quelle: KPMG International, 2012



den, oder die Orangenplantagen von Rosarno⁴⁶ sind zwei von vielen Beispielen.⁴⁷ Auch in der US-Landwirtschaft arbeiten eine Million lateinamerikanische Migrant*innen, 40 % davon ohne Papiere.⁴⁸ Dies ist kein Zufall. Sie sind leichter ausbeutbar, da sie über wenige und schwach abgesicherte Rechte verfügen, einen unsicheren Aufenthaltsstatus haben und von rassistischer Diskriminierung⁴⁹ betroffen sind. Ihnen bleibt häufig nichts anderes übrig, als temporäre, schlecht bezahlte und gesundheitsschädigende Arbeit anzunehmen.⁵⁰ Auch viele *Frauen* werden in der Landwirtschaft systematisch benachteiligt und diskriminiert.⁵¹ Sie arbeiten in der Regel zu niedrigeren Löhnen als Männer und führen oft unbezahlte Tätigkeiten aus. Insbesondere in asiatischen⁵² und afrikanischen⁵³ Ländern sind sie in der Regel schlechter ausgebildet als Männer und haben nur eingeschränkten Zugang zu Beratung und Krediten.⁵⁴

Ausbeuterische Klassen-, Geschlechter- und rassistische Verhältnisse sind im Ernährungsbereich weit verbreitet. Ein näherer Blick zeigt, dass gerade sie Voraussetzung und Stütze der imperialen Produktions- und Lebensweise sind. Arbeit ist dabei eine ›Ressource‹, die scheinbar unbegrenzt und ›billig‹ vorhanden ist. Ohne diese Ausbeutung wäre der enorme Wohlstand in ›unserer‹ Überfluggesellschaft nicht möglich.

Die imperiale Ernährungsweise bestimmt unseren Alltag

Die imperiale Lebens- und Ernährungsweise ist unser Alltag im Globalen Norden. Wie wir gezeigt haben, ist

sie eng verknüpft mit der Entwicklung der industriellen Landwirtschaft. Nach der Produktionsseite der imperialen Ernährungsweise wenden wir uns nun der Seite der Verbraucher*innen zu. Wir möchten zeigen, warum sich trotz grassierender globaler Ungerechtigkeiten und Umweltprobleme nichts am bestehenden System ändert. Der Konsum von Fleisch zeigt, wie die imperiale Ernährungsweise und damit verbundene Privilegien als Normalität in unserem Denken und unseren Essgewohnheiten verankert sind. Am Beispiel Supermarkt erfahren wir wie Institutionen und Akteure diese Ernährungsweise ermöglichen und absichern. Der Blick auf das Thema Land zeigt wie von starken Akteuren geschaffene Infrastrukturen dazu beitragen, diese Lebensweise fortzusetzen und zu verallgemeinern.

Das Recht auf das tägliche Schnitzel

Heute wird weltweit fast doppelt so viel Fleisch pro Kopf gegessen wie noch vor 55 Jahren. Gleichzeitig bevölkern mehr als doppelt so viele Menschen wie damals die Erde (siehe Abb. 7.10).⁵⁵ Damit hat sich die weltweite Fleischproduktion von 75 auf über 300 Millionen Tonnen mehr als vervierfacht.⁵⁶ Im Jahr 2012 wurden dafür 65 Milliarden Wirbeltiere geschlachtet – im Schnitt also 10 pro Mensch.⁵⁷ Der globale Anstieg des Fleischkonsums geht dabei mit der tief verankerten Wahrnehmung einher, dass es sich bei Fleisch und tierischen Produkten um überlegene Nahrungsmittel handelt: Daraus gewonnene Proteine seien wertvoller als pflanzliche. Fleischkonsum wird dementsprechend von immer mehr Menschen weltweit als Bestandteil eines ›besseren‹, ›gesünderen‹ Lebens (nach west-

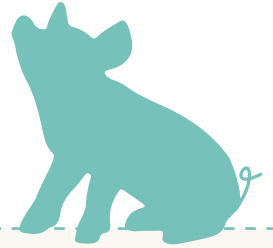
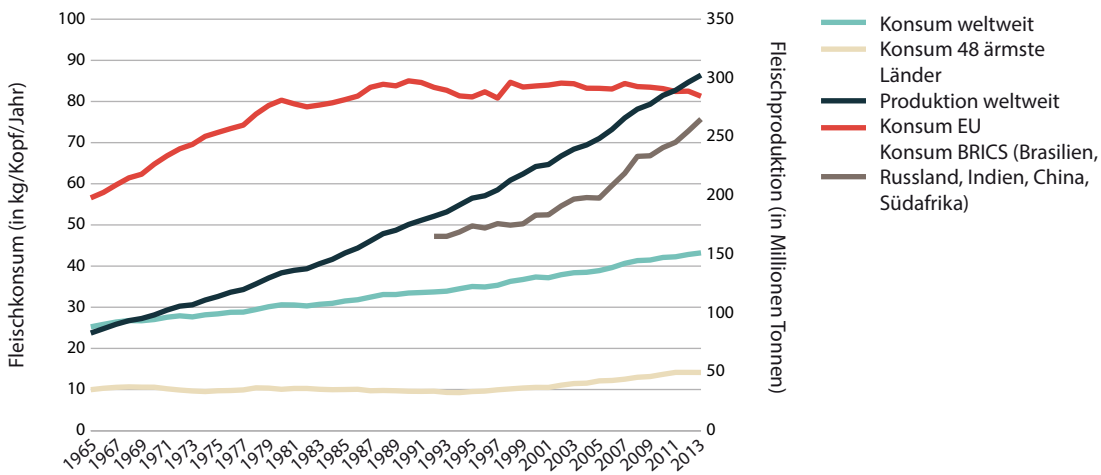
Für die Herstellung von
1 kg Rindfleisch werden
15.400 Liter Wasser
 benötigt.



Im Vergleich: Das ungefähre Größenverhältnis von roter Fläche (oben) zur gesamten Wasserfläche der kommenden Seiten beschreibt den proportionalen Wasserverbrauch von Rindfleisch.

Abb. 7.10: Fleischkonsum und -produktion

Quelle: FAOSTAT, 2017



lichem Vorbild) begriffen.⁵⁸

Ernährung allgemein und Fleischkonsum im Speziellen stellen ein gesellschaftliches Zugehörigkeitsmerkmal dar. Der steigende Verzehr von Fleisch suggeriert Fortschritt, die Überlegenheit des Menschen über andere Lebewesen und die Natur sowie kulturelle und soziale Macht. Der Verzehr von meist rotem Fleisch steht in vielen Gesellschaften für ›Männlichkeit‹, für ›das Tier‹ im Mann.⁵⁹ Werbung rückt den Grillmeister ins Licht des ›Helden‹. Im Hochglanzmagazin ›für Männer mit Geschmack‹ dreht sich alles um männlichen Genuss – Fleisch und Alkohol. Die geschlechtsspezifische Identifikation mit Fleisch zeigt sich auch daran, dass in Deutschland Männer im Schnitt doppelt so viel Fleisch- und Wurstwaren essen wie Frauen.⁶⁰

Die *Ungleichheit beim Fleischkonsum* setzt sich global fort: In Deutschland und Österreich lag der pro-Kopf Fleischkonsum 2013 mit 86 beziehungsweise 91 Kilogramm weit über dem globalen Durchschnitt von 43 Kilogramm.⁶¹ Der Fleischkonsum in den USA und in Westeuropa hält sich auf hohem Niveau, während er global – mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen – zunimmt. Vor allem in den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und im asiatischen Raum nehmen Fleischkonsum und -produktion rasch zu.⁶² Die Kluft zwischen Arm und Reich herrscht auch innerhalb von Gesellschaften, ist jedoch schwerer zu ermitteln. Vorwiegend Ober- und Mittelschichten steigern ihren Fleischkonsum – in einer wachsenden Klasse transnationaler Verbraucher*innen.⁶³ Die Armen weltweit bleiben von dieser Entwicklung ausgeschlossen.

Der Verzehr von Fleisch stellt ein *Privileg* dar. Menschen, die übermäßig Fleisch und andere tierische Pro-

INFOBOX:

Mensch und Tier – »Der Mensch ist das Tier, das vergisst, dass es ein Tier ist«⁶⁴

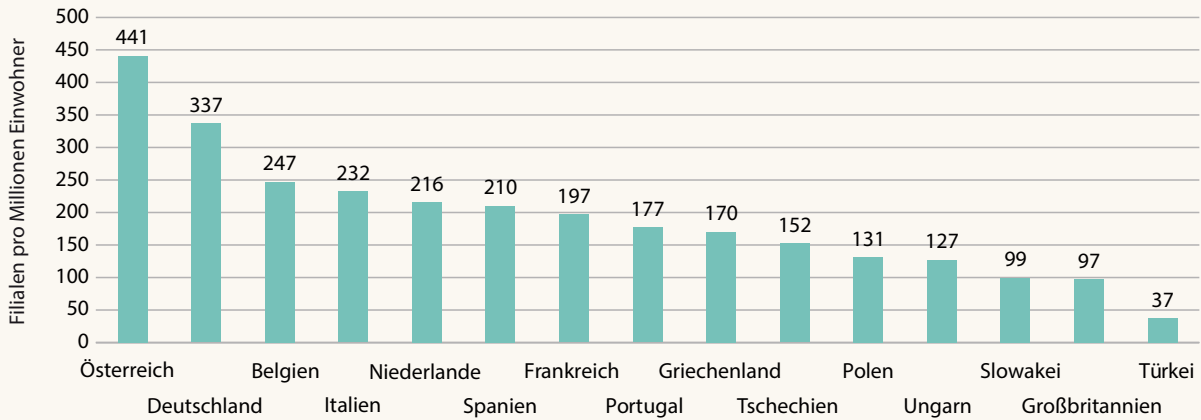
Unsere Mensch-Tier-Beziehung ist von Widersprüchen geprägt. Für den geliebten Hund kaufen wir Premium-Futter, das aus Lamm und Kalb besteht. Ob uns ein Tier als Haustier, als Nahrungsmittellieferant oder zu Forschungszwecken dient (siehe BILDUNG UND WISSEN) oder ob wir es als Schädling bekämpfen, ist kontextabhängig. Kaninchen zum Beispiel fallen in alle vier Kategorien.⁶⁵ Einerseits identifizieren wir uns von klein auf mit Tiergestalten in Märchen, bauen emotionale Nähe zu Haustieren oder manchen Nutztieren auf. Andererseits sind Tiere das, was wir nicht sind: das Naturnahe, Triebhafte, Andere, ein Schimpfwort – oder ein Stück Fleisch auf dem Teller. Dass tierische Körper in der industriellen Landwirtschaft nur noch Produktionsmittel sind, steht in enger Verbindung mit der Entwicklung des Industriekapitalismus. Die in den Schlachtfabriken Chicagos perfektionierte Fließbandproduktion erlaubte bereits Jahrzehnte vor Ford's Model T eine zentrale Steuerung des Arbeitstempos (siehe HISTORISCHER ABRIS, S. 16).⁶⁶ Diese Entwicklung sorgte für eine dramatische Steigerung von Masse und Geschwindigkeit der Fleischerzeugung mit entsprechend negativen Folgen für Arbeiter*innen und Tiere.⁶⁷ Zäune und Gitter sichern den ständigen Zugriff auf tierische Körper, die von der Geburt übers Wachstum bis zum Tod kontrolliert werden. Moderne Hühnerschlachthanlagen erlauben die Tötung und Verarbeitung von einigen Hunderttausend Tieren – am Tag.⁶⁸ Dies ermöglicht unter anderem die Infrastruktur der industriellen Fleischerzeugung, die eine räumliche und entsprechend emotionale Distanz zwischen (Nutz-)Tier und Mensch schafft. So ist es unmöglich nachzuvollziehen, woher das Tier stammt, womit es gefüttert, wie es gehalten und geschlachtet wurde.

Seit Jahren tobt unter Bäuer*innen und Tierrechtler*innen ein Streit darüber, ob eine tiergerechte Nutzung überhaupt möglich ist. Idyllische Werbebilder und immer neue Labels für artgerechtes Fleisch legen nahe, dass alles in Ordnung sei. Die gesellschaftliche Normalität aber wird weiterhin von billigen und ständig verfügbaren industriellen Tierprodukten geprägt.

Wir essen sie täglich – morgens, mittags und abends.

Abb. 7.11: Supermarktdichte im europäischen Lebensmitteleinzelhandel in Filialen pro Millionen Einwohner

Quelle: Monopolkommission, 2012



dukte, wie Milch, Eier und Käse, konsumieren, greifen damit auch übermäßig auf die Biosphäre zu und beuten Tiere aus. Diese ressourcenintensive, umweltschädigende und ausbeuterische Ernährungsweise ist weltweit auf dem Vormarsch. Den Profiteuren erscheint es als selbstverständlich, gar als Recht, ein besonders großes Stück vom Braten abzubekommen, während viele andere leer ausgehen. Diese Haltung ist so tief im Bewusstsein vieler Konsument*innen verankert, dass sie die Folgen ihres Handelns ausblenden.

Wer darf ins Regal? Supermärkte als Türsteher des Ernährungssystems

Supermärkte sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Warum eigentlich? Sie organisieren in unseren Breiten weitestgehend den Verkauf von Lebensmitteln an Konsument*innen. Doch warum finden wir das ›super‹? Zahlreiche Versprechen machen dieses Modell so attraktiv: ein Überfluss an Waren, fast ständige Verfügbarkeit – auch für ›Menschen mit wenig Zeit‹ –, das Gefühl der Unabhängigkeit durch ›freie‹ Wahl. Und nicht zuletzt: billige Preise. Die Werbung lockt mit verheißungsvollen Slogans wie »Kampf dem Preis« oder »der Kunde ist König«. Selten wird hinterfragt, wer die Kosten trägt und *ob, wie und für wen* Supermärkte diese Versprechen einlösen. Um diese Fragen näher zu beleuchten, müssen wir ›hinter‹ die Supermarktregele blicken.

» **Big eats small then bigger eats big.**«
(Reardon et al., 2003)

Seit Anfang der 1990er-Jahre verschieben sich die *Machtverhältnisse im Lebensmittelsystem* zunehmend zum

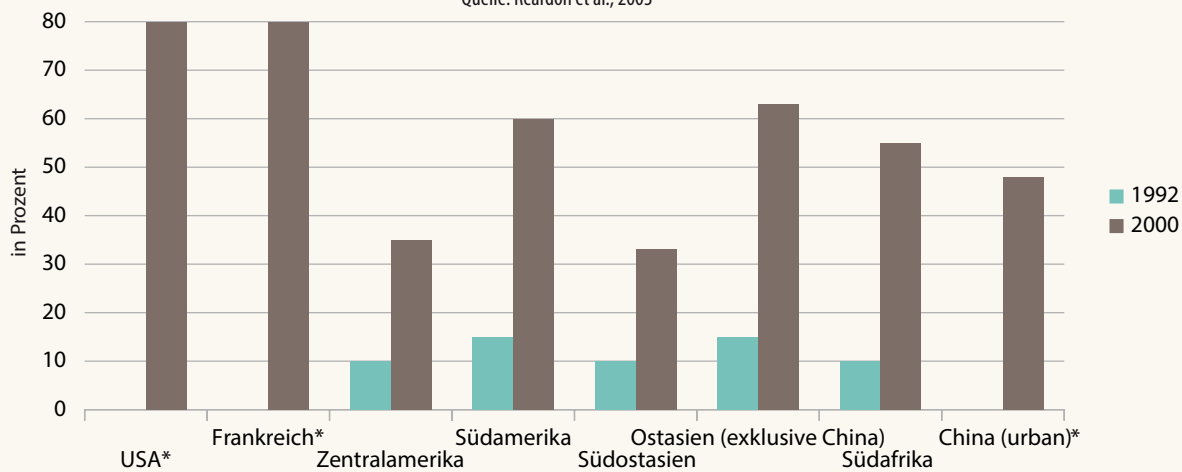
Vorteil des Lebensmitteleinzelhandels. Supermärkte nehmen als ›Türsteher‹ zwischen Erzeuger*innen und Konsument*innen eine bedeutende Rolle ein. Entsprechend steigt die Markt- und Machtkonzentration in vielen Ländern. In Deutschland kontrollieren die fünf führenden Supermarktketten Edeka, Rewe, Aldi, Lidl und Metro rund 90 % des Marktes,⁶⁹ in Österreich dominieren Rewe, Spar und Hofer 87 %.⁷⁰ Diese Zahlen sind mit einer zentralen Entwicklung verbunden: Die Nahrungsmittelmärkte in Ländern des Globalen Nordens sind gesättigt (siehe Abb. 7.11).⁷¹ Daraus folgt ein harter Verdrängungswettbewerb um Marktanteile.

Durch folgende *Strategien* wollen Supermärkte als Gewinner aus dem Wettbewerb hervorgehen: Erstens bringen sie immer mehr und neue Waren auf den Markt. Schätzungen zufolge bietet die Lebensmittelbranche allein in Großbritannien jedes Jahr 12.000 neue Produkte an.⁷² Zugleich lädt sie Produkte mit ›neuen‹ Bedeutungen auf, die von ›bäuerlicher Idylle‹ über ›Gesundheit‹ bis ›Wohlbefinden‹ reichen. Über Labels wird auch beansprucht, besonders ›faire‹, ›CO₂-neutrale‹ oder ›ökologische‹ Produkte zu verkaufen.

Zweitens herrscht der Kampf um die geringsten Preise. Supermärkte können aufgrund ihrer Marktmacht die Preise bestimmen und drücken, auf Kosten von Arbeiter*innen⁷³, Bäuer*innen und unserer Umwelt. Ebenso definieren Supermärkte Qualität und Art der Ware.⁷⁴ Ein Beispiel dafür sind Eigenmarken: Anstatt von den Marken anderer Akteur*innen abhängig zu sein, erscheint in den Regalen die scheinbar gleiche – eigene – Ware: Supermärkte machen Zulieferer dadurch auswechselbar und stellen sie in Konkurrenz zueinander. Dadurch setzen sie für sich günstige Konditionen durch. Zudem können sie in die Produk-

Abb. 7.12: Anteil der Supermärkte an Nahrungsmittelverkäufen in %

Quelle: Reardon et al., 2003



* Daten für 1992 nicht vorhanden

tion eingreifen.⁷⁵

Drittens erschließt die Lebensmittelbranche neue Märkte (siehe Abb. 7.12 und Tabelle 7.1).⁷⁶ Die Liberalisierung von Handel und Investitionen sowie die Deregulierung der Agrarmärkte machen's möglich. Investitionen im Ausland und Übernahmen von kleineren, lokalen Supermarktketten dienen oft als Türöffner. Denn lokale Ketten haben bereits Fuß gefasst und kennen sich mit Konsumgewohnheiten im jeweiligen Land aus. Lokale Händler und Erzeuger*innen sind oft die Leidtragenden des Verdrängungswettbewerbs. Wachsende Konkurrenz und Preisdruck am Weltmarkt führen auch dazu, dass sie bei Liefer-, Preis- und Qualitätsstandards nicht mithalten können. Neue Arbeitsplätze wiegen dies nur bedingt auf. So ziehen die großen Supermarktketten Wertschöpfung aus der Region ab und zerstören die Lebensgrundlage zahlreicher Menschen.⁷⁷

Supermärkte beeinflussen heute maßgeblich das Ernährungssystem. Sie ermöglichen und verstärken die imperiale Ernährungsweise. Konsument*innen haben erst bei den Regalen die Wahl – zu einem Zeitpunkt, an dem wesentliche Entscheidungen bereits getroffen sind.⁷⁸ Die über Supermärkte zugängliche imperiale Ernährungsweise beruht nicht einfach auf dem ›Wunsch‹ der Kund*innen. Konzerne verfolgen wirtschaftliche Strategien und die Politik schafft oft die nötigen Rahmenbedingungen, um Vorteile für die Lebensmittelkonzerne zu sichern. Die Machtposition der Supermärkte wächst und steht einem global gerechten Ernährungssystem im Wege.

Wie viel Boden braucht der Mensch?

Boden ist wertvoll: Ohne guten Boden gibt es keine Landwirtschaft. In diesem Sinne bildet er die Basis für die

Erzeugung von Nahrungsmitteln. Doch es gibt sehr unterschiedliche Vorstellungen vom Umgang mit Land und Boden. In den Anden gilt Land beispielsweise traditionell als Allgemeingut. Es ist nicht veräußerbar, sondern die Bewohner*innen sollen es gemeinschaftlich verantwortungsvoll nutzen und erhalten.⁷⁹ Zugleich boomt die Aneignung von Land weltweit – als Privateigentum, Ware und Spekulationsobjekt. Verschiedene Akteure wollen die global verfügbaren Landflächen für ihre eigenen Zwecke nutzen. Um ihre Besitznahme unwiderruflich zu machen, schaffen sie unterschiedlichste Rahmenbedingungen und Infrastrukturen. Dazu zählen Straßen, die sich in entlegene Gebiete bahnern (siehe MOBILITÄT), Eigentumsverhältnisse oder vorteilhafte Bedingungen für Investitionen (siehe GELD UND FINANZEN) in Agrarland.

Wie wir gezeigt haben, beansprucht die imperiale Ernährungsweise über den steigenden Konsum tierischer Produkte immer mehr Landflächen (siehe Abb. 7.13).⁸⁰ So prägen heute vielerorts Ozeane von Getreide- und Ölsaat-Monokulturen und Inseln intensiver Viehhaltung die Landschaft. Ein ausgeklügeltes Transportnetz bildet die dafür notwendige Infrastruktur, etwa um Futtermittel aus Südamerika nach Europa und anschließend als abgepacktes Schweinefleisch nach China zu schicken.⁸¹ Aber Land wird nicht nur für den Anbau von Nahrungs- und Futtermitteln genutzt. Zunehmend spielen auch Energiepflanzen (siehe Infobox »Agrartreibstoffe«) und agrarische Rohstoffe zur industriellen Verarbeitung (zum Beispiel Baumwolle) eine Rolle.⁸² Ganz selbstverständlich wird dabei auf Land in der ganzen Welt zugegriffen. Um allein Europas Bedarf an Agrargütern zu decken, werden jährlich etwa 120 Millionen Hektar Land ›importiert‹ – das ist mehr als die Fläche Skandinaviens.⁸³ Der bis An-

Tabelle 7.1: Filialen transnationaler Supermarktkonzerne in Entwicklungs- und Schwellenländern

Quelle: Luig, 2014

	Walmart (US)	Carrefours (FR)	Auchan (FR)	Metro (DE)	Tesco (GB)
Weltweit	10.739	10.376	3.500	1.240	7.384
Mexiko	2.226				
Guatemala	213				
Costa Rica	216				
Chile	388				
Argentinien		521			
Brasilien	557	241			
Senegal			4		
Tunesien			82		
Südafrika	352				
Pakistan				9	
Indien	20	5		16	
Thailand					1.737
Malaysia					49
Vietnam				19	
Taiwan		69	48		
Südkorea					433
China	401	236	386**	78	134

Anmerkung: Die Tabelle beschränkt sich auf eine Auswahl der wichtigsten Unternehmen und Zielländer.
 **inklusive Joint Venture mit Ruentext.

fang der 2000er-Jahre schleichende Prozess zunehmender Landkonzentration hat sich seither in ein globales Wettrennen um Ackerflächen gewandelt. Auf der Suche nach »sicheren« Investitionen und Anlagemöglichkeiten haben unterschiedliche – nicht landwirtschaftliche – Akteure wie Staaten, transnationale Unternehmen oder Banken die Agrarbranche für Investitionen entdeckt. Seither bieten Investmentfonds und Banken Land und landwirtschaftliche Produkte in ihrem Portfolio an, oftmals als reines Spekulationsobjekt (siehe GELD UND FINANZEN).⁸⁴

Allein die Landmatrixⁱⁱ verzeichnet 182 Unternehmen aus der EU, die in 52 Ländern außerhalb Europas in 323 Fälle von *Land Grabbing*⁸⁵ (siehe GLOSSAR) verwickelt

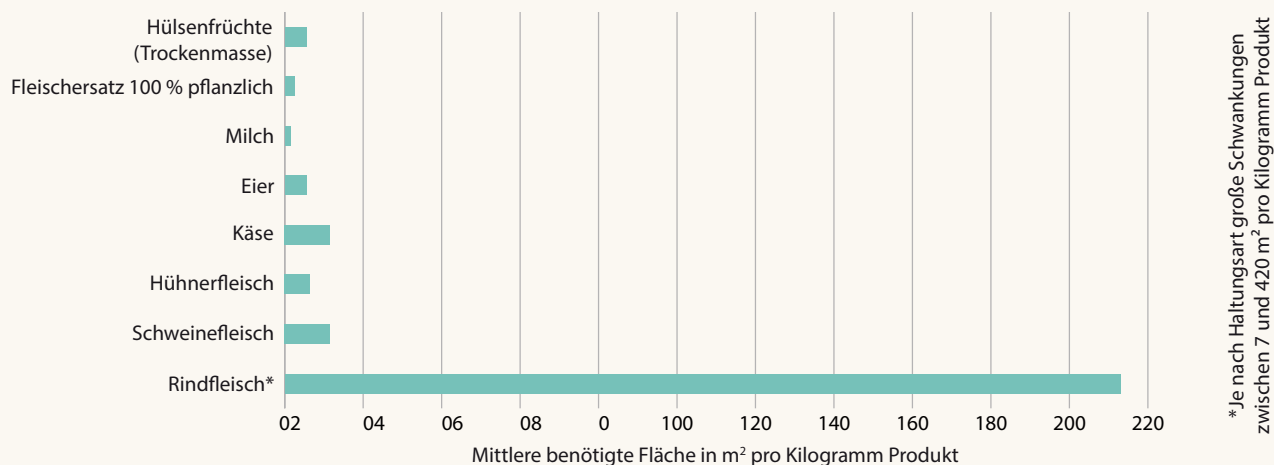
sind. Dies betrifft 5,8 Millionen Hektar Land (siehe Abb. 7.14).⁸⁶ Entgegen einer gängigen Vorstellung findet Land Grabbing auch inmitten Europas statt. Zudem stellt hier die extrem hohe Konzentration von Land in den Händen weniger ein Problem dar.⁸⁷ So kontrollieren die größten 3 % der landwirtschaftlichen Betriebe 52 % der Agrarfläche. Demgegenüber verfügen die kleinsten 75 % der Betriebe über 11 % der Fläche.⁸⁸

Land-Geschäfte basieren oftmals auf undurchsichtigen und ungleichen Verhandlungen zwischen Investoren, Agrarkonzernen, Regierungen und deren lokalen Vertreter*innen sowie jenen, die das Land bis dato genutzt haben. Investoren locken dabei mit Angeboten wie einem

ii Eine unabhängige Initiative zur Beobachtung von Entwicklungen rund um Land und Investment, siehe www.landmatrix.org/en/.

Abb. 7.13: Land-Fußabdruck verschiedener Nahrungsmittel

Quelle: Nijdam et al., 2012, S. 763



fixen Lohn als Landarbeiter*in oder dem Bau von Schulen und Krankenstationen. Problematisch ist jedoch, dass Investoren und Regierungen die Betroffenen kaum informieren und schützen. Die Landnahmen werden vielmehr häufig mit Gewalt erzwungen.⁸⁹

Der unbeschränkte Zugriff unterschiedlicher Akteure auf Land wandelt oftmals nach dem Gewohnheitsrecht gemeinschaftlich genutztes Land in *Privateigentum* um. Dies ist vor allem im Globalen Süden der Fall. Bei der Schaffung eines Bodenmarkts, neuer Eigentumsverhältnisse und entsprechender Nutzungsformen spielen Landvermessung und -registrierung eine Schlüsselrolle (siehe BILDUNG UND WISSEN).⁹⁰ Selbst im entwicklungspolitischen Diskurs erscheint die private Aneignung von Land teils als positiv. Der Staat verteilt etwa offizielle Landtitel an die Armen und wertet bisher als »ungenutzt« geltendes Land auf, indem er es für Privatinvestoren freigibt. Dabei ignoriert er meist die vielfältigen Folgen für betroffene Gemeinschaften und die Umwelt.⁹¹ In diesem Sinne riefen auch die G8-Staaten die *New Alliance for Food Security and Nutrition* ins Leben. Über 100 private Akteure sitzen mit am Tisch und können die internationale Hilfe nach ihren Vorstellungen und zu ihrem Vorteil mitgestalten – ein aktueller Trend in der Entwicklungspolitik.⁹² Um ländliche Armut und Hunger in Afrika zu bekämpfen, erhält die Allianz Entwicklungshilfe in Milliardenhöhe – unter anderem von der EU. Öffentlich-private Partnerschaften (PPPs) mit Agrarkonzernen wie Bayer, Monsanto, Syngenta und Yara sollen »Wachstumskorridore« schaffen, um die Landwirtschaft zu modernisieren: Kleinbäuerliche Landwirtschaft gilt als rückständig, Industrialisierung könne sie überwinden. Dafür sollen PPPs allein in Tansania, Malawi, Burkina Faso, Mosambik und Ghana 1,3 Millionen

INFOBOX:

Agrartreibstoffe – Nahrungsmittel für Teller oder Tank



Agrartreibstoffe versprechen eine neue, klimafreundliche, auf nachwachsenden Rohstoffen basierende Alternative zu fossiler Energie. Zugleich bieten Investitionen in diesem Bereich profitable und scheinbar sichere Kapitalanlagen. Schätzungen zufolge haben sich europäische Firmen für den Anbau von Agrartreibstoffen heute bereits über fünf Millionen Hektar Land im Globalen Süden gesichert – mehr als die Fläche Niedersachsens.⁹⁵

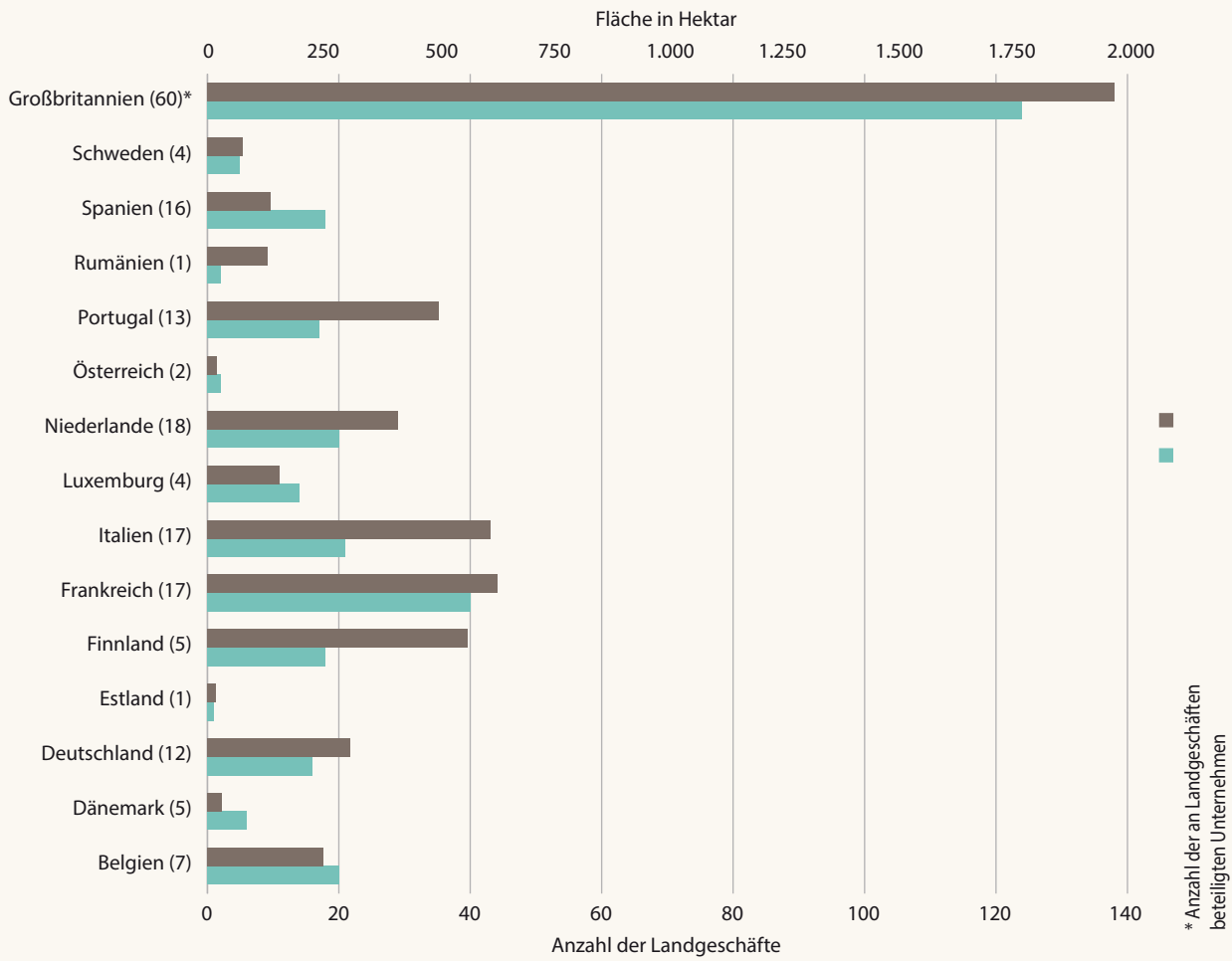
In jüngerer Zeit äußern sich vermehrt Kritiker:⁹⁶ Der Agrartreibstoff-Boom seit den 2000er Jahren (siehe Abb. 7.15)⁹⁷ hat zu einer weiteren Ausbreitung der industriellen Landwirtschaft geführt und ist Ursache für Entwaldung, Zerstörung von Artenvielfalt und die teilweise Verdrängung von Nahrungsmittelanbau und kleinbäuerlicher Landwirtschaft.⁹⁸ Zudem zeigen Studien, dass Agrartreibstoffe klimaschädlicher sind als gedacht. Erstens braucht auch die Produktion von Agrartreibstoffen Inputs wie Dünger und Agrochemie, die unter hohem Energieeinsatz erzeugt werden. Wird dies berücksichtigt, ist die Klimabilanz häufig negativ.⁹⁹ Zweitens werden beispielsweise Wälder oder Savannen in Anbauflächen für Energiepflanzen umgewandelt. Dies geht mit der Freisetzung gewaltiger Mengen an Kohlenstoff einher.¹⁰⁰

Der Gallagher-Report errechnet in einem Szenario aus dem Jahr 2008, dass angesichts der Förderpolitiken für Agrartreibstoffe der EU und den USA der Anbau von Agrartreibstoffen bis 2020 etwa 500 Millionen Hektar zusätzliches Land benötigt. Das entspricht einem Drittel der aktuell verfügbaren Ackerflächen.¹⁰¹ So entstehen vor allem in Afrika, Indien, Brasilien, Malaysia und Indonesien täglich neue Plantagen, um mit Soja, Raps, Ölpalmen, Sonnenblumen, Jatropha, Mais, Weizen und Zucker nicht leere Mägen, sondern Tanks zu füllen.

Die Forschung an weniger schädlichen und flächenintensiven Agrartreibstoffen steckt noch in den Kinderschuhen und bietet bislang keine realen Alternativen.¹⁰² Wahrscheinlich ist, dass trotz Einsparpotenzialen die negativen Folgen angesichts des anhaltenden Booms weiter zunehmen.

Abb. 7.14: Landgeschäfte europäischer Unternehmen außerhalb der EU

Quelle: Borras et al., 2016, S. 14f; The Land Matrix Global Observatory, 2017



Hektar bereitstellen.⁹³ Einige wenige ›marktfähige‹ Bauern und Bäuerinnen werden über Vertragsanbau in das Projekt eingebunden. Der Mehrheit droht jedoch Vertreibung und der Verlust des Zugangs zu Land und Wasser. Dieses Vorgehen verstärkt Armut und Hunger, anstatt sie zu bekämpfen.⁹⁴

Die imperiale Lebensweise verändert also Eigentumsverhältnisse und Landnutzung. Die Aneignung von Land verschärft Ungleichheiten: Einerseits schaffen Regierungen und internationale Organisationen günstige Rahmenbedingungen und langfristig wirksame Infrastrukturen, um finanzstarken Akteuren Tür und Tor zu öffnen. Andererseits verlieren damit Millionen von Menschen ihre Existenzgrundlagen und sind gezwungen, sich billig zu verdingen. Durch Land Grabbing breitet sich außerdem

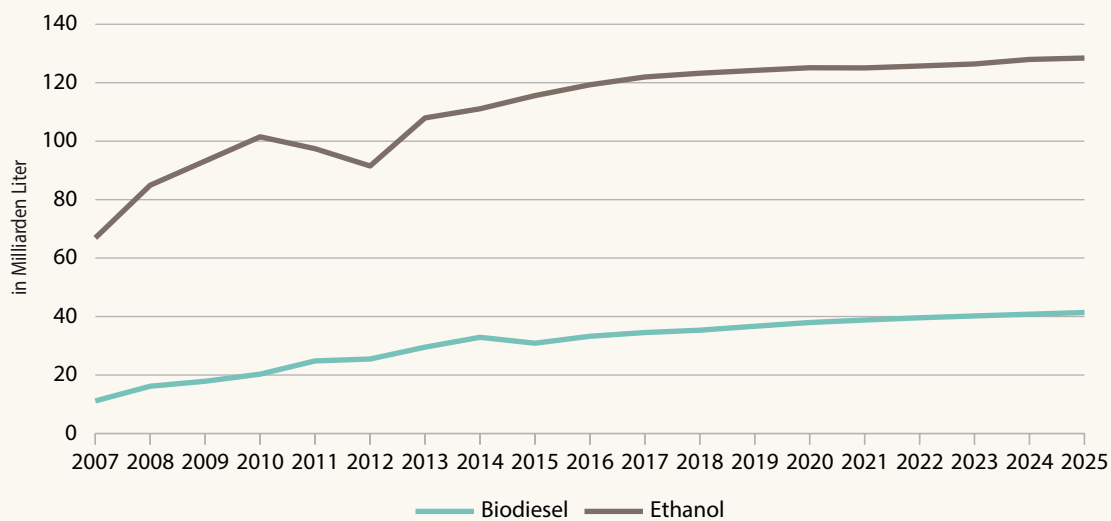
die industriellen Landwirtschaft weiter aus. Alternativen Produktions- und Lebensweisen wird der Boden entzogen.

Wege aus der Ernährungskrise?

Ernährungssicherheit ist nicht allein durch die Summe der weltweit produzierten Kalorien gewährleistet. Wir haben gezeigt, dass die Ausbreitung der industriellen Landwirtschaft jene Menschen verdrängt, die die Welt ernährung maßgeblich sicherstellen: Kleinbäuer*innen und Landarbeiter*innen. Die imperiale Ernährungsweise zerstört alternative Produktionsweisen und beraubt Millionen von Menschen eines selbstbestimmten und guten Lebens. Entsprechend bestehen die Ursachen des Hungers darin, *wie* und *von wem* Nahrungsmittel produziert, verteilt und konsumiert werden – und wie dies auf Kosten an-

Abb. 7.15: Globaler Anstieg von Agrartreibstoffen: Produktion in Milliarden Liter

Quelle: OECD & FAO, 2016



derer Menschen und der Erde geht.

Weder Fisch noch Fleisch!

Viele Akteure suchen nach Lösungen für die aktuellen Probleme des Agrar- und Ernährungssystems. So setzt sich die *Global Alliance for Climate Smart Agriculture (GACSA)* als Ziel, die Landwirtschaft ›klimafit‹ zu machen. Und die *New Alliance for Food Security and Nutrition* beansprucht für sich, den Hunger in Afrika zu beseitigen. Diese Allianzen aus transnationalen Agrarkonzernen, Regierungen und internationalen Organisationen, wie FAO, Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank, schreiben jedoch die Ursachen der Probleme fort und präsentieren bloß Scheinlösungen: Etwa indem sie im Namen der Hungernden und angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung die industrielle Landwirtschaft vorantreiben. Damit verschärfen sie aber soziale und ökologische Probleme – und wiederum Hunger – weltweit. Diese neuen Allianzen zur Bekämpfung der Umwelt- und Hungerkrise propagieren letztlich ein ›Weiter wie bisher‹ in ›grünem‹ Gewand (siehe Infobox »Green Economy«).¹⁰³

Auch auf der Konsumseite gibt es verschiedene Lösungen. So setzen Supermarktketten zunehmend auf Nachhaltigkeits-Labels, Initiativen gegen Lebensmittelabfälle und ein breites Sortiment an biologischen, regionalen und saisonalen Nahrungsmitteln. Jedoch sind ökologisch verträgliche Produkte nicht die Norm und nur für einen Teil der Bevölkerung erschwinglich. Gleichzeitig werden Supermärkte immer einflussreicher und treffen somit wesentliche Entscheidungen. Und nicht zuletzt setzen sich die

zerstörerischen Folgen des Verdrängungswettbewerbs, der Erschließung weiterer Märkte und des Preisdrucks fort.

Auch wenig(er) Fleisch gehört inzwischen zum guten Ton einer trendigen, umweltbewussten Minderheit in unseren Breiten. Der Trend nimmt Fahrt auf, neue Restaurants und passende Produkte erleichtern den Umstieg auf (teils) vegane oder vegetarische Ernährung. Weniger Fleisch zu essen und sich möglichst ökologisch und fair zu ernähren ist wichtig. Allein das individuelle Konsumverhalten zu ändern reicht aber nicht aus, um die strukturellen Probleme einer imperialen Ernährungsweise zu überwinden. Die genannten Ansätze greifen aus folgenden Gründen zu kurz:

1. Sie hinterfragen die Machtverhältnisse nicht. Die undemokratische Kontrolle und Gestaltung des Agrar- und Lebensmittelsystems setzt sich fort.
2. Die Logik des unbegrenzten, ressourcenintensiven und konkurrenzgetriebenen Wachstums bleibt aufrecht (siehe ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK, S. 96). Das Ernährungssystem orientiert sich weiter an Märkten und Profiten, statt am tatsächlichen Bedarf; etwa der Hungerbekämpfung. Alternativen erscheinen unrealistisch.
3. Sie überwinden die Exklusivität der imperialen Ernährungsweise nicht. Die übermäßige und nicht nachhaltige Aneignung von Arbeit und unserer natürlichen Umwelt bleibt einigen Privilegierten vorbehalten.

Vor dem Hintergrund multipler Krisen (siehe GLOSSAR) ist es dringend notwendig, die imperiale Ernährungswei-

se zu überwinden – gerade angesichts der Tatsache, dass die industrielle Landwirtschaft selbst die Grundlagen einer zukunftsfähigen Agrarproduktion zerstört. Jedoch ist die imperiale Ernährungsweise tief in unserem Alltag verankert und erscheint uns als normal. Rahmenbedingungen sowie Infrastrukturen ermöglichen sie; Institutionen und einflussreiche Akteure sichern sie ab. Wie also können wir sie überwinden?

Gutes Essen für alle!

Wir haben verdeutlicht, dass die bestimmenden Entwicklungen im Agrar- und Ernährungssystem einem *guten Leben für alle* entgegenstehen. Es kann nicht gelingen, Probleme und Krisen mit Mitteln zu bekämpfen, welche die Ursachen für diese nicht in Frage stellen, ja sogar festigen. Um aus dieser Sackgasse herauszukommen, ist ein Nachdenken über verschiedene Transformationspfade hilfreich. Dabei gibt es keinen einfachen ›Masterplan‹.

Transformation im Sinne eines *guten Lebens für alle* zielt auf eine ›Welt ohne Hunger‹. Die Forderung ist klar: Gutes Essen für alle! Weltweit gibt es mittlerweile zahlreiche Initiativen, Allianzen und Bewegungen, die sich für ein anderes, zukunftsfähiges und gerechtes Agrar- und Ernährungssystem einsetzen. Zentrale Bedeutung haben Kämpfe um *Ernährungssouveränität* (siehe GLOSSAR) erlangt. Die Bewegung *La Via Campesina* spielt dabei eine Schlüsselrolle. Sie vereint weltweit etwa 200 Millionen Bäuer*innen, Landlose, Hirt*innen, Landarbeiter*innen und Fischer*innen. Ziel ist es, die Art und Weise wie Lebensmittel produziert, verteilt und konsumiert werden demokratisch selbst zu bestimmen und zu gestalten. Ohne auf Kosten anderer zu gehen.

Gutes Essen für alle heißt Widerstand leisten!

Unzählige Menschen sind weltweit von den negativen Auswirkungen der imperialen Lebensweise betroffen. Diese Menschen sind nicht einfach passive Opfer. Viele leisten Widerstand und leben Alternativen: Sie organisieren Proteste, alternative Projekte und Gegenmacht. Unmittelbar gilt es, die Lebensgrundlagen von Millionen von Kleinbäuer*innen zu verteidigen. Dies erfordert politische und rechtliche Rahmenbedingungen zugunsten dieser Akteure. Oftmals geht es dabei auch um den Widerstand gegen die Auswirkungen von Politiken der Europäischen Union oder gegen (Infrastruktur-)Projekte von Konzernen und Regierungen aus dem Globalen Norden.¹⁰⁴ Um beispielsweise dem globalen Land Grabbing Einhalt zu bieten, reicht es nicht aus auf Freiwilligkeit zu setzen.¹⁰⁵ Wir brauchen rechtlich bindende Verpflichtungen und Abkommen, die Menschenrechte und Umweltgerechtigkeit weltweit stärken und durchsetzen.¹⁰⁶ Ebenso braucht es eine Debatte über (öffentliche) Investitionspolitik, die ökologisch verträglich sind, Menschenrechte einhalten und der Armuts- und Hungerbekämpfung tatsächlich dienen.¹⁰⁷ Ausschlaggebend ist dabei die Verteidigung oder Rückgewinnung der demokratischen Kontrolle über Land, Wasser und Saatgut. Diese Kämpfe sind in vollem Gange. Die brasilianische Landlosenbewegung (MST) ist dafür ein bedeutendes Beispiel: MST tritt für eine sozial und ökologisch gerechte Landreform ein.¹⁰⁸

Alternativen leben! Für demokratische, solidarische und nachhaltige Ernährungsweisen

Wir dürfen die sozial-ökologische Transformation des Ernährungssystems nicht anderen überlassen. Vielmehr geht es um eine umfassende Politisierung von Fragen der

Ernährung. Ob und wie viel Fleisch wir essen ist eine gesellschaftlich relevante Entscheidung und hat globale Auswirkungen. Gleichzeitig kommt es auch darauf an wie wir unser Essen erzeugen und woher es stammt.

Es gibt bereits genossenschaftliche und solidarökonomische Ansätze, die ökologischen Prinzipien folgen und die ganze Wertschöpfungskette einbeziehen. Sie weisen in Richtung einer demokratischen Ausgestaltung der Nahrungsmittelversorgung entlang der Bedürfnisse und Interessen *aller* beteiligten Akteure.¹⁰⁹

Beispielhaft hierfür sind *Ernährungsräte*, in denen Menschen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik auf Stadt- und Kommunalebene gemeinsam an zentralen Fragen der Agrar- und Ernährungspolitik arbeiten. Bei *Lebensmittelkooperativen* treten etwa Mitglieder mit den Erzeuger*innen in Kontakt. Sie entscheiden welche Waren wo bestellt werden, handeln die Bedingungen der Zusammenarbeit aus und beschaffen und verteilen die Nahrungsmittel gemeinschaftlich. Die *Solidarische Landwirtschaft* geht einen Schritt weiter: Bäuer*innen und Konsument*innen entscheiden gemeinsam darüber was die Bäuer*innen wie produzieren. Finanzierung, Risiko und Teile der Arbeit organisieren sie solidarisch. Gemeinsam mit Bauern und Bäuerinnen, die aktiv für eine andere Landwirtschaft eintreten, leben Konsument*innen alternative Produktions- und Konsummuster. All diese Initiativen drängen Konzerne zurück, während neue Akteure an Einfluss gewinnen und Erzeuger*innen ihre Selbstbestimmung zurückerlangen. Sie schaffen dadurch Gegenmacht. Die Veränderung alltäglicher Verhältnisse und die Demokratisierung des Agrar- und Ernährungssystems erfordert solche Lernprozesse. Es braucht Raum, Zeit und viel Energie, um neue Formen des Miteinanders konkret zu leben und die gewünschte Zukunft aktiv mitzugestalten.

Wir wollen gutes Essen! Für eine agrarökologische Wende

Eine Neuausrichtung des Ernährungssystems erfordert die Grenzen unseres Planeten anzuerkennen und Antworten auf soziale und ökologische Probleme zu finden. Hierbei spielt *Agrarökologie*¹¹⁰ (siehe GLOSSAR) eine Schlüsselrolle: Hier bilden regionale Kreisläufe und Netzwerke die Grundlage, während bessere Einkommen unter anderem die kollektive Selbstbestimmung von Bäuer*innen und Landarbeiter*innen stärken. Land, Wasser und Saatgut werden erhalten und nachhaltig genutzt. Damit setzt die Agrarökologie der Ausbeutung der Natur und von in der Landwirtschaft tätigen Menschen eine bäuerliche Alternative entgegen. Sie erlangt zunehmend Anerkennung als wichtige Antwort auf die multiple Krise.¹¹¹

Hunger- und Armutsbekämpfung bleiben unwirksam solange wir nicht den Druck auf die bäuerliche Landwirtschaft stoppen und unser Ernährungssystem demokratisch organisieren. Denn *gutes Essen für alle* wird es ohne die Bauern und Bäuerinnen dieser Welt und ohne ein Aufbrechen der Machtstrukturen nicht geben. Die von uns genannten Lösungsansätze reichen für sich genommen nicht aus, um den notwendigen Wandel herbeizuführen. Gemeinsam können sie jedoch in ihrer Vielfalt und Kreativität eine weitreichende transformative Kraft entwickeln.

Du siehst das ähnlich?

Dann werde aktiv, weitere Anregungen findest du auf unserer Homepage www.aufkostenanderer.org.

- 1 FAO, 2015
- 2 Maass Wolfenson, 2013, S. 22
- 3 Mazoyer & Roudart, 2006, S. 10
- 4 UN Economic and Social Council, 2002, S. 10
- 5 FAO, 2009; FAOSTAT, 2017
- 6 FAO, 2011a
- 7 GRAIN, 2011
- 8 New World Agriculture and Ecology Group, 2009
- 9 Bomford & Heinberg, 2009, S. 4; FAO, 2011a
- 10 Van Passel, 2013
- 11 Manning, 2004
- 12 Weis, 2012
- 13 McMichael, 2013
- 14 McMichael, 2009, S. 154
- 15 Erklärung von Bern, 2014
- 16 Heinrich Böll Stiftung et al., 2017, S. 20
- 17 Gerber, 2014
- 18 FAO, 2008
- 19 UNEP, 2009, S. 21f
- 20 Moore, 2016; Weis, 2010
- 21 Heinrich Böll Stiftung, Institute for Advanced Sustainability Studies, BUND & Le Monde Diplomatie, 2015, S. 18f
- 22 Alexandratos & Bruinsma, 2012, S. 129; Heinrich Böll Stiftung, Institute for Advanced Sustainability Studies et al., 2015
- 23 UNEP, 2009
- 24 Knoema, 2017; Weltbank, 2017
- 25 Heinrich Böll Stiftung, BUND & Le Monde Diplomatie, 2015
- 26 UNEP, 2009, S. 27
- 27 FAO, 2011b
- 28 Hoering, 2012
- 29 GRAIN, 2011
- 30 IPCC, 2014
- 31 FAO, 2010, 2016; Hoekstra, 2012; IAASTD, 2009a; Steinfeld et al., 2006; Weis, 2013
- 32 Weis, 2010
- 33 IAASTD, 2009a; Moore, 2016
- 34 KPMG International, 2012
- 35 Herre, Longley, Hurst & Luig, 2014, S. 15ff siehe Fallbeispiel zur Teeproduktion
- 36 ILO, 2000
- 37 IAASTD, 2009a, S. 27
- 38 Patel, 2007
- 39 Herre et al., 2014
- 40 Herre et al., 2014
- 41 ILO, 2000
- 42 Kunze, 2014
- 43 WHO, 2008
- 44 NoLager Bremen & Europäisches Bürger_innenforum, 2008
- 45 Behr, 2010
- 46 Schilly, 2015
- 47 Europäisches Bürger_innenforum, 2004; Sezonieri-Kampagne & Europäisches Bürger_innenforum, 2016
- 48 Bernau, 2008, S. 7
- 49 Europäisches Bürger_innenforum, 2000
- 50 Europäisches Bürger_innenforum, 2004
- 51 FIAN International, 2014, S. 5
- 52 IAASTD, 2009b
- 53 IAASTD, 2009c
- 54 FIAN International, 2014
- 55 FAOSTAT, 2017
- 56 FAOSTAT, 2017
- 57 Le Monde Diplomatie & Kolleg Postwachstumsgesellschaften, 2015, S. 22
- 58 Weis, 2013
- 59 Weis, 2013
- 60 Deutsche Gesellschaft für Ernährung, 2014
- 61 FAOSTAT, 2017; Le Monde Diplomatie & Kolleg Postwachstumsgesellschaften, 2015, S. 22
- 62 Heinrich Böll Stiftung & Friends of the Earth Europe, 2014, S. 48f
- 63 Weis, 2013, S. 2, 82f
- 64 Maurizi, 2007
- 65 Stewart & Cole, 2009, S. 459f
- 66 Halpern, 1997, S. 8
- 67 Fitzgerald, 2010; Jonas, 2012
- 68 Statistisches Bundesamt, 2014, S. Tabelle 1.3: Geschlachtetes Geflügel in Deutschland
- 69 Supermarkt-Initiative, 2017
- 70 APA, 2016
- 71 Monopolkommission, 2012
- 72 Luig, 2014, S. 20f
- 73 Hamann & Giese, 2004
- 74 Supermarkt-Initiative, 2017
- 75 Burch & Lawrence, 2007
- 76 Luig, 2014; Reardon, Timmer, Barrett & Berdegue, 2003
- 77 Oxfam Deutschland, 2010
- 78 Patel, 2007
- 79 Bollier, 2015
- 80 Nijdam, Rood & Westhoek, 2012, S. 763
- 81 Weis, 2013
- 82 Franco, Borras, Vervest, Isakson & Levidow, 2014
- 83 Global 2000, 2013, S. 34
- 84 Franco, Borras & Fradejas, 2013
- 85 Hoering, 2011
- 86 Borras et al., 2016, S. 14f; The Land Matrix Global Observatory, 2017
- 87 Kay, 2016, S. 15
- 88 Feodoroff & Kay, 2016
- 89 Franco et al., 2013
- 90 Borras, 2007
- 91 Borras et al., 2016, S. 9
- 92 McKeon, 2014
- 93 Wiggerthale, 2014
- 94 McKeon, 2014
- 95 Borras, McMichael & Scoones, 2010
- 96 Oliveira, McKay & Plank, 2017
- 97 OECD & FAO, 2016
- 98 Borras et al., 2010
- 99 Econexus, Biofuelwatch, Carbon Trade Watch/ TNI, Corporate Europe Observatory & Grupo de Reflexión Rural, 2007; Transport & Environment, 2009
- 100 Econexus, FDCL & TNI, 2013; Franco et al., 2010
- 101 Borras et al., 2010; Gallagher, 2008
- 102 Hesselund Andersen, 2016
- 103 CIDSE, 2014; McKeon, 2014
- 104 GRAIN, 2012
- 105 Hoering, 2011
- 106 Heinrich Böll Stiftung et al., 2017
- 107 Kay, 2014
- 108 Patel, 2007
- 109 Patel, 2007
- 110 INKOTA, 2016
- 111 DeSchutter, 2017; IAASTD, 2009a

Schnell, schneller, imperial

*Wenn Flüge billiger als Zugtickets sind, Grünwähler*innen am meisten fliegen und es in Deutschland deutlich mehr Autos gibt als auf dem gesamten afrikanischen Kontinent, dann läuft etwas grundlegend schief. Doch die beschleunigte, energieintensive Mobilität sitzt derzeit noch fest in ihrem Sattel. Warum eigentlich? Wie ließe sich eine andere Richtung einschlagen?*

Kommt uns nicht mit Bergen«, so der schmollende Junge mit Pilotenmütze und das Mädchen mit Stewardess-Käppchen in der Air Berlin Werbung. »Ab nach Griechenland für nur 60 Euro. Kinder happy, alle happy!« Na klar, warum nicht griechischer Strandurlaub, wenn der Flug an die Mittelmeerküste günstiger ist als die Zugfahrt in die nahe gelegenen Alpen. Vor wenigen Jahren erst haben Billigflieger die Lüfte und die Herzen erobert und ermöglichen eine erschwingliche Entdeckung der Welt, trotz begrenzter Zeit. Inzwischen ist diese Errungenschaft kaum wegzudenken aus Urlaubsplänen, Berufsalltag, Wahl des Wohnorts oder der (Fern-) Beziehung.

Fast alle unsere Lebensbereiche sind »mobil« und hängen vom Transport ab. Bis die Baumwolle und das Garn zur Nähmaschine und schließlich das fertige T-Shirt in den Schrank gelangen, werden oft zehntausende Kilometer zurückgelegt. Unsichtbar für die Käufer*innen, denn am 5-Euro-Preisschild ist davon nichts mehr zu sehen. Dass ein T-Shirt so wenig kostet, erscheint vollkommen selbstverständlich.

Begriffsklärung: Mobilität, Bewegung, Transport, Verkehr ...um was geht's hier eigentlich?

Der Begriff Mobilität beschreibt die Bewegung von Lebewesen, Gütern oder Informationen in Raum und Zeit. Darunter fallen in der Literatur auch Wohnortwechsel, Migration und selbst der soziale oder berufliche Aufstieg.¹ Dieses Kapitel behandelt hauptsächlich Mobilität im Sinne von Personen- und Gütertransport – und den Verkehr, den dieser verursacht. Zum Thema Migration gibt es die Infobox »Bewegungsfreiheit«, zur Bewegung von Informationen siehe Digitalisierung.

Innerhalb weniger Jahrzehnte haben sich die Verkehrsträger, die Geschwindigkeit und die zurückgelegten Distanzen vervielfacht. Lag die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit vor 100 Jahren noch bei maximal 90 Kilometern pro Stunde, reisen wir heute nahezu zehnmal so schnell.² Das bringt ungemeine Vorteile, die jedoch von zunehmenden Problemen überschattet werden: Alle 25 Sekunden stirbt ein Mensch im Straßenverkehr.³ Viele geopolitischen Konflikte drehen sich rund um das endliche Erdöl, von dem über die Hälfte auf den Transport entfällt.⁴

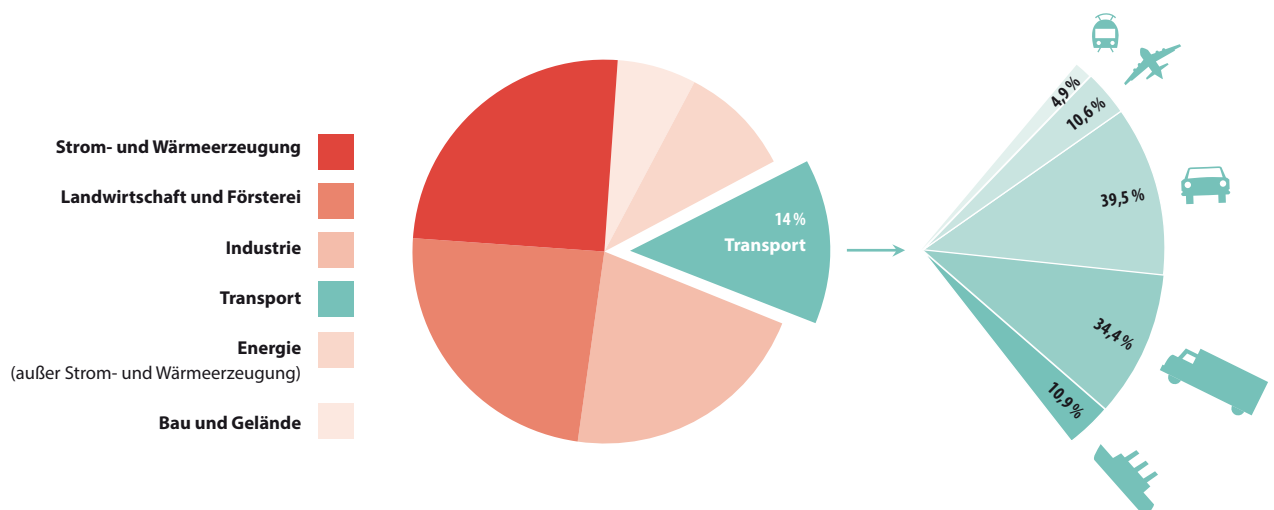


» Pro Kilometer Autobahn werden 40.000 Tonnen Zement, Stahl, Sand und Schotter benötigt, und der Flächenbedarf für Straßen ist 10- bis 15-mal so hoch wie der für die Eisenbahn.«

(Krausmann & Fischer-Kowalski, 2010, S. 52)

Abb. 8.1: Globale Treibhausgasemissionen, 2010

Quelle: Intergovernmental Panel on Climate Change, 2014, S. 9; Miller & Façanha, 2014, S. 6



Die klimaschädlichen Emissionen des Transportsektors sind in den letzten Jahrzehnten schneller gewachsen als in jedem anderen Sektor – trotz effizienterer Fahrzeuge. In der Europäischen Union ist er für ein Viertel des Treibhausgasausstoßes verantwortlich, weltweit sind es 14 % (siehe Abb. 8.1).⁵ Bis 2050 (ausgehend vom Jahr 2010) könnten sich die Emissionen im Verkehr um über 70 % erhöhen, warnt der Weltklimarat.⁶ Die schnelle, motorisierte Mobilität ist nicht nur energieintensiv, sie hat zudem einen immensen Material- und Raumbedarf.⁷

Handelt es sich hier um unangenehme Kollateralschäden einer sonst verheißungsvollen Beschleunigung? Schließlich ermöglichen uns die Errungenschaften der Verkehrsrevolutionen, wann auch immer wir wollen und in kürzester Zeit überall zu sein und uns Produkte aus der ganzen Welt mit einem ›Klick‹ zu beschaffen. Uns? Immer noch sind nur 10 % der Weltbevölkerung für 80 % der motorisierten Passagier-Kilometer verantwortlich.⁸ Richten wir den Blick auf die globale Mehrheit, so sehen wir, dass ihr aufgrund fehlender finanzieller Mittel, Staatsgrenzen und ausschließender Visavergabe die Bewegungsfreiheit verbaut ist (siehe Infobox »Bewegungsfreiheit«). Das Mobilitätsversprechen gilt nicht für alle: Die globalisierte Wirtschaft ermöglicht die Mobilität von Gütern sowie von westlichen Gesellschaften, aber nicht von allen Menschen. Sie will billige Hosen aus Pakistan, aber nicht die Einwanderung der pakistanischen Textilarbeiterin, die dort zu wenig verdient.

Das vorherrschende Mobilitätssystem ist höchst exklusiv und imperial: Es beruht darauf, dass diejenigen, die sich schnell fortbewegen oder stets auf Überseeprodukte zugreifen, dies auf Kosten anderer tun. Auf Kosten der Biosphäre, einkommensschwacher, jüngerer oder älterer Verkehrsteilnehmer*innen, zukünftiger Generationen

und derjenigen im Globalen Süden, die schon jetzt die dadurch verursachten Klimafolgen zu spüren bekommen.⁹ Was aber, wenn die Menschen im Globalen Süden selbst ähnliche Transportgewohnheiten entwickeln? Nun, da für Millionen von Menschen in Ländern wie China oder Indien die Wünsche nach Beschleunigung wahr werden, merken wir, dass sich eine Art der Mobilität verallgemeinert, die nicht verallgemeinert werden kann (siehe Abb. 8.2 und 8.3).¹⁰

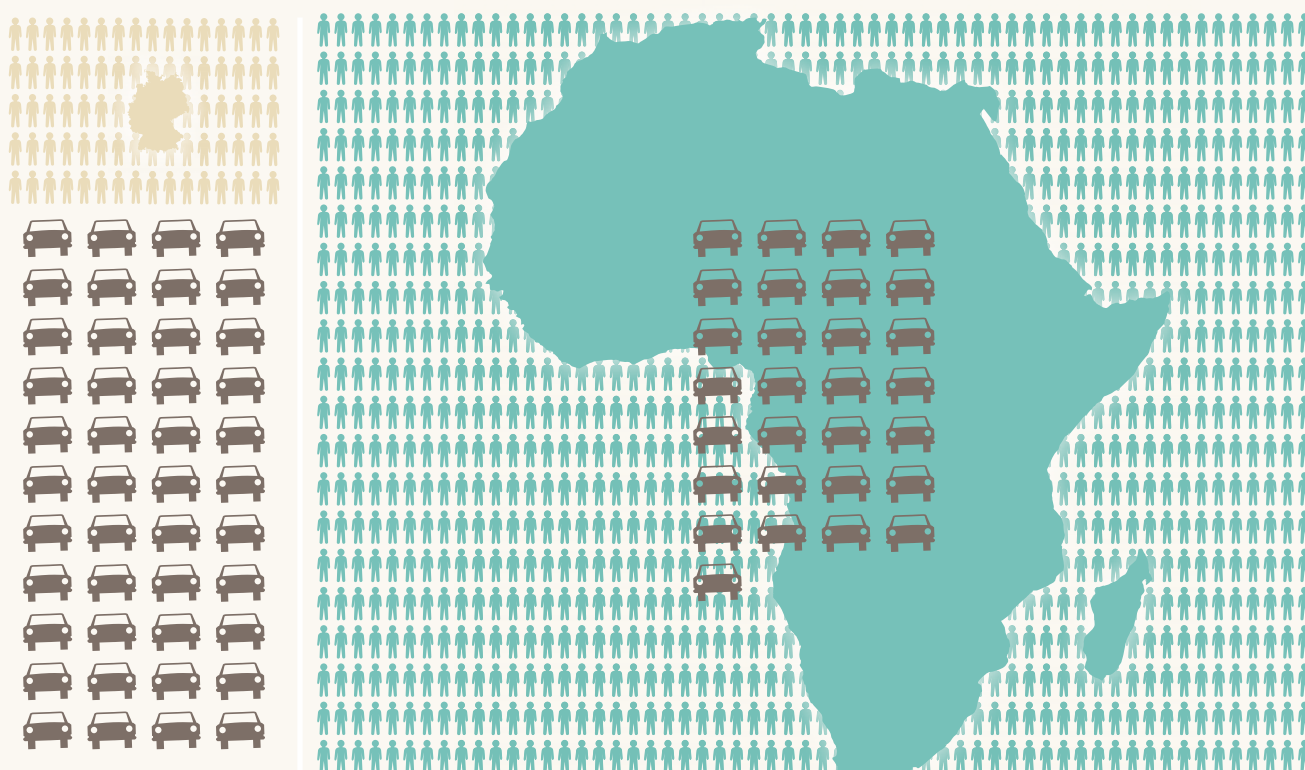
Das Wissen über die sozialen und ökologischen Probleme unseres Mobilitätssystems ist nicht neu. Warum aber verändert sich nichts? Weshalb sitzt die imperiale Mobilitätsweise so fest in ihrem Sattel, trotz wachsender Widersprüche und obwohl sinnvolle Lösungsansätze schon lange existieren? Dieser Beitrag begibt sich auf die Suche nach Antworten. Dazu beschreiben wir zunächst anhand von zwei Beispielen, wie Mobilität im 21. Jahrhundert beschaffen ist und werfen dazu einen Blick auf Gütertransport und Flugverkehr. Im Anschluss nehmen wir unter die Lupe, was genau die ressourcenintensive beschleunigte Mobilität zur Norm macht und warum sie so standhaft ist. Nur mit diesem Verständnis kann es gelingen, das vorherrschende Verkehrssystem zu überwinden. Möglichen Ansatzpunkten, Strategien und sozial-ökologischen Transformationswegen ist der letzte Abschnitt gewidmet.

Im Fokus: Handel & Logistik

Kommen wir zurück zum 5-Euro-Shirt. Der billige Preis kommt nicht zuletzt deshalb zustande, weil der Transport des Shirts nur rund 35 Cent kostet. Dabei hat es einen Weg von 20.000 Kilometern hinter sich, bis es im Laden landet.¹¹ Globale Produktionsketten wie beispielsweise im Textil-, IT- oder Nahrungsmittelsektor können in ihrem jetzigen Ausmaß überhaupt nur beste-

Abb. 8.2: Die Automobilflotte: Deutschland und der afrikanische Kontinent im Vergleich

Quelle: OICA, 2017; Statista, 2017; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2017; UNDP, 2017



Deutschland und der afrikanische Kontinent im tatsächlichen Flächenverhältnis.

= 1 Mio Autos

= 1 Mio Menschen



Anzahl privater
Fahrzeuge
in China

Abb. 8.3: Der chinesische Auto-Boom

Quelle: China Statistics, 2015, 2016

200 Mio
150 Mio
100 Mio
50 Mio

1985

1990

1995

2000

2005

2010

2015

PROGNOSE FÜR 2022

419 Mio

hen, weil die Transportkosten für Waren verschwindend gering sind. Machten sie zu Beginn der Industrialisierung die Hälfte des finalen Produktpreises aus, liegt der Anteil im Textilsektor heute gerade noch bei circa 7 %.¹² Unsere Produkte werden jedoch häufig für jeden der zahlreichen Arbeitsschritte mehrere Tausend Kilometer weit transportiert – oft, um nur Unterschiede in Lohnpraxis und Umweltgesetzgebung einzelner Länder auszunutzen.

Dies wirft die Frage auf: Wie kann der Transport so billig sein? Die offensichtliche Effizienz von gigantisch großen Transportschiffen und die Digitalisierung der Logistik (siehe DIGITALISIERUNG) ist nur ein Teil der Antwort. Wichtiger sind die zahlreichen offenen und versteckten Subventionen im Gütertransportsektor. Ozeandampfer verbrennen Schweröl, welches ein Abfallprodukt des Raffinerieprozesses ist. Schweröl ist steuerfrei und daher enorm günstig.¹³ Ähnliches gilt für die Transportflugzeuge, die mit steuerfreiem Kerosin betrieben werden.¹⁴ Zusätzlich investieren Staaten jährlich Milliarden in den Bau und Erhalt von notwendiger Infrastruktur wie Häfen, Straßen und Schienen. Die Nutzung dieser Infrastruktur stellt der Staat den Transportunternehmen günstig zur Verfügung, sie fließt somit kaum in die Preiskalkulation und in den finalen Produktpreis ein.¹⁵ Ein Beispiel sind die Bremer Häfen: Diese bezuschusst der Staat pro Jahr mit 100 Millionen Euro.¹⁶ Würden die Ausgaben für Infrastruktur auf die Unternehmen umgelegt, ergäben sich wesentlich höhere Transportkosten.

Flagge zeigen – Billig davonkommen

Ein weiterer Grund für die niedrigen Transportausgaben ist die Ausbeutung von Arbeitskräften in der Containerschifffahrt. Dies ermöglicht die sogenannte Ausflag-

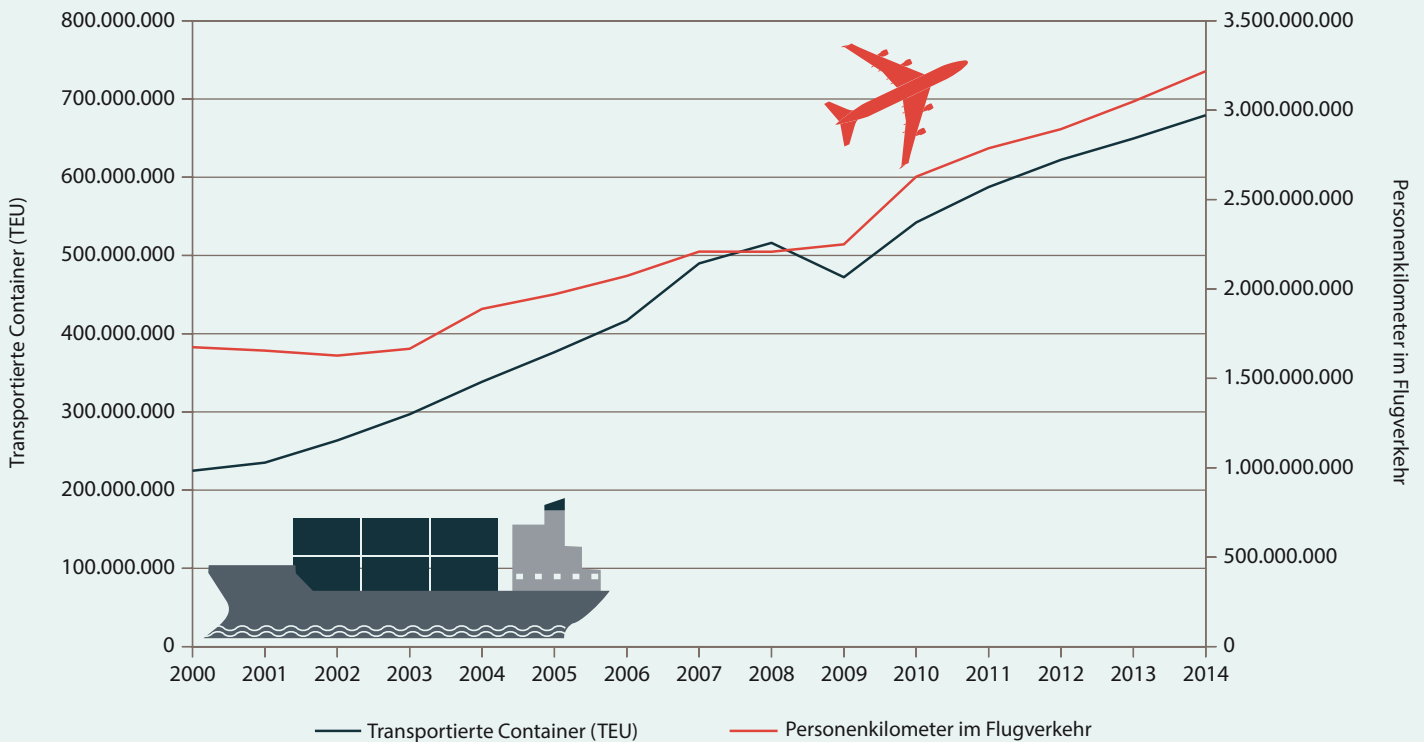
gung. So fahren Schiffe meistens nicht unter der Flagge des Landes, aus denen ihre Eigentümer*innen kommen, sondern unter der Flagge von Billigflaggländern – also Staaten mit niedrigeren Standards in Arbeits-, Steuer- und Umweltgesetzgebungen. In Deutschland, immerhin das Land mit der viertgrößten Schiffsflotte weltweit, fahren 89,9 % der Schiffe unter fremder Flagge.¹⁷ Die größten Flaggstaa-ten sind Panama (20,6 % der weltweiten Ladekapazität), Liberia (12,0 %) sowie die Marshall Islands (10,1 %).¹⁸ So sind Reedereien nicht an gewerkschaftliche Mindestlöhne, Höchstarbeits- oder Pausenzeiten gebunden. Von derartigen ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen sind hauptsächlich Menschen aus den Ländern des Globalen Südens betroffen.¹⁹ In den Billigflaggländern fallen zudem oftmals nur geringe oder gar keine Steuern für die Unternehmen an, was die Transportkosten nochmals verringert.²⁰

Die Transportkosten sind auch aus dem Grund so gering, weil sich die schädlichen Umweltauswirkungen nicht im Preis widerspiegeln (lassen) – sie werden externalisiert (siehe *Externalisierung* im GLOSSAR). Bereits jetzt hat die globale Schifffahrt einen Anteil von 3 % an den weltweiten CO₂-Emissionen, einen Anteil von 13 % an den Schwefeldioxid-Emissionen sowie 15 % an den Stickoxiden.²¹ Neben den Auswirkungen auf die Menschen in Hafenstädten, beispielsweise durch hohe Schwefelbelastung, trägt die mit Schweröl betriebene Schifffahrt zur Übersäuerung der Meere bei.²² Studien schlagen bereits Alarm, dass eine weitere Verschmutzung der Ozeane die Lebensgrundlage vieler Lebewesen und das Gleichgewicht dieser Ökosysteme stark gefährdet.²³

Die Containerschifffahrt ist einer der Wachstumsmärkte der Weltwirtschaft (siehe Abb. 8.4).²⁴ Sie verdreifachte sich allein von 2000 bis 2015 und soll sich,

Abb. 8.4: Kein Ende in Sicht – Wachstum der Containerschifffahrt und des Flugverkehrs

Quelle: IATA, 2016; International Transport Forum, 2016b; Weltbank, 2017a, 2017b



ausgehend vom heutigen Volumen, bis 2050 erneut verdreifachen.²⁵ Der Güterverkehr per Flugzeug verdoppelte sich im gleichen Zeitraum, der auf der Schiene nahm immerhin noch um 20 % zu. Dabei legen die gleichen Waren Jahr für Jahr mehr Kilometer zurück, bis sie letztendlich auf der Ladentheke landen. Während die Bundesregierung als Ziel ausgibt, diese sogenannte Transportintensität jährlich zu verringern, sagen Prognosen einen weiteren Anstieg voraus.²⁶

Der Güterverkehrssektor ist auf der einen Seite selbst eine Manifestation der imperialen Lebensweise, auf der anderen Seite begünstigen seine Strukturen die imperiale Lebensweise in besonderem Maße. Nur weil die Transportkosten derart niedrig sind, lohnt sich multinationale Produktionsketten. So rentiert es sich für die Nordsee-Krabbenindustrie, die gefischten Tiere zum Pulen nach Marokko zu verschiffen, um sie anschließend mit dem LKW wieder nach Europa zu bringen (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT).²⁷

Im Fokus: Flugverkehr

Genau jetzt, in diesem Moment, befindet sich etwa eine halbe Million Menschen in der Luft.²⁸ Das Problem: Für jede emittierte Tonne CO₂ verschwinden rund drei Quadratmeter arktisches Sommereis, hat 2016 eine in der renommierten Zeitschrift Science veröffentlichte Studie nachgewiesen.²⁹ Fliegt eine Person von Berlin Tegel nach Kalamata in Griechenland und zurück, vernichten deren CO₂-Emissionen viereinhalb Quadratmeter Arktiseis.³⁰ In Deutschland stammen 45 % der Klimaauswirkungen des Transportbereichs aus Flugreisen, 46 % aus Autofahrten und gerade mal 6 % aus dem öffentlichen Verkehr wie Bus und Bahn (siehe Abb. 8.5).³¹ Insgesamt trägt der welt-

weite zivile Luftverkehr mit rund 5 % zum Klimawandel bei, 2 % davon durch CO₂.³² Doch es soll in Zukunft mehr werden: Die Internationale Energieagentur prognostiziert, dass sich zwischen 2005 und 2050 der Flugverkehr vervierfachen wird (siehe Abb. 8.4).³³ 2034 sollen sich die Passagierzahlen verdoppelt haben – aktuell sind es pro Jahr etwa 3,4 Milliarden Flugreisen.³⁴ Doch das heißt nicht, dass die Hälfte der Weltbevölkerung fliegt. Schätzungen vom Beginn des 21. Jahrhunderts gehen von einem Anteil von unter 5 % der Weltbevölkerung aus, der überhaupt je in einem Flugzeug saß.³⁵

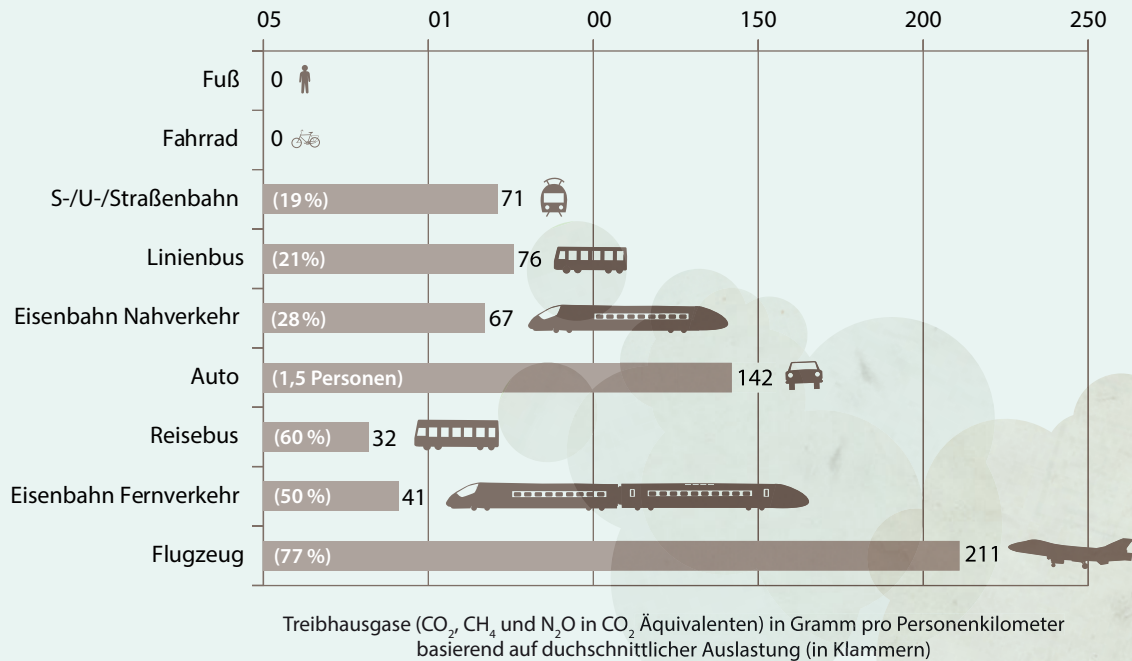
Wer fliegt, wer nicht? Ungerechtigkeit im Luftraum

Am 6. September 2016 blockierte ein Dutzend Aktivist*innen der Gruppe »Black Lives Matter« eine Landebahn des London City Airport. »Climate Crisis is a Racist Crisis« lautete ihre Botschaft. Die Aktion richtete sich gegen den Bau einer neuen Piste nahe eines der Londoner Arbeiter*innenviertel. Die Bewohner*innen – mit überproportional großem Anteil an Black British Africans – verdienen deutlich weniger als die über ihnen auf- und absinkenden Flugpassagiere.³⁶ In Großbritannien liegt die Feinstaubbelastung von Black British Africans um 28 % höher als für Weiße. Das hat auch damit zu tun, wer sich Wohnungen in weniger belasteten Vierteln leisten kann.³⁷ »Black Lives Matter« zeigten in ihrer Aktion zudem auf: Großbritannien trägt in erheblichem Maß zur Verschärfung der Klimakrise bei und ist kaum von deren Auswirkungen betroffen. Afrika hingegen ist der von der Erderwärmung am meisten gefährdete Kontinent.³⁸

Wer fliegt und wer die Auswirkungen spürt, hängt also auch mit rassistischen Strukturen zusammen – ebenso wie mit dem Geschlecht (Männer heben laut Branchendiens-

Abb. 8.5: Treibhausgasemissionen unterschiedlicher Verkehrsmittel

Quelle: Umweltbundesamt, 2016; Verkehrsclub Deutschland, 2017



ten häufiger ab als Frauen³⁹⁾ und vor allem mit der sozialen Schicht. In Deutschland fliegen Angehörige der höchsten Einkommensgruppe im Schnitt 6,6 Mal pro Jahr, die der niedrigsten nur 0,6 Mal.⁴⁰⁾ Dies führt zu dem scheinbar paradoxen Ergebnis, dass Grünwähler*innen im deutschen Parteienvergleich am meisten fliegen – sie gehören eher zur höheren Einkommensklasse.⁴¹⁾

Wie das Fliegen billig gemacht wird

Dennoch können sich hierzulande durch den Boom der Billigflug-Airlines auch Geringverdiener*innen immer mehr Flüge leisten. Zumal, wenn sie sogar deutlich günstiger als eine Bahnfahrt sind. Wie ist das möglich? Der Staat fördert die umweltschädlichste aller Transportformen stark. Deutschland subventioniert den Flugverkehr mit etwa 10 Milliarden Euro jährlich, in Österreich sind es rund 500 Millionen. Der Hauptgrund dafür ist die fehlende Besteuerung von Kerosin. Auf internationale Flüge fällt in Deutschland oder Österreich außerdem keine Mehrwertsteuer an.⁴²⁾ Flughäfen sind des Weiteren von der Grundsteuer befreit.⁴³⁾ Und kleine Regionalflughäfen können nur mittels staatlicher Finanzspritzen überleben.⁴⁴⁾

Seit Jahrzehnten fordern zivilgesellschaftliche Organisationen die Einführung einer Kerosinsteuer und Abschaffung von Privilegien. Doch eine neue Idee hat die alten Vorschläge beiseitegeschoben: Das Versprechen, die Luftfahrt könne alsbald auch auf grüne Weise wachsen. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt jedoch die grundsätzlichen Widersprüche und Probleme dieser Green-Economy-Strategie (siehe Infobox »Green Economy«).

Der Traum des grünen Wachstums: Nachhaltiges Fliegen?

Lässt sich eines Tages die Flugzeugflotte auf Hybrid-

oder Sonnenenergie umstellen? Oder nur noch mit Agrartreibstoffen betanken? CO₂-neutral fliegen, das klingt verlockend. In den letzten Jahrzehnten berichteten Zeitschriften oder die Flugindustrie selbst immer wieder von geplanten Fluginnovationen. Eine Studie aus dem Jahr 2016 wertete Medienberichte im Hinblick auf die dominanten Diskurse über technologische Fluginnovationen aus.⁴⁵⁾ Sie kam zum Ergebnis, dass sich die Versprechen auf grünes Fliegen wenige Jahre später stets als Mythen oder weit entfernte Utopien entpuppten. Für die Umsetzung wären Sprunginnovationen notwendig, zum Beispiel komplett neue, leichte Energiespeicher oder die Supraleitfähigkeit. Inzwischen sagt selbst die Industrie diesen Neuerungen noch rund 25 Jahre bis zur technischen Reife voraus. Da Flugzeuge eine Lebensdauer von etwa 30 Jahren haben, heißt das, dass mindestens bis in die 2060er Jahre die energieintensiven Maschinen im Einsatz sein werden.⁴⁶⁾

Aktuell liegen Effizienzgewinne im Treibstoffverbrauch von Flugzeugen pro Jahr bei nur 1,5 % – und damit deutlich unter den Flugwachstumsraten und dem steigenden Emissionsausstoß. Ein typisches Beispiel für den Reboundeffekt (siehe GLOSSAR).⁴⁷⁾ Auch der Plan, Kerosin zukünftig durch Agrartreibstoffe zu ersetzen, ist aufgrund des immensen Mengenbedarfs unrealistisch und wird von Umweltorganisationen wegen der Konkurrenz zum Nahrungsmittelanbau kritisiert (siehe Infobox »Agrartreibstoffe«).⁴⁸⁾ Dennoch verhindern die technologischen Mythen – wie die Studie ebenfalls zeigt – eine wirksame Klimapolitik in der Luftfahrt.⁴⁹⁾

Im Oktober 2016 beschloss nun die UN-Luftfahrtorganisation ICAO (International Civil Aviation Organisation) ein internationales Klima-Luftfahrt-Abkommen. Dabei stand allerdings nicht auf der Agenda, den Flugverkehr

Emissionshandel und Offsets – Die Problematik des marktbasierten Umweltschutzes

Der Emissionshandel ist seit dem Kyoto-Protokoll zentrales Klimaschutzinstrument und eine der Hauptstrategien für eine Green Economy (siehe Infobox »Green Economy«). Er beruht auf der Annahme, dass die Klimakrise mit den gleichen Marktmechanismen überwunden werden kann, die sie letztlich hervorgebracht haben. Die Idee ist, dass der Staat eine Obergrenze für sämtliche Treibhausgasemissionen der betreffenden Branchen festlegt und dafür in entsprechender Anzahl Emissionszertifikate ausgibt und auf die Industrieanlagen verteilt. Die Obergrenze und damit die Anzahl an Zertifikaten soll dabei jährlich sinken. Eine Fabrik, die mehr CO₂ emittiert als ihr Zertifikate zugewiesen wurden, muss nun ein zusätzliches Recht beziehungsweise Zertifikat, zu verschmutzen, einkaufen. So kann eine Fabrik einer anderen, die ihre zugeteilten Emissionszertifikate nicht ausnutzt, abkaufen. Letztendlich wurden damit aus CO₂ und »CO₂-Äquivalenten« wie Methan sowie den globalen Senken (also CO₂-Speichern) neue Waren mit schwankenden Preisen, mit denen gehandelt, spekuliert und Profit gemacht wird.⁵³ Statt einen Umbau der Wirtschaft hin zu emissionsärmeren Industrien zu befördern, führte das System der billigen Freikaufmöglichkeit sogar teilweise zum Gegenteil.⁵⁴ Bei vielen Systemen von Emissionshandel kann eine Industrieanlage oder Airline, statt ein Emissionszertifikat einer anderen Industrieanlage zu kaufen, in ein Offset-Projekt investieren, welches vorgibt, Emissionen zu reduzieren (siehe Abb. 8.6).⁵⁵

Dabei handelt es sich meist um Projekte im Globalen Süden wie Wasser- oder Windkraftwerke, »sauberere« Kohlekraftwerke mit besseren Filtern, um riskantes Carbon Capture and Storage (siehe GLOSSAR) oder Aufforstungsprojekte (inklusive ökologisch desaströser Monokulturplantagen).⁵⁶ Das Waldschutzprogramm REDD+ (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) wird möglicherweise zukünftig die größte Quelle für Flug-Offsets darstellen.⁵⁷ Nicht selten sind Offset-Projekte mit Menschenrechtsverletzungen verbunden oder ökologisch und klimatisch weniger sinnvoll als proklamiert wird. So gab es bei REDD+ viele Fälle, in denen bäuerliche oder indigene Gemeinden in ihrer traditionellen Nutzung des Waldes eingeschränkt oder gar vertrieben wurden.⁵⁸ Zudem bleibt bei Offsets unberücksichtigt, dass die aktuelle Situation der Klimakrise kein »Entweder-Oder« zulässt: Es ist notwendig sowohl Emissionen bei ihrer Entstehungsquelle zu reduzieren, als auch Wälder zu schützen und CO₂-sparsame Maßnahmen umzusetzen. In diesem Sinne kann der Emissionshandel sogar kontraproduktiv wirken. Er legitimiert das »Weiter wie bisher«.⁵⁹

» **REDD ist eine Bedrohung für die Rechte der [indigenen] Völker über ihre Territorien, für das Gleichgewicht der Mutter Erde und die Wesen, die sie bewohnen. Sie verändert nichts an der Ungleichheit hinsichtlich der Verschmutzung und des übermäßigen Konsums des industriellen Kapitalismus.**«⁶⁰

(CONAIE [Indigener Dachverband Ecuador], im Brief an Ban-Ki Moon, 2011)

Trotz der negativen Erfahrungen und Widerstände findet diese Art des marktbasierten Klimaschutzes weltweit Verbreitung, auch weil es klare Profiteur*innen gibt, wie das Flugbeispiel zeigt. Nicht nur im Bereich Klimaschutz macht die Idee Schule. So ist auch das Offsetting von Biodiversität weltweit auf dem Vormarsch.⁶¹ Das Prinzip ist dasselbe: Wird hier ein Flughafen gebaut und Artenvielfalt zerstört, so soll sie woanders wiederhergestellt werden. Dies ist häufig die Argumentationsgrundlage, um Umweltbedenken und -gesetze oder Widerstand beiseite zu schieben und schädliche Projekte zu verwirklichen.⁶²

Der aktuell dominante marktbasierte Klima- und Umweltschutz ist Teil der imperialen Lebensweise, denn er beruht darauf, negative Effekte und auch die Reparatur der negativen Effekte auslagern zu wollen. Es ist praktischer für diejenigen, die es sich leisten können, in Brasilien Bäume pflanzen zu lassen, als das Fliegen zu reduzieren. Deshalb bezeichnen indigene Organisationen und die Klimagerechtigkeitsbewegung diesen marktbasierten Klima- und Umweltschutz auch als »grünen Neo-Kolonialismus« (siehe HISTORISCHER ABRIS, S. 13).⁶³

aufgrund des Klimawandels zu drosseln und die eigenen Flug-Emissionen zu reduzieren. Ein Teil des CO₂ soll durch Offsetting verringert werden. Offsets sind Kompensationsprojekte, zum Beispiel zur Aufforstung im Globalen Süden (siehe Infobox »Emissionshandel und Offsets«). Airlines können sich mittels des neuen Instruments CORSIA (Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation) von ihrer Reduktionsverantwortung freikaufen. »CO₂-Kompensationsprojekte sind am schnellsten zu implementieren, am einfachsten zu verwalten und zudem am kosteneffizientesten«⁵⁰, so die Flugindustrie, die mit CORSIA das bekam, was sie wollte: Eine Lizenz zum Weiterwachsen. Der Vertrag ist nicht nur aufgrund der Problematik des Offsetting zu hinterfragen. Er bleibt noch etwa ein Jahrzehnt fast ohne Umsetzung. Viele Länder, wie Indien oder Russland, sind von ihm ausgenommen. Er beinhaltet zudem nur internationale Flüge und bezieht sich allein auf die CO₂-Emissionen.⁵¹ Der Klimaeffekt anderer Einflussfaktoren wie Rußpartikel oder Kondensstreifen ist jedoch mindestens doppelt so groß wie der des CO₂.⁵²

Festgefahren. Warum es eine Mobilitätswende so schwer hat

Die Einblicke in zwei Bereiche der Mobilität – den Gütertransport und den Flugverkehr – zeigten einige der Ungerechtigkeiten und Widersprüche der beschleunigten Lebensweise auf. Im Folgenden wollen wir der Frage nachgehen, weshalb die imperiale Mobilitätsweise trotz der Probleme, die sie verursacht, und trotz des Wissens um diese, weiterhin so beharrlich in ihrem Sattel beziehungsweise am Steuer sitzt.

» **Sage mir, wie schnell du reist, und ich sage dir, wer du bist.**«⁶⁴
(Illich, 1974)

Abb. 8.6: Offsetting

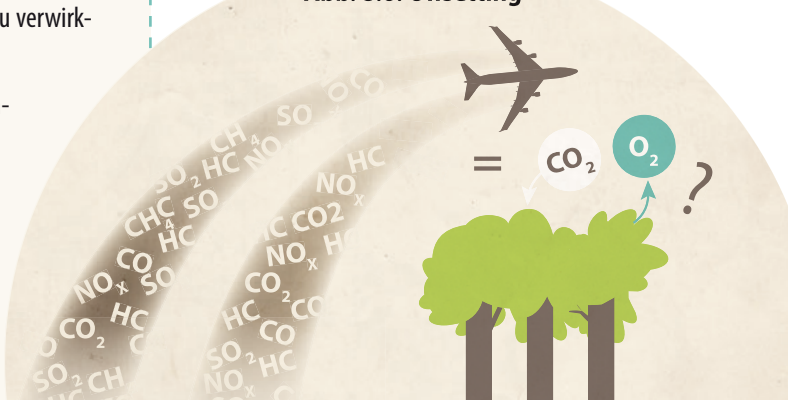


Abb. 8.7: Materialität der deutschen Fahrzeugflotte

Quelle: Eigene Berechnung

Würden alle Fahr- und Krafträder, PKWs, LKWs, Zugmaschinen, Busse, Züge, Flugzeuge, Hubschrauber und Schiffe Deutschlands am Äquator hintereinander aufgestellt werden, so würde die Fahrzeugflotte **9,5 Mal um die Erde reichen** (Zahl von 2009).



Das Privileg Weniger

Dass die beschleunigte ressourcenintensive Mobilität noch nicht in eine umfassende Krise geraten ist, liegt erstens daran, dass sie bisher nur ein kleiner Teil der Weltbevölkerung nutzt. Würde alle Welt Auto fahren und fliegen, wären die benötigten Ressourcen sehr schnell verbraucht. Die beschleunigte Mobilität ist also imperial, weil nur wenige den privilegierten Zugriff auf die Biosphäre und billige Arbeitskraft haben – aber auch, weil sie gewünscht und scheinbar alternativlos ist, wie wir weiter unten deutlich machen.

Jedoch breitet sich diese Mobilitätsform weiter aus. Damit setzt sie auch andere Mobilitätsformen und Lebensweisen unter Druck und verdrängt diese. Aufgrund der massiven Zunahme an PKWs können paradoxerweise immer weniger Menschen mobil sein. Bestehende soziale Unterschiede verstärken sich. Straßen und Parkplätze nehmen immer mehr Raum ein, der sonst für Wohnen, Parks, Fahrräder und Fußgänger*innen nutzbar wäre oder dem öffentlichen Verkehr dienen könnte.⁶⁵ Wenn vermehrt Individuen einzeln schneller werden, führt das insgesamt nicht unbedingt zu schnelleren Gesellschaften – das beste Beispiel ist der Stau.

Hier wird die Komplexität und Widersprüchlichkeit der imperialen Lebensweise sehr deutlich: Die Globalisierung der beschleunigten, energie- und ressourcenintensiven Mobilität führt dazu, dass sich auch die weniger zahlungskräftigen Menschen ein Flugticket oder 5-Euro-Shirt leisten können – und führt dennoch und gerade deshalb zur Ausbeutung und Verdrängung anderer und zu einem zerstörten Ökosystem.

Aus den Augen, aus dem Sinn?

Dass das Mobilitätssystem noch nicht entgleist ist, liegt zweitens auch daran, dass negative Effekte bisher räumlich

und zeitlich weitgehend ausgelagert werden können: Beim Klimawandel ist dies am offensichtlichsten. Auch führen, wie schon erläutert wurde, Flugrouten häufig über die ärmeren Stadtviertel, und Luxuswohnungen liegen selten an den von ihren Bewohner*innen befahrenen Verkehrsrouten. Auch der zerstörerische Abbau der Ölvorkommen oder seltener Erden für Elektroantriebe (siehe DIGITALISIERUNG, S. 22), der Anbau der Agrartreibstoffe (siehe Infobox »Agrartreibstoffe«) sowie die Entsorgung von teils giftigem Müll, der bei der Fahrzeugverschrottung anfällt, finden großteils im Globalen Süden statt.⁶⁷ Dass wir die Konsequenzen unseres Tuns selten direkt sehen, stabilisiert nicht zuletzt das Mobilitätssystem.

Dass sich dennoch nicht alle negativen Effekte auslagern lassen, wird immer deutlicher. Keine Oberschicht kann sich dem Smog asiatischer Großstädte entziehen, welchen hauptsächlich der Autoverkehr produziert.⁶⁸ Feinstaubbelastung ist auch in europäischen Städten ein massives Problem. Pro Jahr sterben laut Europäischer Umweltagentur rund 467.000 Menschen in Europa frühzeitig an Luftverschmutzung.⁶⁹ Dass die fossile Mobilität nicht nur ökologische Krisen hervorruft, zeigt auch die hohe Zahl der täglichen Verkehrsoffer. Nicht selten trifft es – das Auto – dabei Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen. Weniger als die Hälfte der Verkehrstoten sind Autoinsass*innen.⁷⁰

Psychische und gesundheitliche Probleme, welche Verkehr, Staus, Lärm, Parkplatzsuche, aber auch generell die beschleunigte, rastlose Lebensweise zunehmend hervorbringen, lassen sich ebenso wenig externalisieren. Mehr und mehr Jobs verlangen eine hohe Mobilitätsbereitschaft. Studien weisen darauf hin, dass Fernpendler*innen eine oft signifikant schlechtere Gesundheit haben als Nichtpendler*innen. Betroffen sind vor allem diejenigen, die erzwungenermaßen pendeln, im Gegensatz zu den frei-

Bewegungsfreiheit

Nicht jede*r ist gleichermaßen mobil. Das Privileg, schnell und mobil zu sein, hängt nicht nur damit zusammen, wer es sich finanziell leisten kann und wo die benötigte Infrastruktur dafür existiert, sondern auch damit, wer mobil sein darf. Europäer*innen war es im Jahr 2010 erlaubt, in durchschnittlich 62 Länder visumfrei einzu-reisen, Bürger*innen des afrikanischen Kontinents hingegen nur in durchschnittlich 15. Eine Studie zeigt auf, dass das Mobilitätsregime während der Globalisierung nicht offener, sondern sogar ungleicher und restriktiver wurde.⁶⁶ Die Grenzregimes ermöglichen, das Privi-leg zu behüten und nicht an Migrant*innen umverteilen zu müssen. Zum Spaß und für Profite dürfen Menschen anscheinend reisen, kaum jedoch zum Überleben.

willig Reisenden.⁷¹ Stephan Rammler schreibt: »Je mehr Menschen immer häufiger unterwegs sind, desto schwerer wird es in Zukunft sein, das Maß an Stabilität von Fami-lien- und Gruppenbeziehungen aufrechtzuerhalten, das für ein gelingendes gesellschaftliches Leben notwendig ist. [...] Mitunter liegen die zukunftsfähigen Lösungen der Mobilitätspolitik eher im Bereich sozialer und kultureller Entschleunigungsstrategien.«⁷²

Doch insbesondere auf globaler Ebene geht die Ten-denz in die gegenteilige Richtung, wie wir im folgenden Abschnitt zeigen.

»Wer nicht fliegt, ist nicht normal«

Die fossile Form der Mobilität ist auch deshalb impe-rial, weil sie sich als *die* Mobilitätsform präsentiert: Welt-weit gilt das hochtechnologische, rasende oder fliegende Verkehrsmittel als modern und die auf schnellen und häu-figen Bewegungen beruhende Lebensweise als fortschritt-lich. Die Vorstellung, dass die ständige Verfügbarkeit aller Waren eine entwickelte Gesellschaft ausmacht, hat sich in-zwischen global im Alltag und in den Köpfen festgesetzt und gilt als erstrebenswerte Lebensform. Vorstellungen anderer Formen von Gesellschaft sind in der Minderheit. Ein Auto zu besitzen oder zu fliegen ist die Norm – para-doxerweise selbst für die große Mehrheit der Weltbevölke-rung, die nicht so lebt. Diese hat nach der vorherrschenden Denkweise die Norm einfach noch nicht erreicht, ist noch »unterentwickelt«. Schnell und mobil zu sein ist Rea-lität für manche und Illusion für viele – aber dennoch die Norm für fast alle.

An der beschleunigten Mobilität teilzuhaben ist mit vielen Versprechen verbunden: individuelle Freiheit, Flexibilität, Sicherheit (durch das Auto vor den Autos), Welterkun-den, Wissenszuwachs, Bequemlichkeit, effektive Erholung oder Status. Dabei wird das tendenziell männliche Status-symbol des Autos vermehrt durch das Statussymbol der weltkundigen Touristin oder des hypermobilen Unterneh-mers ergänzt und in manchen urbanen Kreisen sogar er-setzt. Der »moderne Nomade« ist in Buxtehude geboren, hat seine Frau und Kinder in Frankreich und skrypt, wäh-rend er auf den Flug nach New York wartet, mit Bangkok. »Dies legt nahe, dass es sich bei den postulierten Noma-den um von Reproduktionsarbeiten entlastete und damit um prinzipiell männliche Subjekte handelt. Weibliche Fi-

guren tauchen vor allem an den End- und Knotenpunkten der Reisewege auf, als Ehefrauen, Liebhaberinnen, Mütter, Zimmermädchen oder Sexarbeiterinnen«⁷³ (siehe SORGE). Ob die an der Hypermobilität Beteiligten zufrieden sind, ist eine andere Frage. Selbst für den modernen Nomaden aus der Mittel- oder Oberschicht beruht die ständige Mo-bilität möglicherweise weniger auf Freiwilligkeit als auf Erfordernissen der flexibilisierten globalisierten Arbeits-welt.

Neben der Arbeit hat sich, wie schon erwähnt, auch die Urlaubsgestaltung verändert. In den Flieger steigen, »auf die Plätze, fertig, Strand« lautet das Motto in einer Zeit, in der scheinbar kaum mehr Zeit ist für langsames Reisen. Möglichst schnell möglichst weit weg, volle Kanne Erho-lung, und wieder mit neuer Energie zurück an den Arbeits-platz. Der Weg wird dabei selten als Teil der Reise gesehen. »Wer die Welt kennenlernen und am globalen Austausch teilnehmen möchte, kommt um das Fliegen nicht her-um«, so der Vorstand der grünen Heinrich-Böll-Stiftung in einer zusammen mit Airbus publizierten Broschüre.⁷⁴ Dass dies nur für einen kleinen Prozentsatz der Weltbe-völkerung gilt, bleibt unerwähnt. Die Möglichkeit, jeder-zeit ohne große Kosten und Aufwand überall hinfliegen zu können, ist Inbegriff eines Lebens- und Freiheitsgefühls, das selbst bei Grünwähler*innen und hartgesottenen Glo-balisierungskritiker*innen tief verankert ist. Viele der gro-ßen Umweltorganisationen wagen sich an das Flugthema nicht heran.

Dass die derzeitige Mobilitätsform vorherrschend ist und so beharrlich am Steuer sitzt, liegt auch daran, dass sie in den Alltagspraktiken und Wünschen verankert ist und über sie Bedürfnisse gestillt werden können – Bedürfnisse, die jedoch oft erst künstlich geschaffen werden. An vielen Straßenecken prangt eine (häufig sexistische) Flug- oder Autowerbung. Selbst, wenn vor zehn Jahren der Alpen-urlaub noch komplett normal und schön war, so wirkt er nun im Vergleich zum leicht verfügbaren Strandurlaub in Griechenland wie ein Verzicht.

In Stein gemeißelt und Beton gegossen: Infrastrukturen

Wie oben ausgeführt, sind es staatliche Mittel, die den Flughafen, der die Griechenlandreise ermöglicht, errich-ten und am Leben erhalten oder ausbauen. Die imperia-le Form der Mobilität ist also nicht nur im Kopf, sondern auch materiell verankert, gebaute Infrastruktur ermöglicht und verfestigt sie. Diese wiederum kurbelt ihre Nutzung an und verfestigt Alltagspraktiken und Denkweisen. »Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten«, dies beweisen auch wis-senschaftliche Studien.⁷⁵ Wenn Investitionen in immer neue Autobahnen fließen, der Staat Wohnhäuser zum Ga-ragenbau verpflichtet, Einkaufszentren abseits der Orts-kerne gebaut werden, so gießt dies Automobilität für die nächsten Jahrzehnte in Beton.

Die gebaute Infrastruktur schafft Realität. Sie ist somit ein weiterer Grund dafür, dass sich das Verkehrssystem so schwerlich verändert. Es wird deutlich, dass die Vor-herrschaft des derzeitigen Mobilitätssystems nicht nur auf Konsens beruht: Hält der Nahverkehrszug nicht mehr in der Gemeinde, bleibt kaum etwas Anderes übrig, als ins Auto zu steigen – zumindest für diejenigen, die es sich leisten können. Schafft Deutschland die Nachtzüge ab, ist wiederum der Flug für viele die logische Konsequenz. Ähnliches gilt für lateinamerikanische und afrikanische Länder, in denen man ab den 1990ern den gut funk-tionierenden Personenverkehr auf Schienen privatisierte und abbaute.⁷⁶ In den USA betrieb General Motors aktiv den

strategischen Abbau vieler öffentlicher Verkehrssysteme.⁷⁷ Hinter dem Erzeugen von Infrastruktur und Bedürfnissen und hinter dem Absichern eines bestimmten Mobilitätssystems stecken also auch ganz konkrete Akteure und Interessen, die alles tun, damit das Steuer nicht herumgerissen wird.

Wer das Steuer in der Hand hat

Das fossile Mobilitätssystem wird – trotz des Wissens um seine negativen Effekte – durch private und staatliche Akteure vorangetrieben und abgesichert. Sei es durch Verkehrs-, Steuer-, Austeritäts-, Ressourcen- oder Handelspolitik. Der Staat baut und unterhält das Straßennetz und bevorzugt durch die Pendlerpauschale, Schrottprämie, Elektroauto-Förderung und andere Subventionen systematisch den motorisierten Individual- und Flugverkehr. Und schließlich greifen auch die sich als demokratisch verstehenden Staaten des Globalen Nordens zu militärischen Mitteln, um den Zugriff auf die benötigten Ressourcen für die Mobilität zu garantieren. Kriege um Öl werden auch für unsere Autos und Flieger geführt.⁷⁸ Dabei sind die Automobil-, Flug-, Öl- und Rüstungsindustrie eng miteinander verzahnt.⁷⁹ Die beiden weltweit größten Flugzeughersteller sind gleichzeitig Rüstungsunternehmen. Bei der Airbus Group stammen 20 % des Umsatzes aus Rüstungsverkäufen, bei Boeing sind es 50 %. Beide exportieren in großem Umfang Rüstungsgüter in die Konfliktzonen des Nahen Ostens.⁸⁰

Die Automobilindustrie, die Unternehmen im Logistiksektor, in den Häfen, Flughäfen und anderen Verkehrsbereichen, haben ein enormes Durchsetzungsvermögen, wenn es darum geht, ihr Wachstum zu verteidigen. Der Flug- und der Containerschiffverkehr sind die Infrastrukturen der kapitalistischen Globalisierung. Nicht zuletzt deshalb besteuert der Staat ihre Treibstoffe nicht und schweigen sich Klimaverträge über die Emissionen dieser Verkehrsformen aus. Denn sonst ginge es ans Eingemachte der Globalisierung. Arbeitsplätze werden häufig als Totschlagargument genannt, wenn es um sozial-ökologische Veränderungsvorschläge geht. Auch die Gewerkschaften verteidigen aus der berechtigten Angst vor dem Verlust stabiler Arbeitsplätze den Status Quo. In Deutschland ist insbesondere die Automobilbranche zentral. Laut Winfried Wolf (2009) hat die Autoindustrie aber seit über einem Vierteljahrhundert keine neuen Arbeitsplätze mehr geschaffen. Trotz Produktionssteigerung wurden Belegschaften abgebaut, was an der Konzentration auf wenige Unternehmen und der mechanisierten und digitalisierten Massenfertigung liegt (siehe DIGITALISIERUNG).⁸¹

Ablenkungsmanöver?

Dass es trotz jahrzehntelangem Problembewusstsein noch nicht zu einem Wandel der Mobilität gekommen ist, liegt nicht nur an den fünf bisher identifizierten Gründen: der Exklusivität, der Möglichkeit der raumzeitlichen Auslagerung negativer Effekte, den tief verankerten Normvorstellungen und Alltagsgewohnheiten, der träge gebauten Infrastruktur und den Interessen mächtiger Akteure. Ein weiterer Faktor ist zudem die Behauptung, über eine »grüne« technologische Modernisierung und Emissionshandel seien alle Probleme gelöst. Dieser Irrglaube erhält den motorisierten Individual- und Flugverkehr aufrecht und lässt das Handelssystem weiter globalisieren.

» Ich bin begeistert über die derzeitigen Transportinnovationen: vom Rollen der Elektrobusse zum Erfolg der privaten Elektrofahrzeuge bis hin zu Fortschritten in Effizienz und neuen Treibstoffen. [...] Wir müssen Transport durch die doppelte Linse der steigenden menschlichen Mobilität und sinkenden Emissionen sehen. Das heißt, den Transport dekarbonisieren.«⁸²

(Christina Figueres, Generalsekretärin der UN-Klimarahmenkonvention UNFCCC, in ihrer Auftaktrede zum International Transport Forum, 2016)

Es handelt sich dabei oft nur um neuen Wein in alten Schläuchen: Alte Nutzungsformen wie private Massenmotorisierung werden in neue Technologien gegossen. Doch solange das ressourcenintensive Auto im Privatbesitz die Norm oder Hoffnung bleibt, ändert auch dessen Elektromotor kaum etwas.⁸³ Und wenn der Strom für die Fahrzeuge weiterhin aus Kohlekraftwerken kommt, wie es in Deutschland mit über 40 % der Fall ist, so ist auch hier wenig gewonnen.⁸⁴ Österreich fördert seit Kurzem die private Elektromobilität: 4.000 Euro Prämie gibt es beim Kauf eines Elektroautos bis 2018 – nicht aber beim Unterlassen eines Autokaufs. Zudem sollen auch Gratis-Parkplätze für »grüne« Autos zur Verfügung gestellt und die Verwendung der Busspur ermöglicht werden.⁸⁵ Während der Staat also Autoverkehr und die Automobilindustrie fördert, schränkt er die öffentliche und nicht-motorisierte Mobilität durch derartige Maßnahmen sogar ein.

Selbstverständlich ist Forschung für umweltschonende Technologien notwendig. Doch wir dürfen nicht vergessen, dass Effizienzsteigerungen, wie wir im Flug-Abschnitt gezeigt haben, nur langsam von staten gehen. Zudem macht der Reboundeffekt (siehe Glossar) die Einsparungen häufig zunichte. So manche neuen Technologien und Innovationen weisen zudem negative Folgewirkungen auf: Beispielsweise benötigt der Antrieb der Elektrofahrzeuge zahlreiche seltene Erden und Agrartreibstoffe verbrauchen Böden, die zur Nahrungsmittelerzeugung notwendig wären (siehe Infobox »Agrartreibstoffe«).⁸⁶

Das zuvor erläuterte Klima-Flug-Abkommen ist ein weiteres Beispiel für die aktuelle Lösungsstrategie der Transport- und Klimakrise, die die Probleme über Emissions-Offsets externalisiert. Das Abkommen macht Konsument*innen weis, fliegen sei nachhaltig. Die vorherrschenden Lösungsansätze tasten somit die imperiale Lebensweise nicht an, sondern geben ihr vielmehr eine neue Legitimation.

Die beschleunigte Mobilität ist unerlässlich für die Existenz einer Wirtschaftsform, die auf Wachstum, auf das Erschließen immer neuer Märkte und »Fortschritt« ausgerichtet ist.⁸⁷ Doch erst über ihre Verankerung im Alltag, in Lebensentwürfen und Träumen wird das Transportsystem vorherrschend. Dies zeigt, warum es Widerstände und Alternativen so schwer haben und welche Steine in den Transformationspfad gelegt werden. Für eine umfassende Transformation muss sich der Globale Norden von der wachstumsorientierten Wirtschaft und so manchen Privilegien befreien. Es geht nicht nur um eine Modernisierung, sondern um eine Überwindung der imperialen Mobilitätsweise.



Eine solidarische Mobilität

Wie können wir die Beharrlichkeit der imperialen Produktions- und Lebensweise im Bereich der Mobilität durchbrechen? Welche Strategien, welche Ebenen und Akteure sind dafür relevant? Und wie kann eine nicht-imperiale Mobilität aussehen, also eine, die inklusiv und gerecht ist, die weder auf der übermäßigen Ausbeutung von Arbeit und Umwelt beruht, noch negative Effekte auslagert?

Um die unsolidarische Form der Mobilität zu überwinden, ist es notwendig, an den oben analysierten Punkten anzusetzen, die diese so stabil machen. Hierfür skizzieren wir in Folge mehrere Strategien, Aktionen und Maßnahmen, die zum Wandel führen sollen, sowie drei mögliche Transformationsbereiche. Letztendlich muss erreicht werden, dass die individuelle, motorisierte Mobilität und der stete Zugriff auf Waren von überall nicht mehr die gesellschaftliche Norm sind. Und, dass sich neue Alltagspraktiken, Normen sowie zukunftsfähige Infrastrukturen herausbilden. Und zwar gegen den Widerstand der Profiteure dieses Systems: den Industrien, aber auch der autofahrenden, fliegenden und Billigprodukte konsumierenden Gesellschaft.

»Anti alles?« Strategien für die Transformation

Eine häufig genannte Strategie ist die des individuellen Verzichts oder nachhaltigen Konsums. Dies ist selbstverständlich wichtig, doch lange nicht ausreichend. Denn die sinnvollen Ideen und Forderungen zur individuellen oder gesellschaftlichen Entschleunigung und zur Abkehr von der Hypermobilität und vom modernen Nomadentum sprechen bisher eine nur sehr kleine übersättigte und eher kaufkräftige Verbraucher*innenschicht an.⁸⁸ Gleichzeitig breitet sich jedoch die fossile motorisierte Mobilität weltweit aus und hat an Attraktivität kaum eingebüßt. Beim »bewussten« Konsum beschränkt sich der eigene Einfluss auf die Auswahl zwischen den angebotenen nachhaltigeren Produkten, während vielseitige Formen der demokratischen Einflussnahme ungenutzt bleiben.

Diese können einerseits Strategien des Widerstands sein: gegen die vermehrte Macht der Industrie gegenüber der Öffentlichkeit oder gegen Maßnahmen, welche die motorisierten fossilen Mobilitätssysteme in Beton gießen, beispielsweise Flughafenerweiterungen. Dies ist sowohl auf lokaler als auch überregionaler Ebene essentiell. Ein Beispiel für die Vernetzung lokaler Proteste ist die weltweit koordinierte Aktionswoche, die im Herbst 2016 unter dem Motto »Stay Grounded. Aviation Growth Cancelled Due to Climate Change« an Flughäfen in London, Mexiko City, Istanbul, Nantes und Wien stattfand.⁸⁹ Erfahrungsaustausch, transnationale Solidarität und gemeinsame Kommunikation sind enorm wichtig für den Erfolg sozialer Bewegungskämpfe. Im Februar 2017 entschied der österreichische Verfassungsgerichtshof, dass die beantragte dritte Flugpiste in Wien aufgrund von Klimawandel und Bodenverbrauch nicht genehmigt werden kann.⁹⁰ Ein Präzedenzfall, der hoffentlich Nachahmung findet.

Doch Widerstand und »Anti-alles« reicht nicht aus, um die vorherrschende Lebensweise zu verändern. Hierfür ist es effektiv, Alternativen auszuprobieren und voranzutreiben, um eine sozial-ökologische Mobilität vorstellbar und attraktiv zu machen. Nur so kann beispielsweise sichtbar

werden, dass autofreie Straßen oder Stadtteile zwar womöglich für manche unbequemer, aber für viele ruhiger und lebenswerter werden.

Zudem ist eine durchdachte Strategie des Transformierens notwendig, um die Übergänge gerecht zu gestalten. So braucht beispielsweise der Rückbau der Automobilindustrie die Entwicklung neuer Visionen guter Arbeit. Gerade die Beschäftigten und Gewerkschaften könnten – möglicherweise in Zusammenarbeit mit der Umwelt- und Klimabewegung – ihren Fokus verschieben und weniger reine Joberhaltung fordern, sondern viel zum Ausbau zukunftsfähiger Arbeitsbereiche und einer Arbeitszeitreduktion und -verteilung beitragen.⁹¹ So könnten Arbeitsplätze aus der Autoindustrie beispielsweise in lokale Car-Sharing-Initiativen, in ausgebaute öffentliche Verkehrsmittel oder erneuerbare Energiekooperativen umgelagert werden. Dies ist auch notwendig, um Ängsten vor Jobverlust und Unsicherheit und somit auch rechten Strömungen vorzubeugen. Zur Strategie des Transformierens zählt aber auch, Werbung für umweltschädliche Transportformen zu beschränken oder privatisierte Infrastrukturen im Mobilitätsbereich – wie die Eisenbahn oder Straßenbahnen – durch Bürgerinitiativen und gemeinsame Anstrengung zurück in die öffentliche oder kollektive Hand zu bringen.

Zu guter Letzt ist die diskursive strategische Ebene relevant, also das Reden und Diskutieren oder Bildungsarbeit. Wichtig ist, die Frage nach gesellschaftlich und ökologisch tragbaren Grenzen – die bisher auf der politischen Entscheidungsebene gänzlich ignoriert wird – gemeinsam zu diskutieren. Wie viele Autos und welche Geschwindigkeit vertragen wir? Wofür sind welche Mobilitätsformen gesellschaftlich sinnvoll, wofür nicht? Erfüllen Autos in der Stadt vielleicht bestimmte Funktionen, zum Beispiel für Krankentransporte oder Umzüge, sind aber großteils kontraproduktiv? Ist Fliegen in jedem Fall notwendig oder können wir auch ein anderes Urlaubsziel wählen oder den Zug nehmen? Diese Fragen sollten – gerade eben, weil sie nicht einfach pauschal zu klären oder für alle gleichermaßen gültig sind – zur Debatte stehen; in Bürger*innenräten (siehe ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK, S. 95), Nachbarschaftsplena, Schulen, Parlamenten und so weiter. In zivilgesellschaftlichen Organisationen, sozialen Bewegungen und progressiven Institutionen wie so manchen Universitäten werden diese Debatten durchaus schon seit Jahrzehnten geführt.ⁱ Einige der bestehenden Ansätze und Forderungen sowie schon gelebten Alternativen haben wir in den drei folgenden Transformationsbereichen zusammengefasst.

Drei Bereiche der Transformation

Apfel aus Neuseeland oder aus Nachbarins Garten? Die Verringerung des Güterverkehrs

Der Güterverkehr ist aktuell für 30 % der weltweiten CO₂-Emissionen im Verkehrssektor und 7 % der gesamten CO₂-Emissionen verantwortlich.⁹² Anstatt bis 2050 auf eine Verdreifachung des Transportvolumens zu setzen, wäre es notwendig, Wirtschaftskreisläufe zu regionalisieren und so enorme Mengen an Treibhausgasen zu verhindern.⁹³ Hiermit ist nicht ein nationalistischer Protektionismus gemeint – regional ist der Apfel, egal, ob er aus dem benachbarten polnischen oder deutschen Ort

i Beispiele für bisherige alternative Verkehrskonzepte, Forderungskataloge und Bewegungen im deutschsprachigen Raum sind das Netzwerk Solidarische Mobilität (<http://www.solimob.de/>), Winfried Wolfs (2009) sieben Tugenden einer alternativen Verkehrsorganisation, die Schrift »Auto, Umwelt, Verkehr. Umsteuern, bevor es zu spät ist« der IG Metall von 1992, das Luftverkehrskonzept mehrerer NGOs (BUND & Brot für die Welt, 2015), die AG Verkehr der Partei die Linke und die Radlobby (<https://www.radlobby.at/>).

kommt. Der Staat muss zudem die Subventionierung des Güterverkehrs abbauen und Schweröl und Kerosin endlich besteuern. Die verbleibende emissionsintensive Luft- und LKW-Fracht könnte vermehrt auf die Schiene und auf umweltfreundlichere Schifffahrt verlagert werden.⁹⁴ Es braucht eine Wirtschaft der kurzen Wege und eine möglichst lokale Erzeugung (siehe LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG).



» Die Revolution erreichen wir nur mit dem Fahrrad!«

(José Antonio Viera-Gallo)

Die Vermeidung des motorisierten Personenverkehrs und Verlagerung

Auch im Bereich des Personenverkehrs gilt es, den motorisierten Transport zu verringern und auf umweltfreundlichere Formen zu verlagern. Im Fall der Luftfahrt könnte ein staatlich geförderter Schienenverkehr einen Großteil der Kurzstreckenflüge ersetzen.⁹⁵ Denn innerhalb Deutschlands gibt es jährlich 23,5 Millionen Binnen-Flugpassagiere (Zahl von 2012).⁹⁶ Und 84 % der aus Österreich abgehenden Flüge landen innerhalb von Europa.⁹⁷ Schon lange fordern Umweltverbände und andere Institutionen die Abschaffung der Privilegien der Luftfahrt. Eine Kerosin-Steuer hätte teurere Flüge zur Folge. Das kann bedeuten, dass dadurch alle weniger fliegen – oder aber leider auch, dass vorwiegend Reiche um die Welt jetten. Zumindest solange nicht gleichzeitig die Schere zwischen arm und reich bekämpft wird. Vorschläge, die darauf abzielen, Vielflieger*innen stärker zu besteuern, werden derzeit noch wenig debattiert und müssen auf ihre Umsetzbarkeit geprüft werden.⁹⁸ Manche sehen zudem in modernen Zeppelein oder Segelschiffen eine ökologischere, wenn auch langsamere Übersee-Flugzeugalternative.⁹⁹

Die Förderung von Auto-Städten ist ökologisch und sozial höchst fragwürdig. Stattdessen sollte bei der Raumplanung Fußgänger*innen, Fahrrädern und Straßenbahnen mehr Platz eingeräumt, Parkplätze abgebaut und verteuert werden.¹⁰⁰ Dadurch würden umweltfreundliche, sichere und leise Verkehrsmittel automatisch erheblich mehr genutzt. So müsste nicht weiterhin nur auf individuellen ›Verzicht‹ gehofft werden, da die Alternativen an Attraktivität gewinnen. Neben der Klimawirkung würden sich auch Gesundheit, Wohlbefinden, Feinstaub- und Lärmbelastung deutlich verbessern.¹⁰¹ Zudem können Geschwindigkeitsbegrenzungen für PKWs, LKWs und Schifffahrt deren Energieverbrauch und Abgase stark verringern.¹⁰² In ländlichen Regionen ist ein autofreies Leben hingegen deutlich schwerer vorstellbar. Ballungszentren sind aus Verkehrs- und Energieperspektive sinnvoller – was dem weit verbreiteten Wunsch nach einem Einfamilienhaus am grünen Stadtrand widerspricht.¹⁰³ Es gibt jedoch auch für das Land Ideen: vom Ausbau des öffentlichen Verkehrs für häufiger genutzte Strecken über Fahrgemeinschaften und ›Dorfautos‹ bis hin zu Ruftaxis zum Nahverkehrstarif, eventuell in der Kombination mit (Elektro-)Fahrrädern.¹⁰⁴

Außerdem können Firmen oder zum Beispiel Universitäten ihre Kommunikation digitalisieren und physischen Verkehr so teilweise vermeiden: Für ein Treffen mit neuen Geschäftspartner*innen in Übersee müssen Angestellte dann nicht mehr fliegen, sondern könnten Videokonferenzen abhalten. Dies würde auch dem zunehmenden Stress durch konstante Arbeitsreisen und Pendeln Abhil-

fe verschaffen. Digitale smarte Systeme ermöglichen zudem, dass der öffentliche Transport schneller auf veränderte Nachfragen reagieren kann oder die unten genannten Carsharing-Initiativen erleichtert werden. Dennoch darf die Gefahr von Überwachung, Systemstörungen, Hacker-Angriffen und die Ressourcenintensität digitaler Systeme nicht vergessen werden (siehe DIGITALISIERUNG).¹⁰⁵



Nutzen statt besitzen! Der Ausbau attraktiver kollektiver Verkehrssysteme

Generell gilt: Je weniger Fahrzeuge unterwegs sind und je mehr Menschen die existierenden Fahrzeuge nutzen, desto besser. Heute bleiben PKWs im Privatbesitz im Durchschnitt 23 Stunden am Tag ungenutzt.¹⁰⁶ Konzepte, die das Nutzen dem Besitzen vorziehen, haben in letzter Zeit auf lokaler Ebene an Beliebtheit gewonnen. Beispiele sind das Lastenradkollektiv in Wien oder in anderen europäischen Hauptstädten. Diese verleihen umsonst oder zu freien Preisen Lastenräder oder Anhänger, auf denen sich auch mal eine Waschmaschine oder ein Sofa transportieren lässt.¹⁰⁷ Bekanntere Beispiele sind Carsharing, Carpooling oder Mitfahrzentralen. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass der billige Carsharing-BMW um die Ecke dem öffentlichen Verkehr Konkurrenz macht.

So ist es umso wichtiger, den öffentlichen Verkehr zu erhalten und auszubauen – anstatt zu privatisieren und abzubauen. Für die Stadt heißt das: Straßenbahnen, E-Busse, U- und S-Bahnen. Wolf (2009) zufolge sind U-Bahnen selten die beste Lösung. Ihr Bau ist extrem teuer und dient häufig dazu, Straßen für Autos freizuhalten. Ein mittlerweile bewährtes System ist der Bus Rapid Transport: In Großstädten stehen für Busse extra Verkehrsspuren zur Verfügung. Sie können somit den Stau umgehen und bieten eine kostengünstige und schnellere Lösung als das Auto.¹⁰⁸ Beim Regionalverkehr ist zu beachten, nicht nur auf schnelle Städteverbindungen und attraktive Nachtzüge für Langstrecken zu setzen, sondern auch den Abbau der Streckennetze rückgängig zu machen.¹⁰⁹

Wichtig ist, den öffentlichen Verkehr soweit zu fördern, dass er auch für Geringverdiener*innen erschwinglich ist. Dies lässt sich durch Zuschüsse, Freifahrten für Arbeitslose und Asylwerber*innen oder generell kostenlose Verkehrssysteme erreichen, wie sie schon mehrere europäische Städte eingeführt haben. Es bedarf somit einer Vielzahl von Strategien und Transformationsbereichen, um einen sozial-ökologischen Umbau unseres Mobilitätssystems zu erreichen. Klar ist jedenfalls, dass sie eine demokratische Mitgestaltung vieler und einen massiven Druck von unten erfordern.

Du siehst das ähnlich?

Dann werde aktiv, weitere Anregungen findest du auf unserer Homepage www.aufkostenanderer.org.

- 1 Zierer & Zierer, 2010, S. 20
- 2 Borscheid, 2004; Wolf, 2009
- 3 WHO, 2015
- 4 Intergovernmental Panel on Climate Change, 2014, S. 608
- 5 Europäische Kommission, 2016; Intergovernmental Panel on Climate Change, 2014, S. 9; Miller & Façanha, 2014, S. 6
- 6 Intergovernmental Panel on Climate Change, 2014, S. 603
- 7 Krausmann & Fischer-Kowalski, 2010, S. 52
- 8 Intergovernmental Panel on Climate Change, 2014, S. 606
- 9 Verkehrsclub Österreich, 2009
- 10 China Statistics, 2015, 2016; OICA, 2017; Statista, 2017; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2017; UNDP, 2017
- 11 Burckhardt, 2014, S. 201; Unique, 2012
- 12 Fair Wear Foundation, 2012; Wolf, 2009, S. 20
- 13 Boss & Rosenschon, 2010, S. 5
- 14 Wolf, 2009, S. 154
- 15 Wolf, 2009, S. 288–289
- 16 Spehr, 2015
- 17 Marinekommando, 2015, S. 4
- 18 Marinekommando, 2015, S. 5
- 19 Wolf, 2009, S. 289–290
- 20 Spehr, 2015
- 21 Winkel, Weddige, Johnsen, Hoen & Papaefthimiou, 2016, S. 584
- 22 Naturschutzbund Deutschland e.V., 2014, 2017
- 23 Broadgate et al., 2013
- 24 Weltbank, 2017a
- 25 International Transport Forum, 2016a, S. 32; Weltbank, 2017a
- 26 Intraplan Consult, Ratzenberger & BAG Luftverkehr, 2015, S. 46–48
- 27 Hasse, 2015
- 28 The Guardian, 2017
- 29 Max-Planck-Gesellschaft, 2016; Notz & Stroeve, 2016
- 30 Atmosfair, 2017
- 31 Aamaas, Borken-Kleefeld & Peters, 2013, S. 275; Umweltbundesamt, 2016; Verkehrsclub Deutschland, 2017
- 32 Fahey & Lee, 2016; Graichen, Gores & Herold, 2010, S. 20; Intergovernmental Panel on Climate Change, 1999
- 33 IATA, 2016; Peeters, Higham, Kutzner, Cohen & Gössling, 2016, S. 30
- 34 Airbus, 2015, S. 10; International Transport Forum, 2016b; Ritchie, 2016, S. 91; Weltbank, 2017b
- 35 Wuppertal Institut, 2005, S. 81
- 36 The Guardian, 2016
- 37 The Endsreport, 2011
- 38 United Nations, 2006
- 39 Lessenich, 2016, S. 131
- 40 Aamaas et al., 2013
- 41 Heinrich Böll Stiftung & Airbus, 2016, S. 15
- 42 Kletzan-Slamanig & Köppl, 2016, S. 2; Umweltbundesamt, 2014, S. 38
- 43 Deutscher Bundestag, 2013, S. 4
- 44 Europäische Kommission, 2014, S. 2
- 45 Peeters et al., 2016
- 46 Heinrich Böll Stiftung & Airbus, 2016, S. 17–36
- 47 Intergovernmental Panel on Climate Change, 1999, S. 604; Peeters et al., 2016, S. 31
- 48 Brot für die Welt, 2014; BUND & Brot für die Welt, 2015; Searchinger & Heimlich, 2015
- 49 Peeters et al., 2016
- 50 Global Aviation Industry, 2013
- 51 ICAO, 2016; Transport & Environment, 2016
- 52 Fahey & Lee, 2016; Graichen et al., 2010, S. 20
- 53 Lohmann, 2009; Spash, 2010
- 54 Böhm, 2013; BUND, 2013
- 55 Lohmann, 2009, S. 730
- 56 Carbon Market Watch, 2017
- 57 Grillo Avila et al., 2016
- 58 Fatheuer, 2015; Kill & Franchi, 2016
- 59 Altwater & Brunnengräber, 2008; Kill & Franchi, 2016
- 60 CONAIE, 2008
- 61 Curran, Hellweg & Beck, 2014
- 62 Kill & Franchi, 2016
- 63 Heuwieser, 2016; Tienhaara, 2012
- 64 Illich, 1974
- 65 Intergovernmental Panel on Climate Change, 2007; Verkehrsclub Österreich, 2009
- 66 Mau, Gülzau, Laube & Zaun, 2015
- 67 Pure Earth, 2017
- 68 Rammner, 2014, S. 43
- 69 European Environment Agency, 2016
- 70 WHO, 2015; Wolf, 2009, S. 245
- 71 Ducki, 2010
- 72 Rammner, 2014, S. 54
- 73 Manderscheid, 2014, S. 24
- 74 Heinrich Böll Stiftung & Airbus, 2016, S. 3
- 75 Duranton & Turner, 2011
- 76 Wolf, 2009, S. 245–253
- 77 Wolf, 2009, S. 126
- 78 Wuppertal Institut, 2005, S. 91–105
- 79 Wolf, 2009, S. 359–365
- 80 Aktion Aufschrei, o. J.; Heinrich Böll Stiftung & Airbus, 2016, S. 32
- 81 Wolf, 2009, S. 397–403
- 82 International Transport Forum, 2016c
- 83 Rammner, 2014, S. 75–80; Wolf, 2009, S. 380–387
- 84 BDEW, 2015
- 85 Der Standard, 2016a
- 86 Süddeutsche Online, 2015
- 87 Manderscheid, 2014
- 88 Klimaretter, 2013; Reheis, 2006; Rosa, 2012
- 89 System Change, not Climate Change, 2016
- 90 Heuwieser, 2016
- 91 Urban, 2011; Urban & Schumann, 2011
- 92 International Transport Forum, 2015
- 93 International Transport Forum, 2015
- 94 Wolf, 2009, S. 391
- 95 Intergovernmental Panel on Climate Change, 2014, S. 6; Wolf, 2009, S. 390–392
- 96 European Union, European Commission & Directorate-General for Energy and Transport, 2014, S. 54
- 97 Statistik Austria, 2015, S. 453
- 98 A Free Ride, 2017
- 99 ISOPOLAR, 2016; Rammner, 2014, S. 103–105; Welzer & Wiegandt, 2011, S. 26–29
- 100 VCÖ, o. J.
- 101 Intergovernmental Panel on Climate Change, 2014, S. 604
- 102 Wolf, 2009, S. 397–399
- 103 Der Standard, 2016b
- 104 Herget & Hunsicker, 2014
- 105 Rammner, 2014, S. 72
- 106 Rammner, 2014, S. 83
- 107 ADFC Hamburg, 2017; Lastenradkollektiv, 2017
- 108 Hickman, Fremer, Breithaupt & Saxena, 2011, S. 122
- 109 Wolf, 2009, S. 386–390

Von der imperialen Lebensweise zum guten Leben für alle

Unsere derzeitige Produktions- und Lebensweise bedeutet ein besseres Leben für wenige auf Kosten anderer. Welche Strategien können wir nutzen, um stattdessen ein gutes Leben für alle zu ermöglichen? Und wie könnte eine solidarische Lebensweise aussehen?

Werfen wir einen Blick zurück auf das Dossier: Ob unser Smartphone oder unsere Pflegeheime, unsere Bildungsinstitutionen oder das Giro-Konto, unsere Supermarkttregale oder Transportgewohnheiten – die imperiale Produktions- und Lebensweise zieht sich durch fast alle Bereiche unseres Alltags. In diesem Schlusswort fassen wir nun die Ergebnisse unserer Analyse dieser einzelnen Lebensbereiche zusammen. Darauf aufbauend wollen wir die bereits teilweise in den einzelnen Kapiteln erwähnten relevanten Hebelpunkte, Strategien und Leitplanken einer solidarischen Lebensweise vorstellen. Doch eines muss klar sein: Auf die komplexen Probleme gibt es keine einfache Lösung, sondern eine Vielzahl ebenso komplexer Antworten. In der hier versuchten Zusammenfassung bleibt es nicht aus, dass manche Vorschläge verkürzt erscheinen und Widersprüche nur begrenzt dargestellt werden können. Einige der vorgestellten Ideen und Wege müssen zudem erst noch erprobt und genauer durchdacht werden.

Unser Alltag: Ausgebeutet werden und ausbeuten lassen

Unsere Lebensweise und die ihr zugrunde liegende Produktionsweise beruhen auf der unbegrenzten und privilegierten Ausbeutung von Arbeitskraft und Umwelt. Im Globalen Norden sind es neben Frauen und ökonomisch schlechter gestellten Personen auch geflüchtete oder indigene Menschen, die rassistisch diskriminiert werden, unter schlechteren Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen leiden, politisch benachteiligt werden und zudem in schmutzigen, lauten und unsicheren Gegenden leben müssen. Jedoch greifen fast alle Menschen im Globalen Norden überproportional auf die insgesamt verfügbare Biosphäre und die Arbeitskraft von anderen Menschen, vor allem im Globalen Süden, zu. Diese Lebensweise breitet sich gleichzeitig rasant in den urbanen Mittel- und Oberschichten des Globalen Südens aus. Damit verallgemeinert sich eine Lebensweise, die nur exklusiv funktionieren kann und somit eigentlich nicht verallgemeinerbar ist: Wir stoßen zunehmend an die ökologischen sowie sozialen Grenzen des Wachstums, während die Krisenerscheinungen zunehmen und, wie im Fall des Klimawandels, immer schwerer zu bewältigen sind.¹

Die Ausbreitung der imperialen Lebensweise: Attraktivität und Zwang

Die imperiale Lebensweise breitet sich aus, weil sie uns attraktiv erscheint. Sie verspricht ein vergleichsweise komfortables Leben: Konsum von sämtlichen Produkten per Mausklick, kürzere Reisezeiten an weit entfernte Ziele, die uns die Werbung schmackhaft macht, schnellere Kommunikationsmöglichkeiten, neue technische Innovationen, die die Erledigung alltäglicher Arbeiten an Maschinen übertragen, oder die Abgabe von vermeintlich lästigen Pflegetätigkeiten an Dritte. Oft wird dabei übersehen, dass die imperiale Lebensweise aber auch auf gesellschaftlichen Zwängen fußt. So erscheinen kürzere Reisezeiten vor allem als erstrebenswert, weil immer mehr Mobilität und Flexibilität gefordert wird, beruflich wie privat. Am ganz normalen Alltagsleben teilzuhaben bedeutet auch, mir meine Lebensmittel im Supermarkt zu kaufen, ein Girokonto zu führen, zeitraubende Sorgetätigkeiten auszulagern oder Bildungsabschlüsse zu erwerben. Auch hängt gesellschaftliche Teilhabe zunehmend von Produkten wie Computer oder Smartphone ab. Um diese kaufen zu können, sind wir gezwungen, viel Zeit in Erwerbsarbeit zu verbringen und letztlich die imperiale Lebensweise mitzutragen.

Unsere Lebensweise: völlig normal, in Beton gegossen und institutionell abgesichert

Wie unsere Analyse der imperialen Lebensweise zeigt, beruhen all diese Entwicklungen erstens auf gesellschaftlichen Wahrnehmungen, was als normal und erstrebenswert gilt, zweitens auf materiellen Infrastrukturen, die bestimmte Verhaltensweisen systematisch begünstigen, und drittens auf dem Einfluss von politischen Institutionen und Akteuren, die ein Interesse daran besitzen, dass alles so bleibt, wie es ist. So scheint allgemein die Vorstellung tief verankert zu sein, dass unsere Lebensweise Wohlstand und Fortschritt bedeutet und andere Menschen in anderen Erdteilen sich nach der gleichen Logik »entwickeln« sollten. Wachstum, Konsum und Arbeit in Frage zu stellen erscheint immer noch als Unterfangen radikaler Außenseiter.² Auch die Form und Inhalte unserer Bildung (siehe BILDUNG UND WISSEN) sowie die allgegenwärtige Werbung festigen solche Denkmuster in unseren Köpfen. Zudem existieren eine Reihe von Infrastrukturen, die so gestaltet sind, dass sie unser derzeitiges Verhalten erst ermöglichen und gewisse Optionen automatisch vorgeben, andere dagegen erheblich erschweren: Straßen und Autobahnen, Kitas und Altenheime, Schulen und Universitäten, Banken und Versicherungen, Arbeitsmärkte und Arbeitsämter, Supermärkte, Einkaufsmielen und die dahinterstehende Logistik. Dabei wird der Ausbau von materiellen Infrastrukturen von einer Politik vorangetrieben, die sich fast ausschließlich am Wirtschaftswachstum orientiert (siehe GELD UND FINANZEN). Vor allem auch Unternehmen unterstützen diese Prozesse sowohl finanziell als auch ideologisch, weil für sie entsprechende, wachstumsorientierte Entwicklungen – also



beispielsweise der Ausbau von Logistikinfrastruktur für den privatwirtschaftlichen Handel oder die zunehmende Privatisierung öffentlicher Einrichtungen – höchst profitabel sind. Es sind also die politischen und wirtschaftlichen Interessen verschiedenster Akteure und Institutionen, die die bestehende Ordnung aufrechterhalten. Vermeintliche Lösungen, die globale Krisen technisch und marktbasiert angehen wollen, sind Ergebnis dieser Konstellation aus gesellschaftlichen Orientierungen, Infrastrukturen und mächtigen Interessen. Sie verschärfen jedoch die Probleme, statt sie zu lösen (siehe Infobox »Green Economy«).

Die imperiale Lebensweise ist also einerseits so fest verankert, weil sie uns persönliche Vorteile bietet. Andererseits sind wir täglich Teil von bestehenden Infrastrukturen, Politiken und festsitzenden Vorstellungen und Erwartungen und es ist schwierig, sich von diesen zu befreien. Wer schon einmal versucht hat, den eigenen Lebensstil darauf auszurichten, weniger zu arbeiten oder den eigenen Konsum frei von Ausbeutung zu halten, spürt diesen Zwang sehr schnell. Somit geht es nicht nur um die Veränderung von Handlungen und Konsumgewohnheiten einzelner, sondern darum, *Strukturen* in Politik und Wirtschaft, den Medien und nicht zuletzt in den Köpfen zu verändern, die unsere Lebensweise lenken und beeinflussen. Vielzahl emanzipatorische Bewegungen und Netzwerke versuchen in verschiedenen Bereichen genau hier anzusetzen – seien es die Bewegungen für Ernährungssouveränität und gerechten Welthandel, für solidarische Formen des Wohnens und der Mobilität, Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen etwa im Sorgebereich, oder Konzepte und Bewegungen für Commons und Postwachstum. Alle diese Initiativen und die Konzepte, für die sie eintreten, vereint letztendlich das Ziel eines *guten Lebens für alle* – statt eines besseren Lebens nur für wenige.

Das gute Leben für alle – eine konkrete Utopie

Die Forderung eines *guten Lebens für alle* mag auf den ersten Blick naiv oder träumerisch erscheinen. Doch Utopien sind notwendig, um eine nicht-imperiale Lebensweise attraktiv und wirksam werden zu lassen. Ein *gutes Leben für alle* beschreibt eine globale Gesellschaft, in der Menschen das eigene Leben genießen, ohne dabei andere daran zu hindern, ihr Leben ebenso frei zu gestalten. Eine ausbeutungsfreie Gesellschaft auf Augenhöhe und in Solidarität mit ihrer natürlichen Mitwelt. Das eigene Alltags-handeln nach ökologischen und sozialen Kriterien auszurichten gehört dabei ebenso dazu wie jene Strukturen zu verändern, die Ausbeutung, Ungleichheiten oder Naturzerstörung absichern.

Für ein *gutes Leben für alle* brauchen wir eine neue Bewertung dessen, was als erstrebens- und lebenswert gilt. Unsere Analyse der einzelnen Lebensbereiche hat gezeigt, dass Menschen in den heutigen Strukturen, Bildungsinstitutionen und Arbeitszusammenhängen oftmals zu individueller Leistung und Wettbewerb (siehe BILDUNG UND WISSEN), Beschleunigung (siehe MOBILITÄT), Effizienz (siehe SORGE) oder Konsum (siehe DIGITALISIERUNG, ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT) angetrieben werden. Was aber, wenn wir uns stattdessen an Freiheit, Würde, Miteinander, Lebenslust und -freude orientierten? Wären das neueste Smartphone, die 40-Stunden-Arbeitswoche oder der glänzende SUV weiterhin das anzustrebende Glück? Oder wäre das Ideal eher eine 20-Stunden-Arbeitswoche, in der genügend Zeit ist, eigenen Vorstellungen ei-

nes guten Lebens nachzugehen, sich politisch zu engagieren oder ausreichend Zeit für Freund*innen, Kinder oder pflegebedürftige Eltern zu haben?

In der aktuellen, krisenhaften Zeit, die von Verunsicherung und Angst geprägt ist, hat das *gute Leben für alle* das Potenzial, positiv zu wirken und viele verschiedene Menschen anzusprechen. Gleichzeitig ist abzusehen, dass sich nicht alle Menschen für ein solches Projekt begeistern lassen werden. Nicht zuletzt angesichts des Klimawandels sind höchst unpopuläre Maßnahmen wie die drastische Reduktion des fossilen Brennstoffverbrauchs, die Abschaffung ganzer Produktionsbereiche oder eine Einschränkung des Auto- und Flugverkehrs nötig, wenn wir ein *gutes Leben für alle* erreichen wollen. Das politisierende *für alle* statt *für wenige* kann dabei helfen, dass gesellschaftlich ausgehandelte Freiheitsbeschränkungen, die zugunsten des Gemeinwohls notwendig sind, mitgetragen werden. Ein sozial-ökologischer Wandel muss daher ein offener und kollektiver Prozess sein, bei dem möglichst viele gesellschaftliche Gruppen teilhaben können. Es geht um einen Prozess, der schon heute in kleinen – aber häufig noch gesellschaftlich zu wenig durchmischten – Projekten und Initiativen, in gelebten Utopien und aktiven Widerständen und in ›revolutionären Reformen‹ beginnt. Langfristig und gemeinsam sollen sie die aktuelle ausbeuterische Gesellschaftsorganisation umwälzen. Gleichzeitig ist klar, dass es ohne gesellschaftliche Konflikte nicht gehen wird: Mächtige Interessen stehen einem Wandel entgegen. Wir sprechen in diesem Kontext der Aushandlung von Zukunftsentwürfen auch von *sozial-ökologischer Transformation*.

Handlungsstrategien für einen sozial-ökologischen Wandel

Wie können wir diese Transformation gestalten? Was können wir tun, um uns der imperialen Lebensweise und den Strukturen, die sie ermöglichen und festigen, entgegenzustellen? Anhand unserer Analyse der imperialen Produktions- und Lebensweise sowie aufbauend auf Erfahrungen und Praktiken emanzipatorischer Bewegungen stellen wir zunächst vier Strategien vor. Im Anschluss skizzieren wir, wo ein solcher Wandel hinführen könnte. Wir benennen mögliche Eckpfeiler einer sozial-ökologischen Transformation hin zu einer solidarischen Produktions- und Lebensweise. Dabei muss noch einmal betont werden: Eine einfache Lösung und *das* perfekte Gesellschaftsmodell gibt es nicht. Es ist notwendig, einerseits die Komplexität der Herausforderungen und die Widersprüche anzuerkennen, sich aber andererseits davon nicht lähmen zu lassen. Für die folgenden Strategien und Eckpfeiler erheben wir deshalb keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit.

1. Den Alltag verändern und Widerstand leisten

So abgedroschen es klingen mag: Echter Wandel fängt auch bei uns selbst an. Und dabei geht es nicht (nur) um alternative Konsumstile. In den USA, wo die Trump-Administration ein autoritäres Regierungsprojekt verfolgt, stellen derzeit viele Menschen ihren Alltag um: Sie gehen zu Demonstrationen, organisieren sich politisch, leisten Widerstand. Sie hinterfragen ein Alltagsverständnis, das aus Arbeit, Einkaufen, Sport-Events und Fernsehen besteht. Auch in Europa engagieren sich mehr und mehr Menschen für *Klimagerechtigkeit* (siehe GLOSSAR), fahrradfreundliche Städte, eine andere Wirtschaftsweise oder

Geschlechtergerechtigkeit, und machen auf diese Weise neue Alltagserfahrungen. Konflikte nicht aus dem Weg zu gehen, sondern mächtigen Akteuren, beispielsweise transnationalen Konzernen, oder Einschränkungen der demokratischen Teilhabe entgegenzutreten, ist hierbei zentral.

Eine Veränderung des Alltags kann auch anders, unscheinbarer anfangen. Zum Beispiel indem Menschen einer solidarischen Landwirtschaftsinitiative beitreten, öfter das Fahrrad statt das Auto nutzen oder ihr defektes Smartphone reparieren lassen, statt gleich ein neues zu kaufen. Oder beispielsweise auch durch eine geschlechtergerechte Arbeitsteilung in der eigenen Familie. Alle großen Wandlungsprozesse bauen darauf, dass viele Menschen die Normalität ihres Alltags hinterfragen und ihre Lebensgewohnheiten Stück für Stück verändern. Eine wichtige Transformationsstrategie besteht daher darin, möglichst vielen Menschen Angebote und Erfahrungsräume zu bieten, in denen sie ihren Alltag verändern können. Sei es in der Schule, in Nachbarschaftszentren oder in Selbsthilfeworkstätten.

2. Öffentliche Debatten verändern

Darum, was als normal beziehungsweise unterstützenswert gilt und was nicht, wird nicht nur im Alltag gerungen, sondern auch in der öffentlichen Debatte. Ob *Globalisierung*, *Vollbeschäftigung*, *Wirtschaftswachstum* oder *Exportweltmeister* – die mediale Berichterstattung prägt über ihre Begriffe und Narrative den Alltagsverstand und die Politik. Eine sozial-ökologische Transformation ist darauf angewiesen, dass neue Begriffe und Erzählungen in die öffentliche Wahrnehmung gelangen und Legitimität erhalten: *Gutes Leben für alle*, *Zeitwohlstand*, *Degrowth* oder *Commons* – Ideen, die wir zum Teil hier aufgreifen, sind Beispiele dafür. Durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, Demonstrationen, Kampagnen und Diskursinterventionen können wir gesellschaftliche Probleme sichtbar und abweichende Meinungen hörbar machen.

Ein Problem liegt hierbei allerdings in der Kurzatmigkeit der öffentlichen Berichterstattung sowie darin, dass einfache Antworten in den sozialen Medien mehr Verbreitung finden als komplexe Problemanalysen. Auch wenn hin und wieder über Freihandelsabkommen, Klimawandel, Sozial-, Demokratie- oder Braunkohleabbau debattiert wird, schnell setzen sich scheinbar dringende Schlagzeilen durch. Entscheidend ist daher, dass sich Gruppen bilden, die Themen langfristig setzen und immer wieder zur Sprache bringen. So versucht beispielsweise die globale Klimagerechtigkeitsbewegung stetig auf die Dringlichkeit eines Umdenkens in der Energie- und Umweltpolitik aufmerksam zu machen – auch dann, wenn gerade kein Klimagipfel ansteht. Die Care-Bewegung setzt sich ausdauernd für gerechte und bedürfnisorientierte Sorgebeziehungen ein, auch wenn diesem Thema medial kaum Beachtung geschenkt wird. Doch wie unser Dossier zeigt, liegen den vielfältigen Problemen ähnliche Triebkräfte zugrunde. Deswegen ist es wichtig, dass Bewegungen ihre einzelnen Arbeitsthemen miteinander verknüpfen. Beispiele für solche Gruppen, die versuchen, diverse Themen und Arbeitsfelder zu bündeln und damit den vereinfachenden und auf Ressentiments aufbauenden Interpretationen der ›Neuen Rechten‹ alternative Erzählungen einer solidarischen Lebensweise entgegensetzen, gibt es bereits. Der wachstumskritische Grundgedanke der *Degrowth-Bewegung* eint viele verschiedene Gruppen – von Anti-Kohle- über Grundeinkommen- bis Tierrechtsbewegung.³ Bei

attac engagieren sich Menschen für eine soziale und ökologische Globalisierung und bündeln damit Themen von Welthandel über kommunale Selbstverwaltung bis Flucht und Migration.⁴ Die *Interventionistische Linke* bringt linksradikale Aktivist*innen beispielsweise sowohl aus anti-rassistischen wie anti-sexistischen oder kapitalismuskritischen Kontexten zusammen.⁵

3. Institutionen und Infrastrukturen transformieren

Institutionen (siehe GLOSSAR) verfügen über viel Macht. Um etwas zu verändern, ist es daher sinnvoll, auch in und mit Institutionen Konzepte für ein *gutes Leben für alle* umzusetzen. Das Besondere an Institutionen ist jedoch, dass sie in der Regel einer schwerfälligen Logik folgen, die sie nur selten hinterfragen und ändern können. Gewerkschaften etwa treten für höhere Löhne für ihre Mitglieder ein, in der Regel jedoch nicht für Arbeiter*innen im Globalen Süden. Nichtregierungsorganisationen können Kampagnen und Proteste organisieren – doch nur solange ihre Geldgeber mitspielen. Ministerien können neue Politikvorschläge entwickeln, sind bei deren Umsetzung jedoch oft auf den Rückhalt der Wirtschaft oder bestimmter Wähler*innengruppen angewiesen. Unternehmen können in einem eng gesteckten Rahmen anders produzieren, jedoch nicht dauerhaft gegen eine bestimmte Systemlogik ankommen.

Eine wichtige Voraussetzung für einen sozial-ökologischen Wandel ist daher, Institutionen zu transformieren. Das bedeutet, auf Institutionen von innen und außen einzuwirken, um ihre Gestaltungsmacht freizusetzen und gleichzeitig ihre Funktionslogik auszuweiten. Beispielsweise soll das Konzept des *Transnationalen Sozialen Streiks* Kämpfe von gewerkschaftlich und nicht gewerkschaftlich Organisierten sowie Arbeitnehmer*innen verschiedener Länder stärker miteinander verknüpfen. Betriebe könnten genossenschaftlich organisiert, Unternehmen und Banken stärker am Gemeinwohl orientiert werden und so neben ihrer Kostendeckung primär sozialen und ökologischen Zielen verpflichtet sein.

Neben Institutionen tragen auch materielle Infrastrukturen wie Autobahnen, Containerhäfen, Riesensupermärkte oder die Bauweise von Städten zur Stabilisierung der imperialen Lebensweise bei. Daher ist es wichtig, auch hier anzusetzen und beispielsweise zu verhindern, dass Städte neue imperiale Infrastrukturen wie Flughäfen bauen, statt den Bahnverkehr zu fördern oder für Fahrrad- und Fußverkehr attraktiver zu werden, wie es beispielsweise Aktivist*innen der Bewegung *System Change, not Climate Change!* in Wien tun.⁶ Bestehende Infrastrukturen können anders genutzt oder abgebaut werden. Zum Beispiel können wir Verkehrsstraßen zu Fußgängerzonen umfunktionieren, Industrieanlagen stilllegen und als Kulturstätten nutzen oder ehemalige Kasernen zu Wohnquartieren umwandeln. Viele solcher Projekte gibt es bereits.

4. Alternativen aufbauen

Allerdings hat die Strategie, Institutionen und Infrastrukturen zu transformieren, ihre Grenzen. Auch Ge-

» Eine sozial-ökologische
TRANSFORMATION
ist darauf angewiesen, dass
neue Begriffe und Erzählungen
in die öffentliche Wahrnehmung
gelangen und Legitimität erhalten:
**GUTES LEBEN FÜR ALLE,
ZEITWOHLSTAND, DEGROWTH
ODER COMMONS.**«



nossenschaften oder sogenannte gemeinwohlorientierten Unternehmen sind letztlich darauf angewiesen, Profite zu erwirtschaften und am Markt zu bestehen. Parteien und Regierungen können den Rahmen der Wachstumswirtschaft nur schwer überwinden. Denn die bestehende Ökonomie funktioniert nach einem tief verankerten Prinzip: Sie belohnt systematisch Konkurrenz und Profit, während sie Kooperation und Solidarität erschwert. Daher ist es von zentraler Bedeutung, Neues zu schaffen und andere Systemlogiken zu etablieren. Alternative ökonomische Ansätze sind jedoch noch unterentwickelt: Es bleibt unklar, wie wir eine solidarische Lebensweise *systemisch* machen können, sodass sie sich selbst aufrechterhält. So viele alternative Initiativen und Politik-Ideen auch existieren – sie setzen sich (noch) nicht zu insgesamt schlüssigen Alternativen zusammen.

Diese Leerstelle ist von zentraler Bedeutung für die bereits genannten Transformationsstrategien. Gäbe es weit verbreitete kooperative Formen des Wohnens, des Arbeitens, der Sorge und des Wirtschaftens, würde es vielen Menschen einfacher fallen, ihren Alltag zu verändern. Öffentliche Debatten könnten auf die bestehenden Alternativen verweisen und Kritik nicht mehr als destruktiv oder planlos abtun. Institutionen und Infrastrukturen könnten die Alternativen vielmehr aufgreifen und verfestigen. Um eine realistische Strategie zur Durchsetzung eines guten Lebens zu entwickeln, müssen wir ein zusammenhängendes Bild einer solidarischen Produktions- und Lebensweise entwerfen. Im Folgenden wollen wir einige Grundzüge einer solchen skizzieren.

Eckpfeiler einer solidarischen Produktions- und Lebensweise

Globale Soziale Rechte

Das *gute Leben für alle* fordert eine andere Art der Globalisierung. Dabei geht es jedoch nicht um eine Anti-Globalisierung im Sinne nationaler Abschottung, wie sie Vertreter*innen der rechten Globalisierungskritik fordern. Rechte Politiker*innen weltweit machen ›das Fremde‹ oder ›die Anderen‹ für sozial-ökonomische Probleme verantwortlich und propagieren in ihrer menschenfeindlichen Rhetorik Abschottung als Lösung. Auch viele Politiker*innen der ›bürgerlichen Mitte‹ wollen mit einem ›Weiter-so‹ den exklusiven Charakter der bestehenden Produktions- und Lebensweise absichern. Diese Politik geht an den tatsächlichen Problemen vorbei. Sie will ein exklusives Gesellschaftsprojekt gestalten, das Wohlstand und die imperiale Lebensweise für wenige sichert.

» Die Forderung nach Globalen Sozialen Rechten setzt der rechten Renationalisierungs-Rhetorik das Ziel einer solidarischen Globalisierung entgegen.«

Die Forderung nach Globalen Sozialen Rechten (GSR)⁷ setzt der rechten Renationalisierungs-Rhetorik das Ziel einer solidarischen Globalisierung entgegen. Diese behält einerseits die positiven Aspekte einer grenzüberschreitend vernetzten und kulturell offenen Welt bei. Gleichzeitig sollen Handlungsräume für politische und ökonomische Gestaltung zurückgewonnen und negative Folgen einer ungleichen Globalisierung zurückgedrängt werden. Diese grundlegenden GSR umfassen ökonomische sowie soziale Rechte. Auch Selbstbestimmungsrechte – etwa auf Bewegungsfreiheit oder Ernährungssouveränität – und ökologische Rechte gehören dazu. Sie gelten *für alle*. Ein Leben auf Kosten anderer ist also nicht möglich, wenn wir GSR ernstnehmen. GSR stehen nicht im Widerspruch mit der Idee universeller

Menschenrechte. Doch Letztere scheinen häufig nur ein theoretischer Anspruch zu sein, gerichtet an staatliche Institutionen, die Menschenrechte gewährleisten sollen. Die Übertragung der Menschenrechte in nationales Recht machte sie zudem häufig zu Bürgerrechten. Wer kein*e Staatsbürger*in ist, hat demnach nicht denselben Anspruch darauf.

Das Konzept der GSR betont dagegen stärker, dass grundlegende Rechte bedingungslos für alle, immer und überall gelten müssen. Das bedeutet aber auch, dass wir nicht darauf warten, dass Staaten und Gerichtshöfe uns diese gewährleisten, sondern dass wir uns diese GSR im Zweifelsfall aneignen dürfen und sie für andere erkämpfen müssen. So erachtet es beispielsweise die Klimagerechtigkeitsbewegung für legitim, fossile Energiequellen in Industriestaaten mit Aktionen zivilen Ungehorsams zu blockieren, wie es *Ende Gelände*⁸ inzwischen jährlich macht. Denn die dort produzierten Emissionen tragen massiv dazu bei, dass Menschen in anderen Ländern, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, in ihrem Recht auf ein selbstgestaltetes Leben und eine gesunde Umwelt eingeschränkt werden.

Erst wenn wir weder in Gesetzestexten noch in unserem Alltagshandeln einen Unterschied zwischen Menschen unterschiedlicher Geschlechter, sexueller Orientierung und sozialer oder geographischer Herkunft machen, wird eine solidarische Lebensweise zu einer realen Option. GSR sind damit auch eine notwendige Grundlage, um sowohl unsere Wirtschaftsweise als auch unsere Lebenswelt zu *dekolonisieren*: Denn ein *gutes Leben für alle* ist nur möglich, wenn der Globale Norden seine historisch gewachsene Vormachtstellung in der Welt kritisch hinterfragt und aufgibt. Praktisch bedeutet das, die Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen konsequent von einem globalen Standpunkt aus zu betrachten und einzufordern. Eine (globale) Anpassung von hohen sozialen und auch ökologischen Standards würde es erschweren, Kosten an andere Orte und Menschen auszulagern. Eine imperiale Lebensweise lässt sich zum Beispiel nicht fortsetzen, wenn grundlegende Arbeitsrechte sowohl für die Plantagenarbeiterin in Brasilien, die polnische Pflegekraft in der Schweiz, die IT-Fabrikarbeiterin in China oder den deutschen Essenskurier gewährleistet werden. Auch müssen die Rechte indigener Völker auf ihre Existenz und auf Selbstbestimmung, die schon lange gesetzlich verankert sind, umgesetzt werden, um neokoloniale Formen der Unterdrückung und Vertreibung zu verhindern (Stichwort: *Land und Green Grabbing*, siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT UND GELD UND FINANZEN).

Grundlegend für eine Dekolonisierung ist dabei jedoch, dass wir auch unsere eigenen Vorstellungswelten dekolonisieren, uns unserer eigenen Privilegien bewusst werden und rassistische und diskriminierende Merkmale der gegenwärtigen Gesellschaft immer wieder thematisieren und abbauen. Wenn wir GSR ernstnehmen, müssen wir uns auch Fragen stellen wie: Wieso lassen wir zu, dass geflüchtete Menschen vor Europas Haustür ertrinken? Wieso werden Schwarze Deutsche an Bahnhöfen öfter polizeilich kontrolliert als andere? Wieso zahlen wir polnischen Pflegekräften keinen Mindestlohn?

Soziale Infrastrukturen für alle

Voraussetzung für das gute Leben ist, dass alle ihre existentiellen Grundbedürfnisse, die für ein menschenwürdiges Leben notwendig sind, befriedigen können. Eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge kann sich diesem

Ziel annähern. Zu einer solchen sozial-ökologischen Infrastruktur gehören Energie- und Trinkwasserversorgung, öffentliche Verkehrsmittel, Internet und entsprechende digitale Plattformen, Gesundheitsversorgung und Pflege, kritisch-emanzipatorische Bildung – auch außerhalb etablierter Institutionen – und ein Recht auf bezahlbaren Wohnraum. Diese Grundversorgung sollte für alle kostenlos, das heißt öffentlich finanziert oder zu sozialverträglichen Kosten zur Verfügung stehen. So könnten entgeltfreie, öffentliche und kollektive Nutzungsformen den individuellen Konsum von Gütern mit zerstörerischen Nebenwirkungen zu Teilen ersetzen. Große Verbraucher*innen wie Unternehmen hätten dafür deutlich höhere Kosten zu tragen oder würden anderweitig benachteiligt werden – aktuell verhält es sich Gegenteilig.⁹

Eine bedingungslose soziale Infrastruktur schafft soziale Existenzängste ab und gibt den Menschen so mehr Freiheit zu entscheiden, wie sie leben möchten. Gleichzeitig verdeutlicht sie, was wir wirklich zum Leben brauchen. So kann sich auch unsere Vorstellung von Wohlstand ändern. Deswegen sollten wir dafür eintreten, dass die Daseinsvorsorge keine privatisierte Ware ist, sondern in öffentlicher oder gemeinschaftlich organisierter Hand bleibt und für alle zugänglich ist. In Städten und Kommunen könnten die sozialen Infrastrukturen für alle bereits jetzt eingefordert, umgesetzt und die bestehenden verteidigt werden, wenn der politische Druck dafür groß genug wäre. Als die griechische Regierung beispielsweise auf Drängen der Troika die Wasserwerke von Thessaloniki privatisieren wollte, wehrten sich Bürger*innen im Mai 2014 mit einem erfolgreichen Referendum und schafften es, die Wasserversorgung in öffentlicher Hand zu halten. In vielen deutschen Kommunen konnten Bürger*innen mit ihren Protesten Stadtbibliothek und Volkshochschulen vor der Schließung retten.

Abseits des Staates lassen sich Systeme der Existenz- und Bedarfssicherung etablieren, die selbstorganisiert sind und deren Regeln gemeinsam ausgehandelt werden. Diese Gemeingüter oder *Commons* (siehe GLOSSAR) lassen sich nicht kaufen, vielmehr müssen ihre Nutzer*innen sie herstellen und pflegen. Ein sehr bekanntes Beispiel ist das Software-Entwicklungsnetzwerk Linux (siehe DIGITALISIERUNG). Neben Wissen, Technologie und Lizenzen können auch Landwirtschaft, Lebensmittelläden, offene Werkstätten und andere Orte alternativer Produktion oder Bereiche der Umwelt, zum Beispiel Land oder Saatgut, als Commons organisiert sein.¹⁰

Umverteilung von Geld, Arbeit und Umweltlasten

Wenn wir unsere Lebensweise solidarischer gestalten wollen, ist eine radikale Umverteilung innerhalb und zwischen Gesellschaften erforderlich. Dabei geht es zum einen darum, finanziellen Reichtum gerecht zu verteilen. Innerhalb von Gesellschaften kann ergänzend zu einer sozialen Infrastruktur ein Existenzgeld, das wir häufig unter dem Namen bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) diskutieren und das für alle Menschen gleichermaßen und ohne Gegenleistung gezahlt wird, zur sozialen Sicherung beitragen (siehe SORGE UND GELD UND FINANZEN).¹¹ Finanziert werden könnten das BGE und soziale Infrastrukturen dadurch, dass Steueroasen bekämpft, Vermögens-, Einkommens- und Ökosteuern erhöht, große Erbschaften vergemeinschaftet und eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Umverteilung kann auch in Form von Kapitalabgaben für Vermögende und Unternehmen oder durch Schuldenschnitte forciert werden.

Ein BGE in Kombination mit sozialen Infrastrukturen kann dazu beitragen, eine grundsätzlich andere Perspektive auf Arbeit zu entwickeln, denn es kann uns zu Teilen aus der Lohnabhängigkeit lösen. Erwerbsarbeitszeit könnte wesentlich reduziert werden, und zwar in destruktiven Sektoren deutlich mehr als in gesamtgesellschaftlich wertvollen Bereichen. So könnte es gelingen, die selektiv reduzierte Arbeit gerecht und inklusiv umzuverteilen. Die gewonnene Zeit könnte für eine ganze Reihe anderer Alltagserfahrungen genutzt werden, die nach und nach genauso »normal« und wertgeschätzt würden wie heute der Achtstundentag: politische Mitgestaltung, Sorge für Mensch und Mitwelt oder selbstbestimmte Zeit der Muße oder Selbstversorgung.

Doch nicht nur die Arbeitslasten sollten gerechter zwischen den Menschen verteilt werden. Auch die ungleiche Verteilung von Umweltschäden müssen wir angehen.

Demokratie wiederbeleben und ausweiten

Der zunehmende Erfolg autoritärer Parteien und Regierungen legt nahe, dass immer mehr Menschen an unserem bestehenden politischen System zweifeln. Es ist daher wichtiger denn je, den Begriff Demokratie mit radikalem Inhalt zu besetzen und sich seiner Bedeutung bewusst zu werden: Demokratie heißt *Herrschaft des Volkes* statt der Könige oder Konzerne. Demokratisierung beschränkt sich nicht auf Wahlen und Parteien, sondern beinhaltet weitaus größere Teilhabe in politischen Entscheidungsprozessen. Interessante und schon erprobte Konzepte hierfür sind direktdemokratische Instrumente wie Bürger*innenentscheide, ein inklusiveres Wahlrecht, die Einführung von Bürger*innenräten¹² oder der Vorschlag der *Urban Citizenship*¹³. Ebenso wären eine bedingungslose Transparenz der staatlichen Strukturen sowie eine demokratische Umgestaltung des Medienbetriebs notwendig.

Doch Demokratisierung ist nicht nur in der Politik selbst, sondern auch in der Wirtschaft und dem Finanzwesen relevant. Nicht zuletzt deshalb, weil weniger politische Partizipation direkt mit steigender ökonomischer Ungleichheit zusammenhängt. Das heißt zum einen, dass Institutionen, die nicht ausreichend demokratisch legitimiert sind, keine schwerwiegenden politischen Entscheidungen treffen dürfen, wie etwa volkswirtschaftliche Sparauflagen und Reformen. Sie umgehen damit die gewählten Volksvertreter*innen in den nationalen Parlamenten – wie im Fall der Rolle der Troika in Griechenland (siehe GELD UND FINANZEN). Zum anderen müssen Menschen auch die Organisation von Produktion, Konsum und Verteilung stärker mitbestimmen können. In Ernährungsräten arbeiten Bürger*innen, Expert*innen wie Bäuerinnen und Bauern oder Wissenschaftler*innen mit Stadtverwaltungen zusammen, um in Städten nachhaltige und gerechte Ernährungssysteme zu entwickeln (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT).¹⁴ Der Ruf nach *Energiedemokratie* wiederum verlangt, dass alle demokratisch an der Energieproduktion teilhaben können, diese ökologisch gestaltet wird und jede*r Zugang zu ausreichend Energie hat. Das bedeutet auch, dass die Macht großer Energiekonzerne zurückgedrängt werden soll.¹⁵ Die oben beschriebenen Konzepte der sozialen Infrastrukturen für alle und der Commons lassen sich auch als neue, ökonomische Erscheinungsformen der Demokratie verstehen.

Auf privatwirtschaftlicher Ebene gibt es ebenfalls Möglichkeiten, Prozesse und Betriebe zu demokratisieren. Arbeitskämpfe und flächendeckende gewerkschaftliche Organisation spielen dabei eine wichtige Rolle. Noch

weitaus umfassender verhält es sich mit der Selbstorganisation in Form von Kooperativen oder Genossenschaften, in denen die Arbeiter*innen selbst über den Produktionsprozess bestimmen können.

Damit diese Art der Demokratisierung von unten stattfinden kann, muss unser Selbstverständnis als aktive Bürger*innen und unser Wille zur Teilhabe von jungen Jahren an gefördert werden. Demokratie kann daher im Lehrplan nicht als eingeschobener Frontalvortrag der Lehrperson abgehandelt werden. Stattdessen müssen Kinder schon in der Schule die Lust daran entdecken können, gemeinsam zu Entscheidungen zu kommen und ihr Lebensumfeld mitzugestalten – ein Beispiel sind die demokratischen Schulen (siehe BILDUNG UND WISSEN).

Bedürfnisorientiertes, solidarisches und ökologisches Wirtschaften

Anstatt auf Profit richtet sich eine solidarische Produktions- und Lebensweise nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen und versucht, diese auf ökologisch und sozial verträgliche Weise zu erfüllen. So gibt es schon jetzt solidarische Wirtschaftsformen, in denen Produzent*innen und Konsument*innen gemeinschaftlich und möglichst hierarchiefrei kooperieren, beispielsweise Gruppen Solidarischer Landwirtschaft (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT) oder kollaborative Open Source-Programme (siehe DIGITALISIERUNG). Auch gibt es immer mehr soziale Bewegungen, in denen Produzent*innen und Konsument*innen gemeinsam für ein gemeinwohlorientiertes Miteinander eintreten: Die Bewegung für Ernährungssouveränität bringt landwirtschaftliche Erzeuger*innen und Konsument*innen gemeinsam auf die Straße (siehe ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT), bei der *Care-Revolution* engagieren sich sowohl Sorgende als auch Umsorgte (siehe SORGE). Kurze Transportwege, erneuerbare Energie, regionale Erzeugung, Mehrfachnutzung und Recycling sind wichtige Elemente einer solidarischen Wirtschaftsweise. Nur so kann ein *gutes Leben für alle* – Menschen, Tiere, Ökosysteme – funktionieren.

Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene geht es vor allem darum, sozial- und umweltschädliche Wirtschaftsbereiche auf kontrollierte und sozial gerechte Weise zu schrumpfen. Degrowth beziehungsweise Postwachstum sind hier alternativ zum Wirtschaftswachstum diskutierte Konzepte. Im Gegenzug müssen Sektoren gestärkt werden, in denen es um wichtige Lebensbedürfnisse der Menschen geht und die ökologisch nachhaltig sind. Dafür braucht es inklusive, öffentliche Diskussionen darüber, was gesellschaftlich wünschenswerter ist: Mehr Subventionen für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs oder Steuervergünstigungen für emissionsstarke Dienstwagen? Die Förderung von ökologischer kleinbäuerlicher Landwirtschaft oder von industrieller Massentierhaltung?

Auf globaler Ebene bilden transnationale Produktions- und Finanznetzwerke das Rückgrat der imperialen Produktions- und Lebensweise. Eine strenge Regulierung von Unternehmen, Banken und grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen sowie das Verbot von sozial oder ökologisch schädlichen Wirtschaftsakteuren- und praktiken kann ein erster Schritt hin zu einer gerechteren Produktionsweise sein. Darüber hinaus müssen neue Formen der Wirtschaftsdemokratie im globalen Maßstab entwickelt werden.

Es gibt keine Blaupause für eine solidarische Wirtschaftsweise. Sie kann sich nur durch ein Zusammenspiel von Pionierprojekten, sozialen Bewegungen aus Nord und

Süd und Institutionen entwickeln. Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, Wirtschaft funktioniere am besten über den Markt und liege außerhalb des Politischen und damit auch außerhalb unseres Einflussbereiches. Der breit getragene zivilgesellschaftliche Widerstand gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA hat gezeigt, dass viele Menschen nicht länger auf Mitsprache über wirtschafts- und handelspolitische Fragen verzichten wollen und für eine andere Form des Wirtschaftens eintreten. Letztlich geht es darum, die derzeitige Entwicklung, bei der immer mehr Regulierungen abgebaut und Bereiche marktkonform gestaltet werden, umzukehren: Also mehr und mehr Lebens- und Produktionsbereiche aus dem Markt herauszulösen und in ein solidarisches Wirtschaftssystem zu überführen.

Welche Transformation wollen wir?

Die hier beschriebenen Eckpfeiler einer solidarischen Produktions- und Lebensweise und die vorgestellten Strategien zur Durchsetzung eines *guten Lebens für alle* sind noch lange nicht vollständig. Die globale, sozial-ökologische Transformation ist eine riesige gesellschaftliche Herausforderung. Einerseits sind die Alternativen auf einer konzeptionellen Ebene noch unterentwickelt und müssen stärker miteinander verknüpft werden. Andererseits fehlen auf der politischen Ebene die Bündnisse und langfristigen Strategien, um Alternativen durchzusetzen.

Und doch sind alternative Ansätze nicht chancenlos. Die imperiale Lebensweise stößt immer mehr an ihre Grenzen und führt zu sozialen und ökologischen Verwerfungen. Diese Verwerfungen führen – ebenso wie das Erstarken rechter Gesellschaftsprojekte, welche die imperiale Lebensweise autoritär absichern wollen – zu einem immer größeren Bedarf nach solidarischen Alternativen. Ein ›Weiter-so‹ scheint immer unrealistischer. Die Frage ist also nicht, *ob* ein umfassender Wandel stattfindet, sondern *welcher* und *wer* ihn gestaltet. Wenn wir nicht aktiv einschreiten, bricht ein Wandel womöglich als ökologisches und soziales Desaster über uns herein, während sich marktkonforme Scheinlösungen und gefährliche Alternativen von Rechts durchsetzen. Nutzen wir diesen Augenblick der vielfachen Krisen und diese enorme gesellschaftliche Herausforderung also als Chance, um die Kräfte existierender Projekte, Politikvorschläge und Akteure – ob radikal oder reformorientiert – zu bündeln und gemeinsam für ein *gutes Leben für alle* einzutreten.

Du siehst das ähnlich?

Dann werde aktiv, weitere Anregungen findest du auf unserer Homepage www.aufkostenanderer.org.

Endnoten

- | | | | |
|---|---|----|------------------------------|
| 1 | Kallis, 2016 | 10 | Habermann, 2016; |
| 2 | Welzer, 2011 | | Helfrich, 2012 |
| 3 | Konzeptwerk Neue Ökonomie, 2017 | 11 | Lammer, 2016 |
| 4 | Attac, 2017 | 12 | Land Voralberg, 2017 |
| 5 | Interventionistische Linke, 2017 | 13 | Verein Sand & Zeit, 2017 |
| 6 | System Change, not Climate Change, 2016 | 14 | Ernährungsrat Köln, 2017 |
| | | 15 | Weis, Becker & Naumann, 2015 |
| 7 | Klautke & Ohrlein, 2008; Rätz, 2007 | | |
| 8 | Ende Gelände, 2017 | | |
| 9 | Steckner & Candeias, 2014 | | |

GLOSSAR

Dieses Glossar soll eine kurze Erklärung für die im Dossier genutzten Fachbegriffe liefern. Dabei erheben wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

*: Im gängigen Sprachgebrauch wird nur die männliche Form verwendet. Zur geschlechtergerechten Schreibweise verwenden wir hier auch die weibliche Form. Das Sternchen steht außerdem dafür, dass es vielfältige Formen gibt, Geschlechtsidentitäten zu leben und zu empfinden.

Agrarökologie bezeichnet eine soziale Bewegung, wissenschaftliche Disziplin und landwirtschaftliche Praxis. Verbindendes Element ist die Anpassung der Landwirtschaft an natürliche Gegebenheiten und Kreisläufe sowie an lokale Bedürfnisse. Traditionelles und lokales Wissen werden dabei mit modernen wissenschaftlichen Methoden verknüpft.

Biodiversität: biologische Vielfalt, Artenvielfalt.

Biosphäre bezeichnet die ›belebte Zone‹ der Erde, also die Gesamtheit aller irdischen Organismen, Lebewesen und Ökosysteme. Worte wie ›Natur‹ werden oft als etwas vom Menschen Getrenntes verstanden, Begriffe wie ›Ressource‹ auf den Nutzen für den Menschen reduziert. Der Begriff der Biosphäre versucht, diese Problematiken zu vermeiden.

Carbon Capture and Storage: CO₂-Abscheidung und -Speicherung. Industriell erzeugtes CO₂ soll abgeschieden, verflüssigt und unterirdisch gespeichert werden – obwohl dies enorme Risiken birgt und die Technologie noch nicht ausgereift ist.

Commons ist ein dem Englischen entlehnter Begriff für Gemeingüter wie etwa Wasser, Saatgut oder Software. Er beschreibt Eigentums-, Organisations- und Produktionsformen, die nicht primär auf privatem oder staatlichem Eigentum und Wettbewerb basieren, sondern auf gemeinschaftlichem Besitz, Kooperation und Teilhabe.

CO₂: Kohlenstoffdioxid.

Data-Mining beschreibt die systematische, statistische Analyse von großen, bereits vorhandenen Datenmengen beziehungsweise Massendaten (›Big Data‹). Ziel dieser Methode ist es, – gerade auch ökonomisch verwertbares – Wissen zu produzieren und/oder künftige Entwicklungen zu prognostizieren.

Ernährungssouveränität beschreibt das Recht aller, über die Art und Weise mitzubestimmen wie unsere Lebensmittel erzeugt, verteilt und gegessen werden. Dabei geht es um eine sozial gerechte und zukunftsfähige Art der Landwirtschaft.

Externalisierung bezeichnet den Prozess, in dem soziale und ökologische Schäden entweder an andere Orte der Welt ausgelagert oder an zukünftige Generationen weitergegeben werden. Für die imperiale Lebens- und Produktionsweise ist dieser Prozess grundlegend.

Gentechnik überträgt isolierte DNA-Sequenzen über Artgrenzen hinaus. Gentechnisch verändertes Saatgut wird kritisiert, weil es die Biodiversität verringert, Folgen für Gesundheit und Umwelt nicht geklärt sind, sein Einsatz zu Monokulturen führt, ohne den Pestizideinsatz zu verringern, und das Saatgut patentiert statt frei verfügbar ist.

Globaler Norden / Globaler Süden sind nicht geographisch gemeint, sondern beziehen sich auf Länder in unterschiedlichen weltpolitischen und -wirtschaftlichen Positionen. Sie verweisen außerdem auf die unterschiedlichen Erfahrungen mit Kolonialismus und Ausbeutung, die der heutigen Zuordnung zugrunde liegen.

Globalisierung: Das Zeitalter der Globalisierung bezeichnet das starke Wachstum der Informations-, Güter- und Menschenmobilität in der jüngeren Geschichte. Es ist dabei zu beachten, dass diese Mobilität schon seit tausenden von Jahren besteht, sich ihre Intensität jedoch ab der Mitte des 20. Jahrhunderts massiv steigerte.

Gutes Leben für alle beschreibt die realistische Utopie eines friedlichen und solidarischen Zusammenlebens aller Menschen in respektvollem Umgang mit der Biosphäre. Da die heutige Zeit von Pessimismus und Angst bestimmt ist, wirkt dies utopisch. Tatsächlich aber ist sie realistisch in dem Sinne, dass sie technologisch und zivilisatorisch umsetzbar wäre.

Indigene sind Nachfahren der Erstbesiedler*innen einer Region. Der Begriff betont die Selbstidentifikation einer kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und teilweise sprachlichen Andersartigkeit von der nationalen Gesellschaft. Spezifische Menschenrechte für indigene Völker garantieren Rechte auf Selbstbestimmung und das eigene Territorium.

Industrie 4.0 bezeichnet die vierte industrielle Revolution, nach Mechanisierung, Massenproduktion und Automatisierung. Sie soll eine ›intelligente Vernetzung‹ von digitaler Technologie und physischen Produktionssystemen erreichen. Dieser Prozess wird von der Bundesregierung, Industrieverbänden, Gewerkschaften und Forscher*innen aktiv gestaltet.

Industrielle Landwirtschaft zielt auf Effizienz ab, statt auf tier-, umwelt- und menschengerechte Erzeugung. Sie ist durch Monokultur, Massenproduktion und Einsatz chemischer Düngemittel gekennzeichnet, wird eher von

großen Agrarkonzernen als von kleinbäuerlichen Höfen betrieben und dient häufig dem Export statt regionaler Versorgung.

Institutionen beschreiben hier langfristig bestehende und gesellschaftsweit wirksame Einrichtungen, wie etwa Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, internationale Organisationen oder Bildungseinrichtungen. Auch Unternehmen, (Massen-)Medien sowie Parlamente, Gerichte und Ministerien können als Institution verstanden werden, jedoch mit besonderen Eigenschaften.

Kapitalismus: Im Kapitalismus ist der Großteil des sozialen Gefüges durch das Marktprinzip definiert. Die Produktionsmittel sind in den Händen weniger konzentriert, was den Großteil der Menschen zur Arbeit verpflichtet. Konkurrenz und Profitorientierung führen zu wachsender und sich global ausdehnender Ausbeutung von Mensch und Natur.

Klimagerechtigkeit: Ein politisches Konzept, das darauf hinweist, dass Klimakrisen sozial differenziert wirken. Insbesondere die globalen Ober- und Mittelschichten treiben den Klimawandel voran, die Konsequenzen spüren jedoch vor allem Menschen, die verhältnismäßig wenig zur globalen Erwärmung beigetragen haben.

Kolonialismus ist die gewaltsame Unterwerfung auswärtiger Territorien (vor allem in den heutigen Amerikas, Süd- und Südostasien sowie Afrika) durch europäische Länder. Strukturen und Machtverhältnisse, die sich zu jener Zeit entwickelt haben, existieren bis heute (siehe auch ›Neo-Kolonialismus‹).

Land Grabbing (deutsch: Landnahme) ist der umgangssprachliche Begriff für das wachsende wirtschaftliche Interesse an landwirtschaftlichen Flächen und die Zunahme an groß angelegten Landgeschäften weltweit. Diese sind zwar nicht unbedingt illegal, doch fehlt häufig die demokratische Kontrolle über den Zugang zu Land.

Marktbasiert: Nach ökonomischer Logik ausgerichtet beziehungsweise Grundprinzipien des Marktes folgend, also Preisen, Angebot und Nachfrage und so weiter.

Moderne Sklavenarbeit umfasst alle Formen von Zwangsarbeit, Menschenhandel und Schuldknechtschaft, die auch über 150 Jahre seit Ende der Sklaverei (illegal) fortbestehen. Geschätzt arbeiten global 30 bis 50 Millionen Menschen in sklavenähnlichen Bedingungen, vor allem in der Landwirtschaft, Haushalts- und Sorgearbeit sowie Zwangsprostitution.

Neoklassische Ökonomik: Mainstream-Ökonomik, wie sie seit Mitte des 20. Jahrhunderts an Universitäten gelehrt wird. Sie basiert auf Annahmen wie Gewinn- und Nutzenmaximierung, vollkommenem Markt und vollständiger Information. Aspekte wie Verteilungsfragen, Machtverhältnisse, ethische Fragen und ökologische Probleme behandelt sie nicht oder nur unzureichend.

Neo-Kolonialismus verweist auf die ökonomischen und politischen strukturellen Abhängigkeiten, die trotz formaler Unabhängigkeit ehemals kolonialisierter Länder weiterbestehen. Beispielsweise zwingen einige internationale Handelsabkommen Länder des Globalen Südens in die Rolle billiger Rohstofflieferanten.

Neoliberalismus bezeichnet eine ideologische Strömung der Wirtschaftspolitik, die für einen ›freien Markt‹ einzutreten behauptet und davon ausgeht, dass möglichst wenig politische Einmischung in die Wirtschaft für die Gesamtgesellschaft am besten sei. Forderungen nach Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung sind Beispiele neoliberaler Politik. Ursprünglich stand der Begriff für Ordoliberalismus, die theoretischen Grundlage der sozialen Marktwirtschaft.

Netzwerkeffekte treten insbesondere bei Internetplattformen oder digitalen Dienstleistungen auf. Sie beschreiben normalerweise Effekte, bei denen die Attraktivität von entsprechenden Angeboten mit steigender Nutzer*innenzahl beziehungsweise bei vermehrter Nutzung oder größerer Teilnahme zunimmt – so wie zum Beispiel bei Facebook, Airbnb oder Wikipedia.

Ökologischer Fußabdruck stellt die Fläche auf der Erde dar, die notwendig wäre, um den Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen (unter den heutigen Produktionsbedingungen) allen Menschen dauerhaft zu ermöglichen.

Prekäre Beschäftigung: Als prekär kann ein Erwerbsverhältnis bezeichnet werden, wenn die Beschäftigten aufgrund ihrer Tätigkeit deutlich unter ein bestimmtes Einkommens-, Schutz- und soziales Integrationsniveau sinken. Prekär ist Erwerbsarbeit auch, sofern sie mit Verlust an Sinnhaftigkeit, sozialer Anerkennung und Planungssicherheit einhergeht.¹

Privatisierung: Übergang von Gemeinbesitz (zum Beispiel von Staaten, Gemeinden, indigenen Völkern) zu Privatbesitz (zum Beispiel von Einzelpersonen, Firmen, Konzernen).

Rassismus ist ein (global-)gesellschaftliches Machtverhältnis, in dem Menschen auf Basis physischer und kultureller Merkmale beziehungsweise ihrer Herkunft oder Nationalität in Gruppen eingeteilt und bewertet werden. In ihm wird ›Weißsein‹ und ›Westlichsein‹ bevorteilt und ›Schwarzsein/Nicht-Weißsein‹ und ›Nicht-Westlichsein‹ benachteiligt.²

Reboundeffekt bezeichnet das Phänomen, dass der absolute Energie- und Ressourcenverbrauch nicht abnimmt, obwohl Produktion, Koordination und Logistik effizienter werden. Das kann beispielsweise daran liegen, dass eine effizientere Produktion Güter günstiger macht und diese deswegen insgesamt mehr konsumiert werden.

Re-Feudalisierung beschreibt den globalen Trend zu einer so ungleichen Verteilung von Vermögen und Macht, dass sie an feudale Gesellschaften des Mittelalters erinnert, in denen eine verschwindend kleine Elite einen vergleichsweise hohen Lebensstandard hatte.

Senken sind Teile des Ökosystems, die der Mensch zur Entsorgung nutzt, beispielsweise die Atmosphäre, die Meere oder der Boden unter Mülldeponien.

Sharing Economy ist ein Sammelbegriff für einen wachsenden ökonomischen Bereich, in dem die geteilte Nutzung von Gütern oder Dienstleistungen eine zentrale Rolle einnimmt – sei es on- oder auch offline. Insbesondere bei

ökonomisch erfolgreichen Firmen der Sharing Economy steht nicht das Teilen im Vordergrund, sondern der Unternehmensgewinn.

Sozialisationsinstanz: Der wechselseitige und offene Prozess, in dem ein Mensch in die Gesellschaft eintritt und dadurch geformt wird, während sie*er gleichzeitig die eigene Umwelt mitprägt, ist die *Sozialisation*. In vielen Gesellschaften findet sie zuerst in der Familie und in der Schule statt: Diese sind die *Sozialisationsinstanzen*.

Transformation, sozial-ökologische: Sie bezeichnet eine grundlegende Veränderung der politischen und ökonomischen Systeme: Weg von fossilen Brennstoffen und Wachstumslogik, hin zu einer Wirtschaft, die dem guten Leben für alle dient. Sie ist tiefgreifender als eine Reform und weniger abrupt als eine Revolution.

Transnationale Verbraucher*innenklasse: Sie umfasst die globale Mittel- und Oberschicht, die einen konsumorientierten Lebensstil pflegt. Bei diesem Konzept darf nicht vergessen werden, dass diskriminierende Strukturen wie Rassismus und Sexismus fortbestehen.

Transnationale Konzerne: Die größten und profitabelsten Unternehmen sind seit Ende des 20. Jahrhunderts nicht mehr an ein bestimmtes Land gebunden. Vielmehr agieren sie als globales Netzwerk, das sich Produktionsvorteile (billige Arbeitskräfte und Ressourcen oder Steuererleichterungen) weltweit und in vielen verschiedenen Ländern sichert.

Virtuelle Emissionen: Emissionen, die im Ausland anfallen und durch den Warenimport zur Weiterverarbeitung oder zum Konsum quasi ›importiert‹ werden. Während die in der Produktion des Globalen Nordens anfallenden Emissionen stagnieren oder sogar zurückgehen, wachsen die aus dem Globalen Süden importierten Emissionen immens.

Weiß und **Schwarz** bezeichnen hier nicht Hautfarben, sondern politische und soziale Konstruktionen, die in der rassistisch geprägten Gesellschaft zu Diskriminierung und Privilegien führen. Weiß wird explizit benannt, um die dominante Position zu kennzeichnen, die sonst meist unausgesprochen bleibt.³

Endnoten

-
- 1 Brinkmann, Dörre & Röbenack, 2006
 - 2 global, 2013, S. 12–13
 - 3 global, 2013, S. 10

Einleitung

- Atmosfair (2017). Testsieger für Klimaschutz und CO₂-Kompensation - Meinen Flug kompensieren. <https://www.atmosfair.de/de/kompensieren/flug?locale=de&departure=Berlin&arrival=KLX> [Stand: 11.01.2017].
- Bauriedl, S. (2014). Geschlechter im Klimawandel: Soziale Differenzierung als Kompetenz sozialwissenschaftlicher Klimaanpassungsforschung. *GAIA*, 23(1), 8–10.
- Brand, U., & Wissen, M. (2017). *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*. München: Oekom.
- Credit Suisse (2017). *Global Wealth Report 2016*. Credit Suisse Research Institute. <https://www.credit-suisse.com/ch/de/about-us/research/research-institute/news-and-videos/articles/news-and-expertise/2016/11/de/the-global-wealth-report-2016.html> [Stand: 20.03.2017].
- Fairphone (2017). www.fairphone.com [Stand: 20.03.2017].
- Fairtrade Deutschland (2016). Transfair e.V. stellt Jahresbericht vor. <https://www.fairtrade-deutschland.de/service/presse/details/transfair-ev-stellt-jahresbericht-vor-1187.html> [Stand: 20.03.2017].
- Forbes (2017). *The World's Billionaires*. <https://www.forbes.com/billionaires/list/#version:static> [Stand: 16.04.2017].
- Fraser, N. (2017). Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2, 71–76.
- International Organization for Migration (2009). *Migration, environment and climate change. Assessing the evidence*. publications.iom.int/bookstore/free/migration_and_environment.pdf [Stand: 20.03.2017].
- IPCC (2014). Chapter 7. Food Security and Food Production Systems. *Fifth Assessment Report - Climate Change 2014: Impacts, Adaptation and Vulnerability* (S. 487–533). http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/wg2/WGIIAR5-Chap7_FINAL.pdf [Stand: 16.04.2017].
- Jackson, T. (2011). *Prosperity without growth. Economics for a finite planet*. London: Routledge.
- Karathanassis, A. (2014). *Mythos grüne Marktwirtschaft: Wie grün kann ein Green New Deal sein? (antidot). Dem Schlachten ein Ende setzen. Marxismus und Tierbefreiung* (Band 19, S. 24–25). http://www.tierrechtsgruppe-zh.ch/wp-content/files/Marxismus_und_Tierbefreiung_Antidot.pdf [Stand: 30.01.2017].
- Kim, D.-H., Sexton, J. O., & Townshend, J. R. (2015). Accelerated deforestation in the humid tropics from the 1990s to the 2000s. *Geophysical Research Letters*, 42(9), 3495–3501.
- Pimm, S. L., Jenkins, C. N., Abell, R., Brooks, T. M., Gittleman, J. L., Joppa, L. N. et al. (2014). The biodiversity of species and their rates of extinction, distribution, and protection. *Science*, 344(6187).
- Santarius, T. (2012). Green growth unravelled. How rebound effects baffle sustainability targets when the economy keeps growing. https://www.boell.de/sites/default/files/WEB_121022_The_Rebound_Effect_Green_Growth_Unraveled_TSantarius_V101.pdf [Stand: 09.01.2017].
- Svampa, M. (2012). *Consenso de los Commodities, Giro Ecoterritorial y Pensamiento Crítico en América Latina*. Observatorio Social de América Latina, 32, 15–38.
- UNDP (2016). *Human Development Report*. New York: United Nations.
- Wölfl, A. (2003). Productivity growth in service industries. An assessment of recent patterns and the role of measurement. OECD. http://www.oecd-ilibrary.org/science-and-technology/productivity-growth-in-service-industries_086461104618?crawler=true [Stand: 21.03.2017].
- Wuppertal Institut (Hrsg.) (2005). *Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit*. München: C.H. Beck.
- Ziai, A. (2004). *Imperiale Repräsentationen. Vom kolonialen zum Entwicklungsdiskurs. Entwicklungspolitik als Herrschaftstechnik*. <http://www.sopos.org/aufsaeetze/408aa83c03940/1.phtml> [Stand: 20.03.2017].

Historischer Abriss

- Acemoglu, D., & Robinson, J. A. (2015). *Warum Nationen scheitern*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Arrighi, G., Silver, B., & Brewer, B. D. (2003). Industrial Convergence, Globalization, and the Persistence of the North-South-Divide. *Studies in Comparative International Development*, 38(3).
- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beckert, S. (2014). *King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus*. München: C.H. Beck.
- Brand, U., & Wissen, M. (2017). *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*. München: Oekom.
- Church, R. (2000). Advertising consumer goods in nineteenth-century Britain - reinterpretations. *The Economic History Review*, 53(4), 621–645.
- Davies, J. B., Lluberas, R., & Shorrocks, A. F. (2016). Estimating the level and distribution of global wealth, 2000–14 (No. 3). Helsinki, Finland: United Nations University World Institute for Development Economics Research. <http://hdl.handle.net/10419/129477> [Stand: 03.04.2017].
- Davis, M. (2001). *Late Victorian Holocausts. El Nino Famines and the Making of the Third World*. London: Verso.
- Escobar, A. (1995). *Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World*. Princeton: Princeton University Press.
- Feldbauer, P., & Lehnert, J.-P. (2008). *Globalgeschichte. Die Welt im 16. Jahrhundert* (S. 13–30). Wien: Mandelbaum.
- Frasch, T. (2008). *Muslime und Christen, Gewürze und Kanonen. Südostasien im 16. Jahrhundert*. In P. Feldbauer & J.-P. Lehnert (Hrsg.), *Die Welt im 16. Jahrhundert* (S. 265–289). Wien.
- Gill, S. (2003a). *A Neo-Gramscian Approach to European*

- Integration. In A.W. Cafruny & M. Ryner (Hrsg.), *A Ruined Fortress? Neoliberal Hegemony and Transformation in Europe* (S. 47–70). Boulder: Rowman & Littlefield Publishers.
- Gill, S. (2003b). *Power and Resistance in the New World Order*. Houndmills, Basingstoke: Palgrave.
- de Goede, M. (2000). *Genealogy of Finance: Virtue, Fortune and Faith*. University of Minnesota Press.
- Götz, I. (2015). Fordismus und Postfordismus als Leitvokabeln gesellschaftlichen Wandels. In I. Götz, J. Moser, M. Ege & L. Burkhart (Hrsg.), *Europäische Ethnologie in München: Ein kulturwissenschaftlicher Reader* (S. 25–51). Münster: Waxmann.
- Harvey, D. (2007). *A Brief History of Neo-liberalism*. Oxford: Oxford University Press.
- Huffschmid, J. (2007). *Die Politische Ökonomie der Finanzmärkte*. Hamburg: VSA Verlag.
- IMF (2014). *Fiscal Policy and Income Inequality*. Washington, D.C.: International Monetary Fund. <https://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/012314.pdf> [Stand: 04.03.2017].
- Jessop, B., & Sum, N.-L. (2006). *Beyond the Regulation Approach. Putting Capitalist Economies in their Place*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Kamenov, N. (2016). Globale Geld- und Warenströme. (Post-)Kolonialismus und Globalgeschichte. BpB Dossier. <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/231933/globale-geld-und-warenstroeme> [Stand: 15.03.2017].
- Klein, N. (2007). *Die Schock-Strategie: Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Kleinschmidt, C. (2017). *Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit*. München: C.H. Beck.
- Klinger, C. (2012). Leibdienst - Liebesdienst - Dienstleistung. In K. Dörre, D. Dauer & V. Wittke (Hrsg.), *Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik* (S. 258–272). Frankfurt am Main: Oekom.
- Kocka, J. (2013). *Geschichte des Kapitalismus*. München: C.H. Beck.
- König, W. (2000). *Geschichte der Konsumgesellschaft*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Kruse, W. (2012). *Industrialisierung und moderne Gesellschaft. Das Deutsche Kaiserreich*. BpB Dossier. <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/kaiserreich/139649/industrialisierung-und-moderne-gesellschaft> [Stand: 15.03.2017].
- Lee, S. (1984). *Aspects of European History, 1494 - 1789*. New York: Routledge.
- Maddison, A. (2001). *The World Economy. A Millennial Perspective*. Paris: OECD. <http://theunbrokenwindow.com/Development/MADDISON%20The%20World%20Economy--A%20Millennial.pdf> [Stand: 16.04.2017].
- Malm, A. (2013). The Origins of Fossil Capital: From Water to Seam in the British Cotton Industry. *Historical Materialism*, 21(1), 15–68.
- Matsuyama, K. (2002). The Rise of Mass Consumption Societies. *Journal of Political Economy*, 110(5), 1035–1070.
- Meadows, Donella, Meadows, Dennis, Randers, J., & Behrens, W. W. (1972). *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. (H.-D. Heck, Übers.). Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Nayyar, D. (2006). Globalisation, history and development: a tale of two centuries. *Cambridge Journal of Economics*, 30, 137–159.
- Nayyar, D. (2013). The South in the World Economy: Past, Present and Future. In K. Malik & M. Kugler (Hrsg.), *Human Progress and the Rising South*. New York: UNDP.
- Nkrumah, K. (1965). *Neo-colonialism. The Last Stage of Imperialism*. London: Nelson.
- Nunn, A., & Price, S. (2004). Managing Development: EU and African Relations since Lomé and Cotonou. *Historical Materialism*, 12(4), 203–230.
- Ponniah, T., & Fisher, W. F. (2003). *The World Social Forum and the Reinvention of Democracy*. In W.F. Fisher & T. Ponniah (Hrsg.), *Another World is Possible*. London: Zed Books.
- Reinhard, W. (2016). *Die Unterwerfung der Welt. Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415-2015*. München: C.H. Beck.
- Roy, A. (2012). *Capitalism - A Ghost Story*. Outlook India. <http://www.outlookindia.com/magazine/story/capitalism-a-ghost-story/280234> [Stand: 15.04.2017].
- Steinert, H. (2008). „Soziale Ausschließung“: Produktionsweisen und Begriffs-Konjunkturen. In D. Klimke (Hrsg.), *Exklusion in der Marktgesellschaft* (S. 19–29). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stiglitz, J. E. (2004). *Die Schatten der Globalisierung*. München: Goldmann.
- Tappe, O. (2016). Coolie Chains: global commodities, colonialism and the question of labour. *Die Erde*, 147(3), 205–208.
- Thompson, E. P. (1991). *The Making of the English Working Class*. Toronto: Penguin.
- Vandana, S. (1989). *The Violence of the Green Revolution. Third World Agriculture, Ecology and Politics*. London: ZedBooks.
- Walter, D. (2014). *Organisierte Gewalt in der europäischen Expansion. Gestalt und Logik des Imperialkrieges*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Windolf, P. (2005). Finanzmarkt-Kapitalismus, Analysen zum Wandel von Produktionsregime. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*(45).
- Winker, G. (2015). *Care Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Wolf, W. (2009). *Verkehr. Umwelt. Klima. Die Globalisierung des Tempowahns*. Wien: Promedia.
- Ziai, A. (2007). *Globale Strukturpolitik? Die Nord-Süd-Politik der BRD und das Dispositiv der Entwicklung im Zeitalter von neoliberaler Globalisierung und neuer Weltordnung*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Acosta, A. (2013). *Extractivism and Neo-Extractivism. Two sides of the same curse. Beyond Development. Alternative visions from Latin America.* Qito/Amsterdam: Rosa-Luxemburg-Stiftung und Transnational Institute.
- AK Rohstoffe (2016). Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik. http://alternative-rohstoffwoche.de/wp-content/uploads/2016/08/AK_Rohstoffe_demokratische_und_global_gerechte_rohstoffpolitik.pdf [Stand: 16.04.2017].
- Bartmann, C. (2016). *Die Rückkehr der Diener. Das neue Bürgertum und sein Personal.* München: Hanser.
- Brynjolfsson, E., & McAfee, A. (2014). *The Second Machine Age: Wie die nächste digitale Revolution unser aller Leben verändern wird.* Kulmbach: Plassen.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016). *Digitale Strategie 2025.* BMWi. <https://www.bmw.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/digitale-strategie-2025,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>. [Stand: 16.04.2017].
- Buse, U. (2016). *Der Feind in meiner Hand.* Der Spiegel. <https://magazin.spiegel.de/SP/2016/32/146155502/> [Stand: 16.04.2017].
- Chan, J., Pun, N., & Selden, M. (2016). Labour protests and trade union reforms in China. *Flexibel workforces and low profit margins: electronics assembly between Europe and China.* Brussels: ETUI.
- Chen, S. (2016). The Materialist Circuit and the Quest for Environmental Justice in ICT's Global Expansion. *TripleC*, 14(1), 121–132.
- China Labor Watch (2015). *Analysing Labor Conditions of Pegatron and Foxconn. Apple's Low-Cost Reality.* <http://www.chinalaborwatch.org/report/107> [Stand: 17.04.2017].
- Collin, P., & Collin, N. (2013). *Task Force on Taxation of the Digital Economy.* Frankreich: Finanz- und Wirtschaftsministerium. http://www.hldataprotection.com/files/2013/06/Taxation_Digital_Economy.pdf [Stand: 16.04.2017].
- EJ Atlas (2017). *Environmental Justice Atlas.* www.ejatlasing.org [Stand: 16.04.2017].
- Felstiner, A. (2011). *Working the Crowd: Employment and Labor Law in the Crowdsourcing Industry.* *Berkeley Journal of Employment and Labor Law*, 32(1), 143–203.
- Friends of the Earth (2013). *Mining for smartphones: the true cost of tin.* https://www.foe.co.uk/sites/default/files/downloads/tin_mining.pdf [Stand: 16.04.2017].
- Fuchs, C. (2015). *Digital Labour and Karl Marx.* London: Routledge.
- Füller, C. (2017). *Die neue Volksdroge.* Der Freitag. <https://www.freitag.de/autoren/christian-fueller/die-neue-volksdroge> [Stand: 16.04.2017].
- Greenpeace (2014). *Green Gadgets: Designing the future. The path to greener electronics.* <http://www.greenpeace.org/international/Global/international/publications/toxics/2014/Green%20Gadgets.pdf> [Stand: 16.04.2017].
- Habermann, F. (2016). *ECOMMONY. UmCARE zum Miteinander.* Sulzbach am Taunus: Ulrike Helmer Verlag.
- ING DiBa (2015). *Die Roboter kommen. Folgen der Digitalisierung für den deutschen Arbeitsmarkt.* <https://www.ing-diba.de/pdf/ueber-uns/presse/publikationen/ing-diba-economic-research-die-roboter-kommen.pdf> [Stand: 16.04.2017].
- International Transport Forum (2016). *Decarbonising Transport. Helping decision makers establish pathways to carbon-neutral mobility.* <http://www.itf-oecd.org/sites/default/files/decarbonising-transport-brochure.pdf> [Stand: 09.01.2017].
- Jäger, N. (2016). *Alles für uns?! Der globale Einfluss der europäischen Handels- und Investitionspolitik auf Rohstoffausbeutung.* Berlin: PowerShift und Rosa-Luxemburg-Stiftung. https://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2016/02/Alles-f%C3%BCr-uns_webversion.pdf. [Stand: 16.04.2017].
- Janisch, W. (2016). *Facebook ist gratis – aber nicht kostenlos.* <http://www.sueddeutsche.de/digital/deutscher-juristentag-facebook-ist-gratis-aber-nicht-kostenlos-1.3157926> [Stand: 16.04.2017].
- Jewell, C. (2016, April). *Digital pioneer, Jaron Lanier, on the dangers of “free” online culture.* *WIPO Magazine.* http://www.wipo.int/wipo_magazine/en/2016/02/article_0001.html [Stand: 16.04.2017].
- Krämer, K., Linden, G., & Dedrick, J. (2011). *Capturing Value in Global Networks: Apple's iPad and iPhone.* mimeo. http://pcic.merage.uci.edu/papers/2011/value_ipad_iphone.pdf [Stand: 16.04.2017].
- Mason, P. (2016). *Postcapitalism. A Guide to Our Future.* London: Penguin.
- Mattern, F. (2015). *Wie viel Strom verbraucht das Internet?* ETH Zürich. <https://www.ethz.ch/de/news-und-veranstaltungen/eth-news/news/2015/03/wieviel-strom-braucht-das-internet.html> [Stand: 16.04.2017].
- Matuscheck, I. (2016). *Industrie 4.0, Arbeit 4.0 – Gesellschaft 4.0? Eine Literaturstudie.* Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- McIntyre, R. S., Phillips, R., & Baxandall, P. (2015). *Offshore Shell Games. U.S. PIRG.* <http://www.uspirg.org/sites/pirg/files/reports/USP%20ShellGames%20Oct15%201.3.pdf> [Stand: 16.04.2017].
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2015). *JIM-Studie. Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger.* https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2015/JIM_Studie_2015.pdf [Stand: 16.04.2017].
- Ovide, S., & Wakabayashi, D. (2015). *Apple's Share of Smartphone Industry's Profits Soars to 92 %.* *Wall Street Journal.* <https://www.wsj.com/articles/apples-share-of-smartphone-industrys-profits-soars-to-92-1436727458> [Stand: 16.04.2017].
- Peng, W. (2016). *Multinational Tax Base Erosion Problem of the Digital Economy.* *Modern Economy*, 7, 345–352.
- Raj-Reichert, G. (2015). *Exercising power over labour governance in the electronics industry.* *Geoforum*, 67, 82–92.
- Reckordt, M., Pilgrim, H., & Groneweg, M. (2017). *Ressourcenfluch 4.0. Die sozialen und ökologischen*

- Auswirkungen von Industrie 4.0. auf den Rohstoffsektor. Berlin: PowerShift. <https://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2017/02/Ressourcenfluch-40-rohstoffe-menschenrechte-und-industrie-40.pdf> [Stand: 16.04.2017].
- Rifkin, J. (2014). *Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft: Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus.* (B. Schmid, Übers.). Frankfurt am Main: Oekom.
- Schmid, E., & Cohen, H. (2013). *Die Vernetzung der Welt. Ein Blick in unsere Zukunft.* Reinbek: Rowohlt.
- Schmid, L. (2015). Es ist wie bei einer Sucht. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/alexander-markowetz-ueber-buch-digitaler-burnout-13825699.html> [Stand: 16.04.2017].
- Scholz, T. (2016). *Plattform-Kooperativismus.* Rosa-Luxemburg-Stiftung. <http://www.rosalux.de/publication/42282> [Stand: 17.04.2017].
- Schwab, K. (2015). *Die vierte industrielle Revolution.* München: Pantheon.
- Shah, A. (2015). Europas imperiale Rohstoff- und Freihandelspolitik. *Klima der Gerechtigkeit*. <http://klima-der-gerechtigkeit.de/2015/06/29/europas-imperiale-rohstoff-und-freihandelspolitik/> [Stand: 16.04.2017].
- Shah, A. (2016). *Destructive Creation. Analyzing Contemporary Socio-Ecological Conflicts as Frontiers of Capitalist Development* (No. 1/2016). University of Kassel. http://kobra.bibliothek.uni-kassel.de/bitstream/urn:nbn:de:hebis:34-2016092750976/1/New_Research_in_GPE_1_2016.pdf [Stand: 16.04.2017].
- Siefkes, C. (2014). *Peer-Produktion – der unerwartete Aufstieg einer commonsbasierten Produktionsweise.* In S. Helfrich & Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat.* Bielefeld: Transcript.
- Simpson, C. (2012, August 24). *The deadly tin inside your smartphone.* Bloomberg. <http://www.bloomberg.com/news/articles/2012-08-23/the-deadly-tin-inside-your-smartphone> [Stand: 16.04.2017].
- Staab, P. (2016). *Falsche Versprechen. Wachstum im digitalen Kapitalismus.* Hamburg: Hamburger Edition.
- Statista (2016a). *Top 15 der reichsten Computer-, Software- und Internet-Unternehmer.* <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/324293/umfrage/it-unternehmer-mit-dem-groessten-vermoegen-in-den-usa/> [Stand: 17.04.2017].
- Statista (2016b). *Börsenwert der größten Internetunternehmen weltweit.* <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/217485/umfrage/marktwert-der-groessten-internet-firmen-weltweit/> [Stand: 16.04.2017].
- Statista (2016c). *Umsatz mit Smartphones weltweit in den Jahren 2013 bis 2016 (in Milliarden US-Dollar).* <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/204666/umfrage/umsatz-mit-smartphones-weltweit/> [Stand: 16.04.2017].
- Statista (2016d). *Marktanteile der Hersteller am Absatz von Smartphones weltweit in den Jahren 2007 bis 2016.* <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/173051/umfrage/weltweite-marktanteile-der-fuehrenden-smartphone-hersteller-seit-2007/> [Stand: 16.04.2017].
- Statista (2016e). *Absatz von Smartphones weltweit in den Jahren 2009 bis 2016 (in Millionen Stück).* <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/173049/umfrage/weltweiter-absatz-von-smartphones-seit-2009/> [Stand: 16.04.2017].
- Statista (2016f). *Prognose der weltweiten Umsätze mit Social-Media-Werbung.* <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/457505/umfrage/weltweite-umsaetze-mit-social-media-werbung/> [Stand: 17.04.2017].
- Steckner, A., & Candeias, M. (2014). *Geiz ist gar nicht geil. Über Konsumweisen, Klassen und Kritik* (No. 11/2014). Berlin: Rosa Luxemburg-Stiftung. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_11-2014.pdf [Stand: 20.02.2017].
- Stephan, F. (2015). *Instant Articles: Die Privatisierung der Meinungsfreiheit.* *Die Zeit*. <http://www.zeit.de/kultur/2015-05/instant-articles-facebook-meinungsfreiheit> [Stand: 16.04.2017].
- UNEP (o. J.). *Global Material flows and Resource Productivity. Assessment Report for the UNEP International Resource Panel.* UNEP. <http://www.resourcepanel.org/reports/global-material-flows-and-resource-productivity> [Stand: 15.04.2017].
- Wagner, T. (2017). *Das Netz in unsere Hand: Vom digitalen Kapitalismus zur Datendemokratie.* Köln: PapyRossa Verlag.
- War on Want (2016). *The new colonialism. Britain's scramble for Africa's energy and mineral resources.* <http://www.waronwant.org/resources/new-colonialism-britains-scramble-africas-energy-and-mineral-resources> [Stand: 16.04.2017].
- Weimer, T. (2016). *Den Datenschatz heben,* Gastkommentar. *Handelsblatt*, 72.
- Weltbank (2016). *World Development Report 2016. Digital Dividends.* Washington: Weltbank. <http://documents.worldbank.org/curated/en/896971468194972881/pdf/102725-PUB-Replacement-PUBLIC.pdf> [Stand: 16.04.2017].
- Welzer, H. (2016). *Die smarte Diktatur. Der Angriff auf unsere Freiheit.* Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Yeung, H. W. (2014). *Governing the market in a globalized era: Developmental states, global production networks and inter-firm dynamics in East Asia.* *Review of International Political Economy*, 21(1), 70–101.
- Zucman, G. (2014). *Steueroasen: Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird.* (U. Bischoff, Übers.). Berlin: Suhrkamp.

Sorge

- AOK Bayern (2014). *Report Pflege 2013.*
- Aust, Andreas, Klenke, O., Mohr, K., & Zimmermann,

- S. (2015). Gute soziale Dienstleistungen und Infrastruktur für eine bessere Gesellschaft. In B. Fried & H. Schurian (Hrsg.), *Um-Care. Gesundheit und Pflege neu organisieren* (Band 13). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Auth, D. (2013). Ökonomisierung der Pflege - Formalisierung und Prekarisierung von Pflegearbeit. *WSI-Mitteilungen*, 66(6), 412–422.
- BAuA (2015). Intelligente Technik in der beruflichen Pflege. Von den Chancen und Risiken einer Pflege 4.0. http://www.inqa.de/SharedDocs/PDFs/DE/Publikationen/intelligente-technik-in-der-beruflichen-pflege.pdf?__blob=publicationFile [Stand: 25.01.2017].
- Biesecker, A., Wichterich, C., & von Winterfeld, U. (2012). Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität (Hintergrundpapier). Rosa Luxemburg-Stiftung. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Biesecker_Wichterich_Winterfeld_2012_FeministischePerspe.pdf [Stand: 25.01.2017].
- Bohsem, G. (2015). CDU-Experte nennt Pflege-TÜV Desaster. *Süddeutsche Zeitung*. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/jens-spahn-cdu-experte-nennt-pflege-tuev-der-regierung-desaster-1.2333985> [Stand: 16.04.2017].
- bpb (2015). Ausländische Pflegekräfte in deutschen Privathaushalten. Ein Interview mit Prof. Dr. Helma Lutz. Bundeszentrale für politische Bildung. <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/211011/interview-mit-helma-lutz> [Stand: 25.01.2017].
- Brand, U., & Wissen, M. (2017). *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*. München: Oekom.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Krisentelefone (2017). Beratungs- und Beschwerdestellen für alte Menschen. <http://www.beschwerdestellen-pflege.de/> [Stand: 04.05.2017].
- DAK (2015). Pflege-Report 2015. So pflegt Deutschland. https://www.dak.de/dak/download/Pflegereport_2015-1701160.pdf [Stand: 29.01.2017].
- D'Alisa, G., Deriu, M., & Demaria, F. (2015). Care. In G. D'Alisa, F. Demaria & G. Kallis (Hrsg.), *Degrowth: A vocabulary for a new era* (S. 63–66). New York u.a.: Routledge.
- Destatis (2014a). Zum Tag der Putzfrau: 31 % der Beschäftigten im Reinigungsgewerbe sind Männer. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/445123/umfrage/monatlicher-zahlbetrag-der-altersrenten-in-deutschland-nach-geschlecht/> [Stand: 07.03.2017].
- Destatis (2014b). Personal in Kitas: Wer betreut unsere Kinder? https://www.destatis.de/DE/Publikationen/STATmagazin/Soziales/2014_09/2014_09PersonalKitas.html [Stand: 07.03.2017].
- Destatis (2015a). Zeitverwendungserhebung 2012/2013. Aktivitäten in Stunden und Minuten für ausgewählte Personengruppen. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Destatis (2015b). Pflegestatistik 2013. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschlandergebnisse. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Gesundheit/Pflege/PflegeDeutschlandergebnisse5224001139004.pdf?__blob=publicationFile [Stand: 04.05.2017].
- Destatis (2016). 35 % mehr Zeit für unbezahlte Arbeit als für Erwerbsarbeit. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/04/PD16_137_812.html [Stand: 29.01.2017].
- Destatis (2017). Pflegestatistik 2015. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschland. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Gesundheit/Pflege/PflegeDeutschlandergebnisse5224001159004.pdf?__blob=publicationFile [Stand: 29.01.2017].
- Deutscher Bundestag (2013). Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen Nr. 189 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 16. Juni 2011 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte (S. Art. 2, Abs. 2, Buchstabe b). <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/129/1712951.pdf> [Stand: 29.01.2017].
- DGB (2011). Entsendung nach Deutschland. Informationen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deutscher Gewerkschaftsbund. <http://berlin-brandenburg.dgb.de/themen/++co++1b8c81ce-ad64-11e0-673f-00188b4dc422> [Stand: 29.01.2017].
- DGB (2012). Hausangestellte - das Ende der Ausbeutung? Das neue Übereinkommen 189 der Internationalen Arbeitsorganisation. Deutscher Gewerkschaftsbund. https://www.dgb-bestellservice.de/besys_dgb/pdf/DGB13004.pdf [Stand: 04.05.2017].
- DGB (2017). Beratungsstellen. http://www.faire-mobilitaet.de/beratungsstellen/?tab=tab_0_0#tabnav [Stand: 04.05.2017].
- Drepper, D. (2016a). Ausgepflegt. Die Zeit Online. <http://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2016-08/altersheimen-pflege-personal-mangel-arbeitsbedingungen> [Stand: 16.04.2017].
- Drepper, D. (2016b). Sklavinnen, die uns pflegen. Die Zeit Online. <http://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2016-08/pflegekraefte-bundesregierung-osteuropa-illegal-hausangestellte> [Stand: 16.04.2016].
- Dück, J., & Fried, B. (2015). Caring for Strategy: Transformation aus Kämpfen um soziale Reproduktion entwickeln. In B. Fried & H. Schurian (Hrsg.), *Um-Care. Gesundheit und Pflege neu organisieren*. Rosa-Luxemburg-Stiftung. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien13_UmCare_web.pdf [Stand: 29.01.2017].
- Ehrenreich, B., & Hochschild, A. R. (Hrsg.) (2003). *Global Women. Nannies, Maids and Sex Workers in the New Economy*. New York: Owl Books.
- Elson, D. (2000). Progress of the World's Women. Harare: UNIFEM Biennial Report.
- England, P. (2005). Emerging theories of care work. *Annual Review of Sociology*, 31(1), 381–399.
- Eurostat (2016). Quote der von Armut bedrohten Personen nach Armutsgefährdungsgrenze, Alter und Geschlecht. <http://ec.europa.eu/eurostat/de/data/>

- database [Stand: 29.01.2017].
- FES (2013). Die doppelte Verniedlichung: Care-Arbeit in Deutschland. http://www.fes.de/gender/infobrief2/pdf_content/IL02_Fokus03.pdf [Stand: 29.01.2017].
- Fried, B., & Schurian, H. (2016). Nicht im Gleichschritt, aber Hand in Hand. *LuXemburg*, (01/2016), 96–107.
- Fuchs-Rechlin, K. (2010). Die berufliche, familiäre und ökonomische Situation von Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen. Sonderauswertung des Mikrozensus. https://www.gew.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=20672&token=9a2054993c658bd87980f78bd46a221adae17ba6&sdowload=&n=Die_berufliche_familiaere_und_oekonomische_Situation_von_Erzieherinnen_und_Kinderpflegerinnen.pdf [Stand: 04.05.2017].
- Gehrig, T. (2013). Soziale Infrastruktur statt Grundeinkommen. *LuXemburg*, 2/2013, 54–59.
- GIZ (2014). Ausbildung junger Menschen aus Drittstaaten. Chancen zur Gewinnung künftiger Fachkräfte für die Pflegewirtschaft. <https://www.giz.de/de/downloads/giz2014-de-ausbildung-pflegewirtschaft-drittstaaten.pf.pdf> [Stand: 29.01.2017].
- Haimann, R. (2009). Jetzt beginnt der Wettlauf um den deutschen Pflegeheimmarkt. *Die Welt*. https://www.welt.de/welt_print/article3402842/Jetzt-beginnt-der-Wettlauf-um-den-deutschen-Pflegeheimmarkt.html [Stand: 16.04.2017].
- Haller, M. (2015). Charité-Streik für mehr Personal: Wir schreiten voran, andere werden folgen. <http://pflegestreik.de/charite-streik-fuer-mehr-personal-wir-schreiten-voran-andere-werden-folgen/> [Stand: 29.01.2017].
- Haufe (2016). Pflegeheime: Marktanteil privater Träger verdoppelt sich. https://www.haufe.de/immobilien/entwicklung-vermarktung/marktanalysen/pflegeheime-marktanteil-privater-traeger-verdoppelt-sich_84324_342688.html [Stand: 29.01.2017].
- Himmelweit, S. (1995). The discovery of »unpaid work«: the social consequences of the expansion of »work«. *Feminist Economics*, 1(2), 1–19.
- Hochschild, A. R. (2000). Global care chains and emotional surplus value. In W. Hutton & A. Giddens (Hrsg.), *On the edge: Living with global capitalism*. London: Jonathan Cape.
- Hoock, S. (2016). 24 Stunden, 7 Tage die Woche, 900 Euro Gehalt. *Die Zeit Online*. <http://www.zeit.de/karriere/beruf/2016-05/pflege-pflegekraefte-osteuropa-arbeitsbedingungen-deutschland> [Stand: 16.04.2017].
- HRW (2006). Swept under the rug. Abuses against domestic workers around the world. Human Rights Watch Report, 18(7). <https://www.hrw.org/reports/2006/wrd0706/wrd0706web.pdf> [Stand: 29.01.2017].
- IAB (2015). Was man in den Pflegeberufen in Deutschland verdient (Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung). http://www.patientenbeauftragter.de/images/pdf/2015-01-27_Studie_zu_den_Entgelten_der_Pflegeberufe.pdf [Stand: 29.01.2017].
- ILO (2013). Domestic workers across the world: global and regional statistics and the extent of legal protection. Genf: International Labour Office. http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_173363.pdf [Stand: 29.01.2017].
- Institut für Arbeit und Qualifikation (2015). Teilzeitquote nach Geschlecht 2002 - 2013. http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV8d_Grafik_Monat_02_2015.pdf [Stand: 07.03.2017].
- Jürgens, K. (2012). Arbeit und Reproduktion. In K. Dörre, D. Dauer & V. Wittke (Hrsg.), *Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik* (S. 273–288). Frankfurt am Main: Oekom.
- Klinger, C. (2012). Leibdienst - Liebesdienst - Dienstleistung. In K. Dörre, D. Dauer & V. Wittke (Hrsg.), *Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik* (S. 258–272). Frankfurt am Main: Oekom.
- Klohr, M. (2013). Der legale Markt ist beinahe zusammengebrochen. *Stuttgarter Zeitung*. <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.ausbeutung-von-pflegekraeften-legal-illegal-fast-egal-page3.6393de15-0d4f-4b74-9826-730b8b6fb937.html> [Stand: 16.04.2017].
- Köcher, R. (2011). Realität und symbolische Politik. Institut für Demoskopie Allensbach. http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsndocs/Februar11_Frauenquote.pdf [Stand: 29.01.2017].
- Kontos, M. (2010). Europäische Politiken im Zuge der Globalisierung von Pflegearbeit. Gunda Werner Institut, Heinrich Böll-Stiftung. http://www.gwi-boell.de/sites/default/files/assets/gwi-boell.de/images/downloads/Kontos_Europaeische_Politiken_zu_globalisierter_Pflegearbeit_Mai2010.pdf [Stand: 29.01.2017].
- KorianGroupe (2015). Geschäftsbericht 2015. <http://www.korian.com/globalassets/new-documents/2016/korian---annual2015-en-final.pdf> [Stand: 29.01.2017].
- Krenn, M. (2014). Kapitalistische Dynamik und die gesellschaftliche Organisation von Pflege- und Sorgearbeit. Working Paper DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, 5/14.
- Kunze, A., & Uken, M. (2014). Der Pflege-Aufstand. *Die Zeit Online*. <http://www.zeit.de/2014/24/pflegeheime-beurteilung> [Stand: 16.04.2017].
- Kuszyk, K. (2017). Magda macht das schon: Billig und willig. *Zeit Online*. <http://www.zeit.de/kultur/film/2017-01/magda-macht-das-schon-rtl-sitcom-polen-klischees> [Stand: 16.04.2017].
- Lüngen, M. (2012). Die Vollversicherung in der Pflege - Weshalb und wie viel? (Verdi Gutachten). Verdi. http://www.verdi.de/++file++50a4d3d86f684477b6000021/download/Kurzfassung_Gutachten_Pflegeversicherung.pdf [Stand: 29.01.2017].
- Lutz, H. (2007). Die 24-Stunden-Polin: eine intersektionelle Analyse transnationaler Dienstleistungen. In C. Klinger, G.-A. Knapp & B. Sauer (Hrsg.), *Achsen der Ungleichheit: zum*

- Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität. Frankfurt am Main: Oekom.
- Molitor, C. (2015). Geschäftsmodell Ausbeutung. Wenn europäische Arbeitnehmer_innen in Deutschland um ihre Rechte betrogen werden. Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/id/11307.pdf>
- Nachtsheim, K. (2013). Pflegestufe Freundschaft: Christa Schmitz (84 Jahre) wird von Polin Anna (38) gepflegt. Bild am Sonntag. <http://www.bild.de/ratgeber/2013/altenpflege/pflegestufe-freundschaft-polin-anna-pflegt-christa-zu-hause-alternative-altersheim-29331502.bild.html> [Stand: 16.04.2017].
- Netzwerk Care Revolution (2014). Resolution der Aktionskonferenz Care Revolution. <http://care-revolution.org/veroeffentlichungen/> [Stand: 29.01.2017].
- Netzwerk Care Revolution (2016). Sich heftig streiten und dann trotzdem gemeinsam weitermachen? Nachlese zu einem Care-Revolution-Themenabend im November 2016 in Potsdam. <http://care-revolution.org/aktuelles/sich-heftig-streiten-und-dann-trotzdem-gemeinsam-weitermachen/> [Stand: 04.05.2017].
- Ohrem, S., Häußler, A., & Meier-Gräwe, U. (2013). Von der Nationalökonomie zur Care-Ökonomie: Geschlechtergerechte Arbeitsteilung und ihre Bedeutung für nachhaltige Wirtschaftskonzepte. Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften, 54, 227–248.
- Pflege am Boden (2017). Motivation. <http://www.pflege-am-boden.de/> [Stand: 04.05.2017].
- Pflege-SHV (2013). Personalpolitik in der Altenpflege. <https://www.pflege-shv.de/index.php?page=pflegeschluessel-2> [Stand: 04.05.2017].
- Presseanzeiger (2010). BEBP fordert promedica24 auf, Zahlen und Vertragsdetails offen zu legen. <http://www.presseanzeiger.de/pm/BEBP-fordert-promedica24-auf-Zahlen-und-Vertragsdetails-offen-zu-382095> [Stand: 04.05.2017].
- Promedica24 (2017). Über uns. <https://www.promedicaplus.de/ueber-uns/> [Stand: 04.05.2017].
- respect (2012). Gratwanderungen. Ein politisch-solidarisches Netzwerk für die Rechte migrantischer Hausarbeiterinnen. LuXemburg, 12(2/2012), 126–133.
- Schillinger, S. (2015). Wir sind doch keine Sklavinnen! Polnische Care-Arbeiterinnen in der Schweiz organisieren sich selbst (Jahrbuch 2015). Denknetz Online. http://www.denknetz-online.ch/sites/default/files/denknetz_jb15_schilliger_polnische_care-arbeiterinnen_in_ch.pdf [Stand: 29.01.2017].
- Sorge, T. (2016). Was bezahlt die Pflegeversicherung? Caritas. <https://www.caritas.de/hilfeundberatung/ratgeber/alter/pflegeundbetreuung/was-bezahlt-die-pflegeversicherung> [Stand: 29.01.2017].
- Stadtportal München (2017). Die Altenpflegebeschwerde-Stelle. <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Direktorium/Altenpflege-Beschwerdestelle/Ueber-uns.html> [Stand: 04.05.2017].
- Statista (2015). Durchschnittlicher Zahlbetrag der gesetzlichen Altersrenten in Deutschland von 1992 bis 2015 (in Euro/Monat) nach Geschlecht. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/445123/umfrage/monatlicher-zahlbetrag-der-altersrenten-in-deutschland-nach-geschlecht/> [Stand: 07.03.2017].
- Statista (2016). Pflege in Deutschland. Statista-Dossier. <https://de.statista.com/statistik/studie/id/6988/dokument/pflege-in-deutschland-statista-dossier/> [Stand: 29.01.2017].
- The Guardian (2005). The day the women went on strike. <https://www.theguardian.com/world/2005/oct/18/gender.uk> [Stand: 16.04.2017].
- Tießler-Marenda, E. (2014). Pflege und Migration in Europa. Heinrich-Böll-Stiftung. <https://www.boell.de/de/2014/02/26/pflege-und-migration-europa> [Stand: 29.01.2017].
- VdK (2014). VdK-Verfassungsbeschwerde für menschenwürdige Pflege eingereicht (Pressemeldung). Sozialverband VdK Deutschland. <http://www.vdk.de/deutschland/pages/presse/vdk-pressemeldung/68500/vdk-verfassungsbeschwerde-fuer-menschenwuerdige-pflege-eingereicht> [Stand: 29.01.2017].
- Verdi (2017). Streikrecht ist Grundrecht. <https://gesundheits-soziales.verdi.de/themen/kirchen-und-arbeitsrecht> [Stand: 04.05.2017].
- VPOD (2017). Das VPOD-Netzwerk-Respekt für BetreuerInnen in Privathaushalten. <http://respekt-vpod.ch/> [Stand: 04.05.2017].
- von Werlhof, C., Mies, M., & Bennholdt-Thomson, V. (1988). Frauen, die letzte Kolonie: zur Hausfrausierung der Arbeit. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Westfälische Nachrichten (2015). Elternbeirat: Unsinniger Kita-Streik muss beendet werden. <http://www.wn.de/Muenster/1983837-Kita-Streik-Die-Geduld-ist-erschoept> [Stand: 16.04.2017].
- Wichterich, C. (2010). Sorge, Marktökonomie und Geschlechtergerechtigkeit - das Vereinbarkeitsproblem der Politik. Gunda Werner-Institut, Heinrich-Böll-Stiftung. http://www.gwi-boell.de/sites/default/files/assets/gwi-boell.de/images/downloads/Dossier_Care_Oekonomie_Wichterich_2010.pdf [Stand: 29.01.2017].
- Wichterich, C. (2016). Feministische Internationale Politische Ökonomie und Sorgeextraktivismus. In U. Brand, H. Schwenken & J. Wullweber (Hrsg.), Globalisierung analysieren, kritisieren und verändern. Das Projekt Kritische Wissenschaft. Hamburg: VSA. <http://www.vsa-verlag.de/uploads/media/www.vsa-verlag.de-Brand-ua-Globalisierung-analysieren-Scherrer-Festschrift.pdf> [Stand: 29.01.2017].
- Winker, G. (2015). Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Women in Exile (2014). Redebeitrag zur Eröffnung der Aktionskonferenz Care Revolution. Berlin. <https://www.women-in-exile.net/wp-content/uploads/2014/04/pecha-kucha-von-women-in-exile-zur-care-revolution-aktionskonferenz.pdf> [Stand: 04.05.2017].
- Worschech, S. (2011). Care Arbeit und Care Ökonomie: Konzepte zu besserem Arbeiten und Leben? Gunda

- Werner-Institut, Heinrich-Böll-Stiftung. <http://www.gwi-boell.de/de/2011/02/22/care-arbeit-und-care-%C3%B6konomie-konzepte-zu-besserem-arbeiten-und-leben> [Stand: 29.01.2017].
- WSI (2015). Gründe für Teilzeittätigkeit nach Elternschaft 2013. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung. <http://www.boeckler.de/51973.htm> [Stand: 07.03.2017].
- Yeates, N. (2005). Global care chains. A critical introduction. *Global Migration Perspectives*, 44.
- ## Geld und Finanzen
- Aizawa, M. (2016). G20: Green Finance und Klimafinanzierung. Heinrich Böll Stiftung. <https://www.boell.de/de/2016/11/30/green-finance-und-klimafinanzierung>. [Stand: 22.04.2017].
- Alexander, S. (2016). Grund- und Höchst Einkommen. In G. D'Alisa, F. Demaria & G. Kallis (Hrsg.), *Degrowth. Handbuch für eine neue Ära* (S. 215–217). München: Oekom.
- Arezki, R., Deininger, K., & Selod, H. (2015). What Drives the Global Land Rush? *The World Bank Economic Review*, 29(2), 207–233.
- Attac Österreich (2017). Drei Jahre Griechenland-Rettung: 77% flossen in Finanzsektor. http://www.attac.at/fileadmin/_migrated/content_uploads/hintergrundmaterial_bailout_deutsch.pdf [Stand: 16.04.2017].
- Bänziger, P.-P. (2015). Von der Arbeits- zur Konsumgesellschaft? *Zeithistorische Forschungen*, 12, 11–38.
- BAuA (2015). Intelligente Technik in der beruflichen Pflege. Von den Chancen und Risiken einer Pflege 4.0. http://www.inqa.de/SharedDocs/PDFs/DE/Publikationen/intelligente-technik-in-der-beruflichen-pflege.pdf?__blob=publicationFile [Stand: 25.01.2017].
- Bierhoff, B. (2016). *Konsumismus*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Binswanger, H.-C. (2008). König Midas. Wird alles zu Gold? – Geld und Wachstum. In M. Weis & H. Spitzack (Hrsg.), *Der Geldkomplex. Kritische Reflexion unseres Geldsystems und mögliche Zukunftsszenarien* (S. 13–29). Bern: Haupt Verlag.
- Binswanger, H.-C. (2009). Die Rolle von Geld und Kapital in unserer Gesellschaft. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 26, 3–5.
- Bogun, R. (2012). Konsum, Umweltverbrauch und soziale Ungleichheit: eine Frage unseres Lebensstils? *artec*, (179). http://www.uni-bremen.de/fileadmin/user_upload/single_sites/artec/artec_Dokumente/artec-paper/179_paper.pdf [Stand: 26.02.2017].
- Bose, P. (2008). The Value of Money and the Theory of Imperialism. Gehalten auf der IDEAs Conference on The Value of Money in Contemporary Capitalism, New Delhi. www.networkideas.org/ideasact/sep08/Prasenjit_Bose.pdf [Stand: 26.02.2017].
- Brunner, K.-M. (2014). Nachhaltiger Konsum und soziale Ungleichheit. *Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien*. http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/varueckblicke/Working_Paper_Nachhaltiger_Konsum.pdf [Stand: 20.04.2017].
- Büchs, M., & Schnepf, S. V. (2013). Who emits most? Associations between socio-economic factors and UK households' home energy, transport, indirect and total CO2 emissions. *Ecological Economics*, 90, 114–123.
- Conze, E. (2009). *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*. München: Siedler Verlag.
- Creutz, H. (2004). *Die 29 Irrtümer rund ums Geld*. Wien: Signum Wirtschaftsverlag.
- Dan, O. (2016). Bruttoinlandsprodukt. In G. D'Alisa, F. Demaria & G. Kallis (Hrsg.), *Degrowth. Handbuch für eine neue Ära* (S. 85–89). München: Oekom.
- Deutschmann, C. (1996). Money as a Social Construction: On the Actuality of Marx and Simmel. *Thesis Eleven*, 47(1), 1–19.
- Deutschmann, C. (2000). Geld als absolutes Mittel. Zur Aktualität von Simmels Geldtheorie. *Berliner Journal für Soziologie*, 3, 301–313.
- Diestelmann, E., & Zacharakis, Z. (2015). Banken ohne Geld. *Zeit Online*. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-07/das-falsche-versprechen> [Stand: 26.02.2015].
- Evans, T. (2009). International Finance. In J. Grahl (Hrsg.), *Finance and Social Europe* (S. 29–52). Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Facing Finance (Hrsg.) (2017). Dirty Profits 5. Unser Wohlstand auf Kosten von Mensch und Umwelt!? http://www.facing-finance.org/files/2017/02/ff_dp5_DE_RZ_WEB.pdf [Stand: 22.04.2017].
- Facing Finance, & Urgewald (Hrsg.) (2016). Die Waffen meiner Bank. <http://www.facing-finance.org/files/2016/04/waffenmeinerbank.pdf> [Stand: 22.04.2017].
- Fairhead, J., Leach, M., & Scoones, I. (2012). Green Grabbing: a new appropriation of nature? *Journal of Peasant Studies*, 39(2), 237–261.
- Fattorelli, M. L. (2014). Citizens public debt audit. Experiences and methods. Genf: CETIM.
- Ferguson, N. (2005). Our currency, your problem. *The New York Times Magazine*. http://www.nytimes.com/2005/03/13/magazine/our-currency-your-problem.html?_r=0 [Stand: 22.04.2017].
- Fricke, A. (2010). *Grüne Geldanlage. Verantwortungsvoll investieren*. Berlin: Stiftung Warentest.
- Frühauf, M. (2014). Deutsche Bank hat hohen Derivatebestand. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/50-billionen-euro-deutsche-bank-hat-hohen-derivatebestand-12967565.html> [Stand: 22.04.2017].
- Gómez-Baggethun, E. (2016). Kommerzialisierung. In G. D'Alisa, F. Demaria & G. Kallis (Hrsg.), *Degrowth. Handbuch für eine neue Ära* (S. 152–156). München: Oekom.
- Graeber, D. (2011). *Debt. The First 5000 Years*. New York: Melville House Publishing.
- Griffiths, M. D., Andreassen, C. S., Pallesen, S., Bilder, R. M., Torsheim, T., & Aboujaoude, E. (2016). When Is a New Scale not a New Scale? The Case of the Bergen

- Shopping Addiction Scale and the Compulsive Online Shopping Scale. *International Journal of Mental Health and Addiction*, 14(6), 1107–1110.
- Gurtner, B. (2007). Verkehrte Welt: Der Süden finanziert den Norden. *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik*, 26(2), 61–84.
- Habermann, F. (2016). *ECOMMONY. UmCARE zum Miteinander*. Sulzbach am Taunus: Ulrike Helmer Verlag.
- Haushaltssteuerung (2016). Schuldenuhr zur Staatsverschuldung der USA. <http://www.haushaltssteuerung.de/schuldenuhr-staatsverschuldung-usa.html> [Stand: 22.04.2017].
- Helfrich, S., & Bollier, D. (2016). Commons. In G. D'Alisa, F. Demaria & G. Kallis (Hrsg.), *Degrowth. Handbuch für eine neue Ära* (S. 90–94). München: Oekom.
- IMF (2002). A New Approach To Sovereign Debt Restructuring. <https://www.imf.org/external/pubs/ft/exrp/sdrm/eng/sdrm.pdf>. [Stand: 22.04.2017].
- IMF (2016). Germany. Financial Sector Assessment Program (No. 16/189). <https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2016/cr16189.pdf> [Stand: 22.04.2017].
- Jakab, Z., & Kumhof, M. (2015). Banks are not intermediaries of loanable funds — and why this matters. *Bank of England*, 529. <http://jrc.princeton.edu/sites/jrc/files/jakab-kumhof-boewp529.pdf> [Stand: 22.04.2017].
- Keen, S. (2011). *Debunking Economics - Revised and Expanded Edition: The Naked Emperor Dethroned?* London: Zed Books.
- Kellermann, P. (2017). Geld. In A. Maurer (Hrsg.), *Handbuch der Wirtschaftssoziologie* (S. 349–383). Wiesbaden: Springer VS.
- Kitzmüller, E. (2007). Geld – Medium einer Normalität oder Killerprämie? In P. Kellermann (Hrsg.), *Die Geldgesellschaft und ihr Glaube* (S. 103–113). Wiesbaden: Springer VS.
- Latouche, S. (2016). Dekolonialisierung des Vorstellungsraums. In G. D'Alisa, F. Demaria & G. Kallis (Hrsg.), *Degrowth. Handbuch für eine neue Ära* (S. 95–99). München: Oekom.
- Luhmann, N. (1994). *Die Wirtschaft der Gesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Mann, K., Fauth-Bühler, M., Seiferth, N., & Heinz, A. (2013). Konzept der Verhaltenssuchte und Grenzen des Suchtbegriffs. *Der Nervenarzt*, 84(5), 548–556.
- McNally, D. (2009). From Financial Crisis to World-Slump: Accumulation, Financialisation, and the Global Slowdown. *Historical Materialism*, 17, 35–83.
- Meck, G. (2013). Was treiben die Banken? Ackermanns gefährliche 25 Prozent. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/was-treiben-die-banken/was-treiben-die-banken-8-ackermanns-gefahrliche-25-prozent-12240743.html> [Stand: 22.04.2017].
- Moritz, R. (2013). Die schwere Geburt der Finanztransaktionssteuer. *Handelsblatt*. <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/staaten-uneins-die-schwere-geburt-der-finanztransaktionssteuer/8906816.html> [Stand: 15.02.2017].
- Nagel, M. (2016). Sargnagel des Euros Und was, wenn die Deutsche Bank doch pleite geht? *Finanzen100*. https://www.finanzen100.de/finanznachrichten/wirtschaft/sargnagel-des-euros-und-was-wenn-die-deutsche-bank-doch-pleite-geht_H1013322922_245706/ [Stand: 22.04.2017].
- Neuhaus, C. (2014). Wie Banken gegen die Finanztransaktionssteuer kämpfen. *Tagesspiegel*. <http://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/kosten-der-finanzkrise-wie-banken-gegen-die-finanztransaktionssteuer-kaempfen/11059896.html> [Stand: 15.02.2017].
- Ouma, S. (2014). The new enclosures. Zur Finanzialisierung von Land und Agrarwirtschaft. *Politische Ökonomie der Finanzialisierung, Globale Politische Ökonomie*. Wiesbaden: Springer.
- Piff, P. K., Stancato, D. M., Cote, S., Mendoza-Denton, R., & Keltner, D. (2012). Higher social class predicts increased unethical behavior. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 109(11), 4086–4091.
- Reifner, U. (2017). *Das Geld*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Reitter, K. (2012). Grundeinkommen I. In U. Brand, B. Lösch, B. Opratko & S. Thimmel (Hrsg.), *ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft* (S. 118–119). Hamburg: VSA Verlag.
- Rose, S., & Dhandayudham, A. (2014). Towards an understanding of Internet-based problem shopping behaviour: The concept of online shopping addiction and its proposed predictors. *Journal of Behavioral Addictions*, 3(2), 83–89.
- Schlenk, C. T. (2014). Gezahlt und durchleuchtet. *ZeitOnline*. <http://www.zeit.de/2014/09/mobile-payment-mobiles-bezahlen-datenschutz/komplettansicht> [Stand: 22.04.2017].
- Seibert, T. (2015). Erste Notizen zum Plan A einer neuen Linken (nicht nur) in Deutschland. *Das rote Nachrichtenportal*. http://kommunisten.de/index.php?option=com_content&view=article&id=6010:thomas-seibert-erste-notizen-zum-plan-a-einer-neuen-linken-nicht-nur-in-deutschland&catid=104:meinungen&Itemid=249 [Stand: 26.02.2017].
- Sekulova, F. (2016). Glück. In G. D'Alisa, F. Demaria & G. Kallis (Hrsg.), *Degrowth. Handbuch für eine neue Ära* (S. 132–136). München: Oekom.
- Stockhammer, E. (2013). Rising inequality as a cause of the current crisis. *Cambridge Journal of Economics*, 39(3).
- Tenhagen, H.-J. (2016). Das Ende des kostenlosen Girokontos? Sicher nicht. *Spiegel Online*. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/banken-warum-kostenlose-girokonten-vorerst-bleiben-a-1084092.html> [Stand: 26.02.2017].
- Winker, G. (2012). Care Revolution. In U. Brand, B. Lösch, B. Opratko & S. Thimmel (Hrsg.), *ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft* (S. 48–49). Hamburg: VSA Verlag.
- Wirtschaftswoche (2013). Grüne Banken: Das sind die besten nachhaltigen Girokonten. <http://www.wiwo.de/technologie/green/gruene-banken-das-sind-die-besten-nachhaltigen-girokonten/13547056.html> [Stand: 22.04.2017].

- Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie (2008). Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Brot für die Welt & Evangelischer Entwicklungsdienst, Hrsg.). Frankfurt: Fischer.
- Young, B. (2013). Zwischen Erwartung und Realität – Eine kritische Bilanz der G20 Finanzmarkt- und Wirtschaftsreformen. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 6, 161–178.
- Zeller, C. (2010). Die Natur als Anlagefeld des konzentrierten. In F. Schmieder (Hrsg.), *Die Krise der Nachhaltigkeit. Zur Kritik der Politischen Ökologie heute* (S. 103–125). Bern/Berlin: Peter Lang.
- Zeller, C. (2011). Verschiebungen der Krise im globalen Rentierregime Ungleichgewichte und Suche nach neuen Feldern. *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, (55), 65–83.
- Zeller, C. (2012). Streichung der illegitimen Schulden statt Rettungsschirme für die Rentiers. *Emanzipation*, (1), 7–33.
- Zeller, C. (2013). Die Gewalt der Rente: die Erschließung natürlicher Ressourcen als neue Akkumulationsfelder. *Journal of Chemical Information and Modeling*, 53, 1689–1699.
- Bildung & Wissen**
- Adick, C., & Mehnert, W. (2001). *Deutsche Missions- und Kolonialpädagogik in Dokumenten: Eine kommentierte Quellensammlung aus den Afrikabeständen deutschsprachiger Archive 1884 - 1914*. Frankfurt am Main: IKO – Verlag für Interkulturelle Kommunikation.
- Alvares, C. (1993). Wissenschaft. In W. Sachs (Hrsg.), *Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik* (S. 451–474). Reinbek: Rowohlt.
- Bauman, Z. (2016). *Die Angst vor den anderen - Ein Essay über Migration und Panikmache*. Berlin: Suhrkamp.
- Bendix, D., & Ziai, A. (2015). Emanzipation durch Entwicklungspolitik? Einige Überlegungen zu Fragen globaler Ungleichheit. *Momentum Quarterly - Zeitschrift für sozialen Fortschritt*, 4(3), 161–173.
- Brand, U., & Wissen, M. (2011). Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zur Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In A. Demirovic, J. Dück, F. Becker & P. Bader (Hrsg.), *VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus* (S. 78–93). Hamburg: VSA.
- Braun, R. (2015). Sechs Jahre Zivilklauselbewegung. Eine kritisch-optimistische Bilanz. *Wissenschaft & Frieden*, 78. <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?dossierID=082> [Stand: 22.04.2017].
- Bundesministerium der Verteidigung (2016). Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. <https://www.bmvg.de/resource/resource/>
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2012). *Wirtschaftsstrategische Rohstoffe für den Hightech-Standort Deutschland. Forschungs- und Entwicklungsprogramm des BMBF für neue Rohstofftechnologien*. https://www.fona.de/mediathek/pdf/Wirtschaftsstrategische_Rohstoffe_barrierefrei_neu.pdf [Stand: 22.04.2017].
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2016). *Tierschutz in der Forschung: Verwendung von Versuchstieren im Jahr 2015*. [www.bmel.de. http://www.bmel.de/DE/Tier/Tierschutz/_texte/TierschutzTierforschung.html?docId=8596776#doc8596776bodyText10](http://www.bmel.de/http://www.bmel.de/DE/Tier/Tierschutz/_texte/TierschutzTierforschung.html?docId=8596776#doc8596776bodyText10)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010). *Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen*. http://www.santiago.diplo.de/contentblob/3243786/Daten/1499500/Rohstoffstrategie_dt.pdf [Stand: 22.04.2017].
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (o. J.). *Hochschulbildung. Handlungsansätze*. <http://www.bmz.de/de/themen/bildung/hochschulbildung/Handlungsansaeetze-Hochschulbildung/index.html> [Stand: 22.04.2017].
- Conrad, S. (2008). *Deutsche Kolonialgeschichte*. München: C.H. Beck.
- Conze, W. (1972). Arbeit. In O. Brunner, W. Conze & R. Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe* (S. 154–193). Stuttgart: Klett-Cotta.
- Crary, J. (2013). *24/7: Late Capitalism and the Ends of Sleep*. London/New York: Verso.
- Danielzik, C. M. (2013). Überlegenheitsdenken fällt nicht vom Himmel. Postkoloniale Perspektiven auf Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung. *ZEP*, 1(13), 26–33.
- Decoloniality Europe (2013). *Charter of Decolonial Research Ethics*. <http://decolonialityeurope.wixsite.com/decoloniality/charter-of-decolonial-research-ethics> [Stand: 22.04.2017].
- Delgado, G. C. (2002). Biopi*acy and Intellectual Property as the Basis for Biotechnological Development: The Case of Mexiko. *International Journal of Politics, Culture and Society*, 16(2), 297–318.
- Ditton, H. (2010). Der Beitrag von Schule und Lehrern zur Reproduktion von Bildungsungleichheit. In R. Becker & W. Lauterbach (Hrsg.), *Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit* (4. Auflage, S. 247–275). Wiesbaden: Springer VS.
- Dobusch, L., & Kappeller, J. (2012). Heterodox United vs. Mainstream City? Sketching a Framework for Interested Pluralism in Economics. *Journal of Economic Issues*, XLVI(4), 1035–1057.
- Dürmeier, T. (2012). *Wissenschaftlicher Pluralismus als Entdeckungsverfahren und das Monopol der Modellökonomik* (S. 1–18). Hamburg: Universität Hamburg; Zentrum Für Ökonomische und Soziologische Studien.
- Dürmeier, T., & Euler, J. (2013). Warum in der Wirtschaftswissenschaft keine Pluralität entsteht. *Kurswechsel*, 1, 24–40.
- ETC Group (2006). *Captain Hook Awards for Biopiracy*

2006. Communiqué, (92). <http://www.etcgroup.org/files/publication/18/01/etccom.2006hookfinal.pdf> [Stand: 22.04.2017].
- ETC Group (2008). Captain Hook Awards for Biopiracy 2008. <http://www.etcgroup.org/content/captain-hook-awards-biopiracy-2008> [Stand: 22.04.2017].
- Farr, A. (2009). Wie Weißsein sichtbar wird. Aufklärungsrassismus und die Struktur eines rassifizierten Bewusstseins. In M.M. Eggers, G. Kilomba, P. Piesche & S. Arndt (Hrsg.), *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland* (S. 40–55). Münster: Unrast.
- Feldmann, H. (2016). The Long Shadow of Spanish and French Colonial Education. *KYKLOS*, 69(1), 32–64.
- Fend, H. (1980). *Theorie der Schule*. München: Urban & Schwarzenberg.
- Foucault, M. (1977). *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- GIZ (o. J.). Gerechter Vorteilsausgleich bei der Nutzung biologischer Vielfalt. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH. <https://www.giz.de/de/weltweit/25701.html> [Stand: 22.04.2017].
- glokal (2013). Mit kolonialen Grüßen. Berichte und Erzählungen von Auslandsaufenthalten rassismuskritisch betrachtet. Berlin. <http://www.glokal.org/?edmc=980> [Stand: 22.04.2017].
- Goodley, D. (2011). *Disability studies: an interdisciplinary introduction*. Los Angeles: Sage.
- Gordon, C. E., & White, J. P. (2014). Indigenous Educational Attainment in Canada. *The International Indigenous Policy Journal*, 5(3/6), 1–26.
- Gribble, D. (2012). Who Asks the Questions? Other Education: *The Journal of Educational Alternatives*, 1(1), 141–151.
- Hans Böckler Stiftung (2016). *Ökonomie am Gängelband*. Böckler Impuls, 18. https://www.boeckler.de/Impuls_2016_18_1.pdf [Stand: 22.04.2017].
- Hedtke, K. (2017). Permanenter Zeitdruck. *Erziehung und Wissenschaft*, 69(2), 19–21.
- Herren, M. (2009). *Internationale Organisationen seit 1865. Eine Globalgeschichte der internationalen Ordnung*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Hochschulwatch (o. J.). *Forschungskooperationen*. www.hochschulwatch.de/themen/forschungskooperationen.html [Stand: 22.04.2017].
- Kleinwächter, K. (2014). Aufstieg Eurasien, Ende der US-Dominanz im Bildungsbereich. *Telepolis - Online Magazin für Politik und Medien im digitalen Zeitalter*. <https://www.heise.de/tp/features/Aufstieg-Eurasien-Ende-der-US-Dominanz-im-Bildungsbereich-3366094.html> [Stand: 22.04.2017].
- Kölmel, S. (2016). *Faltersammlung München: Die Suche nach dem Schmetterling*. http://www.deutschlandfunk.de/faltersammlung-muenchen-die-suche-nach-dem-schmetterling.1242.de.html?dram:article_id=367469 [Stand: 22.04.2017].
- Le Quéré, C., Stuart, C., Corner, A., Cutting, D., Johnson, M., Minns, A. et al. (2015). Towards a culture of low-carbon research for the 21st Century. Tyndall Centre for Climate Change Research.
- Lessenich, S. (2016). *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. Hanser: Berlin.
- Mosby, I. (2013). *Administering Colonial Science: Nutrition Research and Human Biomedical Experimentation in Aboriginal Communities and Residential Schools, 1942–1952*. *Histoire sociale / Social History*, 46(91), 145–172.
- Muñoz, V. (2007). Das Recht auf Bildung in Deutschland. In M. Heimbach-Steins, G. Kruip & A.B. Kunze (Hrsg.), *Das Menschenrecht auf Bildung und seine Umsetzung in Deutschland. Diagnosen – Reflexionen – Perspektiven* (S. 69–96). Bielefeld: Bertelsmann.
- Nandy, A. (1983). *Loss and Recovery of Self Under Colonialism*. Delhi: Oxford UP.
- Neugebauer, M. (2010). Bildungsungleichheit und Grundschulempfehlung beim Übergang auf das Gymnasium: Eine Dekomposition primärer und sekundärer Herkunftseffekte. *Zeitschrift für Soziologie*, 39(3), 202–214.
- Orr, D. W. (1992). *Ecological literacy: education and the transition to a postmodern world*. Albany: State Univ. of New York Press.
- Osterhammel, J. (2009). *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*. München: C.H. Beck.
- Ötsch, W. O., & Kapeller, J. (o. J.). Perpetuating the Failure: Economic Education and the Current Crisis. *Journal of Social Science Education*, 9(2), 16–25.
- Piesche, P. (2009). Der Fortschritt der Aufklärung - Kants Race und die Zentrierung des weißen Subjekts. In M.M. Eggers, G. Kilomba, P. Piesche & S. Arndt (Hrsg.), *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland* (2. Auflage, S. 30–39). Münster: Unrast.
- Plumwood, V. (2002). *Environmental Culture. The ecological crisis of reason*. London/New York: Routledge.
- Quist, H. O. (2001). Cultural Issues in Secondary Education Development in West Africa: Away from Colonial Survivals, towards Neocolonial Influences? *Comparative Education*, 37(3), 297–314.
- Reitz, T. (2015). Spielarten der Klassenbildung. Zur kulturellen Strukturierung von Macht- und Einkommensgrenzen. In H.-P. Müller & T. Reitz (Hrsg.), *Bildung und Klassenbildung. Kritische Perspektiven auf eine Leitinstitution der Gegenwart* (S. 50–82). Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Research in Germany (2016). *Forschungsförderung, Förderorganisationen*. www.research-in-germany.org/de/forschungsforderung/foerderorganisationen-a-z.html [Stand: 22.04.2017].
- Rosa, H. (2016). *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.
- Roser, M., & Nagdy, M. (2016). Higher Education. <https://ourworldindata.org/higher-education/#higher-education-today-and-into-the-future> [Stand: 22.04.2017].

- Roser, M., & Ortiz-Ospina, E. (2016). Global Rise of Education. [ourworldindata.org](https://ourworldindata.org/global-rise-of-education#years-of-schooling). <https://ourworldindata.org/global-rise-of-education#years-of-schooling> [Stand: 22.04.2017].
- Rutayuga, J. B. K. (1998). Traditionslinien – Die Zukunft der Arbeit in Afrika. In W. Eichendorf (Hrsg.), *Work It Out. Beiträge zur Zukunft der Arbeit* (S. 40–46). Wiesbaden: Universum Verlagsanstalt.
- Sachs, W., & Santarius, T. (2005). Die transnationale Verbraucherklasse. In M. Engelhardt & M. Steigenberger (Hrsg.), *Konsum. Globalisierung. Umwelt. McPlanet.com – Das Buch zum zweiten Kongress von Attac, BUND und Greenpeace in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie*. Hamburg: VSA.
- Sanchez, M. Y. M. (2012). Combating Biopiracy: Harmonizing the Convention on Biodiversity (CBD) and the WTO Treaty on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPS) in Relation to the Protection of Indigenous Traditional Knowledge and Genetic Resources. *Ateneo Law Journal*, 57(142), 142–230.
- Santos, B. de S. (2014). *Epistemologies of the South: Justice against Epistemicide*. London/New York: Routledge.
- Schmillen, A., & Stüber, H. (2014). Bildung lohnt sich ein Leben lang. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Die Forschungseinrichtung der Bundesagentur der Arbeit. <http://doku.iab.de/kurzber/2014/kb0114.pdf> [Stand: 22.04.2017].
- Selvaratnam, V. (1988). Higher education co-operation and Western dominance of knowledge creation and flows in Third World countries. *Higher Education*, 17(1), 41–68.
- Spash, C. (2012). New foundations for ecological economics. *Ecological Economics*, 77, 36–47.
- SynBioWatch (o. J.). Captain Hook Awards – Past Winners. <http://www.synbiowatch.org/captain-hook-awards-2016/captain-hook-awards-past-winners/> [Stand: 22.04.2017]a].
- SynBioWatch (o. J.). Captain Hook Awards for Biopiracy 2016. <http://www.synbiowatch.org/captain-hook-awards-2016/> [Stand: 22.04.2017]b].
- Thompson, E. P. (1967). Time, Work-Discipline, and Industrial Capitalism. *Past & Present*, 38, 56–97.
- Tuhiwai Smith, L. (2012). *Decolonizing Methodologies. Research and Indigenous People*. London/New York: Zed Books.
- Tuiavii (1981). *Der Papalagi. Die Reden des Südseehäuptlings Tuiavii aus Tiavea. Gesammelt von Erich Scheurmann*. Zürich: Tanner & Staehelin Verlag.
- Von Reeken, D. (2001). Politisches Lernen im Sachunterricht. Didaktische Grundlegungen und unterrichtspraktische Hinweise. Hohengehren: Schneider.
- Vorholt, U. (2011). Bildungsgerechtigkeit und schulische Bildungsreformen. In T. Meyer & U. Vorholt (Hrsg.), *Bildungsgerechtigkeit als politische Aufgabe* (S. 87–113). Bochum: Projekt Verlag.
- Wa Thiong'o, N. (1986). *Decolonizing the Mind. The Politics of Language in African Literature*. London: James Currey / Heinemann.
- Weber, M. (1919). *Wissenschaft als Beruf*. München: Duncker & Humblot.
- Wigger, L. (2011). Was heißt Bildungsgerechtigkeit? Über Verteilungsgerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit und Anerkennungsgerechtigkeit. In T. Meyer & U. Vorholt (Hrsg.), *Bildungsgerechtigkeit als politische Aufgabe* (S. 21–39). Bochum: Projekt Verlag.
- Wuppertal Institut (Hrsg.) (2005). *Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit*. München: C.H. Beck.
- Zinnecker, J. (Hrsg.) (1975). *Der heimliche Lehrplan: Untersuchungen zum Schulunterricht*. Weinheim: Beltz.

Ernährung und Landwirtschaft

- Alexandratos, N., & Bruinsma, J. (2012). *World Agriculture Towards 2030/2050. The 2012 Revision*. FAO. <http://www.fao.org/docrep/016/ap106e/ap106e.pdf> [Stand: 18.04.2017].
- APA (2016). Industrie klagt über Konzentration im Lebensmittelhandel. Die Presse. <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/5046284/Industrie-klagt-ueber-Konzentration-im-Lebensmittelhandel> [Stand: 16.04.2017].
- Behr, D. (2010). Landwirtschaft und Migration: Über Arbeitsverhältnisse am Land, die Herausforderungen gewerkschaftlicher Organisation und globale Bewegungsfreiheit. *Schmackhafte Aussichten? Die Zukunft der Lebensmittelversorgung*, 63, 93–108.
- Bernau, O. (2008). *Soziales Desaster. Kurswechsel*, 3.
- Bollier, D. (2015). Der Kartoffelpark in Peru. In S. Helfrich, D. Bollier & Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), *Die Welt der Commons. Muster gemeinsamen Handelns* (S. 119–123). Bielefeld: Transcript Verlag.
- Bomford, M., & Heinberg, R. (2009). *The Food and Farming Transition: Toward a Post Carbon Food System*. Sebastopol: Post Carbon Institute.
- Borras, S. M. (2007). *Pro-Poor Land Reform: A Critique*. Ottawa: University of Ottawa Press.
- Borras, S. M., McMichael, P., & Scoones, I. (2010). The politics of biofuels, land and agrarian change: editors' introduction. *Journal of Peasant Studies*, 37(4), 575–592.
- Borras, S. M., Seufert, P., Backes, S., Fyfe, D., Herre, R., Michele, L. et al. (2016). Land Grabbing and Human Rights: The Involvement of European Corporate and Financial Entities in Land Grabbing Outside the European Union. Brüssel: Europäisches Parlament. [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/578007/EXPO_STU\(2016\)578007_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/578007/EXPO_STU(2016)578007_EN.pdf) [Stand: 18.04.2017].
- Burch, D., & Lawrence, G. (2007). *Supermarket Own Brands, New Foods and the Reconfiguration of Agri-food Supply Chains*. Supermarkets and Agri-food Supply Chains. Cheltenham: Edward Elgar.
- CIDSE (2014). *Climate Smart Agriculture: The Emperor's*

- New Clothes? CIDSE Discussion Paper. <http://www.cidse.org/publications/just-food/food-and-climate/csa-the-emperor-s-new-clothes.html> [Stand: 18.04.2017].
- DeSchutter, O. (2017). Agroecology. <http://www.srfood.org/en/agroecology> [Stand: 18.04.2017].
- Deutsche Gesellschaft für Ernährung (2014). Männer essen anders. DGE aktuell 01/2014.
- Econexus, Biofuelwatch, Carbon Trade Watch/TNI, Corporate Europe Observatory, & Grupo de Reflexión Rural (2007). Agrofuels: towards a reality check in nine key areas. <http://www.econexus.info/sites/econexus/files/Agrofuels.pdf> [Stand: 18.04.2017].
- Econexus, FDCL, & TNI (2013). A Foreseeable Disaster: The European Union's agroenergy policies and the global land and water grab. <http://www.econexus.info/node/185> [Stand: 18.04.2017].
- Erklärung von Bern (2014). Agropoly. Wenige Konzerne beherrschen die weltweite Lebensmittelproduktion. https://www.publiceye.ch/fileadmin/files/documents/Shop/EvB_Agropoly_DE_Neuaufgabe_2014_140707.pdf [Stand: 18.04.2017].
- Europäisches Bürger_innenforum (2000). El Ejido – Anatomie eines Pogroms. Bericht einer Delegation europäischer Bürgerinnen und Bürger über die rassistischen Ausschreitungen vom Februar 2000 in Andalusien. Basel: Eigenverlag.
- Europäisches Bürger_innenforum (2004). Bittere Ernte. Die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas. Zürich: Eigenverlag.
- FAO (2008). The state of food insecurity in the World. Rom: FAO. <ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/011/i0291e/i0291e00.pdf> [Stand: 18.04.2017].
- FAO (2009). Global Agriculture Towards 2050. FAO. http://www.fao.org/fileadmin/templates/wsfs/docs/Issues_papers/HLEF2050_Global_Agriculture.pdf [Stand: 18.04.2017].
- FAO (2010). Crop Biodiversity: Use It Or Lose It. FAO. <http://www.fao.org/news/story/en/item/46803/icode/> [Stand: 18.04.2017].
- FAO (2011a). "Energy-smart" food for people and climate. FAO. <http://www.fao.org/docrep/014/i2454e/i2454e00.pdf> [Stand: 18.04.2017].
- FAO (2011b). Global food losses and food waste - Extent, causes and prevention. FAO. <http://www.fao.org/docrep/014/mb060e/mb060e00.pdf> [Stand: 18.04.2017].
- FAO (2015). The state of food insecurity in the World. Rom: FAO. <http://www.fao.org/3/a4ef2d16-70a7-460a-a9ac-2a65a533269a/i4646e.pdf> [Stand: 18.04.2017].
- FAO (2016). State of the World's Forests 2016. Forests and agriculture: land-use challenges and opportunities. FAO. <http://www.fao.org/3/a-i5588e.pdf> [Stand: 18.04.2017].
- FAOSTAT (2017). FAOSTAT. FAO. <http://www.fao.org/faostat/en/#home> [Stand: 18.04.2017].
- Feodoroff, T., & Kay, S. (2016). Land For The Few Infographics. <https://www.tni.org/en/publication/land-for-the-few-infographics> [Stand: 18.04.2017].
- FIAN International (2014). Women agricultural workers and the right to adequate food and nutrition. FIAN. http://www.fian.org/fileadmin/media/publications/Women_agricultural_workers.pdf [Stand: 18.04.2017].
- Fitzgerald, A. (2010). A Social History of the Slaughterhouse: From Inception to Contemporary Implications. *Human Ecology Review*, Vol. 17(No. 1), 58–69.
- Franco, J., Borras, S. M., & Fradejas, A. (2013). The Global Land Grab. A Primer. TNI. <https://www.tni.org/files/download/landgrabbingprimer-feb2013.pdf> [Stand: 18.04.2017].
- Franco, J., Borras, S. M., Vervest, P., Isakson, R., & Levidow, L. (2014). The Politics of Flex Crops and Commodities. TNI. [https://www.tni.org/en/search?f\[0\]=field_publication_series%3A35](https://www.tni.org/en/search?f[0]=field_publication_series%3A35) [Stand: 18.04.2017].
- Franco, J., Levidow, L., Fig, D., Goldfarb, L., Hönicke, M., & Luisa Mendonca, M. (2010). Assumptions in the European Union biofuels policy: frictions with experiences in Germany, Brazil and Mozambique. *Journal of Peasant Studies*, 37(4), 661–698.
- Gallagher, E. (2008). The Gallagher Review of Indirect Effects of Biofuels Production. Renewable Fuels Agency. https://www.unido.org/fileadmin/user_media/UNIDO_Header_Site/Subsites/Green_Industry_Asia_Conference_Maanila_/GC13/Gallagher_Report.pdf [Stand: 18.04.2017].
- Gerber, J.-F. (2014). The role of rural indebtedness in the evolution of capitalism. *Journal of Peasant Studies*, 41(5), 729–747.
- Global 2000 (2013). Kein Land in Sicht. Global 2000. https://www.global2000.at/sites/global/files/Kein%20Land%20In%20Sicht_DE_0.pdf [Stand: 18.04.2017].
- GRAIN (2011). Food and Climate Change: The Forgotten Link. GRAIN. <https://www.grain.org/article/entries/4357-food-and-climate-change-the-forgotten-link> [Stand: 18.04.2017].
- GRAIN (2012). The Great Food Robbery. How corporations control food, grab land and destroy the climate. GRAIN. <https://www.grain.org/article/entries/4501-the-great-food-robbery-a-new-book-from-grain.pdf> [Stand: 18.04.2017].
- Halpern, R. (1997). Down on the Killing Floor: Black and White Workers in Chicago's Packinghouses, 1904-54. Chicago: University of Illinois Press.
- Hamann, A., & Giese, G. (2004). Schwarzbuch Lidl. Berlin: ver.di.
- Heinrich Böll Stiftung, BUND, & Le Monde Diplomatie (2015). Fleischatlas. Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel. 2014. Heinrich Böll Stiftung. https://www.boell.de/sites/default/files/fleischatlas2014_vi.pdf [Stand: 18.04.2017].
- Heinrich Böll Stiftung, & Friends of the Earth Europe (2014). Meat Atlas. Facts and figures about the animals we eat. Heinrich Böll Stiftung. https://www.foeeurope.org/sites/default/files/publications/foee_hbf_meatlas_jan2014.pdf [Stand: 18.04.2017].
- Heinrich Böll Stiftung, Institute for Advanced Sustainability Studies, BUND, & Le Monde Diplomatie (2015). Bodenatlas. Daten und Fakten

- über Acker, Land und Erde. 2015. Heinrich Böll Stiftung. https://www.boell.de/sites/default/files/bodenatlas2015_iv.pdf [Stand: 18.04.2017].
- Heinrich Böll Stiftung, Rosa Luxemburg Stiftung, Oxfam Deutschland, BUND, Germanwatch, & Le Monde Diplomatie (2017). Konzernatlas. Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie. 2017. Heinrich Böll Stiftung. https://www.boell.de/sites/default/files/konzernatlas-2017.pdf?utm_campaign=ds_konzernatlas [Stand: 18.04.2017].
- Herre, R., Longley, S., Hurst, P., & Luig, B. (2014). Harvesting Hunger Plantation Workers and the Right to Food. FIAN/Misereor/IUF. <http://www.iuf.org/w/sites/default/files/2014%20Harvesting%20Hunger.pdf> [Stand: 18.04.2017].
- Hesselund Andersen, B. (2016). Bioenergy in the EU. TNI. https://www.tni.org/files/publication-downloads/bioenergy_in_the_eu.pdf [Stand: 18.04.2017].
- Hoekstra, A. (2012). The hidden water resource use behind meat and dairy. *Animal Frontiers*, 2(2).
- Hoering, U. (2011). Peripherie-Stichwort: Land Grabbing. *Peripherie*, Jg. 31(Nr. 124), 497–500.
- Hoering, U. (2012). Verlorene Ernte - Lebensmittelverluste und Ernährungsunsicherheit. Ausmaß und Ursachen, Auswirkungen und Lösungsansätze. FDCL. http://fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/Verlorene_Ernte/Verlorene_Ernte_lebensmittelverluste_fdcl_300.pdf [Stand: 18.04.2017].
- IAASTD (2009a). Synthesis Report. A Synthesis of the Global and Sub-Global IAASTD-Reports. Island Press. <http://www.weltagrabericht.de/fileadmin/files/weltagrabericht/IAASTDBerichte/SynthesisReport.pdf> [Stand: 18.04.2017].
- IAASTD (2009b). East and South Asia and the Pacific (ESAP) Report. Island Press. http://www.unep.org/dewa/agassessment/reports/subglobal/Agriculture_at_a_Crossroads_Volume_II_East_&_South_Asia_&_the_Pacific_Subglobal_Report.pdf [Stand: 18.04.2017].
- IAASTD (2009c). Sub-Saharan Africa (SSA) Report. Island Press. http://www.unep.org/dewa/agassessment/reports/subglobal/Agriculture_at_a_Crossroads_Volume%20V_Sub-Saharan%20Africa_Subglobal_Report.pdf [Stand: 18.04.2017].
- ILO (2000). Safety and health in agriculture. ILO. http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_dialogue/---sector/documents/normativeinstrument/wcms_161135.pdf. [Stand: 18.04.2017].
- INKOTA (2016). Besser Anders, Anders Besser. Mit Agrarökologie die Ernährungswende gestalten. INKOTA. https://www.inkota.de/fileadmin/user_upload/Themen_Kampagnen/Ernaehrung_und_Landwirtschaft/Agraroeekologie_Broschuere_Besser_Anders_2016.pdf [Stand: 18.04.2017].
- IPCC (2014). Chapter 7. Food Security and Food Production Systems. Fifth Assessment Report - Climate Change 2014: Impacts, Adaptation and Vulnerability (S. 487–533). http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/wg2/WGIIAR5-Chap7_FINAL.pdf [Stand: 16.04.2017].
- Jonas, U. (2012). Tagelöhner der Moderne. In *Gewerkschaft Nahrung - Genuss - Gaststätten* (Hrsg.), *Wenig Rechte, wenig Lohn: Wie Unternehmen Leihverträge (aus-)nutzen* (S. 16–21). Hamburg: Siepmann.
- Kay, S. (2014). Reclaiming Agricultural Investment: Towards Public-Peasant Investment Synergies. TNI. https://www.tni.org/files/download/reclaiming_agricultural_investment.pdf [Stand: 18.04.2017].
- Kay, S. (2016). Land grabbing and land concentration in Europe. A Research Brief. TNI. https://www.tni.org/files/publication-downloads/landgrabbingeurope_a5-2.pdf [Stand: 18.04.2017].
- Knoema (2017). How big per capita food expenditures in your country? <http://knoema.de/scemlie/how-big-per-capita-food-expenditures-in-your-country> [Stand: 18.04.2017].
- KPMG International (2012). Expect the Unexpected: Building business value in a changing world. <https://home.kpmg.com/content/dam/kpmg/pdf/2012/02/building-business-value-exec-summary.pdf> [Stand: 24.04.2017].
- Kunze, A. (2014). Die Schlachtordnung. Die Zeit Online. <http://www.zeit.de/2014/51/schlachthof-niedersachsen-fleischwirtschaft-ausbeutung-arbeiter> [Stand: 16.04.2017].
- Le Monde Diplomatie, & Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.) (2015). *Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr*. Le Monde Diplomatie.
- Luig, B. (2014). In Lauerstellung. Der Lebensmittelhandel auf der Suche nach neuen Absatzmärkten. In *Forum Umwelt und Entwicklung W* (Hrsg.), *Konzernmacht grenzenlos* (S. 20–21). Berlin: Forum Umwelt und Entwicklung. https://www.oxfam.de/system/files/konzernmacht_grenzenlos_broschuere_a4_web1.pdf [Stand: 18.04.2017].
- Maass Wolfenson, K. (2013). Coping with the food and agriculture challenge: smallholders'agenda. Preparations and outcomes of the 2012 United Nations Conference on Sustainable Development (Rio+20). FAO. <http://www.fao.org/3/a-ar363e.pdf> [Stand: 18.04.2017].
- Manning, R. (2004). The Oil We Eat. Following the food chain back to Iraq. <http://harpers.org/archive/2004/02/the-oil-we-eat/> [Stand: 18.04.2017].
- Maurizi, M. (2007). Die Zähmung des Menschen. In S. Witt-Stahl (Hrsg.), *Das steinerne Herz der Unendlichkeit erweichen. Beiträge zu einer kritischen Theorie für die Befreiung der Tiere* (S. 109–124). Aschaffenburg: Alibri.
- Mazoyer, M., & Roudart, L. (2006). *A History of world agriculture. From the neolithic age to the current crisis*. London: Earthscan.
- McKeon, N. (2014). The New Alliance for Food Security and Nutrition. TNI. https://www.tni.org/files/download/the_new_alliance.pdf [Stand: 18.04.2017].
- McMichael, P. (2009). A food regime genealogy. *Journal of Peasant Studies*, 36(1), 139–169.
- McMichael, P. (2013). Food Regimes and Agrarian

- Questions. Halifax/Winnipeg: Fernwood Publishing.
- Monopolkommission (2012). Hauptgutachten XIX (2010/2011), Kapitel V: Wettbewerb und Nachfragemacht im Lebensmitteleinzelhandel. http://www.monopolkommission.de/images/PDF/HG/HG19/5_Kapitel_HG_19.pdf [Stand: 18.04.2017].
- Moore, J. (2016). *Capitalism in the Web of Life*. London: Verso.
- New World Agriculture and Ecology Group (2009). Effects of industrial agriculture on global warming and the potential of small-scale agroecological techniques to reverse those effects. <https://viacampesina.org/en/index.php/publications-mainmenu-30/797-effects-of-industrial-agriculture-on-global-warming-and-the-potential-of-small-scale-agroecological> [Stand: 18.04.2017].
- Nijdam, D., Rood, G. A., & Westhoek, H. (2012). The price of protein: Review of land use and carbon footprints from life cycle assessments of animal food products and their substitutes. *Food Policy*, 37(6), 760–770.
- NoLager Bremen, & Europäisches Bürger_innenforum (Hrsg.) (2008). *Peripherie & Plastikmeer. Globale Landwirtschaft - Migration - Widerstand*. Eigenverlag. <http://no-racism.net/upload/823354996.pdf> [Stand: 18.04.2017].
- OECD, & FAO (2016). *OECD-FAO Agricultural Outlook. OECD Agriculture statistics (database)*. OECD. <http://dx.doi.org/10.1787/agr-outl-data-en> [Stand: 18.04.2017].
- Oliveira, G. de L. T., McKay, B., & Plank, C. (2017). How biofuel policies backfire: Misguided goals, inefficient mechanisms, and political-ecological blind spots. *Energy Policy*. <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0301421517301805> [Stand: 18.04.2017].
- Oxfam Deutschland (2010). *Hohe Gewinne - wenig Verantwortung. Wie Metro seine Marktposition in Indien auf Kosten von Landarbeiter/innen und Angestellten ausbaut*. Oxfam. http://www.kalle-der-rote.de/20100503_MetroStudie_0.pdf [Stand: 18.04.2017].
- Patel, R. (2007). *Stuffed and Starved. From Farm to Fork, the Hidden Battle for the World Food System*. London: Portobello.
- Reardon, T., Timmer, P., Barrett, C. B., & Berdegue, J. (2003). The rise of supermarkets in Africa, Asia, and Latin America. *American Journal of Agricultural Economics*, 85(5), 1140–1146.
- Schilly, J. (2015). *Der bittere Preis für billige Orangen im Supermarkt*. Interview mit Diana Reiners. *Der Standard*. <http://derstandard.at/2000016744183/Der-bittere-Preis-fuer-billige-Orangen-im-Supermarkt> [Stand: 16.04.2017].
- Sezonieri-Kampagne, & Europäisches Bürger_innenforum (Hrsg.) (2016). *Willkommen bei der Erdbeerernte! Ihr Mindestlohn beträgt... Gewerkschaftliche Organisierung in der migrantischen Landarbeit – ein internationaler Vergleich*. PROGE. http://www.sezonieri.at/servlet/ContentServer?pagename=P01/Page/Index&n=P01_61.8%20 [Stand: 18.04.2017].
- Statistisches Bundesamt (2014). *Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Geflügel 2014 (DeStatis Fachserie 3)*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Steinfeld, H., Gerber, P., Wassenaar, T., Castel, V., Rosales, M., & de Haan, C. (2006). *Livestock's long shadow: Environmental issues and options*. Livestock, Environment and Development Initiative (LEAD). Rom: FAO. <ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/010/a0701e/a0701e00.pdf> [Stand: 18.04.2017].
- Stewart, K., & Cole, M. (2009). The Conceptual Separation of Food and Animals in Childhood. *Food, Culture and Society*, 12(4), 457–476.
- Supermarkt-Initiative (2017). *Die Macht der Supermarktketten*. http://www.supermarktmacht.de/wp-content/uploads/supmama_WEB_RZ.pdf [Stand: 18.04.2017].
- The Land Matrix Global Observatory (2017). *The Online Public Database on Land Deals*. <http://www.landmatrix.org/en/> [Stand: 18.04.2017].
- Transport & Environment (2009). *Biofuels: handle with care*. Transport & Environment. <https://www.transportenvironment.org/publications/biofuels-handle-care> [Stand: 18.04.2017].
- UN Economic and Social Council (2002). *Economic, Social and Cultural Rights. The Right to Food*. Report by the Special Rapporteur on the right to food, Mr. Jean Ziegler, submitted in accordance with Commission on Human Rights resolution 2001/25. <http://www.righttofood.org/wp-content/uploads/2012/09/ECN.4200258.pdf> [Stand: 18.04.2017].
- UNEP (2009). *The Environmental Food Crisis. The Environment's Role in Averting Future Food Crises*. UNEP. http://www.grida.no/files/publications/FoodCrisis_lores.pdf [Stand: 18.04.2017].
- Van Passel, S. (2013). Food miles to assess sustainability. *A revision*. *Sustainable Development*, 21(1), 1–17.
- Weis, T. (2010). The Accelerating Biophysical Contradictions of Industrial Capitalist Agriculture. *Journal of Agrarian Change*, 10(3), 315–341.
- Weis, T. (2012). A Political Ecology Approach to Industrial Food Production. In M. Koc, J. Sumner & A. Winson (Hrsg.), *Critical Perspectives in Food Studies* (S. 104–121). Don Mills: Oxford University Press.
- Weis, T. (2013). *The Ecological Hoofprint. The Global Burden of Industrial Livestock*. London/New York: Zed Books.
- Weltbank (2017). *Household final consumption expenditure per capita (constant 2010 US-\$)*. World Bank. <http://data.worldbank.org/indicator/NE.CON.PRVT.PC.KD?end=2014&start=1970> [Stand: 18.04.2017].
- WHO (2008). *The Global Burden of Disease - 2004 update*. WHO. http://www.who.int/entity/healthinfo/global_burden_disease/GBD_report_2004update_full.pdf [Stand: 18.04.2017].
- Wiggerthale, M. (2014). *Verkehrte Welt*. In Forum Umwelt und Entwicklung (Hrsg.), *Konzernmacht grenzenlos*. Berlin: Forum Umwelt und Entwicklung. https://www.oxfam.de/system/files/konzernmacht_

grenzenlos_broschuere_a4_web1.pdf [Stand: 18.04.2017].

Mobilität

- A Free Ride (2017). A Free Ride - Campaign for a fairer, greener tax on air travel. A Free Ride. <http://afreeride.org> [Stand: 17.01.2017].
- Aamaas, B., Borken-Kleefeld, J., & Peters, G. P. (2013). The climate impact of travel behavior: A German case study with illustrative mitigation options. *Environmental Science & Policy*, 33, 273–282.
- ADFC Hamburg (2017). Klara – Das kostenlose Lastenrad in Hamburg. <https://klara.bike/> [Stand: 17.01.2017].
- Airbus (2015). Flying by Numbers. Global Market Forecast. http://www.airbus.com/company/market/forecast/?eID=maglisting_push&tx_maglisting_pi1%5BdocID%5D=89372 [Stand: 05.01.2017].
- Aktion Aufschrei (o. J.). Airbus Defence & Space. <http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Airbus-Defence-Space.544.0.html> [Stand: 17.01.2017].
- Altvater, E., & Brunnengräber, A. (2008). Ablasshandel gegen Klimawandel? Marktbasierte Instrumente in der Globalen Klimapolitik und ihre Alternativen. Hamburg: VSA.
- Atmosfair (2017). Testsieger für Klimaschutz und CO₂-Kompensation – Meinen Flug kompensieren. <https://www.atmosfair.de/de/kompensieren/flug?locale=de&departure=Berlin&arrival=KLX> [Stand: 11.01.2017].
- BDEW (2015). Energiemix. <https://www.bdew.de/internet.nsf/id/energiemix-de> [Stand: 17.01.2017].
- Böhm, S. (2013). Why are carbon markets failing? The Guardian. <https://www.theguardian.com/sustainable-business/blog/why-are-carbon-markets-failing> [Stand: 24.02.2017].
- Borscheid, P. (2004). Das Tempo-Virus. Eine Kulturgeschichte der Beschleunigung. Frankfurt am Main: Oekom.
- Boss, A., & Rosenschon, A. (2010). Steuervergünstigungen in Deutschland. Institute for the World Economy. https://www.researchgate.net/profile/Alfred_Boss/publication/5159831_Steuervergunstigungen_in_Deutschland_Eine_Aktualisierung/links/02e7e5252697339c65000000.pdf [Stand: 10.01.2017].
- Broadgate, W., Riebesell, U., Armstrong, C., Brewer, P., Denman, K., Feely, R. et al. (2013). Ozeanversauerung: Zusammenfassung für Entscheidungsträger. <http://eprints.uni-kiel.de/30732/1/OzeanversauerungZfE.pdf> [Stand: 09.01.2017].
- Brot für die Welt (2014). Grüner Fliegen – Potenziale, Risiken und Perspektiven für Agrotreibsstoffe im Flugsektor. https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Aktuell/Aktuell_47_Gruener_Fliegen.pdf [Stand: 22.04.2017].
- BUND (2013). Der Klimagoldesel. http://archiv.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/klima/130212_bund_klima_und_energie_klimagoldesel_studie.pdf [Stand: 05.01.2017].
- BUND, & Brot für die Welt (2015). NGO-Luftverkehrskonzept. Schritte zu einem zukunftsfähigen und umweltverträglichen Luftverkehr in Deutschland. http://bund.cps-projects.de/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/mobilitaet/mobilitaet_ngo_luftverkehrskonzept.pdf [Stand: 05.01.2017].
- Burckhardt, G. (2014). Todschick: Edle Labels, billige Mode - unmenschlich produziert. München: Heyne.
- Carbon Market Watch (2017). Clean Development Mechanism (CDM). <http://carbonmarketwatch.org/issues-in-the-cdm/> [Stand: 17.01.2017].
- China Statistics (2015). China Statistical Yearbook. <http://www.stats.gov.cn/tjsj/ndsj/2015/indexeh.htm> [Stand: 23.04.2017].
- China Statistics (2016). China Statistical Yearbook. <http://www.stats.gov.cn/tjsj/ndsj/2016/indexeh.htm> [Stand: 23.04.2017].
- CONAIE (2008). Brief an Ban Ki Moon. <http://no-redd.com/docs/CONAIE-rechaza-REDD.pdf> [Stand: 17.01.2017].
- Curran, M., Hellweg, S., & Beck, J. (2014). Is there any empirical support for biodiversity offset policy? *Ecological Applications*, 24(4), 617–632.
- Der Standard (2016a). Kauf eines E-Autos wird ab 2017 mit 4.000 Euro gefördert. <http://derstandard.at/2000048022632/Gruenes-Nummernschild-und-Kaufpraemie-fuer-E-Autos-kommen> [Stand: 17.01.2017].
- Der Standard (2016b). Wohnen und Bauen: Im Westen gräbt man Immobiliengold. <http://derstandard.at/2000047985515/Wohnen-und-Bauen-Im-Westen-graebt-man-Immobiliengold> [Stand: 17.01.2017].
- Deutscher Bundestag (2013). Sachstand. Besteuerung des Grundbesitzes EZPWD-Anfrage Nr- 2411. <https://www.bundestag.de/blob/405486/b5cd8ad8e8b8954bdb10a646f26f2fce/wd-4-144-13-pdf-data.pdf> [Stand: 05.01.2017].
- Ducki, A. (2010). Arbeitsbedingte Mobilität und Gesundheit - Überall dabei - Nirgendwo daheim. Fehlzeiten-Report 2009 (S. 61–70). Springer. http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-642-01078-1_7 [Stand: 05.01.2017].
- Duranton, G., & Turner, M. A. (2011). The Fundamental Law of Road Congestion: Evidence from US Cities. *American Economic Review*, 101(6), 2616–2652.
- Europäische Kommission (2014). New State aid rules for a competitive aviation industry. Competition Policy Brief, 2. http://ec.europa.eu/competition/publications/cpb/2014/002_en.pdf [Stand: 05.01.2017].
- Europäische Kommission (2016). Reducing emissions from transport. Climate Action - European Commission. http://ec.europa.eu/clima/policies/transport_en [Stand: 05.01.2017].
- European Environment Agency (2016). Stronger measures needed to tackle harm from air pollution. News. <http://www.eea.europa.eu/highlights/stronger-measures-needed> [Stand: 05.01.2017].
- European Union, European Commission, & Directorate-

- General for Energy and Transport (2014). EU transport in figures. Luxemburg: European Union.
- Fahey, D. W., & Lee, D. S. (2016). Aviation and the Impacts of Climate Change – Aviation and Climate Change: A Scientific Perspective. *Carbon & Climate Law Review*, 10(2), 97–104.
- Fair Wear Foundation (2012). Climbing the Ladder to Living Wages. <https://www.fairwear.org/ul/cms/fck-uploaded/documents/policydocs/ClimbingtheLadderReport.pdf> [Stand: 07.01.2017].
- Fatheuer, T. (2015). Die vermessene Natur. REDD: wie die Klimapolitik den Wald entdeckt und verändert. https://www.fdcl.org/wp-content/uploads/2016/03/FDCL_REDD_web1.pdf [Stand: 09.01.2017].
- Global Aviation Industry (2013). Reducing emissions from aviation through carbon-neutral growth from 2020. <https://www.iata.org/policy/environment/Documents/atag-paper-on-cng2020-july2013.pdf> [Stand: 07.01.2017].
- Graichen, J., Gores, S., & Herold, A. (2010). Überarbeitung des Emissionsinventars des Flugverkehrs. <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/461/publikationen/3949.pdf> [Stand: 09.01.2017].
- Grillo Avila, R., Wolosin, M., Roth, A., Lubowski, R., Piris-Cabezas, P., & Russo, G. (2016). Design of a Global Market Based Measure · REDD+ in ICAO: Ready for Takeoff. *Carbon & Climate Law Review*, 10(2), 134–143.
- Hasse, E. S. (2015). Die lange Reise der Krabben nach Marokko und zurück. *Abendblatt*. <http://www.abendblatt.de/region/schleswig-holstein/article206301807/Die-lange-Reise-der-Krabben-nach-Marokko-und-zurueck.html> [Stand: 17.01.2017].
- Heinrich Böll Stiftung, & Airbus (2016). Oben. Ihr Flugbegleiter. https://www.boell.de/sites/default/files/oben_flugbroschuere_160603.pdf?utm_campaign=ds_fliegen [Stand: 17.01.2017].
- Herget, M., & Hunsicker, F. (2014). Unterwegs im ländlichen Raum. Es geht auch ohne Auto! *politische Ökologie*, 137, 61–67.
- Heuwieser, M. (2016). Erfolg! 3. Piste wegen Klimawandel abgesagt – System Change, not Climate Change! <http://systemchange-not-climatechange.at/erfolg-3-piste-wegen-klimawandel-abgesagt/> [Stand: 24.02.2017].
- Hickman, R., Fremer, P., Breithaupt, M., & Saxena, S. (2011). Changing course in urban transport: an illustrated guide. <https://openaccess.adb.org/handle/11540/1502> [Stand: 17.01.2017].
- IATA (2016). IATA Forecasts Passenger Demand to Double Over 20 Years. <http://www.iata.org/whatwedo/cargo/pages/index.aspx> [Stand: 09.01.2017].
- ICAO (2016). Historic agreement reached to mitigate international aviation emissions. <http://www.icao.int/Newsroom/Pages/Historic-agreement-reached-to-mitigate-international-aviation-emissions.aspx> [Stand: 24.02.2017].
- Illich, I. (1974). Die sogenannte Energiekrise oder: Die Lähmung der Gesellschaft. *Das sozial kritische Quantum der Energie*. Reinbek: Rowohlt.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (Hrsg.) (1999). Aviation and the Global Atmosphere: A Special Report of IPCC Working Groups I and III. Cambridge: Cambridge University Press.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (Hrsg.) (2007). Climate change 2007: mitigation of climate change: contribution of Working Group III to the Fourth assessment report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (Hrsg.) (2014). Climate change 2014: mitigation of climate change: Working Group III contribution to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. New York: Cambridge University Press.
- International Transport Forum (2015). The Carbon Footprint of Global Trade. Tackling Emissions from International Freight Transport. <http://www.itf-oecd.org/sites/default/files/docs/cop-pdf-06.pdf> [Stand: 09.01.2017].
- International Transport Forum (2016a). Capacity to Grow. Transport Infrastructure Needs for Future Trade Growth. <http://www.itf-oecd.org/sites/default/files/docs/future-growth-transport-infrastructure.pdf> [Stand: 11.01.2017].
- International Transport Forum (2016b). Capacity to Grow. Transport Infrastructure Needs for Future Trade Growth. <http://www.itf-oecd.org/sites/default/files/docs/future-growth-transport-infrastructure.pdf> [Stand: 11.01.2017].
- International Transport Forum (2016c). Christiana Figueres (UNFCCC) message on Decarbonising Transport. <https://www.youtube.com/watch?v=H9-QHsreMhw> [Stand: 17.01.2017].
- Intraplan Consult, Ratzenberger, R., & BAG Luftverkehr (2015). Gleitende Mittelfristprognose für den Güter- und Personenverkehr. https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/verkehrsprognose-gueter-und-personenverkehr-winter-2014-15.pdf?__blob=publicationFile [Stand: 10.01.2017].
- ISOPOLAR (2016). Sustainable Transportation: Airships Versus Jet Airplanes. <http://www.isopolar.com/sustainable-transportation-airships-versus-jet-airplanes/> [Stand: 17.01.2017].
- Kill, J., & Franchi, G. (2016). Rio Tinto's biodiversity offset in Madagascar. http://wrm.org.uy/wp-content/uploads/2016/04/RioTintoBiodivOffsetMadagascar_report_EN_web.pdf [Stand: 09.01.2017].
- Kletzan-Slamanig, D., & Köppl, A. (2016). Subventionen und Steuern mit Umweltrelevanz in den Bereichen Energie und Verkehr. WIFO. <https://www.klimafonds.gv.at/assets/Uploads/Presseaussendungen/2016/PK-Wifo-Subvention/Summary-StudieSubventionen-und-Steuern-mit-Umweltrelevanz2016.pdf> [Stand: 09.01.2017].
- Klimaretter (2013). Nur Entschleunigung ist nachhaltig. <http://www.klimaretter.info/konsum/hintergrund/14091-nur-entschleunigung-ist->

- nachhaltig [Stand: 17.01.2017].
- Krausmann, F., & Fischer-Kowalski, M. (2010). Gesellschaftliche Naturverhältnisse: Globale Transformationen der Energie- und Materialflüsse. Globalgeschichte 1800-2010 (S. 38–66). Wien: Böhlau.
- Lastenradkollektiv (2017). Lastenradkollektiv. <https://www.lastenradkollektiv.at/> [Stand: 17.01.2017].
- Lessenich, S. (2016). Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Hanser: Berlin.
- Lohmann, L. (2009). Kohlenstoffmärkte und Finanzmärkte: Variationen über Polanyi. Das Argument, 51, 723–735.
- Manderscheid, K. (2014). Formierung und Wandel hegemonialer Mobilitätsdispositive. Zeitschrift für Diskussionsforschung, 1, 5–31.
- Marinekommando (2015). Der Jahresbericht der deutschen Marine. Fakten und Zahlen zur maritimen Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland. http://www.marine.de/portal/a/marine/start/multimedia/downloads/fakten/!ut/p/z1/04_Sj9CPyKssy0xPLMnMz0vMAfIjo8zinSx8QnyMLI2MfNwMHA08XV39PExNPQ0tg830wwkpiAJKG-AAjgb6wSmp-pFAM8xxmmEEVKQfR-VlViWWKFXkF9UkpNaopeYDhKhfmgRGYl5KTmpAfrljRKAgN6LcoNxREQDz_LBV/dz/d5/L2dBISEvZ0FBIS9nQSEh/#Z7_B8LTL2922LF0A0IEENH55I1920 [Stand: 23.04.2017].
- Mau, S., Gülzau, F., Laube, L., & Zaun, N. (2015). The Global Mobility Divide: How Visa Policies Have Evolved over Time. Journal of Ethnic and Migration Studies, 41(8), 1192–1212.
- Max-Planck-Gesellschaft (2016). My contribution to Arctic sea ice melt. <https://www.mpg.de/10817029/my-contribution-to-arctic-sea-ice-melt> [Stand: 11.01.2017].
- Miller, J., & Façanha, C. (2014). The state of clean transport policy. Washington, D.C.: International Council on Clean Transportation. http://www.nextgreencar.com/content/ICCT_StateOfCleanTransportPolicy_2014.pdf [Stand: 22.04.2017].
- Naturschutzbund Deutschland e.V. (2014). Hintergrundpapier: Luftschadstoffemissionen von Containerschiffen. https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/verkehr/140623-nabu-hintergrundpapier_containerschifftransporte.pdf [Stand: 10.01.2017].
- Naturschutzbund Deutschland e.V. (2017). Hintergrundpapier: Luftverschmutzung an Kreuzfahrtterminals - Ergebnisse von Luftschadstoffmessungen in Hafenstädten. <https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/verkehr/161125-nabu-luftschadstoffmessung-haefen.pdf> [Stand: 10.01.2017].
- Notz, D., & Stroeve, J. (2016). Observed Arctic sea-ice loss directly follows anthropogenic CO₂ emission. Science, 354(6313), 747–750.
- OICA (2017). Vehicles in use. <http://www.oica.net/vehicles-in-use-2/> [Stand: 23.04.2017].
- Peeters, P., Higham, J., Kutzner, D., Cohen, S., & Gössling, S. (2016). Are technology myths stalling aviation climate policy? Transportation Research Part D: Transport and Environment, 44, 30–42.
- Pure Earth (2017). World's Worst Pollution Problems. <http://www.worstpolluted.org/> [Stand: 17.01.2017].
- Rammler, S. (2014). Schubumkehr. Die Zukunft der Mobilität. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Reheis, F. (2006). Entschleunigung. Abschied vom Turbokapitalismus. München: Wilhelm Goldmann Verlag.
- Ritchie, J. (2016). Preface · The Opportunity and Challenge of a Global Market Based Measure for Aviation. Carbon & Climate Law Review, 10(2), 91–92.
- Rosa, H. (2012). Was heißt und zu welchem Ende sollen wir entschleunigen? In E.P. Fischer & K. Wiegand (Hrsg.), Dimensionen der Zeit: Die Entschleunigung unseres Lebens (S.35–67). Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Searchinger, T., & Heimlich, R. (2015). Avoiding bioenergy competition for food crops and land. World Resources Institute. http://nocache.wri.org/sites/default/files/avoiding_bioenergy_competition_food_crops_land.pdf [Stand: 09.01.2017].
- Spash, C. L. (2010). The brave new world of carbon trading. New Political Economy, 15(2), 169–195.
- Spehr, C. (2015). Freie Fahrt für Schiffsbetreiber. Containerschiffe sind günstig - auf Kosten anderer. iz3w, 349, 27–29.
- Statista (2017). Größe der Kontinente nach Fläche. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/327198/umfrage/kontinente-nach-flaeche/> [Stand: 23.04.2017].
- Statistik Austria (2015). Statistisches Jahrbuch Österreichs. Wien: Statistik Austria.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2017). Gebiet und Bevölkerung. http://www.statistikportal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrtab1.asp [Stand: 23.04.2017].
- Süddeutsche Online (2015). Elektroautos - Schöngerechnete Umweltbilanz. <http://www.sueddeutsche.de/auto/zwiespaeltige-umweltbilanz-e-autos-dreckiger-als-gedacht-1.2748493> [Stand: 17.01.2017].
- System Change, not Climate Change (2016). Global Airport Actions. <http://systemchange-not-climatechange.at/airport-action-days/> [Stand: 09.01.2017].
- The Endsreport (2011). Extending the compliance deadline for meeting PM 10 limit values in ambient air from 2005 to 2011. <http://www.endsreport.com/docs/20090820a.pdf> [Stand: 17.01.2017].
- The Guardian (2016). Climate change is a racist crisis: that's why Black Lives Matter closed an airport. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2016/sep/06/climate-change-racist-crisis-london-city-airport-black-lives-matter> [Stand: 17.01.2017].
- The Guardian (2017). In flight. <http://aviation.kiln.it/> [Stand: 11.01.2017].
- Tienhaara, K. (2012). The Potential Perils of Forest Carbon Contracts for Developing Countries: Cases

- from Africa. *Journal of Peasant Studies*, 39(2), 551–572.
- Transport & Environment (2016). Aviation offsetting deal is a weak start – now countries must go further. <https://www.transportenvironment.org/press/aviation-offsetting-deal-weak-start-%E2%80%93-now-countries-must-go-further> [Stand: 24.02.2017].
- Umweltbundesamt (2014). Umweltschädliche Subventionen in Deutschland. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/umweltschaedliche_subventionen_2014_0.pdf [Stand: 17.01.2017].
- Umweltbundesamt (2016). Vergleich der durchschnittlichen Emissionen einzelner Verkehrsmittel im Personenverkehr. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/bilder/dateien/vergleich_der_emissionen_einzeln_verkehrsmittel_im_personenverkehr_bezugsjahr_2014_tremod_5_63_0.pdf [Stand: 23.04.2017].
- UNDP (2017). World Population Prospects. <https://esa.un.org/unpd/wpp/DataQuery/> [Stand: 23.04.2017].
- Unique (2012). Die Weltreise der Baumwolle. <http://www.unique-online.de/die-weltreise-der-baumwolle/4018/> [Stand: 10.01.2017].
- United Nations (2006). United Nations Fact Sheet on Climate Change - Africa is particularly vulnerable to the expected impacts of global warming. http://unfccc.int/files/press/backgrounders/application/pdf/factsheet_africa.pdf [Stand: 17.01.2017].
- Urban, H.-J. (2011). Umbau statt Krise? Gute Arbeit - Umwelt - Mobilität. Globale Ökonomie des Autos. Hamburg: VSA.
- Urban, H.-J., & Schumann, H. (2011). Ökologische Konversion und Mosaik-Linke. Ein Streitgespräch zur Rolle der Gewerkschaften. Globale Ökonomie des Autos. Hamburg: VSA.
- VCÖ (o. J.). Mit Parkplatzmanagement Verkehr nachhaltig steuern. https://www.vcoe.at/files/vcoe/uploads/News/VCOe-Factsheets/2016-10%20Parkplatzmanagement/FS1216_Parkraumbewirtschaftung.pdf [Stand: 17.01.2017].
- Verkehrsclub Deutschland (2017). Verkehrsmittel im Vergleich. <https://www.vcd.org/themen/klimafreundliche-mobilitaet/verkehrsmittel-im-vergleich/> [Stand: 22.04.2017].
- Verkehrsclub Österreich (2009). Soziale Aspekte von Mobilität. Wien: VCÖ.
- Weltbank (2017a). Container port traffic (TEU: 20 foot equivalent units). <http://data.worldbank.org/indicator/IS.SHP.GOOD.TU> [Stand: 11.01.2017].
- Weltbank (2017b). Air transport, passengers carried. <http://data.worldbank.org/indicator/IS.AIR.PSGR?end=2015&start=1970> [Stand: 22.04.2017].
- Welzer, H., & Wiegandt, K. (2011). Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt von morgen aus? Frankfurt am Main: S. Fischer.
- WHO (2015). Data visualization of the WHO global status report on Road Safety 2015. World Health Organization. http://www.who.int/violence_injury_prevention/road_traffic/death-on-the-roads/en/ [Stand: 10.01.2017].
- Winkel, R., Weddige, U., Johnsen, D., Hoen, V., & Papaefthimiou, S. (2016). Shore Side Electricity in Europe: Potential and environmental benefits. *Energy Policy*, 88, 584–593.
- Wolf, W. (2009). Verkehr, Umwelt, Klima. Die Globalisierung des Tempowahns (2. Auflage). Wien: Promedia.
- Wuppertal Institut (Hrsg.) (2005). Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. München: C.H. Beck.
- Zierer, M. H., & Zierer, K. (2010). Zur Zukunft der Mobilität: eine multiperspektivische Analyse des Verkehrs zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Wiesbaden: VS Verlag.

Zusammenfassung und Ausblick

- Attac (2017). Globalisierung. <http://www.attac.de/themen/globalisierung/> [Stand: 24.04.2017].
- Ende Gelände (2017). Kohle Stoppen. Klima Schützen. <https://www.ende-gelaende.org/de/> [Stand: 24.04.2017].
- Ernährungsrat Köln (2017). Ernährungsrat Köln. <http://xn--ernhrungsrat-klm-xnb94a.de/> [Stand: 24.04.2017].
- Habermann, F. (2016). ECOMMONY. UmCARE zum Miteinander. Sulzbach am Taunus: Ulrike Helmer Verlag.
- Helfrich, S. (Hrsg.) (2012). Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld: transcript.
- Interventionistische Linke (2017). Projekte. <http://www.interventionistische-linke.org/kategorie/projekte> [Stand: 24.04.2017].
- Kallis, Giorgis (2016). Soziale Grenzen des Wachstums. In G. d'Alisa, F. Demaria & Giorgis Kallis (Hrsg.), Degrowth. Handbuch für eine neue Ära (S. 137–141). München: Oekom.
- Klautke, R., & Oehrlein, B. (Hrsg.) (2008). Globale Soziale Rechte. Zur emanzipatorischen Aneignung universaler Menschenrechte. Hamburg: VSA-Verlag.
- Konzeptwerk Neue Ökonomie (2017). Degrowth in Bewegung(en). <https://www.degrowth.de/de/dib/degrowth-in-bewegungen/> [Stand: 22.04.2017].
- Lammer, C. (2016). Was Grundeinkommen und sozialökologische Infrastruktur (nicht) leisten können. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/was-grundeinkommen-und-sozialoekologische-infrastruktur-nicht-leisten-koennen/> [Stand: 24.04.2017].
- Land Voralberg (2017). Zukunft - Büro für Zukunftsfragen. <http://www.vorarlberg.at/zukunft/> [Stand: 24.04.2017].
- Rätz, W. (2007). Globale Soziale Rechte. In U. Brand, B. Lösch & S. Thimmel (Hrsg.), ABC der Alternativen. Hamburg: VSA.
- Steckner, A., & Candeias, M. (2014). Geiz ist gar nicht geil. Über Konsumweisen, Klassen und Kritik (No. 11). Berlin: Rosa Luxemburg-Stiftung. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/

- Standpunkte_11-2014.pdf [Stand: 20.02.2017].
- System Change, not Climate Change (2016). Global Airport Actions. <http://systemchange-not-climatechange.at/airport-action-days/> [Stand: 09.01.2017].
- Verein Sand & Zeit (2017). Augustin. http://www.augustin.or.at/index.php?q=Stadtb%C3%BCrger_innenschaft&find=go! [Stand: 24.04.2017].
- Weis, L., Becker, S., & Naumann, M. (2015). Energiedemokratie. Grundlage und Perspektive einer kritischen Energieforschung (No. 01/2015). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_01-15_Energiedemokratie.pdf
- Welzer, H. (2011). Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam. Heinrich-Böll-Stiftung. https://www.boell.de/sites/default/files/Endf_Mentale_Infrastrukturen.pdf [Stand: 20.02.1017].

Glossar

- Brinkmann, U., Dörre, K., & Röbenack, S. (2006). Prekäre Arbeit: Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- glokal (2013). Mit kolonialen Grüßen. Berichte und Erzählungen von Auslandsaufenthalten rassismuskritisch betrachtet. Berlin. <http://www.glokal.org/?edmc=980> [Stand: 22.04.2017].

INFORMATIONEN ZUM PROJEKT UND ZU DEN AUTOR*INNEN

Die I.L.A. Werkstatt lief vom 01. April 2016 bis zum 31. Mai 2017 als Projekt des gemeinnützigen Vereins Common Future e.V. Unser interdisziplinäres Kollektiv besteht aus 15 jungen Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen. Gemeinsam haben wir dieses Dossier im Laufe eines Jahres verfasst. Wir haben akademische Ausbildungen in der Volkswirtschaftslehre, Entwicklungs- und Agrarökonomik, Politikwissenschaft, Politischer Ökonomie, Internationalen Beziehungen, Erziehungswissenschaft, Umweltwissenschaften, Nachhaltigkeitswissenschaft, Geschichte und Recht. Neben unserer Arbeit im I.L.A. Kollektiv studieren und arbeiten wir an Universitäten, Nichtregierungsorganisationen, sozialen Bewegungen oder im gewerkschaftlichen Umfeld. Wir sind Teil diverser emanzipatorischer Bewegungen im Bereich globaler Gerechtigkeit. Mit diesem Dossier möchten wir das wissenschaftliche Konzept der imperialen Lebensweise einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen und einen Beitrag für eine solidarischere Produktions- und Lebensweise leisten.

Für inhaltliche Fragen und Rückmeldungen zu den jeweiligen Kapiteln oder Anfragen für Vorträge oder Workshops stehen folgende Ansprechpersonen zur Verfügung.

Alle Anfragen bitte an ila_info@riseup.net.

Weitere Informationen unter www.aufkostenanderer.org.

Einleitung:

Samuel Decker, Hannah Engelmann, Magdalena Heuwieser,
Thomas Kopp, Anne Siemons

Historischer Abriss:

Samuel Decker, Jannis Eicker, Ia Eradze, Anil Shah, Lukas Wolfinger

Digitalisierung:

Anil Shah, Lukas Wolfinger

Sorge:

Carla Noever Castelos, Anne Siemons

Geld und Finanzen:

Samuel Decker, Jannis Eicker, Christoph Podstawa

Bildung und Wissen:

Hannah Engelmann, Ia Eradze, Maja Hoffmann

Ernährung und Landwirtschaft:

Franziskus Forster, Stella Haller, Therese Wenzel

Mobilität:

Maximilian Becker, Magdalena Heuwieser

Zusammenfassung und Ausblick:

Samuel Decker, Jannis Eicker, Franziskus Forster, Magdalena Heuwieser, Maja Hoffmann, Thomas Kopp, Carla Noever Castelos, Anil Shah, Anne Siemons

DANKSAGUNG UND FÖRDERHINWEISE

Im Laufe des Jahres haben uns zahlreiche Referent*innen hochwertige Inputs geliefert, denen wir herzlich danken möchten: Christoph Bautz, Daniel Bendix, Ulrich Brand, Jana Flemming, Martin Herrndorf, Julia Otten, Sarah Schmidt und Markus Wissen. Für wertvolles Feedback und Unterstützung danken wir Emmanuel Florakis, David Hachfeld, Steffen Lange, Christa Wichterich, Paco Yoncaova und dem Jugendumweltnetzwerk Niedersachsen (JANUN).

Förderhinweise

Die I.L.A. Werkstatt wurde gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sowie aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dem Bischöflichen Hilfswerk Misereor, der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt, der DGB-Jugend Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, der DGB-Jugend Region Niedersachsen-Mitte und der Christlichen Initiative Romero.

**ENGAGEMENT
GLOBAL**
Service für Entwicklungsinitiativen



Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

MISEREOR
• IHR HILFSWERK

**STIFTUNG
MENSCHENWÜRDE
UND ARBEITSWELT**



Solidarität statt Imperialismus

»Die imperiale Lebensweise basiert auf Ungleichheit und Macht und bringt diese gleichzeitig hervor.«

Nach wie vor bedient sich der globale Norden an den Ressourcen des globalen Südens. Was hält das System der Ausbeutung am Leben, wie kann es beendet werden? Das Buch diskutiert Chancen und Herausforderungen einer menschenwürdigen, solidarischen Lebensweise.

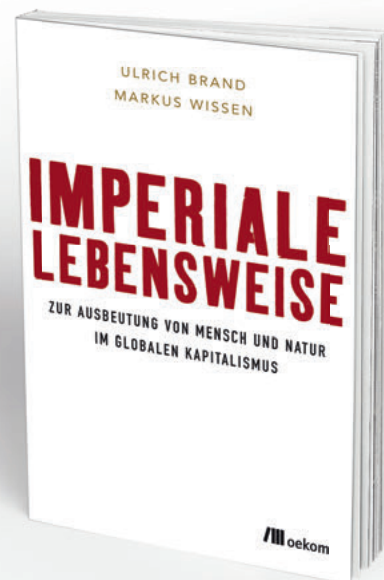
Ulrich Brand, Markus Wissen

Imperiale Lebensweise

Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus



oekom verlag, München
ca. 208 Seiten, Broschur, 14,95 Euro
ISBN: 978-3-96006-843-0
Im Handel ab dem: 20.03.2017
Auch als E-Book erhältlich



oekom.de

DIE GUTEN SEITEN DER ZUKUNFT



Alles digital und gut?

»Die zentrale Frage bei allen technischen Möglichkeiten ist: in welcher Welt wollen wir leben?«

G. Pfitzenmaier

Für die Zukunft erwarten uns wahre Wunderdinge: Autopiloten ermöglichen unfallfreies Fahren, computergesteuerte Windparks die Energiewende. Das Buch unterzieht das Internet der Dinge einer Prüfung und geht der Frage nach, wie viel Macht wir der Technik zugestehen wollen.

Gerd Pfitzenmaier

Leben auf Autopilot

Warum wir der Digitalisierung nicht blind vertrauen sollten



oekom verlag, München
240 Seiten, Klappenbroschur, 12,95 Euro
ISBN: 978-3-86581-813-3
Im Handel ab dem: 26.09.2016
Auch als E-Book erhältlich



oekom.de

DIE GUTEN SEITEN DER ZUKUNFT



Anders reisen leicht gemacht

»Der Tourismus der Zukunft ist sozial verträglich, klimafreundlich und politisch korrekt.«

Frank Herrmann

»Individuell, sauber, fair« – nach dieser Devise ist Frank Herrmann unterwegs. Wie das geht, zeigt er in seinem Handbuch FAIRreisen. Neben vielen Tipps und Adressen informiert das Buch umfassend über die Umweltauswirkungen des Tourismusbooms.

Frank Herrmann

FAIRreisen

Das Handbuch für alle, die umweltbewusst unterwegs sein wollen



oekom verlag, München
336 Seiten, Paperback, 19,95 Euro
ISBN: 978-3-86581-808-9
Im Handel ab dem: 25.07.2016
Auch als E-Book erhältlich



oekom.de

DIE GUTEN SEITEN DER ZUKUNFT



Photosynthese statt Geoengineering

»Der Klimawandel ist umkehrbar – durch aufbauende Methoden der Landbewirtschaftung in Beet, Feld und Acker.«

Ein globaler Humusaufbau von nur einem Prozent reicht, um den CO₂-Gehalt der Atmosphäre auf ein ungefährliches Maß zu reduzieren. Bringen wir also den Kohlenstoff zurück in die Erde – mit Terra Preta, Ackern ohne Pflug oder der Vitalisierung von Kulturen.

Ute Scheub, Stefan Schwarzer

Die Humusrevolution

Wie wir den Boden heilen, das Klima retten und die Ernährungswende schaffen



oekom verlag, München
ca. 240 Seiten, Klappenbroschur, vierfarbig, 19,95 Euro
ISBN: 978-3-86581-838-6
Im Handel ab dem: 20.02.2017
Auch als E-Book erhältlich



oekom.de

DIE GUTEN SEITEN DER ZUKUNFT



Auf der Suche nach einer anderen Welt

»Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist schon im Entstehen. An einem stillen Tag höre ich sie atmen.«

A. Roy

Ulrich Grober hat sich auf den Weg gemacht – zu Menschen und Orten, die für eine neue Kultur der Nachhaltigkeit stehen. Was ihn auf seiner Deutschlandreise antreibt, ist die Suche nach Entschleunigung, nach Gelassenheit und Empathie, nach Einfachheit und Sinn.

Ulrich Grober

Der leise Atem der Zukunft

Vom Aufstieg nachhaltiger Werte in Zeiten der Krise



oekom verlag, München
272 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,95 Euro
ISBN: 978-3-86581-807-2
Im Handel ab dem: 25.07.2016
Auch als E-Book erhältlich



oekom.de

DIE GUTEN SEITEN DER ZUKUNFT



Simple Lösungen, große Wirkung

»Kopatz zeigt, wohin sich eine moderne Gesellschaft bewegen muss, wenn sie Nachhaltigkeit als selbstverständliche Routine etablieren möchte.«

Harald Welzer (Vorwort)

Damit Geräte weniger oft kaputtgehen, Tierhaltung artgerechter wird oder Zusatzstoffe aus Lebensmitteln verschwinden, brauchen wir neue Standards und Limits. Das Buch enthält eine Vielzahl konkreter Ideen, eine To-do-List für Politiker, Wirtschaft und Bürger.

Michael Kopatz

Ökoroutine

Damit wir tun, was wir für richtig halten



oekom verlag, München
416 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 24,95 Euro
ISBN: 978-3-86581-806-5
Im Handel ab dem: 25.07.2016
Auch als E-Book erhältlich



oekom.de

DIE GUTEN SEITEN DER ZUKUNFT



Das Standardwerk zur Energiewende

»Die heutige Energiewende ist nichts weniger als eine enorme globale Herausforderung.«

Es ist die große Aufgabe unserer Zeit: die Energiewende. Umfassend und anschaulich erläutern hochrangige Experten dieses weltweit heftig diskutierte Thema. Das Buch erscheint anlässlich einer großen Sonderausstellung im Deutschen Museum in München.

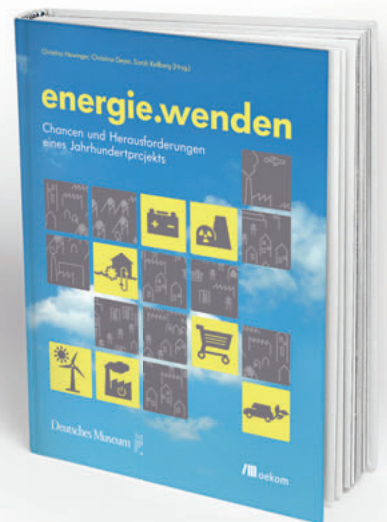
Christina Newinger, Christina Geyer, Sarah Kellberg (Hrsg.)

energie.wenden

Chancen und Herausforderungen eines Jahrhundertprojekts



oekom verlag, München
176 Seiten, Hardcover, 19,95 Euro
ISBN: 978-3-86581-839-3
Im Handel ab dem: 02.03.2017
Auch als E-Book erhältlich



oekom.de

DIE GUTEN SEITEN DER ZUKUNFT



Hallo Nachbar, wie geht's?

»Willkommensstädte sind die Orte, in denen wir selber leben möchten.«

Daniel Fuhrhop

Deutschland entwickelt sich zum Einwanderungsland. Müssen wir jetzt schnell und billig bauen? Nein, denn es stehen genug Gebäude leer. Daniel Fuhrhop präsentiert Wohnkonzepte und Ideen für die Stadt von morgen und gelungene Integration.

Daniel Fuhrhop

Willkommensstadt

Wo Flüchtlinge wohnen und Städte lebendig werden



oekom verlag, München
192 Seiten, Hardcover, 17,95 Euro
ISBN: 978-3-86581-812-6
Im Handel ab dem: 22.08.2016
Auch als E-Book erhältlich



oekom.de

DIE GUTEN SEITEN DER ZUKUNFT



Alle reden von Missständen und Krisen: Hier die Klima- und Rohstoffkrise, dort die sozial-politische Dauerkrise Griechenlands oder die menschenverachtende Ausbeutung in der Textilindustrie. Die Probleme sind vielen bewusst – dennoch scheint sich wenig zu ändern. Warum? Das Konzept der »Imperialen Lebensweise« erklärt, warum sich angesichts zunehmender Ungerechtigkeiten keine zukunftsweisenden Alternativen durchsetzen und ein sozial-ökologischer Wandel daher weiter auf sich warten lässt.

Dieses Dossier stellt das Konzept der imperialen Lebensweise vor und erläutert, wie unsere derzeitige Produktions- und Lebensweise Mensch und Natur belastet. Dabei werden verschiedene Bereiche unseres alltäglichen Lebens beleuchtet, unter anderem Ernährung, Mobilität und Digitalisierung. Schließlich werden sozial-ökologische Alternativen und Ansatzpunkte vorgestellt, wie wir ein gutes Leben für alle erreichen – anstatt ein besseres Leben für wenige.

Der gemeinnützige Verein **Common Future e.V.** aus Göttingen arbeitet in verschiedenen Projekten zu globaler Gerechtigkeit und sozial-ökologischem Wirtschaften. Vom April 2016 bis zum Mai 2017 veranstaltete er die »I.L.A. Werkstatt« (Imperiale Lebensweisen – Ausbeutungsstrukturen im 21. Jahrhundert).

Hieraus ist das interdisziplinäre **I.L.A. Kollektiv**, bestehend aus 17 jungen Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen, hervorgegangen. Das erklärte Ziel: ein Jahr gemeinsam zum wissenschaftlichen Konzept der imperialen Lebensweise zu arbeiten und dieses für eine breite Öffentlichkeit aufzubereiten.



19,95 Euro [D]
20,60 Euro [A]
www.oekom.de

 **oekom**